OGPP

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

„Wir sind das Volk!“

Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa

Werner T. Bauer

Wien, Juni 2023

Aufgeblasen, abgehoben
regieren sie uns von oben!
Sie gieren nur nach Macht und Geld,
der kleine Mann für sie nicht zählt!
Irmhild Karner, Mürzzuschlag

Einleitung **4**

Teil 1 – Eine Annäherung **8**

Die populistische Herausforderung
Beschreibung eines modernen Phänomens 8

Ein Faschismus in neuem Gewand?
Wo beginnt der Rechtsextremismus – und wo der Neofaschismus? 13

Der charismatische Führer und seine Bewegung
Strukturelle Gemeinsamkeiten – und Unterschiede 17

„Der traut sich was!“
Populistische Tabubrüche als Methode 19

Viel Feind, viel Ehr'
Populistische Feindbilder und ihre Rezeption 21

Rechter Antikapitalismus und Globalisierungskritik
Alles nur Taktik? 26

Jung, männlich, ungebildet?
Wer sind die Wähler rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien? 28

Eine unheilige Allianz
Rechtspopulismus und Boulevard 32

Keine Randerscheinung mehr
Nationale Faktoren begünstigen den Erfolg rechtspopulistischer Parteien 34

Sonderfall Osteuropa?
Ist der osteuropäische Populismus mit dem westeuropäischen vergleichbar? 38

Populismus als symbolische Politik
Warum der Populismus vor allem die Sozialdemokratie schwächt 41

SOS-Demokratie
Und ein nicht allzu optimistischer Ausblick 44

Teil 2 – Strategien gegen den rechten Populismus **50**

Teil 3 – Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien (und ihre Vorläufer) im Länderüberblick **61**

Belgien 61

Bulgarien 66

Dänemark 71

Deutschland 75
Estland 88
Finnland 91
Frankreich 93
Griechenland 102
Großbritannien 108
Italien 113
Kroatien 124
Lettland 126
Litauen 129
Luxemburg 132
Niederlande 134
Norwegen 141
Österreich 143
Polen 154
Portugal 163
Rumänien 168
Schweden 172
Schweiz 176
Slowakei 181
Slowenien 186
Spanien 188
Tschechische Republik 192
Ungarn 194

Eine Internationale der Nationalisten?
Rechte Parteien im Europaparlament 200

Literatur 206

Einleitung

In den späten 1970er-Jahren zeichnen sich in den westeuropäischen Parteiensystemen erstmals Krisenerscheinungen der Repräsentation ab. Davon profitieren zunächst einmal die neuen Protestbewegungen am linken Rand des politischen Spektrums, später zunehmend auch solche am rechten.[1]

Die Vermutung liegt nahe, dass die Globalisierung das Entstehen rechtspopulistischer Strömungen massiv befördert hat. Die neoliberale Individualisierungs- und Flexibilisierungswut führt zur Auflösung der alten sozialen und politischen Bindungen, und die immer mehr „auf sich selbst zurückgeworfenen" Menschen suchen nach Ersatzidentitäten. Durch die ökonomischen Folgen der Globalisierung wird die Bevölkerung in Globalisierungsgewinner und -verlierer mit jeweils typischen Interessenslagen gespalten. Darüber hinaus bewirkt die Internationalisierung vieler Entscheidungsprozesse eine immer stärkere Entfremdung zwischen den etablierten politischen Parteien (und Institutionen) und weiten Teilen der Wählerschaft. Die Vertreter der neuen Bewegungen am rechten Rand sehen es deshalb als ihre Hauptaufgabe an, die so entstandene *Lücke zu füllen und die Interessen der politisch entfremdeten Globalisierungsverlierer politisch zu artikulieren*.[2]

Wir haben es, so die deutsche Soziologin Cornelia Koppetsch, mit einer neuen, postindustriellen Klassengesellschaft zu tun, in der sich das obere Drittel durch gehobene Bildung und einen postmodernen Lebensstil auszeichnet, während das untere Drittel den Anschluss an die Mittelschicht verliert und immer stärker aus einer *prekär beschäftigten autochthon-migrantischen Dienstleistungsklasse* besteht. Die Wähler der Rechtspopulisten finden sich allerdings nicht nur im Prekariat, sondern auch in der konservativen oberen Mittelschicht, die mit den tatsächlich deprivierten Mittel- und Unterschichten ein Bündnis gegen die neuen „Eliten" eingeht. Wirtschaftseinbußen spielen dabei eher eine untergeordnete Rolle, vielmehr handelt es sich um Macht- und Geltungseinbußen bestimmter Gruppen. Es sind, wie die Autorin anmerkt, *zutiefst kulturpessimistische Bewegungen*, die sich durch die *Auflehnung der durch Globalisierung Enttäuschten gegen die Milieus der Kosmopoliten* auszeichnen.[3]

Mittlerweile fühlen sich auch weite Teile der Mittelschichten von sozialem Abstieg bedroht. Politisch bedeutet das, dass die Anzahl unzufriedener und ungebundener Personen, die entweder zur Wahlenthaltung oder zum Protestwahlverhalten tendieren, stetig zunimmt. Profitiert von dieser Entwicklung haben vor allem die rechten Populisten, wie auch generell festzustellen ist, dass der neoliberale Umbau Europas zu einem eindeutigen Rechtsruck geführt hat, auch bei den Parteien der politischen Mitte.

Und die Sozialdemokratie? Während noch im Jahr 2000 sozialdemokratische Parteien an der Mehrzahl der Regierungen in der Europäischen Union beteiligt waren oder diese sogar als Seniorpartner anführten, sind es nach den Wahlschlappen der Linksparteien in den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien, Österreich, Schweden und Finnland, und den Skandalen um die eher dubiosen Sozialdemokratien in Rumänien und der Slowakei gegenwärtig nur noch fünf: Die sozialdemokratisch geführte Drei-Parteien-Koalition in Deutschland, die

[1] Vgl. Frölich-Steffen 2006:147
[2] Nauenburg 2005:4
[3] Koppetsch 2020:11f, 25f

fragilen Minderheitsregierungen in Dänemark, Spanien und Portugal sowie die mit absoluter Mehrheit ausgestattete Regierung in Malta.

Die europäische Sozialdemokratie befindet sich seit Jahren in einer tiefen Krise – ob in Skandinavien, in Süd- oder in Zentraleuropa. Angesichts der großen Verdienste, die sich die Sozialdemokraten in den 1970er- und 1980er-Jahren erworben haben, mag dies ungerecht erscheinen. Tatsache bleibt allerdings, dass die klassischen Mitte-Links-Parteien vom Vertrauensverlust vieler Menschen in die Institutionen der demokratischen Gesellschaft am stärksten betroffen sind.

Nach Jahrzehnten der zu Pragmatismus und Kompromissen zwingenden Regierungsbeteiligungen wirke die Sozialdemokratie *erschöpft und desorientiert*, meint der politische Journalist Werner A. Perger.[4] Außerdem sei das klassische linke Wählerklientel, die Arbeiterschaft, zahlenmäßig dramatisch geschrumpft, der Rest zu einem beträchtlichen Teil zu den rechten Populisten übergelaufen. In Zeiten, in denen die sozialen Ungleichheiten jährlich und für alle wahrnehmbar zunehmen, bestimmen Fragen der „Sicherheit", der „Migration" und der „kulturellen Identität" die politische Agenda – und damit auch die Wahlergebnisse. Themen, die nach Auffassung der meisten Wähler in die Kompetenz der Konservativen und der rechten Populisten fallen.

Populistische Parteien, meint der deutsche Politologe Frank Decker, *sind ein Produkt gesellschaftlicher Modernisierungskrisen. Solche Krisen treten auf in Zeiten beschleunigten sozialen Wandels und führen zu einer wachsenden Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer.*[5] Weil die Populisten scheinbar Partei für die wachsende Zahl der Verlierer ergreifen und deren Ängste und Sorgen artikulieren, verzeichnen rechtspopulistische Parteien in Europa seit dem Jahr 2000 nicht nur beachtliche Wahlerfolge, sondern waren – und sind z.T. noch immer oder bereits wieder – als Partner konservativer Parteien auch an mehreren Regierungen beteiligt, u.a. in Dänemark, in den Niederlanden, in Österreich, in Italien und der Schweiz. *The rise of the populist radical right*, schreibt Anthony Painter in der Zusammenfassung seiner Populismusstudie, *is one of the most significant features of western democracies in the last quarter of a century*.[6]

Rechtsextreme Wahlerfolge signalisieren aber auch Repräsentations- und Integrationsdefizite bei den etablierten Parteien. Durch die Auflösung der traditionellen, oft über Generationen gültigen Parteienbindungen sind viele Wähler für etwaige Newcomer relativ leicht erreichbar. *Wenn Unzufriedenheit keinen Adressaten im Parteiensystem findet, schafft sie sich […] eine eigene Repräsentanz. Auffällig ist, dass rechtsextreme Parteien gerade auch dort gedeihen, wo sich alle oder einzelne Volksparteien in einer tiefen Krise befinden oder durch Klientelismus und Skandale heftig erschüttert werden.*[7]

Obwohl viele populistische Bewegungen und ihre Führer in den letzten Jahren „entzaubert" wurden, erhalten rechtspopulistische Parteien bei regionalen und nationalen Wahlgängen nach wie vor um die 20% der Wählerstimmen oder sogar mehr – zu viel jedenfalls, um das Phänomen als Lappalie abzutun.[8]

---

[4] Perger 2015
[5] Decker 2004:231
[6] Painter 2013:7
[7] Stöss 2006:556
[8] Vgl. Jungwirth 2002:13

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise zu Ende der 2000-Jahre, der „Flüchtlingskrise“ des Jahres 2015, der knappen Brexit-Entscheidung des Sommers 2016, dem Aufstieg Donald Trumps und anderer devianter Persönlichkeiten in höchste Staatsämter, vor allem aber mit der Corona-Pandemie und ihren wirtschaftlichen wie auch sozialen Auswirkungen ging gerade zuletzt eine deutliche Radikalisierung des „rechten Randes“ unserer Gesellschaft vor sich, der sich zunehmend – auch international! – besser vernetzt, militanter und gewaltbereiter auftritt, und dessen Strahlkraft bereits bis weit in die „bürgerliche Mitte“ reicht.

Der rechte Populismus hat – trotz mancher Rückschläge – mittlerweile ganz Europa erfasst und ist in den meisten Parteiensystemen zu einer festen und nicht mehr zu vernachlässigenden Größe geworden. Sein Aufstieg und seine Persistenz stellen eine der besorgniserregendsten und am schwersten zu bewältigenden Herausforderungen für die europäischen Demokratien dar.[9] Rechtspopulistische Politdeutungen und -inszenierungen reichen bereits bis in die etablierten konservativen und liberalen, ja selbst in die sozialdemokratischen Parteien und Verbände hinein.[10] Populismus wird dadurch zum Alltagsphänomen und zum politischen Systemmerkmal. Es lohnt sich einfach, *in Populismus zu machen*.[11]

Die ökonomischen und/oder politischen Erklärungsansätze allein greifen jedoch zu kurz. Der Erfolg der Rechtspopulisten – von AfD bis Donald Trump – drückt weit mehr als nur die ohnmächtige Wut der Menschen über ihre wirtschaftliche Prekarisierung, über die Entindustrialisierung weiter Landstriche und ihre Angst vor „Überfremdung“ aus. Der Aufstieg des rechten Populismus ist auch ein Ausdruck eines tiefgreifenden Konflikts um kulturelle Identitäten. Er legt den Blick frei auf eine sehr viel tiefergehende kulturelle Spaltung innerhalb unserer demokratischen Industriegesellschaften, auf die Kluft zwischen zwei konträren Weltbildern, aber auch zwischen höchst unterschiedlichen Lebensformen: den „Kosmopoliten“ – mobil, urban, weltoffen, liberal und gut ausgebildet – auf der einen Seite, und den „nationalen Traditionalisten“, rückwärtsgewandt, konservativ und eher pessimistisch, die vor allem in der unteren Mittelschicht und der Unterschicht verortet werden können.

Der Erfolg der Rechtspopulisten ist deshalb viel mehr als nur ein sozialer Protest, es ist der Wunsch nach einer kulturellen Restauration. Oder, wie Roepert anmerkt: *Der Rechtspopulismus ist daher kein Protest gegen Postdemokratie oder Neoliberalismus, sondern eine Gestalt der konformistischen Revolte. Er ist keine verzerrte und fehlgeleitete Kritik an den Zumutungen und Zwängen eines krisenhaften Kapitalismus, sondern der Versuch, Reflexion, Kritik und emanzipatorische Praxis zu vermeiden und die bestehenden Verhältnisse um jeden Preis zu erhalten.*[12]

Wir konstatieren, dass der rechte Populismus schon längst nicht mehr nur ein politisches, sondern ein weit über die Sphäre des Politischen hinausgehendes soziokulturelles Alltagsphänomen geworden ist. Wer genau hinhört und hinsieht, der stellt fest, dass unsere gesamte Alltagskultur, die Massenmedien, die Werbung, selbst die Unterhaltungsindustrie rechtspopulistisch durchseucht sind. Der niederländische Politikwissenschaftler Cas Mudde prägte deshalb schon vor Jahren das Schlagwort vom *populistischem Zeitgeist*.[13]

---

[9] Vgl. Messina 2007:2f
[10] Vgl. Jaschke 2001:37
[11] Decker 2004:277
[12] Roepert 2022: 9f
[13] Mudde 2004

Im ersten Teil dieser Arbeit wollen wir die zahlreichen Thesen zum Thema Rechtspopulismus zusammenfassen und kritisch hinterfragen.[14] Der zweite Teil befasst sich mit den „besten Rezepten“ – so es sie denn gibt! – gegen die rechtspopulistische Aufwiegelung und Agitation, der dritte enthält eine Übersicht über die wichtigsten rechten Parteien in Europa – und über die z.T. erstaunliche Geschichte ihrer direkten historischen Vorläufer oder indirekten Vorbilder und Stichwortgeber.

Wien, im Juni 2023

[14] Siehe dazu auch: Bauer 2010a, Langenbacher 2011.

Teil 1 – Eine Annäherung

Die populistische Herausforderung

Beschreibung eines modernen Phänomens

Historische Vorläufer

Als „Populismus“ wird gemeinhin eine Politik bezeichnet, die sich am (vermeintlichen) Volkswillen orientiert, diesen aufspürt, verstärkt und für die eigenen politischen Ziele zu instrumentalisieren versucht.

Der Begriff des „Populismus“ geht auf eine US-amerikanische Protestbewegung zurück, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts gegen die zunehmende Vorherrschaft des Großkapitals aufbegehrte und für die Errichtung landwirtschaftlicher Verwertungsgenossenschaften und für den Ausbau der direkten, plebiszitären Demokratie eintrat, und die deshalb gerade bei den kleineren Farmern im Mittleren Westen der USA sehr erfolgreich war. 1891 als People's Party (oder auch Populist Party) gegründet, trat sie 1892 mit dem Slogan *Equal Rights to All; Special Privileges to None* sogar mit einem eigenen Kandidaten bei der Präsidentschaftswahl an. James B. Weaver erreichte landesweit beachtliche 9% der Stimmen, gewann die Mehrheit in fünf Bundesstaaten und erhielt 22 Wahlmännerstimmen in Kansas, Colorado, Nevada, Idaho, Oregon und North Dakota.

Als erste politische Partei in den USA räumte die People's Party den Frauen eine aktive Rolle in der Politik ein. Und geradezu revolutionär war ihr Credo, die Frage der „Rassenunterschiede“ zwischen armen Weißen und armen Schwarzen zugunsten ihrer gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Interessen hintanzustellen. Der Niedergang der Populisten setzte allerdings bereits um die Jahrhundertwende ein, da es der Partei nicht gelang, in den städtischen Milieus Fuß zu fassen. Viele ihrer Forderungen wurden von den Demokraten übernommen, die es geschickt verstanden, den im Süden der USA weit verbreiteten Rassismus gegen die Konkurrenten von der People's Party auszuspielen.

Vom kurzzeitigen Erfolg der People's Party ausgehend, entwickelte der US-amerikanische Soziologe Lawrence Goodwyn bereits gegen Ende der 1970er-Jahre seine Theorie vom „populistischen Moment“. Der Populismus, so Goodwyn, sei eine „gesellschaftliche Kernströmung“, und es bedürfe nur eines bestimmten Momentums, um diese zu aktivieren. Ein solcher „populistischer Moment“ sei immer dann gegeben, wenn das Tempo der Veränderungen zu rasant geworden sei und die Menschen diesem Transformationsprozess nicht mehr folgen könnten oder wollten.[15]

Ebenfalls in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts traten in Russland die Narodniki („Volkstümler“, von russ. *narod*, „Volk“) in Erscheinung, eine populistische Bewegung, die sich sowohl gegen den absolutistischen Zarismus als auch gegen den nach Russland vordringenden Industriekapitalismus wandte und das Heil des russischen Volkes in einem agrarischen Sozialismus suchte, in dessen Zentrum die Dorfkommune stehen sollte. Ein Teil dieser sozialrevolutionären Bewegung ging später in der Partei der Bolschewiki auf.

Im frühen 20. Jahrhundert entstanden auch in Ostmitteleuropa populistische Bauernbewegungen, die eine bessere politische Integration und Repräsentation der Bauernschaft und deren Stärkung mittels Landreformen zum Ziel hatten. In seiner Frontstellung gegen den westlichen Kapitalismus auf der einen und die sozialistische Kolchosenwirtschaft auf der

[15] Vgl. Goodwyn 1978

anderen Seite entwickelte der ostmitteleuropäische „Agrarismus“ gewissermaßen ein Konzept des Dritten Weges jenseits von Kapitalismus und Kommunismus. *Wo ethnisch-nationale Trennlinien mit den sozialen zwischen Bauern und Grundherren oder Bauern und Städtern zusammenfielen*, schreibt Helga Schultz in ihrer Einleitung zum Sammelband „Agrarismus in Ostmitteleuropa 1880–1950“, *verband sich der Bauern-Agrarismus schon im „Volkstumskampf“ des ausgehenden 19. Jahrhunderts mit den Nationalbewegungen*.[16]

In der Zwischenkriegszeit verschmolzen „Agrarromantik“, völkische „Blut und Boden“-Ideologie und Nationalismus schließlich zu einer politischen Strömung, die bald enge personelle und inhaltliche Verbindungen zum osteuropäischen Faschismus aufwies. Bezeichnenderweise spielten einige dieser historischen Bewegungen bei der Wiederentstehung der Mehrparteiensysteme nach dem Zusammenbruch des osteuropäischen Kommunismus eine bedeutende Rolle, vor allem in Polen mit der „Polnischen Bauernpartei“ (PSL) oder der Samoobrona, der „Selbstverteidigung der Republik Polen“.

In den 1930er-Jahren gelangten in Lateinamerika verschiedene „urban-populistische“ Bewegungen an die Macht, deren Führer – Diktatoren wie GETÚLIO DORNELLES VARGAS (1883–1954), der „Vater der Armen“ in Brasilien, oder JUAN DOMINGO PERÓN SOSA (1895–1974) in Argentinien – das politische Potential der massiven Landflucht erkannten und für sich zu nutzen verstanden. Der ökonomische Populismus lateinamerikanischer Prägung profilierte sich vor allem durch seine staatsprotektionistische Umverteilungspolitik zugunsten der unteren und mittleren Einkommensschichten.

In den 1990er-Jahren kamen in Peru und Argentinien mit ALBERTO FUJIMORI und CARLOS MENEM Politiker an die Macht, die einen populistischen Regierungsstil mit einer neoliberalen Wirtschaftspolitik verbanden. Und in den 2000er-Jahren entstand in Lateinamerika ein neuer Linkspopulismus, zu dessen bekanntesten Repräsentanten HUGO CHÁVEZ in Venezuela und EVO MORALES in Bolivien zählen.

Der Populismus erreicht die westeuropäischen Demokratien.

In Westeuropa taucht der Populismus in den frühen 1970er-Jahren in den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten auf.[17] In Erinnerung geblieben ist der dänische „Steuerrebell“ MOGENS GLISTRUP (1926–2008), der 1971 mit seiner Ankündigung berühmt wurde, keine Steuern mehr zu bezahlen. Das Hauptanliegen seiner dänischen „Fortschrittspartei“ war der Abbau der staatlichen Bürokratie und der Kampf gegen den „Missbrauch von Sozialleistungen“. Mit diesem Minimalprogramm wurde die neue Partei bei den Wahlen von 1973 auf Anhieb zweitstärkste Fraktion im dänischen Parlament. Das Thema „Ausländer“ spielte damals noch keine Rolle, die aus der „Fortschrittspartei“ hervorgegangene „Dänische Volkspartei“ punktete erst später (und bis heute) mit eindeutig ausländerfeindlichen, z.T. sogar rassistischen Positionen.

Der endgültige Aufstieg der rechten Populisten erfolgte in den 1980er-Jahren – mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Ost- und Südosteuropa, dem Siegeszug des Neoliberalismus und den damit verbundenen Privatisierungen, Liberalisierungen und Deregulierungen. Zu nennen wären hier Frankreich mit Jean-Marie Le Pens Front National (seit 2018: Rassemblement National), Österreich mit Jörg Haider und seiner Transformation der deutsch-national-freiheitlichen FPÖ in eine rechtspopulistische Protestpartei, Belgien mit dem

[16] Vgl. Schlussbericht: Agrarismus in Ostmitteleuropa
[17] Zum Poujadismus siehe: Teil 3, Frankreich.

separatistischen Vlaams Blok (heute: Vlaams Belang) und die Schweiz mit der rechtskonservativen „Schweizerischen Volkspartei“ Christoph Blochers.

Der Begriff des „Populismus“ wurde damit zu einer fixen politischen Kategorie, die in Europa, im Gegensatz zu den USA, wo Demokratie immer auch eine Prise Populismus beinhaltet, tendenziell stets negativ konnotiert ist.

Stilmittel oder Ideologie?

Gibt es zwischen dem US-amerikanischen Populismus des 19. Jahrhunderts, dem osteuropäischen Agrarpopulismus der Zwischenkriegszeit, dem Populismus lateinamerikanischer Tradition und den seit bald 40 Jahren in Europa grassierenden Populismen einen gemeinsamen Nenner oder sogar so etwas wie eine „populistische Ideologie“?

In der Politikwissenschaft gehen die Meinungen dazu weit auseinander. Der „Populismus“ ist mittlerweile zu einem beliebten Kampfbegriff geworden, der sich einer wissenschaftlichen Bewertung oder exakten Definition entzieht. Dazu kommt, dass der Begriff aufgrund seines vielschichtigen und diffusen Charakters selbst in der Politikwissenschaft oft unscharf oder unreflektiert verwendet wird und als analytische Kategorie und eigenständiger Forschungsgegenstand höchst umstritten bleibt.[18]

Daniela Pichler etwa kommt zu dem Schluss, dass eine einheitliche Definition des Populismus nicht existiere, *wohl aber die Erkenntnis, dass Populismus eine allgemeingültige Definition gar nicht zulässt oder besser ausgedrückt* – und hier zitiert sie Nikolaus Werz: *Den Populismus gibt es nicht, sondern nur dessen vielgestaltige Erscheinungsformen.*[19] Und auch Klaus von Beyme konstatiert am Ende seiner Übersicht über die verschiedenen Populismustheorien: *Nach Ansicht wichtiger Populismusforscher […] sind alle Versuche einer generellen Populismustheorie gescheitert. Daher müssen wir uns auf deskriptive Typologien beschränken.*[20]

Einige Autoren tendieren dazu, im Populismus in erster Linie ein politisches und agitatorisches Stilmittel, und die Gemeinsamkeiten zwischen populistischen Parteien eher im formalen als im inhaltlichen Bereich zu sehen, dem Populismus also den Charakter einer Ideologie im klassischen Sinn abzusprechen.

Martin Reisigl vom Institut für Sprachwissenschaft der Universität Wien etwa meint: *Aufgrund seines heterogenen, synkretistischen und theoretisch inkohärenten Charakters kann Populismus angemessener als politischer Stil und – präziser noch – als politisches „Syndrom“ charakterisiert werden*[21], und auch der deutsche Politikwissenschaftler Florian Hartleb betont, dass sich nach Meinung mancher Autoren viel Ballast in der Populismusdiskussion abwerfen ließe, *wenn dem Begriff keine politische Ideologie bzw. Programmatik unterlegt wird, er vielmehr zur Kennzeichnung einer bestimmten Politik-, Interaktions- und Kommunikationsform, das heißt eines bestimmten Politikstils, dient.*[22] Der 2005 verstorbene Leiter der Grazer AMS-Denkwerkstätte Hans Georg Zilian schlug deshalb vor, *den Ausdruck „populistisch“ nur mehr als Schimpfwort zu gebrauchen.*[23]

---

[18] Vgl. Rensmann 2006:61. Siehe dazu auch Goodwin 2011:12ff.
[19] Pichler 2019:8. Vgl. Werz 2003:13
[20] von Beyme 2018:47
[21] Reisigl 2005:55
[22] Zit. nach Hartleb 2005:13.
[23] Zilian 2002:71

Demgegenüber erklärt Frank Decker, *dass die Form, indem sie auf bestimmte inhaltliche Auffassungen zurückverweist, selbst ideologische Qualität* annehmen könne,[24] der Populismus demzufolge eine „Ideologie ohne Weltanschauung" sei, die *eine recht starre ideologische Form mit sehr variablen Inhalten* aktiviere.[25]

Ein weiterer Vertreter des ideologischen Ansatzes ist Cas Mudde, der von einer *thin-centered ideology* spricht, einer „dünnen Ideologie", *that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, „the pure people" versus „the corrupt elite", and which argues that politics should be an expression of the volonté generale (general will) of the people*.[26]

Bei näherer Betrachtung lässt sich bei allen Populismen tatsächlich ein ideologischer Kern entdecken. Konstitutives, vielleicht sogar wichtigstes Merkmal des Populismus ist die Identitätspolitik. Im Zentrum der populistischen Ideologie steht „das Volk", das als homogene, weitgehend nicht fragmentierte Einheit aufgefasst, mit moralisch aufgeladenen Chiffren („der kleine Mann", „die Fleißigen und Tüchtigen", „die schweigende Mehrheit") besetzt und von der „machtgierigen", „abgehobenen", „korrupten" Elite, dem Establishment, der „politischen Klasse" abgegrenzt wird, die gar nicht wirklich zum Volk gehört. Politik, so verkünden die Populisten zu allen Zeiten, müsse endlich wieder ein Ausdruck des „wahren Volkswillens" werden. Die volle Wucht der populistischen Verachtung trifft dabei alle Nicht-zum-Volk-Gehörenden, allen voran „die da oben", „die Politiker", „die Intellektuellen", „die Staatskünstler" usw.

Die populistische Ideologie, ob links oder rechts, basiert zunächst auf der vertikalen Dichotomie Volk – Elite („wir da unten, ihr da oben"). Parallel und zusätzlich zu dieser vertikalen Abgrenzung von „denen da oben", die alle Populisten vornehmen, erfolgt beim rechten Populismus eine weitere Abgrenzung auf der horizontalen Ebene: Wir, „das Volk", gegen „die Anderen", „die Fremden", die „Nicht-zu-unserem-Volk-Gehörenden".

Luis Caballero meint deshalb, der Rechtspopulismus, dem es nicht an ideologischen Elementen fehle, sei dennoch eher als strategisches Konzept zu begreifen, denn als geschlossene Ideologie. Zumeist bleibe er diffus, wobei sein Erfolg gerade in dieser Eigenschaft begründet sei, denn er könne flexibler als die extreme Rechte auftreten und biete eine große Projektionsfläche für sehr heterogene Bevölkerungsteile mit unterschiedlichen Interessen – wichtig sei bloß, dass sie die Grundbedingung erfüllten, zur Nation zu gehören.[27]

Links oder rechts, ist das noch die Frage?

Noch schwieriger als eine eindeutige Definition des „Populismus" ist die Verortung der verschiedenen Populismen auf der traditionellen Links-Rechts-Skala. *Der Begriff „Populismus"*, meint etwa der Doyen der österreichischen Politikwissenschaft Anton Pelinka, *bezieht sich auf einen Anspruch und auf eine Methode – und nicht auf einen bestimmten, traditionellen Kriterien wie „rechts" und „links" zuzuordnenden Inhalt.*[28] Ist Populismus also doch in erster Linie ein Stil, eine politische Agitationstechnik, die sich – entsprechendes „Talent" vorausgesetzt – an ganz unterschiedliche Ideologien anbinden lässt?

---

[24] Decker 2006:11
[25] Zit. nach Hartleb 2005:13.
[26] Mudde 2004:543
[27] Vgl. Caballero 2016:3
[28] Pelinka 2005:89

Klar ist jedenfalls, dass der Populismus sich mit seinem Wunsch nach radikalen, kompromisslosen Lösungen außerhalb der alteingesessenen politischen Mitte befindet.[29] Durch seine negatorische, fremden- und pluralismusfeindliche – nicht selten auch rassistische! – Identitätsbildung steht der Populismus „rechts“ – im Gegensatz zur universalistischen Ideologie und dem sozialen Gleichheitsverständnis der traditionellen Linken.[30]

Im Unterschied zu den Linksparteien und ihrer angestammten Klientel geht es den Sympathisanten der Rechtspopulisten allerdings nicht mehr um das Versprechen einer besseren Zukunft, sondern um die Wiederherstellung des Vergangenen und der verloren geglaubten Privilegien. Der *Rechtspopulismus ist somit ein politischer Kampf um die Macht zur Wiederaufrichtung vergangener Gesellschaftsordnungen*.[31]

Zu Beginn des neuen Millenniums war in einigen osteuropäischen Staaten, aber auch in Spanien oder im krisengeschüttelten Griechenland eine kurzlebige Renaissance des Linkspopulismus zu beobachten, dessen Vertreter ebenfalls und identitätspolitisch mit scharfen Abgrenzungen gegen „feindliche“ Gruppen und Institutionen wie die EU, die USA oder das „internationale Großkapital“ agierten. Dabei zeigte sich, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen der Stärke und dem Vorhandensein von rechts- und linkspopulistischen Bewegungen gibt, da beide, wenn nicht um das gleiche, so doch um ein ähnliches Wählerreservoir (Stichwort „Modernisierungsverlierer“) konkurrieren.

Für die Linkspopulisten, die auf der vertikalen Ebene an dieselben „niederen Instinkte“ appellieren wie die Rechtspopulisten, nämlich auf die Aversion gegen „die da oben“, stellt sich dabei allerdings das Problem, dass ihre potentielle Wählerschaft in kulturellen Fragen sehr viel weiter rechts steht, als die Partei, die ihrem humanistischen und internationalistischen Selbstverständnis nach auf der horizontalen Ebene nicht gegen „Ausländer“, „Zuwanderer“ oder „Asylanten“ agitieren kann – und darf.

Neben den wenigen dezidiert linkspopulistischen Parteien und den in letzter Zeit stärker in Erscheinung tretenden und ideologisch nicht mehr einzuordnenden „Politclowns“ à la Peppe Grillo von der italienischen „Fünf-Sterne-Bewegung“, handelt es sich bei den meisten erfolgreichen populistischen Parteien und Bewegungen um Rechts- und Nationalpopulisten, die der Europäischen Union skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen und scharf gegen jede Form der Zuwanderung und die damit verbundene ethnische und kulturelle Pluralisierung unserer Gesellschaften auftreten.

Sie befinden sich psychologisch in einer komfortablen Position, können sie doch, zusätzlich zum Hass auf „die da oben“, auf ein noch fundamentaleres Gefühl setzen, nämlich auf das Misstrauen und auf die Angst vor „dem Fremden“ als universell-anthropologische Konstante. Wie sich gerade während der Corona-Pandemie so eindrucksvoll gezeigt hat, darf die politische Wirkmächtigkeit von Emotionen, wie Neid oder soziale Kränkung, nicht unterschätzt werden, vor allem dann, wenn diese Gefühle von der etablierten Politik und dem medialen Mainstream abgewertet und als illegitim betrachtet werden.[32]

---

[29] Vgl. Nauenburg 2005:6
[30] Vgl. Pelinka 2005:92, Rensmann 2006:65
[31] Koppetsch 2020:43
[32] Vgl. Koppetsch 2020:59f

Die damit allerdings einhergehende „Proletarisierung“ ihrer Wählerschaft bedeutet für die Rechtspopulisten einen sukzessiven Abschied vom Neoliberalismus in Wirtschaftsfragen.[33] Deutlich zu beobachten war dies zuletzt am rasanten Aufstieg der immer stärker nach rechts rückenden AfD – gerade auch auf Kosten der Linken! – in den ostdeutschen Bundesländern.

Der fundamentale Unterschied zwischen Links- und Rechtspopulismus kann mit dem Gegensatzpaar Inklusion versus Exklusion zusammengefasst werden. Während der Linkspopulismus möglichst breite Bevölkerungsteile inkludiert, lebt der Rechtspopulismus von der Exklusion immer größerer Teile der Bevölkerung, nämlich all jener, die seiner Definition nach nicht zum Volk oder zur Nation gehören.[34]

Ein Faschismus in neuem Gewand?

Wo beginnt der Rechtsextremismus – und wo der Neofaschismus?

Alte Rechte, „Neue Rechte“, ewige Rechte

Die meisten rechtspopulistischen Parteien in Europa zählen heute zum Typus des exklusorischen Identitäts- oder Nationalpopulismus, die Übergänge vom Rechtspopulismus zur „gemäßigten Rechten“ auf der einen Seite und zum neuen Rechtsextremismus auf der anderen sind fließend. Wo genau verläuft also die Grenze zwischen Rechtspopulismus und neuem Rechtsextremismus?[35]

Der Begriff „Rechtsextremismus“ hat sich mittlerweile auch in der Wissenschaft durchgesetzt, ist allerdings durch eine große Bedeutungsvielfalt gekennzeichnet. Schon 1996 zeigte eine Untersuchung des Begriffsgebrauchs, dass in 13 Studien zum Rechtsextremismus insgesamt 37 unterschiedliche Bedeutungen und Definitionen zu finden waren.[36]

Unter „Rechtsextremismus“ verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von einer rassisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsangebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter „Rechtsextremismus“ verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen. Soweit der Politikwissenschaftler und Rechtsextremismusexperte Hans-Gerd Jaschke.[37]

Einige der von Jaschke aufgeführten Rechtsextremismusmerkmale lassen sich auch in vielen rechtspopulistischen Bewegungen nachweisen. Autoritarismus und Führerkult; Nationalismus – der gerne „ganz wertfrei“ die Bewahrung der „nationalen Identität“ gegen den „europäischen Einheitsbrei“ und die ökonomische Globalisierung betont – und Fremdenfeindlichkeit – Rassismus, Antisemitismus und Antiislamismus inklusive; Antiamerikanismus –

[33] Vgl. Decker 2006:23
[34] Vgl. Caballero 2016:1f
[35] „Rechtsextremismus“ wird seit 1974 von den deutschen Verfassungsschutzbehörden durchgängig statt des früher geläufigen „Rechtsradikalismus“ verwendet, um zu betonen, dass es sich dabei um verfassungsfeindliche, gegen den Grundbestand der freiheitlichen rechtsstaatlichen Verfassung agierende Gruppierungen handelt.
[36] Vgl. Druwe/Mantino 1996:73
[37] Jaschke 2001:30

unter der Chiffre „Ostküste“ mit eindeutig antisemitischem Unterton – und Kapitalismuskritik – wobei nicht die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als solche in Frage gestellt, sondern bloß ein gewisser staatlicher Protektionismus in Hinblick auf die Gruppe der Mittelständler, der Landwirte usw. gefordert wird; Freund-Feind-Denken und Ausgrenzung; Relativierung des Nationalsozialismus und Geschichtsrevisionismus. All das findet sich, in unterschiedlicher „Qualität“ und in unterschiedlichen Mischverhältnissen, in weiten Teilen des rechten und des rechtspopulistischen Lagers. Und genau hier beginnt der Graubereich zum Rechtsextremismus.

Der Graubereich

Nicht alle Populisten sind rechtsextrem und nicht alle Rechtsextremisten geben sich populistisch. Ein interessanter Grenzfall ist der frühere italienische Movimento Sociale Italiano (MSI), der sich als Vertreter der alten, postfaschistischen Rechten sehr deutlich von den populistischen Newcomern unterschieden, sich im Soge des Rechtspopulismus jedoch unter dem Namen Alleanza Nazionale (AN) zu einer modernen Rechtspartei gewandelt hat.

Auch andere Rechtsextremisten präsentieren sich heute in einem moderneren Outfit. Piero Ignazi macht die Differenz zwischen alter und neuer Rechten einerseits am Fortbestand des faschistischen Erbes und andererseits an ihrer grundsätzlich Haltung (ablehnend oder nicht ablehnend) zum gesellschaftlichen und politischen System fest.[38]

In vielen, allerdings nicht in allen rechtspopulistischen Bewegungen bestehen darüber hinaus historische und persönlich-biographische Verbindungen, Verflechtungen und Kontakte zum historischen Faschismus und zum neuen Rechtsextremismus, zu neofaschistischen Gruppierungen, Verlagen oder Versandhäusern. Das heißt, in vielen rechtspopulistischen Parteien lassen sich eine ständige Neigung und ein fließender Übergang zum Rechtsextremismus beobachten. Dies trifft naturgemäß vor allem auf die Rechtspopulisten jener Länder zu, in denen der historische Faschismus und der Nationalsozialismus stark verankert waren, also auf Parteien wie die österreichische FPÖ mit ihren „bedauerlichen Einzelfällen“, die deutsche AfD, die ungarische Jobbik, den französischen Front National (Rassemblement National) oder die Fratelli d'Italia als bis dato letzte Nachfolger der italienischen Postfaschisten.

Aufgrund dieser strukturellen, ideologischen und personalen Überschneidungen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus bezeichnen manche Beobachter den Rechtspopulismus auch als „Rechtsextremismus light“. Wenn Claus Leggewie, der sich selbst als *antikommunistischer Linker, katholisch fühlender Agnostiker, angeschlossener Außenseiter und respektvoller Grenzverletzer* beschreibt, dem Rechtspopulismus eine *fatale Nähe zum faschistischen Gedankengut*[39] zuschreibt und den westeuropäischen Rechtspopulismus als einen Faschismus im neuen Gewande sieht, so mag dies in einigen Fällen durchaus berechtigt sein – generell sollten die modernen Rechtspopulisten allerdings nicht mit den Faschismen der Zwischenkriegszeit in einen Topf geworfen werden.

Den meisten Rechtspopulisten geht es heute nicht mehr um die Abschaffung demokratischer Grundinstitutionen, sondern um eine autoritäre Transformation des politischen Systems. Der Rechtspopulismus hat in der Regel nicht den Systemsturz, sondern eine grundlegende Veränderung der politischen Partizipation zum Ziel.[40]

---

[38] Vgl. Decker 2000:198; Ignazi 1992
[39] Leggewie 1992:66
[40] Vgl. Caballero 2016:4f

In der Regel fehlt es den Rechtspopulisten, wie bereits der deutsche Extremismusforscher Uwe Backes feststellte, an Militanz und Gewaltbereitschaft, die meisten strebten keine radikale Umwälzung der Werteordnung und keine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft an,[41] ihr Weltbild und ihre „Ideologie", sofern vorhanden, seien flexibler und anpassungsfähiger, als jene der Rechtsextremen, die ihre Anhänger nicht nur verführen, sondern auch bekehren wollen.

Obwohl es in vielen rechtspopulistischen Parteien eine ständige Neigung und einen fließenden Übergang zum Rechtsextremismus gibt, lassen sich die meisten Rechtspopulisten innerhalb – wenn auch oft am äußersten Rand – des demokratischen Spektrums verorten. Einige der neuen Rechtspopulisten besitzen keinerlei historische oder ideologische Verbindungen zu den Faschismen der Zwischenkriegszeit; sie sind deklarierte Anhänger eines „Minimalstaates", offen fremdenfeindlich, lehnen aber Rassismus und Antisemitismus ebenso ab, wie eine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Gruppierungen wie dem (früheren) Front National oder dem belgischen Vlaams Belang.

Explizit neofaschistische Gruppierungen sind heute weitgehend marginalisiert und politisch bedeutungslos. Am Beispiel der deutschen NPD, die sich im sächsischen Landtagswahlkampf 2004 den Sozialpopulismus in Form des Protests gegen die Arbeitsmarktreformen (Agenda 2010, Hartz I bis IV) erfolgreich zunutze gemacht hat, zeigt sich jedoch, dass auch rechtsextreme Parteien gerne zu populistischen Strategien greifen, wenn es ihnen opportun erscheint.[42]

Der Graubereich und die Übergänge zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus werden gerade bei neuen Bewegungen wie den Identitären[43] deutlich sichtbar. Das „Gedankengut" der Neuen Rechten, ein Begriff, mit dem vor allem die neueren, erfolgreichen Rechtsaußenparteien, aber auch die jüngeren rechten Intellektuellen bezeichnet werden, findet in der gesamten rechten Szene breite Rezeption. Die Neuen Rechten greifen mit Vorliebe die Ideen der Weimarer „Konservativen Revolution"[44] der Zwischenkriegszeit auf, wenden sich gegen die Ideale der Aufklärung, gegen Liberalismus, Pluralismus und Demokratie, suchen nach „ursprünglichen Werten" und Ordnungsprinzipien und verstehen sich als eine elitäre Avantgarde, die in Form von Tagungen, Diskussionsforen und Zeitschriftenprojekten agiert und ihre Basis an Hochschulen (Burschenschaften) oder in Zeitungsredaktionen (wie Junge Freiheit*)* besitzt.

Vor allem in Frankreich versucht die Nouvelle Droite[45] seit den 1970er-Jahren – also zeitlich parallel und durchaus als Reaktion auf grüne und ökologische Ansätze der „Neuen Linken" –, eine geschlossene und „moderne" rechte Theorie zu entwickeln und die (links)liberale Deutungshoheit in Fragen der Werteorientierung zu konterkarieren. Universal gültige Prinzipien, wie etwa die Menschenrechte, werden als moderne Ideologie eines „geistigen Kolonialismus" diffamiert, und an die Stelle des modernen, liberalen und demokratischen Staates tritt das Modell einer „organischen Demokratie", einer Gemeinschaft von Bürgern, die durch eine gemeinsame Abstammung miteinander verbunden sind.

---

[41] Vgl. Backes 1991:14
[42] Vgl. Hartleb 2005: 28
[43] Für eine ausführliche Darstellung der Identitären und weitere Literaturverweise siehe: Bruns / Glösel / Strobl 2014; Goetz / Sedlacek / Winkler 2018.
[44] Der Begriff „Konservative Revolution" wurde 1950 von Armin Mohler für eine Gruppe ideologischer Strömungen eingeführt, die sich im Kontext der Weimarer Republik entwickelten und dezidiert antiliberale, antidemokratische und antiegalitäre Züge trugen. Siehe dazu: Sontheimer 1962; Pfahl-Traughber 1998.
[45] Für eine detaillierte Darstellung siehe: Taguieff 1994.

„Den“ Rechtspopulismus gibt es nicht.

Die Bandbreite innerhalb des rechtspopulistischen Spektrums reicht von eindeutig extremistischen, „altrechten“ Parteien wie dem früheren französischen Front National, der ungarischen Jobbik, der deutschen NPD oder neofaschistischen Bewegungen wie der griechischen Chrysi Avgi über regional-separatistische (Vlaams Belang, Lega Nord) und „gemäßigt“ rechtspopulistische Parteien (Schweizerische Volkspartei, „Dänische Volkspartei“, skandinavische „Fortschrittsparteien“), über ultrakatholische („Liga Polnischer Familien“), postfaschistische (frühere Alleanza Nazionale), postmoderne und radikal-libertäre (Lijst Pim Fortuyn) bis hin zum weitgehend ideologiefreien, aber mit rechten Versatzstücken dekorierten „Unternehmerpopulismus“, wie ihn Silvio Berlusconi bereits zu Beginn der 1990er-Jahre verkörperte.

Einige dieser Parteien, wie etwa die österreichische FPÖ, die mittlerweile aufgelöste Alleanza Nazionale, aber auch die belgischen, französischen oder norwegischen Rechtspopulisten, knüpfen z.T. direkt an faschistische Ideologien und Parteien der 1920er- und 1930er-Jahre an. Andere, etwa in Osteuropa, greifen Ideen und Konzepte der Zwischenkriegszeit auf, und wieder andere sind zuwanderungsfeindlich, lehnen aber Rassismus und Antisemitismus dezidiert ab.

Rechtspopulismus kann extremistische und systemfeindliche, aber auch nichtextremistische und eindeutig demokratische Züge annehmen. Die niederländische Liste Pim Fortuyn etwa war (rechts-)populistisch, aber nicht extremistisch, ihre Nachfolger von der Partij voor de Vrijheid propagieren einen radikalen Antiislamismus, lehnen aber eine Kooperation mit „antisemitischen Parteien“ ab. Der belgische Vlaams Belang und der französische Rassemblement National wiederum sind (oder waren?) populistisch, rechtsextremistisch und systemfeindlich. Vielen rechtsextremistischen Formationen wiederum fehlen zentrale Merkmale und Strukturen des Populismus.

Michael Minkenberg unterscheidet deshalb vier Richtungen des Rechtsextremismus – eine autoritär-faschistische Rechte (z.B. DVU), eine traditionelle rassistische Rechte (z.B. NPD), eine neorassistische Rechte (z.B. Front National, Republikaner), die anstelle des nationalistischen Überlegenheitsanspruchs die Position des ethnischen und kulturellen Partikularismus vertritt und gerne vom „Grundrecht auf Verschiedenheit“ und von der „Unvereinbarkeit von Kulturen und Ethnien“ spricht, und eine religiös-fundamentalistische Rechte.[46]

Der deutsche Politikwissenschaftler Richard Stöss wiederum unterscheidet drei Typen rechtsextremer Parteien:[47]

Einen neofaschistischen, rassistischen und systemfeindlichen; dazu zählt er den früheren Movimento Sociale Italiano, die spanische Fuerza Nueva (später Frente Nacional) und die NPD. Diese kleine und militante Szene, die sich offen zu den Traditionen des Faschismus und des Nationalsozialismus bekennt, wird von männlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen dominiert.

Einen nationalistischen, rassistischen und eher systemkritischen Parteityp, der sich zumeist nur verbal von den erstgenannten Gruppierungen abgrenzt. Dazu zählt Stöss den Front National, den Vlaams Belang, die italienische Lega Nord und die deutsche DVU.

[46] Vgl. Minkenberg 1998:257f
[47] Vgl. Stöss 2006:527f

Und drittens einen gemäßigt nationalistischen, fremdenfeindlichen, aber eher systemkonformen, der mit konservativen und liberalen Parteien kooperiert. Dieser findet sich nach Stöss bei den skandinavischen „Fortschrittsparteien“ und der schweizerischen SVP, bei der 2009 in Berlusconis Il Popolo della Libertà aufgegangenen Alleanza Nazionale und bei der österreichischen FPÖ.

Das Beispiel der FPÖ, die bereits unter Jörg Haider fundamentale Kritik am „österreichischen System“ übte und die Gründung einer „Dritten Republik“ propagierte, die auch und gerade während ihrer letzten Regierungsbeteiligung von 2017 bis 2019 durch eine Reihe antisemitischer „Einzelfälle“ Schlagzeilen machte und deren Verhältnis zu den rechtsextremen Identitären keineswegs geklärt ist, zeigt allerdings, wie arbiträr solche und ähnliche Unterscheidungen sind.

Das Verhältnis von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus muss deshalb von Fall zu Fall untersucht und stets aufs Neue beurteilt werden. Von Bedeutung sind dabei nicht nur die Geschichte und die Herkunft der jeweiligen Partei und ihres Führungspersonals, sondern auch das politische Umfeld und die spezifischen Ausgangskonstellationen in den jeweiligen Ländern. Und – nicht zu vergessen: Auch und gerade diese Parteien unterliegen sehr kurzfristigen und raschen Veränderungsprozessen!

Der charismatische Führer und seine Bewegung

Strukturelle Gemeinsamkeiten – und Unterschiede

Ständig in „Bewegung“

Die rechtspopulistischen Bewegungen in Europa weisen eine Reihe gemeinsamer Merkmale auf, die sie zu einer – wenn auch häufig zerstrittenen – „politischen Parteienfamilie“ machen. Die meisten Unterschiede und Besonderheiten sind demgegenüber national bedingt und im jeweiligen historischen Kontext zu sehen.[48]

Cas Mudde verweist bereits 2007 darauf, dass die jeweiligen Bewegungen genauer zu untersuchen und nicht einfach pauschal einer ideologischen Richtung zuzuordnen seien: *This can only be accomplished by original research, as so many European parties remain understudied [...]. In addition, classifications should be based upon systematic academic analyses of party literature. Too often (new) parties are simply classified on the basis of „common wisdom“ supported by a smattering of highly selective quotes.*[49]

Zwei wesentliche Merkmale sind allen populistischen Parteien und Bewegungen eigen. Das erste bezieht sich auf ihr Selbstverständnis, eine Anti-Establishment-Bewegung (also eine „Anti-Partei“) und keine Partei im klassischen Sinn zu sein. Dieses Selbstverständnis und dieser Wunsch drücken sich oft bereits in ihrem Namen aus; viele vermeiden das Wort „Partei“ und bezeichnen sich selbst lieber als „Allianz“, „Alternative“, „Aktion“, „Bewegung“, „Bündnis“, „Forum“, „Front“, „Liga“, „Liste“, „Offensive“, „Union“, „Zentrum“ oder schmücken sich mit Phantasiebezeichnungen, wie etwa die griechische „Goldene Morgenröte“.

Das zweite gemeinsame Merkmal liegt in der herausgehobenen Position eines charismatischen und autoritären „Führers“. *Der Rechtspopulismus,* stellte der österreichische Journalist und Autor Michael Jungwirth so treffend fest, *steht und fällt mit dem Guru.*[50] Dieser ist

[48] Vgl. Jungwirth 2002:13
[49] Mudde 2007:294
[50] Jungwirth 2002:13

nicht selten der Gründer der Bewegung und in der Regel ein Renegat einer etablierten Partei seines Landes, die er entweder aus freien Stücken verlassen hat oder aus der er – zum Beispiel wegen seiner allzu radikalen Positionen – ausgeschlossen wurde.

Beides, die totale Fixierung auf den Führer und die fehlenden Parteistrukturen, erweisen sich nicht nur in Phasen der Krise als äußerst fragil.

Ein „Aufstand der Etablierten“[51]

Dieser starken Personalisierung und Zuspitzung auf eine oder wenige Führungspersönlichkeiten steht eine klare Tendenz zu einem klassenübergreifenden Kollektivismus gegenüber. Die Rechtspopulisten postulieren die Existenz eines weitgehend homogenen Volkes (die Wir-Gruppe) mit einem gemeinsamen Volkswillen. Für die soziale Differenzierung innerhalb „des Volkes“ werden sogenannte Sekundärtugenden, wie „Anständigkeit“ oder „Fleiß“, herangezogen und ideologisch aufgeladen.

Paul Taggart fokussiert mit dem von ihm eingeführten Begriff des *heartland*[52] auf eben jene „anachronistische Utopie“, die rechtspopulistische Politiker gerne als rückwärtsgewandtes Ideal ausrufen – eine archaische, größtenteils fiktive Gesellschaftsordnung, wie sie in der Vergangenheit angeblich existiert habe, eine Welt von fleißigen Menschen, die mit „ehrlicher Arbeit“ ihr Auskommen finden.

Diese Utopie einer weitgehend konfliktfreien, kulturell und ethnisch homogenen Gesellschaft dient dazu, alle dennoch vorhandenen Klassen- und sonstigen Gegensätze zumindest symbolisch aufheben, widerspricht allerdings nicht nur der historischen, sondern umso mehr der modernen Realität unserer komplexen Welt und ist per se anti-demokratisch.[53]

Kern eines jeden Populismus ist ein generalisierter Repräsentationsanspruch, wie Martin Reisigl, Professor am Institut für Sprachwissenschaft in Wien feststellt.[54] Der Führer geriert sich als Anwalt der unterdrückten Interessen einer behaupteten „schweigenden Mehrheit“. Als solcher appelliert er an die tatsächlich vorhandenen Gefühle der Verdrossenheit, der Enttäuschung oder Angst und bietet seinen Anhängern das Versprechen, ihre Sorgen und Nöte zu artikulieren, ihre tatsächlichen Interessen gegenüber der „abgehobenen“ Elite der Herrschenden („die da oben“) zu vertreten und die Verkrustungen des politischen Tagesgeschäfts aufzubrechen.

Dabei gelten die sozialen Unterschiede innerhalb des als einheitlich postulierten Volkes als aufgehoben, ebenso übrigens wie die Distanz zwischen dem Führer, der als Sprachrohr und Anwalt des Volkes agiert und seine Stellung dadurch legitimiert, und ebendiesem Volk, der oft zitierten „kleinen Leute“, der „Anständigen, Fleißigen und Tüchtigen“.

Mit dieser Fokussierung auf die „normalen Menschen“ verbindet sich eine nostalgische Orientierung, eine Sehnsucht nach einer „normalen Lebensweise“, nach der „guten alten Zeit“, die bedroht oder bereits untergegangen ist.[55] Der niederländische Historiker René Cuperus spricht in diesem Zusammenhang von einem *Kampf um ein verlorenes Paradies*.[56]

---

[51] Koppetsch 2020:65
[52] Taggart 2000:91ff
[53] Vgl. Rosenberger 2005:45f
[54] Reisigl 2005:57
[55] Vgl. Roepert 2022:27f
[56] Cuperus 2017

Die Aufhebung der Distanz zwischen dem Führer und „seinem Volk“ zeigt sich auch, wie wir im folgenden noch sehen werden, in der betont volkstümlichen und kämpferischen Sprache des charismatischen Führers, der geschickt die verborgenen Stimmungen als „des Volkes Meinung“ aufgreift und tabufrei artikuliert. Der Tenor seiner Aussagen ist häufig klassenübergreifend, antielitär, vielfach auch antiintellektuell, antimodern und antiurban, das transportierte Gesellschaftsbild zumeist grob vereinfacht und undifferenziert, gespickt mit strikten Freund-Feind-Unterscheidungen, neokonservativen Nostalgien und antiwohlfahrtsstaatlichen Utopien und einer nur vordergründig basisdemokratischen Haltung. Denn mit ihrer Forderung nach verstärkter Nutzung plebiszitärer Beteiligungsformen verfolgen die Populisten in erster Linie den Zweck, das Volk gegen die herrschende Elite zu mobilisieren.

Die Spielregeln der repräsentativen parlamentarischen Demokratie braucht es dazu nicht mehr, was auch die grundsätzliche Skepsis der Rechtspopulisten gegenüber diesen Normen erklärt. Den „Quatschbuden“ der Parlamente stellen die Rechtspopulisten ihre Forderung nach dem Ausbau der „wahren Demokratie“ entgegen. In den nationalen oder regionalen Abgeordnetenhäusern fallen die Rechtspopulisten deshalb immer wieder durch ständige Absenz und Mitarbeitsverweigerung oder durch ein betont flegelhaftes und provokantes Auftreten auf.

Die innerparteiliche Demokratie ist bei den Rechtspopulisten, die sich gerne als basisdemokratische „Bewegungen“ geben, allerdings meist nur wenig ausgeprägt und eher „akklamatorisch“.

Obwohl die politischen Themen der Rechtspopulisten durchwegs nationalspezifischer Natur sind, gibt es auch hier eine Reihe ständig wiederkehrender Muster: Ganz oben auf der Agenda der Rechtspopulisten steht die Verteidigung bzw. Rückeroberung von Lebens- und Wohlstandsniveaus der „Einheimischen“ gegen die von außen (Migranten, Asylanten) kommenden Bedrohungen, und natürlich die Bewahrung der ethnisch-kulturellen Identität. Die Rechtspopulisten betonen die gesellschaftlichen Vorrechte der Einheimischen, fordern Rahmenbedingungen, die Ungleichheiten begünstigen und negieren dabei das demokratische und verfassungsgemäß verankerte Prinzip individueller und sozialer Gleichheit, d.h. ihr Verständnis von Repräsentation ist exklusiv und antipluralistisch. Sie propagieren grundlegende Veränderungen des von ihnen angeprangerten „Systems“, was sie tendenziell antiliberal und antidemokratisch macht – auch wenn sie die demokratische Ordnung per se nicht in Frage stellen.[57]

Bestes Beispiel ist die ständig wiederkehrende Forderung der FPÖ, den Anspruch auf bestimmte Sozialleistungen an die Staatsbürgerschaft zu knüpfen, deren Vergabe allerdings nur überaus restriktiv zu handhaben sei.

„Der traut sich was!“

Populistische Tabubrüche als Methode

Dem Volk aufs Maul schauen

Die Aufhebung der Distanz zwischen dem populistischen Führer und „seinem Volk“ manifestiert sich in der betont volkstümlichen und kämpferischen Sprache, mit der der Führer geschickt die in Teilen der Bevölkerung latent vorhandenen Stimmungen als „des Volkes Meinung“ aufgreift und artikuliert.

[57] Jaschke 2001:32f

Da die „politische Korrektheit“ zu den erklärten Feinden der Rechtspopulisten gehört, ist der bewusste Tabubruch Methode und stellt ihr mit Abstand wichtigstes rhetorisches Stilmittel dar.[58] Er wird lustvoll zelebriert, denn indem sich der populistische Führer „kein Blatt vor den Mund nimmt“, erweist er sich als wahrer „Mann des Volkes“, der sich ungeniert auszusprechen traut, was „die schweigende Mehrheit“ (angeblich) bloß denkt oder fühlt. Zugleich betont er mit diesen Tabubrüchen seine Rolle als Außenseiter und „Rebell“ und zeigt: „Der traut sich was!“

Typischerweise sind die von den Rechtspopulisten verübten verbalen Tabubrüche häufig im Bereich der Grund- und Menschenrechte im Allgemeinen sowie der Frauen- oder Minderheitenrechte im besonderen angesiedelt. Der billige Applaus ihrer Anhänger ist ihnen damit auf jeden Fall sicher.

Die Rhetorik der Populisten ist provokativ und griffig-parolenhaft, demagogisch und simplifizierend, dabei maßlos übertreibend und bewusst emotionalisierend.[59] Mal zieht man in den *Kampf gegen die Polit-Nomenklatura*, mal wird die *Globalisierungsdiktatur* heraufbeschworen, dann heißt es *keine Gnade für die Täter!*; und die eigenen Anhänger werden als *Leibeigene der Gen-Industrie* tituliert, die von den Regierenden „zu Tode gespart“ würden.

Nahezu unentbehrlich ist auch das Aufspüren und Benennen von (häufig wechselnden) Feindbildern und Verschwörungsszenarien. Hinter Codes wie der „amerikanischen Ostküste“ verbirgt sich allerdings bloß der sattsam bekannte Antisemitismus, und hinter der Kritik am unerwünschten Multikulturalismus steckt vor allem primitive Ausländerfeindlichkeit und Islamophobie. Besonders perfide ist dabei die Selbststilisierung zum Opfer, Verfolgten und Ausgegrenzten *(Sie jagen HC Strache)*, wohingegen die tatsächlichen Opfer von rassistischer Diskriminierung und Gewalt verhöhnt oder als „linke“ Übertreibungen diffamiert werden.

Scheinbar einfache und radikale Lösungen (statt „fauler Kompromisse“) treten an die Stelle einer Analyse der gesellschaftlichen Komplexität. Großer Beliebtheit erfreuen sich deshalb auch eingängige Common-Sense-Argumente: Was im Kleinen gilt, kann im Großen nicht falsch sein!

Ein wesentliches Element der politischen Inszenierung ist dabei das Spiel mit den Ängsten der Menschen: Wahlweise *galoppiert* oder *explodiert die Ausländerkriminalität*, und *das Abendland* ist ohnedies permanent *in Gefahr.* Gerne werden Gewaltmetaphern verwendet, wie etwa das *Schlachtfeld,* die *Globalisierungsmafia* oder die *Hexenjagd.* Großer Beliebtheit erfreuen sich auch biologistische Vergleiche, wehleidige Selbstzuschreibungen wie *Melkkühe* oder *Sündenböcke* und abwertende Fremdzuschreibungen wie *Ungeziefer.*

Aussprechen, was ist

In einer Analyse von FPÖ-Presseaussendungen zeigte sich, dass die Rechtspopulisten mit Vorliebe jene Themen aufgreifen, die von der populistischen Boulevardpresse vorgegeben werden. Eklatante Widersprüche – also Österreich-Chauvinismus versus Bekenntnis zum kulturellen Deutschtum, traditionelle Distanz der Deutschnationalen gegenüber der katholischen Kirche versus Betonung der christlich-abendländischen Kultur, Selbstbestimmungsrecht für die „deutschen“ Südtiroler, nicht aber für die albanischen Kosovaren – werden in einer geschichts- und ideologielosen Gesellschaft offenbar widerspruchslos hingenommen.

[58] Siehe dazu: Grossalber 2012 sowie Woschitz 2011
[59] Die folgenden Zitate stammen aus FPÖ-Presseaussendungen der Jahre 2001 bis 2009. Siehe: Bauer 2009.

Jedes mediale „Aufreger"-Thema wird von den Rechtspopulisten dankbar aufgegriffen und in die sattsam bekannte Themen- und Argumentationspalette eingeordnet.

Ein schönes Beispiel für diesen oftmals „verschwurbelten" Stil ist die folgende Aussage Straches: *Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem das vereinigte Gutmenschentum dank einer asylindustriellen Revolution kriminelle Scheinasylanten und straffällig gewordene Zuwanderer systematisch als Opfer nicht stattgefunden habender Integration verharmlost und den Österreichern dank willfähriger Medien suggeriert, die Schuld dafür zu tragen*.

Ein beliebtes Stilmittel der Populisten sind auch Paraphrasierungen, mit denen an die im kollektiven Gedächtnis verankerten Aussagen bekannter Politiker oder an bedeutsame historische Ereignisse angeknüpft werden soll. Hier ein paar besonders dreiste Beispiele aus diversen FPÖ-Aussendungen der letzten Jahre:

In Anlehnung an einen berühmten Wahlslogan Bruno Kreiskys aus den 1970er-Jahren lud Strache alle SPÖ-Wähler ein, *ein Stück des Weges mit uns zu gehen*. In Anlehnung an die legendäre Weihnachtsbotschaft des österreichischen Bundeskanzlers Leopold Figl aus dem Jahr 1945 verkündete Strache ein anderes Mal: *Wir glauben an diese FPÖ, wir glauben an Österreich.* Und in Anlehnung an Bundeskanzler Kurt Schuschniggs letzte Worte vor Hitlers Einmarsch in Österreich *schloss Strache seine Rede für unsere Heimat* mit *den Worten „Gott schütze Österreich!"* Manches ist, eingedenk der Geschichte der FPÖ, überaus dreist, etwa wenn Strache beklagt, dass *das außenpolitische Erbe Kreiskys* mutwillig verschleudert werde, oder wenn behauptet wird, dass wegen des EU-Beitritts die Republik Österreich achtzig Jahre nach ihrer Gründung zu existieren aufhöre und *genauso ausgelöscht* werde, *wie 1938*. Nicht zu übertreffen ist allerdings die Parole *Patrioten aller Länder, vereinigt Euch*.

Viel Feind, viel Ehr'

Populistische Feindbilder und ihre Rezeption

Feindbilder als Lebenselixier

Der Rechtspopulismus braucht Feindbilder, ja er lebt geradezu von ihnen. Die Feindbilder legitimieren seine dauerhafte Empörung und schaffen ein festes Band zwischen dem charismatischen Führer und „seinem" leicht zu erregenden Volk.

Der Hauptfeind aller (Rechts)populisten ist das Establishment („Die da oben"), die *politische Mafia* (Vlaams Belang), die *Viererbande* (Le Pen), die *nomenclatura* (Bossi), die *Altparteien* (Haider). Ihnen werfen die Populisten Machtbesessenheit und Cliquenwirtschaft sowie die verschwörerische Komplizenschaft mit all jenen Kräften vor, die gegen die Interessen des Volkes agieren. „Die da oben" heißt es dann, hätten die Gesellschaft und den Staat usurpiert, einen Staat, der von korrupten Zentralisten regiert werde und zum *Selbstbedienungsladen* (wahlweise auch zur *Hängematte*) für *Sozialschmarotzer* verkommen sei. Diesen „geraubten Staat" fordert der populistische Führer nun im Namen „seines Volkes" zurück.[60]

Mit Vorliebe attackieren die europäischen Rechtspopulisten aller Länder deshalb die Europäische Union, und hier vor allem deren angeblich *überbordende Bürokratie*. Tatsache ist allerdings, dass für die europäischen Institutionen (EU-Kommission, Parlament, Rat) insgesamt nur etwa 55.000 Menschen tätig sind, demnach ein Mitarbeiter auf etwa 10.000 EU-Bürger kommt, und dass nur etwa sechs Prozent des EU-Budgets für die Verwaltung aufgewendet werden. Zum Vergleich: Im Jahr 2018 waren im Magistrat der Stadt Wien rund

[60] Hartleb 2005:12

30.680 öffentlich Bedienstete beschäftigt, die Verwaltungskosten lagen bei etwa 13% des Stadtbudgets. Und: Die Stadt Wien ist unter den europäischen Millionenstädten weder eine Ausnahme noch ein Negativbeispiel für einen besonders hohen Verwaltungsaufwand.

Die meisten Rechtspopulisten sind EU-kritisch bis -skeptisch. Sie lehnen den europäischen Einigungsprozess zwar – im Unterschied zu rechtsextremen Gruppen – nicht grundsätzlich ab, kritisieren aber, gemäß dem beliebten Slogan *Europa ja – EU nein*, das „Wie" und nicht das „Ob" des Einigungsprozesses. Sie bedienen damit die in weiten Teilen der Bevölkerung vorhandenen Stimmungen gegen ein Europa, das auf Kosten der nationalen Identitäten von „Brüsseler Bürokraten" und ihrer „Regulierungswut" regiert werde, von Politikern, denen es, noch viel stärker als den ungeliebten einheimischen Eliten, an Bürgernähe und demokratischer Legitimation fehle. Tatsächlich vorhandene Missstände werden zum Maßstab für eine völlig überzogene Kritik, abstruse Einzelfälle wie die Verordnung über Gurkenkrümmungen gebetsmühlenartig wiederholt und zu Legenden verwoben.

Diese Haltung ist gerade in den Ländern der sogenannten „Nettozahler" – in absoluten Zahlen Deutschland, in relativen Zahlen noch Dänemark, Österreich, Schweden und die Niederlande – besonders häufig anzutreffen, wobei die finanziellen „Melkkuh"-Argumente gerne mit der Sorge um die angeblich bedrohte „nationale Identität" verwoben werden.

Dasselbe Muster findet sich im Abwehrkampf regionalistischer Bewegungen wie der Lega Nord oder des Vlaams Belang gegen den Zentralstaat und seine nationale Politik. In Wahrheit stehen auch hier simple ökonomische Motive im Vordergrund, weshalb solche Bewegungen vornehmlich in den wohlhabenderen Landesteilen entstehen („Nettozahler" gegen „Subventionsempfänger"). Ein gutes Beispiel dafür ist Norditalien, wo es der Lega Nord gelang, in scharfer Abgrenzung zu den „faulen und chaotischen Süditalienern", eine fiktive „padanische Identität" zu konstruieren, obwohl es eine solche historisch gewachsene überregionale Identität niemals gab.

Schreckgespenst „Multikulti"

Neben der Parteien(staats)verdrossenheit spielt das emotional aufgeheizte Thema der Zuwanderung beim Erfolg der rechten Populisten die wahrscheinlich wichtigste Rolle. *Die Ablehnung der ethnischen Pluralisierung, die insbesondere an der Einwanderung festgemacht wird, ist der klassische Dreh- und Angelpunkt rechtsextremer Propaganda, ja ihr Begründungszusammenhang schlechthin*, meint der deutsche Politikwissenschaftler und Historiker Albert Scharenberg.[61]

In Folge des Zusammenbruchs der kommunistischen Diktaturen in Ost- und Südosteuropa, vor allem aber durch die jugoslawischen Nachfolgekriege sahen sich viele westeuropäische Staaten in den späten 1980er- und frühen 1990er-Jahren erstmals seit langem wieder mit einem Ansturm von Flüchtlingen und Asylwerbern konfrontiert.

Die politische Zuspitzung des „Ausländerthemas" führte jedenfalls rasch zu einem signifikanten Anstieg der Fremdenfeindlichkeit. Und mit der Zeit erodierten die Grenzen zwischen den dringend benötigten Arbeitsmigranten und ihren nachzugsberechtigten Familienangehörigen, zwischen Asylwerbern und „Illegalen", zwischen „Wirtschaftsflüchtlingen" und politisch Verfolgten immer mehr.[62]

---

[61] Scharenberg 2006:76
[62] Vgl. Decker 2004:214ff

Hinzu kommt dass, obwohl viele europäische Staaten traditionelle Einwanderungsgesellschaften sind, ein immer größerer Teil der neuen Zuwanderer aus „fremden“, nicht-europäischen Kulturkreisen stammt und ihre kulturell-religiöse Anders- und Fremdartigkeit die ansässige Mehrheitsbevölkerung im Alltag vor eine hohe Toleranzforderung stellt.

Die Rechtspopulisten nutzen diese Stimmung und die mit der Zuwanderung zweifellos auftretenden – mehrheitlich allerdings sozialen und nicht kulturellen! – Probleme, um daraus mit dem Slogan „Das Boot ist voll“ politisches Kapital zu schlagen. Dreh- und Angelpunkte fremdenfeindlicher Agitation waren und sind die angeblich ausufernde Ausländerkriminalität, das Ausnützen des ohnehin stark belasteten Sozialstaates und die steigende (Inländer-) Arbeitslosigkeit durch die Billigkonkurrenz am Arbeitsmarkt. Albert Scharenberg spricht in diesem Zusammenhang sehr zutreffend von einer „Ethnisierung des Sozialen“.[63]

Am Ende dieses Prozesses, den es unter allen Umständen aufzuhalten gilt, lauert das Schreckgespenst der „multikulturellen Gesellschaft“, die Gefährdung der eigenen Identität, der Albtraum von der „Fremdheit im eigenen Land“ – und zuletzt die Horrorvision von der schleichenden „Islamisierung Europas“.

Die öffentliche Sichtbarkeit des Islam und seiner Anhänger, die sich etwa in der Errichtung von Moscheen mit Minaretten – horribile dictu! – oder im Tragen traditioneller Bekleidung manifestiert, ist den Rechtspopulisten deshalb ein ganz besonderes Gräuel. Islamistisch motivierte Anschläge sind Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten, die dabei ein in weiten Teilen der autochthonen Bevölkerung vorhandenes diffuses Fremdheitsgefühl sowie kulturell begründete Ressentiments und Vorurteile sehr geschickt ausschlachten, um alle Muslime unter Generalverdacht zu stellen. Die Kritik richtet sich dabei gerne gegen die generelle „Rückständigkeit des Islam“ und seinen Herrschaftsanspruch, gegen „die kriminelle Neigung der Fremden“ und ihre aggressive Sexualität, die die „einheimischen Frauen“ bedrohe, sowie gegen die „Unterdrückung der Frauen“ an sich, ganz so, als ob die Vertretung feministischer Anliegen schon immer im Mittelpunkt rechtspopulistischer Politik stünde.[64]

Gerade in der Frage der Geschlechterverhältnisse wird das Dilemma der Rechtspopulisten überdeutlich. Einerseits gilt es die eigenen „zivilisatorischen Errungenschaften“, wie die Gleichberechtigung der Geschlechter, die sexuelle und körperliche Selbstbestimmung, die Wahrung von Minderheitenrechten vor dem „rückständigen Islam“ zu verteidigen, andererseits aber zielen die familien- und kulturpolitischen Forderungen des Rechtspopulismus ja auf die Wiederherstellung der tradierten Geschlechterordnung in Form eindeutiger und dichotomer Weiblichkeits- und Männlichkeitsnormen, und in vielen Fällen sogar auf Maßnahmen, die den Frauen wieder stärker reproduktive Tätigkeiten zuschreiben wollen.[65]

An die Stelle einer Analyse der tatsächlich vorhandenen Probleme und Herausforderungen, die die Migrations- und Fluchtbewegungen der letzten Jahre zweifellos mit sich gebracht haben, stellen die rechten Populisten die entschiedene Ablehnung der sich entwickelnden „multikulturellen Gesellschaft“ in den Vordergrund, da diese mit dem Verlust der eigenen Identität einhergehe. Im Unterschied zum offen rassistischen Rechtsextremismus, der eher ein Randphänomen darstellt, stellen die Rechtspopulisten dem Feindbild Multikulturalismus sehr geschickt ihr Konzept des „Ethnopluralismus“ entgegen – also „Österreich den Österreichern“, „die Türkei den Türken“ usw. Dieser als Ethnodifferentialismus maskierte „neue

[63] Scharenberg 2006:77
[64] Vgl. Betz 1996:367f
[65] Vgl. Roepert 2022:30f

Rassismus“ zielt nicht mehr auf die unterschiedliche Wertigkeit von „Rassen“ und Völkern ab, sondern auf die angebliche Notwendigkeit, ihre Verschiedenheit (und räumliche Distanz!) zu respektieren und zu erhalten.

Erstaunlicherweise können rechtspopulistische Parteien auch unabhängig von der real existierenden Einwanderungspolitik und den tatsächlichen Zuwanderungszahlen in ihren jeweiligen Ländern mit den immer gleichen fremdenfeindlichen Parolen reüssieren: *So haben zwar einige Länder mit starken rechtspopulistischen Parteien einen relativ hohen Ausländeranteil, wie Belgien, Österreich und die Schweiz, andere, wie Dänemark, Frankreich, Italien, Norwegen und Portugal, hingegen nicht. [...] Es könnte nun noch vermutet werden, dass in Ländern mit großen Wahlerfolgen der Rechtspopulisten und niedrigem Ausländeranteil die mit der Einwanderung verbundenen Probleme besonders gravierend sind. Dies scheint aber auch nicht zuzutreffen: Für Frankreich mit den nun schon seit Jahrzehnten bestehenden Integrationsproblemen in den Ghettos der Vorstädte mag das zwar gelten, aber nicht für Dänemark und Norwegen*, konstatiert der deutsche Migrationsforscher Steffen Angenendt.[66]

Der früh verstorbene deutsche Politikwissenschaftler Tim Spier stellte deshalb fest, dass *die Ressentiments im Prinzip auf beliebige Minderheiten angewandt werden können, solange eben diffuse Vorbehalte in der Bevölkerung vorhanden sind […] Die Ressentiments sind austauschbar, doch die Funktion ihrer Ansprache, die Abgrenzung gegenüber Minderheiten und die damit verbundene Bestärkung der eigenen Identität, ist universell*.[67]

Tatsächlich gibt es keinen zwangsläufigen und messbaren Zusammenhang zwischen Xenophobie und der tatsächlichen Anwesenheit von Ausländern. In Analogie zum bekannten Phänomen des „Antisemitismus ohne Juden“ existiert auch das Phänomen des „Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit ohne Ausländer“.[68] Die schweizerische SVP etwa erreicht ihre besten Ergebnisse in überwiegend ländlichen und kulturell weitgehend homogenen Kantonen, die norwegische „Fortschrittspartei“ in Kleinstädten ohne nennenswerte ausländische Bevölkerung und die FPÖ in Wiener Bezirken, die mehrheitlich noch von „echten Österreichern“ bewohnt werden. Hier überwiegt wohl die von den Rechtspopulisten geschickt geschürte Angst der ansässigen Bevölkerung, dass es in ihrem Lebensumfeld demnächst auch zu solchen „unhaltbaren Zuständen“ kommen könnte, wie sie in anderen, großstädtischen Bereichen angeblich bereits existieren.

Und der „ewige Jude“

Die Feinde der Rechtspopulisten sind immer „die Anderen“, und diese anderen sind immer wieder die gleichen „Anderen“. Deshalb verbinden sich im Rechtspopulismus fremdenfeindliche Einstellungen nicht selten mit antisemitischen Vorurteilen, wie Beispiele aus zahlreichen europäischen Ländern beweisen – auch aus solchen, in denen keine nennenswerte jüdische Bevölkerung (mehr) existiert. Freilich äußerst sich dieser „neue Antisemitismus“ selten so offen, unverblümt und primitiv wie bei der bulgarischen Partei Ataka, der griechischen LAOS oder den notorischen „Einzelfällen“ im Umfeld der FPÖ; meist reicht der beiläufige Verweis auf die „jüdische Herkunft“ öffentlicher Personen, die süffisante Betonung „typisch jüdischer Namen“ oder der verklausulierte Hinweis auf „die (amerikanische) Ostküste“.

---

[66] Angenendt 2003:11
[67] Spier 2006:51
[68] Vgl. Scharenberg 2006:105

Zu den vielseitigen Facetten des modernen Antisemitismus gehören aber auch bestimmte Kritiken am Staat Israel und seiner Politik gegenüber den Palästinensern – was natürlich nicht heißen soll, dass eine solche Kritik grundsätzlich tabu sei! – oder Hinweise auf materielle Vorteile, die Holocaust-Opfer, etwa in Zusammenhang mit Restitutionen, aus ihrer Opferrolle ziehen.

Feindbilder – ob alte oder neue – bilden jedenfalls den Humus, auf dem der Rechtspopulismus prächtig gedeihen kann. Die Sündenbockfunktion ist dabei weder den Juden noch den Ausländern vorbehalten. Die Angriffe können jede ethnische oder religiöse Minderheit betreffen, sie können auch auf „die Intellektuellen" oder „die entarteten Künstler" abzielen, auf Frauenrechtlerinnen ebenso wie auf missliebige linke, grüne oder liberale Politiker, auf Journalisten, die im Namen der Political Correctness die Wahrheit angeblich systematisch verfälschen und im Auftrag des Staates Propaganda betreiben (Lügenpresse, fake news), oder auf Wissenschaftler, die mit ihren Gender-Studies ein politisch motiviertes Umerziehungsprogramm verfolgen oder die, wie sich zuletzt in der Corona-Pandemie auf drastische Wese gezeigt hat, ihre Forschungsergebnisse angeblich nach den politischen Interessen der Regierenden ausrichten.

Ein ganz besonderes Feindbild stellt jedoch die gleich- oder sonstwie andersgeschlechtliche Lebensorientierung dar. Rechtspopulisten zeichnen sich in aller Regel durch einen hohen Grad an homophoben Einstellungen und eine grundsätzlichen Ablehnung sexueller Vielfalt aus.

Leo Roepert spricht im Zusammenhang mit dem Rechtspopulismus von „aktualisierten Formen von Rassismus", einem *liberalen Rassismus*, der das Eigene mit den Merkmalen einer modernen Gesellschaft identifiziert, während die Fremden als „barbarische" Gemeinschaft imaginiert werden, und von einem *völkischen Rassismus*, der die „globalistischen Eliten", die gegen die Interessen und Werte des Volkes handeln, für den Niedergang der eigenen Kultur verantwortlich macht. Dieses rechtspopulistische Elitennarrativ weist eine deutliche Übereinstimmung mit dem traditionellen Antisemitismus auf. Ebenso wie „den Juden" wird im *strukturellen Antisemitismus* des Rechtspopulismus nun den „kosmopolitischen Eliten" vorgeworfen, eine im Geheimen agierende und global tätige Gruppe zu bilden, die durch den Einsatz von Geld und mit Unterstützung „der Medien" an der Zerstörung der Völker arbeite.[69]

Auch die politischen Mitbewerber werden nicht als politische Gegner, sondern als Feinde betrachtet, die die Existenz des Volkes als Ganzes bedrohen. Ihnen allen wird die Schuld für tatsächlich existierende gesellschaftliche oder ökonomische Missstände zugeschoben, sie alle werden der Verschwörung, der Korruption, krimineller Handlungen oder zumindest moralischer Verfehlungen bezichtigt. Sie erfüllen damit die klassische Sündenbock- und Entlastungsfunktion, indem reale oder eingebildete Ängste, Ärger und Frustration auf sie abgelenkt werden können. Und an die Stelle rationaler Analysen zur Erklärung der Ursachen und der Folgen des raschen sozialen Wandels unserer modernen Gesellschaften treten einfache Schuldzuweisungen und krude Verschwörungstheorien. Kein Wunder also, dass in diesem manichäischen Weltbild im Wesentlichen nur noch zwischen den beiden binären Polen gut und böse unterschieden wird.[70]

[69] Vgl. Roepert 2022:12f
[70] Vgl. Caballero 2016

Rechter Antikapitalismus und Globalisierungskritik

Alles nur Taktik?

National und sozial – wie geht das eigentlich zusammen?

Wenn von politischen Beobachtern, besonders in den letzten Jahren und bedingt durch die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, eine stärkere Hinwendung rechter und rechtspopulistischer Parteien zu „Antikapitalismus“ und „Globalisierungskritik“ moniert wird, so muss festgehalten werden, dass es sich dabei keineswegs um einen „Strategiewechsel“ oder gar um eine neue Strategie handelt. Die rechten Parteien spielen nur eine Karte aus, die sie schon immer im Talon hatten.

Schon der frühe Nationalsozialismus, der sich seit den 1880er-Jahren im deutschen Kaiserreich und in Österreich-Ungarn entwickelte und der in Österreich bereits 1918 eine Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei hervorbrachte, verfolgte neben einem radikalen Antisemitismus auch eine strikte antikapitalistische Linie. Besonders die frühen sudetendeutschen und österreichischen Nationalsozialisten sahen sich selbst als Angehörige einer Arbeiterpartei und betonten stets den „sozialistischen Charakter“ ihrer Bewegung.[71]

Dieser antimarxistische und „völkische Sozialismus“ existierte anfangs auch in der deutschen NSDAP, deren „linker“ Flügel sogar die Übertragung der Produktionsmittel an die Produzierenden forderte und sich klar vom „reaktionären preußischen Junkertum“ distanzierte. Während Hitler selbst auf dem Münchener Parteikongress im Januar 1923 bereits ein klares Bekenntnis zum Privateigentum und zur Unternehmerpersönlichkeit ablegte, präsentierten sich weite Teile der NSDAP noch als Klassenpartei der „schaffenden Arbeit“.

Auch der junge Josef Goebbels verstand sich als Sozialist. Gemeinsam mit dem 1934 ermordeten Gregor Strasser und dessen Bruder Otto baute Goebbels einen „linken“, sozialrevolutionären Parteiflügel auf, der die NSDAP im „Kampf um Berlin“ als klassenkämpferische Partei der „Hand- und Kopfarbeiter“ positionierte und ein durchaus eigenständiges ideologisches Profil gegenüber dem süddeutschen Parteiflügel um Adolf Hitler entwickelte. Diese „NS-Linke“ drängte auf die Schaffung nationalsozialistischer Gewerkschaften, forderte die weitgehende Sozialisierung wichtiger Betriebe und setzte sich für eine quasi-sozialistische Organisation der Landwirtschaft und eine kollektivistische Wirtschaftsordnung ein. Für den Aufstieg der NSDAP war die soziale Frage jedenfalls ganz entscheidend. Hitler gelang es allerdings, spätestens auf der Bamberger Führertagung im Jahr 1926, die Verankerung antikapitalistischer Forderungen nach einem „nationalen Sozialismus“ in das Parteiprogramm zu verhindern und seine Machtstellung endgültig zu zementieren.[72]

Solche „nationalrevolutionären“ Thesen üben bis heute einen erheblichen Einfluss auf das Gedankengut der rechtsextremen Szene in Österreich und in Deutschland aus. So gesehen ist es nicht weiter verwunderlich, dass auch die NPD gerne auf Themen wie „Antiimperialismus“, „Globalisierung“ und „Hartz IV“ setzt und dabei mit linkspopulistischen Reflexen kokettiert. Der Hauptfeind der freien Völker sei der globalisierte („jüdische“) Kapitalismus. Er führe zur Entfremdung der Menschen von ihrer angestammten Kultur, zu Entwurzelung, kultureller Dekadenz und Depression und hinterlasse weltweit nur noch „multikulturellen Einheitsbrei“.

---

[71] Siehe: Whiteside 1961
[72] Vgl. Sturm 2007

Mit den Wahlerfolgen der Rechtspopulisten und angesichts der von vielen Menschen empfundenen negativen Begleiterscheinungen der Globalisierung ist die in den 1970er-Jahren in Skandinavien entstandene neoliberale Spielart des europäischen Rechtspopulismus zugunsten einer kulturalistischen und sozialpopulistischen Ausrichtung heute jedenfalls nahezu verschwunden. Selbst in jenen rechtspopulistischen Parteien, die in den 1980er-Jahren als radikale Neoliberale gestartet sind, hat in den letzten Jahren ein grundlegender Wandel stattgefunden, der nicht nur die Wählerschaft dieser Parteien, sondern auch ihre Funktionärsebene komplett verändert hat.

Die „Proletarisierung" ihrer Wählerschaft ist ein Markenzeichen des neuen Rechtspopulismus und geht Hand in Hand mit einem immer pointierteren Sozialprotektionismus. Der Aufstieg des europäischen Rechtspopulismus – das belegen sämtliche Wahlanalysen – geht zum überwiegenden Teil auf Kosten der traditionellen Linksparteien.[73]

Dieser Prozess lässt sich selbst bei bereits länger bestehenden Parteien wie der österreichischen FPÖ oder der Schweizerischen Volkspartei beobachten, die traditionell in einer rechtskonservativen, kleinbürgerlich-bäuerlichen Wählerschaft verankert waren, ebenso gut aber beim belgischen Vlaams Belang und in Skandinavien, wo die „Fortschrittsparteien" *aus dem Vertrauensverlust vieler BürgerInnen in die Sozialdemokratie elektorales Kapital schlagen konnten.*[74]

Die österreichische FPÖ etwa bezeichnet sich zwar gerne als „bürgerlich", tatsächlich aber ist sie mittlerweile bei allen Wahlgängen die mit Abstand stärkste Partei bei Arbeitern und Lehrlingen, und ein guter Teil ihrer Protesthaltung ist durchaus als „linkspopulistisch" zu qualifizieren. Die FPÖ mobilisiert das „Proletariat" der „kleinen und tüchtigen Leute" gegen „die da oben", sie mobilisiert die Österreicher gegen „die Fremden" und den „Asylmissbrauch", und die Christen gegen die „schleichende Islamisierung" Europas. Sie artikuliert – in dieser Form und Konsequenz als einzige Partei des Landes! – die Opposition gegen die Europäische Währungsunion und die Brüsseler Bürokratie, gegen die Osterweiterung und gegen einen möglichen EU-Beitritt der Türkei.

Ähnliches gilt auch für den französischen Front National. Predigte man dort noch in den 1980er-Jahren einen wirtschaftlichen Neoliberalismus, so erfolgte mit dem Strukturwandel der Wählerschaft eine deutliche Hinwendung zum Linkspopulismus. Neoliberale Prinzipien gelten heute nur noch insoweit, als sie den „Interessen der Volksgemeinschaft" nützen.

Das hier beschriebene Phänomen lässt sich in nahezu allen europäischen Demokratien beobachten. Von der langsamen, aber steten Erosion der traditionellen Blockparteien der linken und der rechten Mitte profitieren die von vornherein auf eine „volatile" Wählerschaft eingestellten Rechtspopulisten. Deren Führungsfiguren, die selbst ernannten Volkstribune, maßen sich an, die wahren Bedürfnisse der „kleinen Leute" zu kennen und besser zu vertreten, als die etablierte „Politikkaste". „Das Volk als Ganzes gegen den bürokratischen Parteienstaat", so lautet ihre Parole.

Der häufig geäußerten Meinung, dass es sich beim Sozialpopulismus der Rechten um ein wahltaktisches Manöver handle, um ein, wie der deutsche Armutsforscher Christoph Butterwegge es formuliert hat, *zeitweiliges Schwanken im Hinblick darauf, wie bestimmte Wählerschichten am besten erreicht werden* können[75], muss deshalb an dieser Stelle deutlich wider-

[73] Vgl. Pelinka 2005:94
[74] Falkenberg 1997:175
[75] Butterwegge 2006: 25

sprochen werden. Der Sozialpopulismus der Rechten ist in den meisten dieser Bewegungen genuin angelegt.

Jung, männlich, ungebildet?

Wer sind die Wähler rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien?

Protestiert wird rechts.

Rechtspopulistische Parteien sind u.a. auch sogenannte *discontent parties*, Protestparteien. Besonders deutlich zeigt sich das daran, dass sie bei „weniger wichtigen Wahlen", wie zum Beispiel bei den Wahlen zum EU-Parlament oder bei Regionalwahlen, stets besonders große Erfolge erzielen können, da diese Wahlgänge für viele Wähler eine niederschwellige Form und Möglichkeit darstellen, Protest und Unzufriedenheit zu artikulieren.

Doch wogegen richtet sich dieser Protest, der mittlerweile auch bei nationalen Wahlgängen immer stärker spürbar wird und die traditionellen Lagerparteien langsam, aber sicher erodieren lässt?

Zunächst einmal zeigt sich, dass rechtspopulistische Herausforderer überall dort erfolgreich sind, wo seit vielen Jahrzehnten Systeme von sogenannten Konkordanzdemokratien vorherrschen, das heißt in Ländern mit großen Koalitionen und starken inhaltlichen Annäherungen der traditionellen Volksparteien bis hin zu Allparteien-Koalitionen und ausgeprägten korporatistischen Elementen. Das gilt oder galt lange Zeit für Österreich mit der „ewigen Großen Koalition" und dem Erfolgsmodell der Sozialpartnerschaft, für die Schweiz mit ihrer „Zauberformel", für Belgien und sein „Säulenmodell", für Frankreich in Zeiten der „Cohabitation", für das Nachkriegsitalien mit der jahrzehntelangen Vorherrschaft einer korrupten Democrazia Cristiana und ihrer Verbündeten und für das „Poldermodell" der Niederlande.[76] In all diesen Staaten existieren starke und auch relativ frühzeitig erfolgreiche rechtspopulistische Parteien.

Diese bis zur Erstarrung stabilen Konkordanzsysteme waren offensichtlich nicht in der Lage, rasch und adäquat auf die rasanten gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte zu reagieren. Antworten auf die durch „Individualisierung" und ökonomischen Wandel bedingte Auflösung der traditionellen Lebensformen und Bindungen, auf denen das Funktionieren einer Gesellschaft bisher beruhte, also der Familien, der sozialen Klassen und Milieus, der traditionellen Geschlechterrollen, der Nationen oder Religionen, blieben viel zu lange aus. Von diesem *dealignment* der Wählerschaft profitieren nun die Rechtspopulisten.

Während die Globalisierung den Nationalstaat und seine politischen Akteure zusehends und für alle erkennbar entzauberte und die Parteien- und Politikverdrossenheit zunahm, flüchteten sich viele Menschen, die sich von diesen Entwicklungen überfordert fühlten, in antiliberale Ressentiments und nationalistische „Wir-Gefühle".

Gleichzeitig blieben die populistischen Herausforderer, die sich selbst als die wahren Hüter der Interessen des Volkes stilisierten, vom politischen Establishment, das als williger Vollstrecker der ungeliebten Globalisierung – und damit auch der Zerstörung der eigenen Gesellschaft und Kultur! – angesehen wurde, lange Zeit ausgegrenzt.

[76] Vgl. Mišković 2010

Wer sind die „Modernisierungsverlierer"?

Besonderen Anklang fanden die Botschaften der Rechtspopulisten deshalb bei jenen Personen, die von den Folgen der ökonomischen, kulturellen und politischen Globalisierung unmittelbar negativ betroffen sind. *In den Reihen dieser „Modernisierungsverlierer" finden sich politische Unzufriedenheit, Statusängste, materielle Not sowie Orientierungs- und Identitätslosigkeit.*[77] Diese überaus heterogene Gruppe von Menschen, der es an Organisationsmöglichkeiten mangelt, um ihre Anliegen auch politisch vertreten zu können, die sich demnach von niemandem mehr vertreten fühlen, bilden das Wählerreservoir für die rechtspopulistischen Parteien. Es handelt sich dabei vor allem um jüngere männliche (Industrie-) Arbeiter mit geringer beruflicher Qualifikation, die durch die internationale Konkurrenz permanent von Arbeitslosigkeit bedroht sind, aber auch um Vertreter des traditionellen kleinen Mittelstandes, um Ladenbesitzer, Handwerker und kleinere Angestellte, die sich ebenfalls in ihrer Existenz gefährdet sehen.

Während in der Schweiz, aber auch in Norwegen, Belgien und den Niederlanden rechtspopulistische Bewegungen „klassenübergreifend" auf zweistellige Stimmanteile kommen, reicht die Datenlage in vielen anderen Ländern nicht aus, um valide soziodemographische Rückschlüsse ziehen zu können. Auffallend ist jedoch, dass die Rechtspopulisten bei den produktionsbezogenen (intermediären) Dienstleistungsberufen[78] deutlich unterdurchschnittlich abschneiden, wohingegen sie bei den Vertretern von Industrieberufen in allen untersuchten Ländern disproportional viele Wähler für sich gewinnen können. Länderübergreifend kommen rund 44% aller Wähler rechtspopulistischer Parteien aus der Industriearbeiterschaft.[79]

Tim Spier kommt zu dem Schluss, dass sich die unterschiedlichen, in der Literatur diskutierten Erklärungsmuster für die Wahl rechtspopulistischer Parteien – soziale Lage, individuelle psychische Dispositionen und gesellschaftlicher Wandel – nicht gegenseitig ausschließen, sondern sich im Sinne der Modernisierungsverlierer-Theorie verbinden lassen.[80] Für die im Übrigen äußerst heterogene rechtspopulistische Parteienfamilie lässt sich spätestens seit den 1990er-Jahren jedenfalls ein deutlicher (und bedeutsamer!) Wandel in der Wählerstruktur beobachten: *Den rechtspopulistischen Parteien gelang es in dieser Zeit, in sozial marginalisierte Bevölkerungssegmente vorzudringen, die zuvor zur traditionellen Klientel sozialdemokratischer, sozialistischer und kommunistischer Parteien gehörten*[81], eine Entwicklung die der Politikwissenschaftler Herbert Kitschelt als die Entstehung „postindustrieller Arbeiterparteien" identifiziert.[82]

Und die „Wohlfahrtschauvinisten"...?

Allerdings ist der Anteil von Wählern rechtspopulistischer Parteien nicht nur bei diesen tatsächlichen Verlierern der aktuellen Modernisierungsprozesse, sondern auch bei jenen Gruppen und Personen, die von „subjektiver Deprivation" betroffen sind, die vorläufig nur befürchten, dass es sie und ihre Familien auch einmal „treffen" könnte, und die deshalb in einem latenten Zustand der Enttäuschung und Unzufriedenheit mit den eigenen Lebensverhältnissen verharren, überdurchschnittlich hoch. Generell ist festzustellen, dass gerade in

[77] Spier 2006:50
[78] Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Geld- und Kreditwesen sowie Realitätenwesen, Rechts- und Wirtschaftsdienste.
[79] Spier 2010:150f
[80] Spier 2010:193f
[81] Spier 2010:256
[82] Kitschelt 2001:435

der sichtbaren Verjüngung der Wählerschichten eine besorgniserregende „neue Qualität des Rechtsextremismus“ besteht. Wahlanalysen des Sozialforschungsinstituts SORA[83] etwa zeigen, dass FPÖ und Grüne bei den Jungwählern zwischen 16 und 20 Jahren etwa gleichauf liegen. Deutlich niedrigere Anteile weisen die Rechtspopulisten, zumindest in Österreich, bei öffentlich Bediensteten und Pensionisten auf.

Rechtsextreme und Rechtspopulisten profitieren demnach nicht nur von den Stimmen der sogenannten Modernisierungsverlierer, sondern auch vom Wohlstandschauvinismus[84] der bedrohten Mittelschichten, von den „verunsicherten Materialisten“ und den „wohlfahrtsstaatlichen Chauvinisten“, die mittlerweile einen bedeutenden Teil ihrer Wählerschaft stellen, obwohl deren Misere weniger eine tatsächliche, sondern eine vor allem subjektiv empfundene, von Verlust- und Abstiegsängsten begleitete ist.[85] In Norwegen und Dänemark etwa setzt sich die Wählerschaft der Rechtspopulisten etwa zu gleichen Teilen aus von der Sozialdemokratie und dem Wohlfahrtsstaat enttäuschten Arbeitern und Kleinunternehmern zusammen.

Tatsächlich stellt der „Wohlfahrtschauvinismus“ eine der Haupteigenschaften des rechten Populismus dar – auch oder gerade weil er zumeist jeder rationalen Grundlage entbehrt. Denn abgesehen von branchenspezifischen Ausnahmefällen kann der gestiegene Ausländer- und Migrantenanteil weder für den Verlust von Arbeitsplätzen noch für die Finanzkrise des Wohlfahrtsstaates verantwortlich gemacht werden. Doch es sind gerade die Vorwürfe einer missbräuchlichen Inanspruchnahme des Wohlfahrtsstaates, die eine große propagandistische Wirksamkeit entfalten, selbst wenn es sich dabei eher um ein kulturelles (und soziales), als um ein ökonomisches Problem erster Ordnung handelt. Es geht, wie man sieht, nicht nur um Verteilungskämpfe, sondern auch um Kulturkonflikte.

Im politischen Alltagsgeschäft der Rechtspopulisten führt dies nicht selten zu Konflikten zwischen ihren ursprünglichen neoliberalen und ihren neuen sozialpopulistischen Positionen. Der im Kern individualistische Populismus, der sich gerne gegen staatliche Bevormundung und „Zwangssolidarität“ wendet, fordert gleichzeitig, dass der Staat „die eigenen (kleinen) Leute“ gegen die Übergriffe der internationalen Konzerne schützen soll. Im extremsten Fall verbindet sich dabei wirtschaftlicher Neoliberalismus mit „selektivem Protektionismus“ (für einheimische Kleinunternehmer, Bauern etc.). Am erfolgreichsten sind deshalb jene Populisten, denen es gelingt, sich gleichzeitig als Anwälte der „Modernisierungsverlierer“ und als Agenten eines überfälligen Modernisierungskurses zu präsentieren.[86]

Rechtspopulismus (und Rechtsextremismus) haben mittlerweile auch die traditionell linken Stammwählergruppen erreicht, wo rechtsextremes Wahlverhalten vor allem als sozialer Protest verstanden wird, der auf die hässliche Seite des Individualisierungsprozesses und auf die soziale, psychologische und ideologische Heimatlosigkeit breiter Bevölkerungsgruppen verweist. Eine besonders besorgniserregende „neue Qualität des Rechtsextremismus“ besteht in der sichtbaren Verjüngung seiner Wählerschichten.

---

[83] https://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen.html

[84] Unter „Wohlstandschauvinismus“ versteht man eine Haltung, die darauf zielt, den eigenen Wohlstand zu bewahren und ihn vor der ungerechtfertigten Inanspruchnahme durch Dritte (z.B. „Ausländer“) zu schützen. Wohlstandschauvinistische Einstellungen sind besonders in Staaten vorzufinden, in denen ein ursprünglich hohes soziales Versorgungsniveau infolge der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen unter Druck gerät.

[85] Vgl. Decker 2004:198ff; Jungwirth 2002:20f

[86] Vgl. Betz 1996:372

Sebastian Kurtenbach kritisiert in diesem Zusammenhang, dass es in der stadtsoziologischen Literatur zu wenige Arbeiten über den Rechtspopulismus gebe, und dass als Erklärungsmodelle für den Erfolg des Rechtspopulismus stets dieselben Hypothesen(-familien) herangezogen würden, die Kontakt-, die Konflikt- oder Bedrohungshypothese oder eben die Modernisierungsverliererhypothese. Basierend auf der sozioökonomischen Situation, dem Ausländeranteil und den Wahlergebnissen von AfD und NPD identifiziert Kurtenbach fünf Typen von Orten. Auffällig, aber nicht überraschend (!) ist zunächst, dass die Typisierung eine Trennung nach alten und neuen Bundesländern aufzeigt. Sein Befund: Die AfD ist in sozial segregierten Gebieten besonders erfolgreich. Die Zuwanderung selbst hingegen habe keinen eindeutigen Effekt auf ihren Erfolg. Die AfD profitiere in westdeutschen Großstädten vor allem vom abnehmenden Zuspruch zur SPD, in ostdeutschen Großstädten vom abnehmenden Zuspruch zur CDU und zur Linken. Und sie sei dort erfolgreich, wo in der Vergangenheit bereits die NPD relativ erfolgreich war. In liberal geprägten großstädtischen Räumen finde sie hingegen nur wenig Zustimmung.[87]

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass bei der Wählerschaft rechtspopulistischer (und rechtsextremer) Parteien zwei unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen im Vordergrund stehen: die kleinbürgerlichen Mittelschichten einerseits und die nicht länger von den traditionellen Linksparteien repräsentierten unteren sozialen Schichten, und hier vor allem deren jüngere männliche Mitglieder.[88] Und auch da, wo es sich um bereits länger bestehende Parteien handelt, wie etwa im Fall der FPÖ oder der Schweizerischen Volkspartei, lässt sich ein signifikanter Wandel in deren Wählerschaft konstatieren – von überwiegend (kleinbürgerlichen) Mittelschichten zu den Angehörigen der unteren sozialen Schichten.

Die Proletarisierung des Rechtspopulismus

Bei diesen unteren sozialen Schichten ist es, wie Cornelia Koppetsch ausführt, die Blickrichtung, die den Unterschied ausmache. Anders als bei „aufstrebenden Gruppen“, wie etwa bei der frühen Arbeiterbewegung, sei der Blick nicht mehr nach oben gerichtet, sondern nach unten, in Richtung der ungeliebten Neuankömmlinge.[89]

Nicht nur die FPÖ, auch der Front National (Rassemblement National) und die Lega Nord wandten sich zu Beginn an eine eher konservative und traditionalistische Wählerschaft – z.T. auch an eine mit einer extrem rechten Weltanschauung. Mit der Zeit aber begannen auch diese noch relativ jungen Parteien, sich verstärkt auf eine urbane, aus dem Arbeiter- und Angestelltenmilieu stammende sozialdemokratische (und kommunistische) Wählerschaft zu konzentrieren.

Einer der Erklärungsversuche dieses europaweiten Phänomens geht davon aus, dass der „Autoritarismus der Unterschichten“ früher von sozialistischen und kommunistischen Parteien aufgefangen, durch den parteiinternen Paternalismus moderiert und mit egalitaristischen und solidarischen Werten verknüpft wurde. Ein Prozess, wie er etwa im Roten Wien der Zwischenkriegszeit, aber auch bei den kommunistischen Parteien im Nachkriegsitalien oder in Frankreich beobachtet werden konnte. Durch die Individualisierung und die soziale Fragmentierung der Gesellschaft sind jedoch gerade die Institutionen und Werte der Arbeiterklasse (wie etwa die „internationale Solidarität“) einem besonders starken Erosionsprozess unterworfen. Sozialwissenschaftler sprechen deshalb auch von einem „Extremismus der Mitte“,

[87] Vgl. Kurtenbach 2019:4
[88] Vgl. Scharenberg 2006:104; Betz 1994:97ff
[89] Vgl. Koppetsch 2020:66

wenn bislang gemäßigte Wählergruppen „ausbrechen“ und ihre Stimmen jenen Protestparteien geben, die auf die Komplexität der Probleme mit einfachen Schuldzuweisungen reagieren.

Den Wählern der Rechtspopulisten stehen jene gesellschaftlichen Gruppen gegenüber, die von den Modernisierungen profitieren oder diese einigermaßen in ihr Leben integrieren konnten, und die nun aus einer vergleichsweise sicheren sozioökonomischen Lage heraus die Folgen dieser Entwicklungen beklagen. *Es ist der Neoliberalismus mit seinem Bekenntnis zur ungehemmten „Freizügigkeit“ der Arbeitskraft (und aller anderen Produktionsfaktoren), der einen noch nie da gewesenen Druck auf die sich ausformende Unterklasse ausübt […] Es ist offensichtlich unbillig, von den ungebildeten, angsterfüllten, zutiefst gekränkten Mitgliedern der Unterklasse jene Toleranz und Weltoffenheit einzufordern, auf die sich die Eliten so viel zugute halten*.[90]

Eine unheilige Allianz

Rechtspopulismus und Boulevard [91]

Die modernen Massenmedien sind das Lebenselixier der Populisten.

Ein ganz wesentlicher Punkt in der Betrachtung des Rechtspopulismus ist sein Verhältnis zu den Medien. Schon Jörg Haiders Aufstieg zeigte sehr eindringlich, dass die Rechtspopulisten selbst bei negativer Berichterstattung von der Schlagzeile und dem Coverfoto profitieren. In diesem Sinne sind die Rechtspopulisten auch ein Produkt des modernen Medienzeitalters und ihre Beziehung zu den Massenmedien ist eine besondere und durchaus symbiotische. Der Populist liefert die Skandale und die Medien machen ihn im Gegenzug bekannt. Die Medien reduzieren die Unübersichtlichkeit politischer und gesellschaftlicher Vorgänge und der Populist bietet scheinbar einfache Lösungen für komplexe Probleme an.[92]

Der Populismus lebt vom – häufig selbst inszenierten – „Skandal“ und von der permanenten „Krise“. Wie klein diese real auch sein mag, durch Schwarzmalerei – und mit Unterstützung der auflagegeilen Boulevardmedien – lässt sie sich mit Sicherheit erheblich vergrößern.

Die Rechtspopulisten haben sich in den letzten Jahren verstärkt und mit großen Engagement und Geschick der sogenannten sozialen Medien zu bedienen gelernt und in einigen Themenbereichen bereits die Meinungsführerschaft errungen. Diese Entwicklung wird z.T. auch dadurch begünstigt, dass die Rechtspopulisten von den traditionellen Medien oft ausgeschlossen, an den Rand gedrängt und in erster Linie negativ dargestellt werden, was ihnen allerdings, wie weiter oben bereits ausgeführt, nicht immer nur geschadet hat. Um diesen vorwiegend negativen Darstellungen und Berichterstattungen auszuweichen, haben die Rechtspopulisten die Flucht in die sozialen Medien angetreten, in denen sie nicht selten lautstärker und prominenter vertreten sind, als die etablierten Volksparteien.

Diese Überrepräsentation bietet den Rechtspopulisten nun die Möglichkeit, einfach und kostensparend alternative Medienimperien aufzubauen, mittels derer sie direkt mit ihren Anhängern kommunizieren und ihre einfachen Botschaften ungefiltert unter das Volk bringen können. Die Abgeschlossenheit und Exklusivität dieser Meinungsblasen kommt ihren Inhalten und ihrem Stil dabei durchaus entgegen. Besonders deutlich wurde das zuletzt in der Corona-Krise, als sich im Umfeld rechter und rechtspopulistischer Gruppen eine ganze

[90] Zilian 2002:70
[91] Siehe dazu: Kleinlercher 2010.
[92] Nauenburg 2005:6

Subkultur von Skeptikern, Leugnern, Verschwörungstheoretikern und Staatsfeinden etablieren konnte.

Die österreichische Politikberaterin und Autorin Julia Ebner, die in diesem Zusammenhang auch von „Radikalisierungsmaschinen“ spricht, verweist darauf, dass die weltanschaulich rückwärtsgewandten Rechtspopulisten, ebenso wie andere Extremisten, so zum Beispiel die Islamisten, technisch immer auf dem neuesten Stand seien. Das mittlerweile weitverbreitete Misstrauen gegenüber dem Staat und seinen Institutionen, meint Ebner, treibe die Menschen in rechtsextreme Kanäle, wo die „Allianz von Spaß und Hass“, die Freude am kalkulierten Tabubruch, das virtuelle Zugehörigkeitsgefühl, das auch gegen Einsamkeit und Isolation wirke, dazu beitrügen, sie in diesen Online-Echokammern zu halten.

Eine Hand wäscht die andere

Allerdings funktionieren diese Plattformen nicht nur selbstreferentiell; sobald ein Narrativ viral geht, wird darüber (zwangsläufig?) auch in den etablierten Medien berichtet, die somit, oftmals ungewollt, meist aber gedankenlos, eine Verstärkungsfunktion übernehmen.[93]

Erleichtert wird dieses Wechselspiel durch die Tatsache, dass auch die traditionellen Medien einem tiefgreifenden Strukturwandel unterliegen und deshalb offen für die nach Aufmerksamkeit heischenden populistischen Inszenierungen sind. Die immer größere Bedeutung der Bildmedien und der auf Infotainment basierenden Yellow Press korrespondiert perfekt mit dem bei den Populisten vorherrschenden Trend zur Personalisierung und Selbstinszenierung.[94]

Der Politikwissenschaftler und Publizist Thomas Meyer geht mit den Medien deshalb hart ins Gericht: *Als eine häufig ausschlaggebende Gelegenheitsstruktur für die Entfachung und Nährung populistischer Stimmungen in der Gesellschaft und den Erfolg populistischer Strategien repräsentativer politischer Akteure erweist sich jedoch zunehmend auch die durch die Logik der Massenmedien forcierte politische Kommunikationskultur der modernen Mediendemokratien*.[95]

Die professionelle Selbstinszenierung der Politik nach den Regeln theatraler Logik (mit Event-, Image- und symbolischer Scheinpolitik) wird damit zu einer der Hauptaktivitäten des politischen Systems und seiner Akteure. Gleichzeitig – und folgerichtig! – wird die Darstellung der Politik in den Medien trivialisiert und den Regeln der Unterhaltung unterworfen. Damit verschwindet all das, was Politik in demokratischen Systemen ausmachen sollte, aus dem öffentlichen Bild – die Debatten und Diskussionen, die Abwägungen und Kompromisse, die Erarbeitung von Programmen und ihre Umsetzung. Dass dabei nicht nur den populistischen Akteuren in die Hände gearbeitet wird, sondern dass durch die ständige mediale Skandalisierung und Negativdarstellung der Einrichtungen und der Akteure der repräsentativen Demokratie das politische Desinteresse, ja die dramatisch zunehmende Politikverdrossenheit und -abstinenz verstärkt wird, wird sich in naher Zukunft, soviel steht jetzt schon fest, noch zu einem demokratiepolitischen Problem erster Ordnung auswachsen.[96]

---

[93] Vgl. Ebner 2019:24ff
[94] Vgl. Frölich-Steffen / Rensmann 2005:19
[95] Meyer 2006:82
[96] Vgl. Rosenberger 2005:42

Keine Randerscheinung mehr

Nationale Faktoren begünstigen den Erfolg rechtspopulistischer Parteien

Krisengewinnler

Durch die Erfolge rechtspopulistischer, z.T. auch rechtsextremer Parteien, stellt der Rechtsextremismus in Westeuropa heute keine Randerscheinung mehr dar.[97] Allerdings *sorgen unterschiedliche institutionelle und situative Bedingungen in den einzelnen Ländern dafür, dass deren Erfolgsbilanzen zum Teil erheblich auseinander klaffen*.[98] Albert Scharenberg meint: *Entscheidend für die jeweilig konkrete Gestalt der Rechtsparteien sind dabei die nationalen und ideologischen Traditionen sowie die politischen Gelegenheitsstrukturen*.[99] Lässt sich daraus schließen, dass Rechtspopulismus und Rechtsextremismus viel eher nationale als gesamteuropäische Phänomene darstellen, und dass sie ihre Mobilisierungskraft in erster Linie aus regionalen und nationalen Situationen schöpfen, die zeit- und kontextgebunden sind?

Die Tatsache, dass die meisten rechtspopulistischen Parteien bereits seit zwanzig oder noch mehr Jahren auf der politischen Bühne präsent sind, zeugt von einer Beständigkeit, die zum Entstehungszeitpunkt dieser Bewegungen niemand vorausahnen konnte. Und gemessen an ihren Wahlergebnissen sind die neuen Rechtsparteien in der Regel erfolgreicher als die in den 1970er-Jahren entstandenen grünen Bewegungen und Parteien – manche haben mittlerweile den Status einer Mittelpartei erreicht und kommen auf Stimmenanteile, von denen ihre Gegenspieler nur träumen können.

Die Pluralisierung der Konflikte, schrieb Franz Decker bereits vor mehr als zwei Jahrzehnten, – und die Krisen der letzten Jahre scheinen diesen Trend noch verstärkt zu haben – *hat zur Folge, dass sich die Bindungen der Wähler an die traditionellen Volksparteien lockern und diese mit einem Rückgang ihrer Stammwählerschaft konfrontiert werden. Die sozialen Gruppen (Milieus), auf die sich diese Parteien früher fest stützen konnten, schrumpfen im Zuge des nachindustriellen Wandels zusammen und büßen ihre einstige Prägekraft ein („dealignment“). Der Bedeutungszuwachs der Wertekonflikte führt darüber hinaus auch zu einem partiellen „realignment“, zieht also eine dauerhafte Umgruppierung der Wählerpräferenzen nach sich.*[100]

Die ganz unterschiedlichen und asynchronen Erfolgsbilanzen rechtspopulistischer Parteien in Europa beweisen allerdings, dass das nationale politische Umfeld und die spezifischen Ausgangskonstellationen in den verschiedenen Ländern tatsächlich von größter Bedeutung sind; gleichzeitig aber lässt sich ein paralleles Erstarken dieser Bewegungen konstatieren, das auf ganz ähnliche soziokulturelle, politische und ökonomische Transformationsprozesse verweist.[101] Mit dem Resultat, dass Rechtspopulisten heute in nahezu allen europäischen Staaten präsent und auf regionaler, vielfach auch auf nationaler Ebene prominent vertreten sind.

Ein Länderüberblick zeigt, dass rechtsextreme Parteien in Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Norwegen, Österreich und der Schweiz, zuletzt aber auch in Deutschland, Schweden und den Niederlanden zu häufigen Erfolgen kommen, in Griechenland und in Großbritannien

---

[97] Vgl. Stöss 2006:521
[98] Decker 2004:249
[99] Scharenberg 2006:104
[100] Decker 2000:329
[101] Vgl. Frölich-Steffen / Rensmann 2005:11ff

zu gelegentlichen, wohingegen zählbare Erfolge in Irland oder Luxemburg, und – mit Einschränkungen – auch in Portugal und Spanien lange Zeit ausgeblieben sind. Wodurch lassen sich diese Unterschiede erklären?

Zunächst einmal scheint unbestritten, dass rechtsextreme Grundeinstellungen in der Bevölkerung rechte Wahlerfolge begünstigen. Bei näherer Betrachtung zeigt sich allerdings, dass dies nicht der einzige (oder wichtigste) Indikator ist. Das Eurobarometer etwa weist für Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich und Griechenland hohe Intoleranz-Anteile auf, während in Ländern wie Italien, Luxemburg, Finnland, Portugal, Schweden und Spanien eine wesentlich geringere Intoleranz festzustellen ist. *Das Beispiel Italiens zeigt, dass es möglich ist, in einem Land mehrere rechtspopulistische Parteien zu haben, ohne dass populistischer Rassismus ein wichtiges Element der Gesellschaft wäre*.[102] Etwas aufschlussreicher ist da schon die Frage nach der „Ablehnung der multikulturellen Gesellschaft", wo (wiederum) Griechenland vor Belgien, Deutschland, Österreich, Italien und Finnland liegt.[103]

Risse im skandinavischen Wohlfahrtsstaat

Selbst innerhalb der skandinavischen Staaten, die historisch durch gemeinsame Merkmale wie traditionell starke Sozialdemokratien, Säkularisierung und entwickelter Wohlfahrtsstaat verbunden sind, gibt es erstaunliche Unterschiede. Während Rechtspopulisten in Dänemark und Norwegen schon in den frühen 1970er-Jahren – also lange vor dem europaweiten Aufkommen der Neuen Rechten – erste Erfolge feiern konnten, blieb die Nachfrage nach rechtsextremen Parteien in Finnland nach den Faschismus- und Kriegserfahrungen des Landes lange Zeit gering. Die Partei der „Wahren Finnen" konnte erst 2003 ins Parlament einziehen. Schweden wiederum ist – im Gegensatz zu Dänemark und Norwegen – durch eine frühe Industrialisierung, eine starke Arbeiterschaft und eine bipolare Blockstruktur gekennzeichnet, in der die Konservativen eine deutliche Alternative zu den Sozialdemokraten darstellen. Nur einmal, 1991, war es der kurzlebigen Ny Demokrati gelungen, mit 6,7% der Stimmen und 25 Mandaten ins Parlament einzuziehen. Nach dem Machtwechsel zu den Konservativen waren die Rechtspopulisten überflüssig geworden und verschwanden 1998 in der Bedeutungslosigkeit. Erst 2010 zog mit den „Schwedendemokraten" wieder eine rechte Partei in den Reichstag ein. Die „Schwedendemokraten" konnten ihren Stimmenanteil 2014 auf fast 13%, 2018 bereits auf über 17,5% steigern. In vielen südschwedischen Gemeinden, einer Region mit relativ geringem Ausländeranteil, sind die Rechtsextremen mittlerweile zur stärksten politischen Kraft avanciert.

Schweden weist den höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad aller europäischen Länder auf, und auch das Klassenbewusstsein ist hier noch stark ausgeprägt, weshalb in der Bewertung der als „wichtig" erachteten politischen Themen soziokulturelle Fragen lange Zeit eine eher untergeordnete Bedeutung spielten und auch das Einwanderungsthema politisch nicht besetzt wurde, und das, obwohl Schweden laut Umfragen ebenso viele fremdenfeindliche Wähler aufweist, wie andere westeuropäische Länder auch.

In Dänemark hingegen, das insgesamt einen geringeren Ausländeranteil aufweist, verhalf das Thema Migration der rechtspopulistischen „Dänischen Volkspartei" bereits 2001 zum Durchbruch. Bei diesen Wahlen betrug der Anteil der Arbeiter unter den Wählern der Rechtspopulisten sensationelle 56%, verglichen mit nur 43% Arbeiterstimmen für die Sozialdemokraten, ein eindeutiges Indiz für die schwindende Bedeutung der ökonomischen Konfliktlinien

[102] Decker 2004:107
[103] Vgl. Moschner 2000:69–72

zugunsten der soziokulturellen, wie Einwanderung, innere Sicherheit oder europäische Integration. Und ein Indiz dafür, dass gerade in diesen, von der Linken lange Zeit vernachlässigten Fragen, viele frühere Linkswähler nicht mehr mit der Linie „ihrer“ Partei übereinstimmten, was nur solange kaum eine Rolle spielte, als sie sich in sozialen und wirtschaftlichen Fragen gut vertreten fühlten.[104]

Das dänische Beispiel zeigt darüber hinaus deutlich, dass eine allzu große inhaltliche Annäherung zwischen den etablierten Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Parteien in ökonomischen Fragen, also eine „Sozialdemokratisierung“ der Konservativen, wie sie auch Angela Merkel gelegentlich vorgeworfen wurde, den Rechtspopulisten auf den Kampffeldern der Kultur viel Raum lässt. Und, dass die Bereitschaft der etablierten Parteien, mit den Populisten zusammenzuarbeiten, diesen erhöhte Aufmerksamkeit und Legitimität verschaffen kann.

Gerade in Skandinavien wuchsen Parteien wie die norwegische „Fortschrittspartei“, die „Schwedendemokraten“ oder die „Wahren Finnen“ auf dem Humus eines sozialdemokratisch geprägten Wohlfahrtsstaates. Ihre Erfolge spiegeln die Abstiegsängste der einheimischen Mittelklasse und ihr Mistrauen gegenüber den aufstiegsorientierten Einwanderern aus. Nicht zufällig sind rechtspopulistische Parteien gerade in Staaten mit einem in den 1960er- und 1970er-Jahren reichlich ausgestatteten paternalistischen Sozialstaat, der in Folge zunehmender Unfinanzierbarkeit immer weniger zu verteilen hat, besonders stark. Die Rechtspopulisten kündigen nun diesen wohlfahrtsstaatlichen „Gesellschaftsvertrag“ auf und propagieren einen „schlanken“ Staat, der in Zukunft nur noch die „eigenen Leute“ unterstützen soll.

Zwischen Tories und rechten Skins

Einen interessanten Sonderfall stellt Großbritannien dar, wo bereits seit langem eine kleine, aber überaus militante rechtsradikale Szene existiert. Bereits 1945 propagierte Oswald Mosley, der Gründer des Union Movement, eine europaweite Zusammenarbeit rechtsextremer Organisationen. 1962 entstand eine erste bekennend neonazistische Organisation, das National Socialist Movement, und 1967 folgte die neofaschistische British National Front. Auf dem Boden einer starken Hooligan- und Skinheadszene entwickelte sich Anfang der 1990er-Jahre die rassistische Blood and Honour-Bewegung, die auch die Anti-Euro-Kampagne der rechtsradikalen British National Party unterstützte.

Aufgrund des britischen Mehrheitswahlrechts, vielleicht aber auch, wie manche Autoren vermuten, wegen der offensichtlichen Indifferenz der meisten Briten gegenüber extremistischer Politik[105], konnten weder die National Front noch die British National Party jemals nennenswerte Erfolge bei Wahlen erzielen. Ein britisches Pendant zur FPÖ, zum Front National oder zu den deutschen Republikanern konnte sich ebenfalls nicht entwickeln, was u.a. daraus zu erklären ist, dass gewisse nationalistische, antieuropäische und xenophobe Haltungen ohnedies von den rechtskonservativen Tories abgedeckt werden.

In den späten 1970er-Jahren stand die National Front kurz davor, die Liberalen als „dritte Kraft“ zu überholen. Mit Beginn der neoliberalen Thatcher-Ära endete auch dieser kurze Höhenflug. Die Versuche der British National Party, sich mit Unterstützung des französischen Front National zu einer Partei eines „modernistischen Nationalismus“ zu wandeln, blieben ebenfalls wenig erfolgreich.

---

[104] Vgl. Rydgren 2006
[105] Siehe Griffin 2002: 90–111.

Für Roger Griffin, der konzediert, dass es in Großbritannien natürlich Rassismus gebe, dieser aber oft nicht als solcher erkannt werde, weil der maskierte britische Chauvinismus *genau durch die Mitte der Gesellschaft* verlaufe, ist klar, dass *das wichtigste parteipolitische Ventil für populistischen Rassismus (…) die Konservative Partei* ist. Er spricht deshalb von *zentristischem Populismus* oder auch vom *Extremismus der Mitte*. Großbritannien beweise jedenfalls, dass es keines Haider, Bossi oder Le Pen bedürfe, um ein Klima zu erzeugen, in dem populistischer Rassismus gedeihen könne. Umso bitterer für die Konservativen, dass die radikalliberale und rechtspopulistische UKIP, deren Hauptziel der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union war, zwischenzeitlich den Erfolg der jahrelangen populistischen Anti-EU-Agitation einfahren konnte.

Late Adopters: Spanien und Deutschland

Ganz ähnlich verhält es sich mit der spanischen „Volkspartei" (Partido Popular), die in einem Land mit faschistischer Tradition und Vergangenheit, das für rechte Wahlerfolge durchaus prädestiniert scheint, lange Zeit ein ausreichendes Ventil darstellte und eine dezidiert rechtspopulistische Partei überflüssig machte. Die jüngsten Erfolge der rechts-nationalistischen Partei Vox zeigen allerdings, dass der Aufstieg der rechten Populisten auch durch die inhaltliche Leere der rechten oder linken Volksparteien möglich gemacht wird.

In Deutschland agiert dezidiert rechte Politik in einem durch die nationalsozialistische Vergangenheit schwer belasteten Umfeld, weshalb selbst die meisten Boulevardmedien gewisse Berührungsängste gegenüber rechten Bewegungen und ihren Protagonisten entwickelt haben. Darüber hinaus fehlte es der stark zersplitterten rechten Opposition in Deutschland lange Zeit an einer charismatischen Führerfigur, die – ähnlich wie Jörg Haider in Österreich – zur Enttabuisierung gewisser – z.B. fremdenfeindlicher – Positionen hätte beitragen können. Der rechte Populismus stellt in Deutschland deshalb ein relativ spätes Phänomen dar, das lange Zeit auf sporadische (und oft einmalige) Erfolge bei Kommunal- und Länderwahlen beschränkt blieb.

Gerade diese „weniger wichtigen" Landtagswahlen bieten den Wählern im föderalistischen deutschen System ein geeignetes Ventil, um ihrem Unmut Luft machen zu können. Nicht zufällig kamen populistische ad-hoc- und Protestparteien, aber selbst die rechtsextremen DVU und NPD vor allem auf Länderebene, etwa in Sachsen, in Sachsen-Anhalt oder in Stadtstaaten wie Hamburg und Bremen zu einigen überraschenden Erfolgen.

Für das größte Aufsehen sorgte hier die Schill-Partei, die im September 2001 bei der Hamburger Bürgerschaftswahl aus dem Stand heraus 19,4% erreichte und in der Folge innerhalb kürzester Zeit in der „Bürgerblock"-Koalition mit CDU und FDP (und mit Ronald Schill als Innensenator) dramatisch scheiterte. Wie das Beispiel Schill gezeigt hat, fällt den meist dezentral entstandenen rechtspopulistischen Bewegungen der Aufbau einer bundesweiten Organisation schwer; darüber hinaus stellt die nationale Fünfprozentklausel für Newcomer eine erhebliche und kaum zu überwindende Hürde dar. Den einzigen Erfolg auf Bundesebene erreichten die Republikaner 1989 bei den Europawahlen mit 7,1%.

Dass auch Deutschland nicht immun gegen Rechtspopulismus ist, beweist der späte, aber kometenhafte Aufstieg der AfD. Besonders in den „neuen Bundesländern", wo durch den Systemwechsel und das Tempo, in dem dieser vollzogen wurde, ganze Bevölkerungs-

gruppen von sozialer Desintegration betroffen sind, ist das Potential für populistische Bewegungen groß[106].

Mit der Partei Die Linke stand im deutschen Osten viele Jahre lang eine genuin ostdeutsche linkspopulistische Protestalternative bereit. In Gestalt der AfD ist es nun einer rechtspopulistischen Partei gelungen, sowohl bundesweit als auch bei Landtagswahlen in den „alten“ und in den „neuen“ Bundesländern zum Teil beachtliche Erfolge zu erzielen. Dies ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass rechter Populismus in Deutschland – ähnlich wie in Großbritannien – durch die Bild-Zeitung und manche Politiker der etablierten Mitte-Rechts-Parteien durchaus Mainstream ist und die von den Rechtspopulisten so gerne thematisierten Probleme (Parteienherrschaft, Wohlfahrtsstaat, Migration, Sicherheit) bei diesen Parteien gut aufgehoben waren. Der gegenwärtige Erfolg der AfD (und auch der Zulauf zu PEGIDA) sind in erster Linie wohl den multiplen und sich teilweise überlagernden Krisen der letzten Jahre geschuldet, der „Flüchtlingskrise“ des Jahres 2015, der „Coronakrise“ der Jahre 2020 bis 2022, dem Ukrainekrieg und seinen wirtschaftlichen Folgen, und es bleibt abzuwarten, ob sich diese durch Abspaltungen, persönliche Rivalitäten und ideologische Flügelkämpfe bedrohte Bewegung stabilisieren und weiter entwickeln oder ob sie mit der Rückkehr zu „normalen Verhältnissen“ wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwinden wird.[107]

Sonderfall Osteuropa?

Ist der osteuropäische Populismus mit dem westeuropäischen vergleichbar?

Antisemitismus und rechter Agrarpopulismus

Der osteuropäische Populismus stellt, wie bereits zu Beginn dieser Arbeit kurz ausgeführt wurde, historisch gesehen ein durchaus eigenständiges Phänomen dar.[108] Durch die insgesamt geringere und spätere Industrialisierung wurde in Polen, im Baltikum, in Ungarn und am Balkan bereits in der Zwischenkriegszeit das Entstehen eines starken agrarischen Populismus begünstigt. Nur in der Tschechoslowakei, in der eine moderne industrielle Gesellschaft mit starkem Bürgertum und gut organisierter Arbeiterschaft, eine Tradition des Rechtsstaates und eine einigermaßen verlässliche Bürokratie existierten, blieb das parlamentarische Regierungssystem bis 1938/39 einigermaßen intakt.

In allen anderen ost- und ostmitteleuropäischen Staaten dominierte noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Agrarwirtschaft, auf die bis zu 80% der Bevölkerung entfielen – technisch rückständig, von spätfeudalem Großgrundbesitz, Kleinhäuslertum und Landproletariat gekennzeichnet. Die ungelöste Frage der Agrarreform stellte in vielen dieser Länder einen starken politischen Sprengstoff dar. Agrarkommunistische Bestrebungen, wie jene Bela Kuns in Ungarn oder Aleksandar Stambolijskis in Bulgarien, wurden von den etablierten gesellschaftlichen Führungsschichten (Großgrundbesitzer, Klerus, Beamte und Unternehmer) bekämpft und mit Hilfe des Militärs niedergeschlagen.

Einen besonderen sozialen Unruhefaktor bildeten die jungen Akademiker und Studenten, die auch zu den Trägern der Nationalbewegungen in diesen meist noch jungen, eigenständigen Nationen avancierten. In den schwach entwickelten Wirtschaften ihrer Länder fanden die meisten von ihnen nur ungenügende Berufschancen und kaum soziale Aufstiegsmöglich-

[106] Vgl. Decker / Hartleb 2006
[107] Siehe dazu: Häusler 2016; Pfahl-Traughber 2019.
[108] Siehe: Larch 2011; Havlík / Pinková et al. 2012; Hartleb 2013.

keiten, was den Zulauf zum politischen Extremismus gerade unter den jungen osteuropäischen Intellektuellen erklärt.

Die Existenz eines frustrierten akademischen Proletariats begünstigte deshalb gerade in Osteuropa, wo der jüdische Anteil unter der Bevölkerung besonders hoch war, einen radikalen Antisemitismus. Die „Eiserne Garde“ in Rumänien ging aus einer antisemitischen Studentenbewegung hervor, der Antisemitismus bildete auch den ideologischen Kern der ungarischen „Pfeilkreuzler“, der slowakischen Klerikalfaschisten, der kroatischen Ustaša, der lettischen „Feuerkreuzler“ oder der Endecja und des nationalradikalen Lagers in Polen.

Der Antisemitismus und der radikale Antimarxismus dieser Kreise lieferten später auch den direkten Anknüpfungspunkt für die Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Regime, das fast überall in Osteuropa bereitwillige Unterstützer bei der Durchführung der Judendeportation und -vernichtung fand.

Selbst in jenen Fällen, in denen die auf das Militär gestützten autoritären Regime die lokalen faschistischen Bewegungen bekämpften – wie etwa in Bulgarien, in Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn und Rumänien – wurden zahlreiche Elemente und Organisationsformen des Faschismus einfach (mit)übernommen, weshalb der Übergang zwischen dem rechten Flügel des autoritären Regierungslagers und den von ihm bekämpften faschistischen Gruppen durchaus fließend war.[109]

Die spätere kommunistische Herrschaft verstärkte diese bereits vorhandenen autoritären, staatszentralistischen und nationalistischen Tendenzen. Und Einwanderung gab es – im Gegensatz zu Westeuropa seit den 1960er-Jahren – so gut wie keine.

Nationalismus als einigendes Band

Nach der Wende wurden bei der Entwicklung der neuen osteuropäischen Parteiensysteme ganz unterschiedliche Wege beschritten. Zum einen gab es die Option, an vorsozialistische Parteien anzuknüpfen. Mit Ausnahme von Tschechien (und z.T. auch Ungarn) waren solche Strukturen allerdings kaum noch vorhanden, außerdem hatte der „reale Sozialismus“ die Sozialstrukturen so tiefgreifend verändert, dass den starken Bauernparteien der Zwischenkriegszeit ihre gesellschaftliche Basis weitgehend abhanden gekommen war.

Alternativ konnte an die in den meisten osteuropäischen Staaten existierenden sogenannten Blockparteien angeknüpft werden – ein insgesamt wenig attraktiver Weg. Diese oftmals sogar in Parlament und Regierung vertretenen, allerdings vollkommen machtlosen Parteien, die in keinerlei Wahlkonkurrenz zur herrschenden Staatspartei standen, sollten einerseits als Alibiveranstaltungen die kommunistische Einparteienherrschaft verschleiern und Demokratie vortäuschen, andererseits aber auch als Transmissionsriemen zu den nichtproletarischen Bevölkerungsgruppen funktionieren.[110]

Als dritte Option konnte ein völlig neues Parteiensystem etabliert werden. Durch diesen am häufigsten beschrittenen Weg entstanden – meist rund um „charismatische Persönlichkeiten“ – zahlreiche Rand- und Kleingruppen oftmals dubioser Ausrichtung, bei denen der Nationalismus zumeist die verbindende ideologische Kraft darstellte, die das Vakuum der untergegangenen kommunistischen Ideologie auszufüllen half.[111]

---

[109] Siehe: Broszat 1966.
[110] Siehe: Weber 1996.
[111] Vgl. von Beyme 1996

In der Slowakei etwa regierte der linke Populist Vladimír Mečiar jahrelang mit europa- und ungarnfeindlichen Slogans und machte ganz nebenbei die rechtsextreme „Slowakische Nationalpartei“ als Koalitionspartner hoffähig. Auch die „Nationale Bewegung Simeon II.“ des nominellen bulgarischen Thronfolgers Simeon Sakskoburggotski, die das Land von 2001 bis 2005 regierte, verkörperte eine Mischung aus historischer Nostalgie, nationalen Ressentiments und Populismus. In Tschechien zogen die rechtsextremen „Republikaner“ von Miroslav Sladek 1992 mit 14 Mandataren ins Parlament ein. Und in Polen, wo Rechtsextreme zunächst keine Rolle spielten, erwies sich der 1991 von Tadeusz Rydzyk gegründete Radiosender Radio Maryja von großem Nutzen für die euroskeptischen Mobilisierungen. Rydzyk war einer der Hauptvertreter des (rechten) polnischen Populismus, bei dem neben dem Nationalismus vor allem der katholische Fundamentalismus eine wichtige Rolle spielt. Zwischen gemäßigter und extremer Rechter, zwischen der manchmal auch als linkspopulistisch bezeichneten Samoobrona und der katholischen „Liga polnischer Familien“ gab und gibt es – neben persönlichen und ideologischen Rivalitäten – zahlreiche Gemeinsamkeiten und persönliche Verflechtungen.

Die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sind dabei fließend – nicht nur in Polen, wo die rechtspopulistische PiS seit ihrem Wahlsieg im Jahr 2015 den radikalen Umbau des Staates und der gesamten Gesellschaft betreibt. In Ungarn zeigten sich während der ersten Regierung von Viktor Orbáns Fidesz (1998–2002) die Übergänge von der „bürgerlichen“ Rechten zum rechten Extremismus am deutlichsten in der neofaschistischen, großungarischen, antisemitischen und antiziganischen MIEP. Ihren Platz hat mittlerweile die rechtsradikale Jobbik eingenommen – und auch Orbán selbst ist seit seiner Rückkehr an die Macht deutlich nach rechts gerückt. In Rumänien und Bulgarien befinden sich die Rechtspopulisten ebenfalls schon seit einigen Jahren im Aufwind. Einzig in den baltischen Ländern gibt es nur wenige rechtsextreme oder rechtspopulistische Akteure und Parteien von politischer Relevanz, wie die estnische EKRE oder die lettische Visu Latvijai!, deren Nationalismus sich in allererster Linie gegen den mächtigen Nachbarn Russland und gegen die russischen Minderheiten im eigenen Land richtet.

Noch stärker als im Westen ist das Rechts-Links-Schema für die osteuropäische Politik nur noch bedingt anwendbar. Einerseits kam es nach der Wende häufig zu Kooperationen zwischen Postkommunisten und Ultranationalisten, andererseits begünstigte die Vagheit der neuen Parteiensysteme den Aufstieg populistischer und weitgehend ideologiefreier Politiker. Der neue osteuropäische Populismus, der im Zuge der dramatischen sozioökonomischen Transformationsprozesse entstand, verbindet paradoxerweise nationalistische, rechtsautoritäre und antielitäre Einstellungen mit einer „links“ orientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik, die nicht selten mit einer Nostalgie der kommunistischen Sozialordnung einhergeht. Er drückt eine grundsätzliche Enttäuschung über die unerfüllten Versprechungen des demokratischen Wandels und ein Misstrauen gegen die neuen Eliten aus, die sich – insbesondere im Bereich der Wirtschaft – vielfach aus Vertretern der alten kommunistischen Nomenklatura und aus „Glücksrittern“, die von der Wende profitieren konnten, zusammensetzen. Im Gegensatz zu vielen ihrer westlichen „Kollegen“ sind die osteuropäischen Populisten nicht staatsfeindlich, sondern setzen ganz im Gegenteil auf den Staat als soziale Verteilungsagentur und „Firewall“ gegen den „wirtschaftlichen Ausverkauf“ ihres Landes.

Im Zentrum, nicht an der Peripherie

Ähnlich wie im Westen bilden Euroskepsis und Europafeindschaft ein wichtiges Motiv des rechten Populismus in Osteuropa, von dem vielfach auch die Regierungsparteien betroffen sind.[112] Sehr deutlich zeigte sich dies bereits in der extrem niedrigen Wahlbeteiligung bei den EU-Wahlen des Jahres 2004 (26% gegenüber 47% im Westen; Slowakei 17%, Polen 21%, Tschechien und Slowenien 28%) – ein negativer Trend, der sich in den meisten osteuropäischen Staaten auch bei den Wahlen der Jahre 2009, 2014 und 2019 fortsetzte.

Es gibt noch eine ganze Reihe weiterer Gemeinsamkeiten zwischen west- und osteuropäischem Rechtspopulismus zu entdecken. Alle osteuropäischen populistischen Parteien sind in erster Linie „Männerparteien" mit charismatischen Führern und ausgesprochen konservativ bis reaktionär in ihrem Frauen- und Familienbild. Gerne polemisieren sie gegen das politische Establishment und die „Fremden", die hier allerdings nicht als Migranten, sondern überwiegend als autochthone ethnische Minderheiten auftreten und beim Aufbau von Feindbildern eine entscheidende Rolle spielen.[113] Denn anders als in Westeuropa existiert in weiten Teilen Osteuropas immer noch ein ethnischer Flickenteppich, und in vielen Fällen heizen nationale Traumata den Nationalismus noch weiter an, wie zum Beispiel bei den ungarischen Minderheiten in der Slowakei und in Rumänien oder bei den Russen im Baltikum. Der osteuropäische Nationalismus ist tatsächlich noch ein „völkischer", während er in Westeuropa, wo es vor allem die „abendländische Kultur" zu verteidigen gilt, schon weitgehend „europäisiert" wurde.

Der osteuropäische Populismus steht deshalb im Zentrum und nicht an der Peripherie des Parteiensystems. Seine elektorale Basis bilden die „Verlierer der zweiten Modernisierung", erfolglose Vertreter der alten Nomenklatura, große Teile der Arbeiterschaft und der neuen Kleinunternehmer, aber auch viele Frauen und mittlere Angestellte. Und: In Osteuropa ist das Bedrohungspotential keineswegs nur „gefühlt", sondern überaus real.[114] Dies und die antipolitische und antiliberale Grundstimmung sowie der Mangel an Übung in Demokratie bieten dem osteuropäischen Nationalpopulismus beste Entwicklungsmöglichkeiten.

Populismus als symbolische Politik

Warum der Populismus vor allem die Sozialdemokratie schwächt

Hilfloser Protest

Der Rechtspopulismus ist mittlerweile auch in den großen Städten zu Hause und hat dort die traditionell linken Stammwählergruppen erreicht, bei denen ein „politisch unkorrektes Wahlverhalten" eine hilflose Form des Protests darstellt. Ein Protest, der sich gegen den Staat und die Politik im Allgemeinen, und gegen die Parteien und ihre Politiker, die die Sache der „kleinen Leute" verraten hätten, im speziellen richtet. Die aus dem Ruder gelaufenen Lebenszusammenhänge vieler Menschen – prekäre Arbeitsverhältnisse und Arbeitslosigkeit, hohe Ausländeranteile im Arbeits- und Wohnumfeld, Drogensucht und Kriminalität sowie der Verfall der suburbanen Infrastrukturen – wirken geradezu als Schubkräfte des neuen Rechtsextremismus.

---

[112] Siehe: Kostrzebski 2005.
[113] Siehe: Bachmann 2006.
[114] Siehe: von Beyme 1996.

Neoliberale Programmrelikte, konservativer Autoritarismus und „linker“ Sozialpopulismus verbinden sich zu einem bunten ideologischen Eklektizismus, der alle relevanten Milieus und politischen Lager mit einbezieht und dessen programmatische Beliebigkeit weder für die Wählerschaft noch für die Funktionäre dieser neuen „Volksparteien” ein Problem darstellt. An sich unvereinbare Forderungen und eklatante Widersprüche, wie zum Beispiel die Stärkung der sozialen Sicherheit der „kleinen Leute”, die Erhöhung der Ausgaben für Familien oder Polizei und die populistischen Forderungen nach einer Reduktion der Staatsaufgaben, nach Steuersenkungen oder nach der Privatisierung öffentlicher Betriebe werden von großen Teilen des Wahlvolks einfach hingenommen.

National und linkspopulistisch, wenn es um die Rechte der „eigenen Leute” geht, marktradikal und neoliberal in ihrer Kritik an Linken und Gewerkschaftern, dann wieder umweltbesorgt oder als Anwalt der Familien – so präsentieren sich die Rechtspopulisten heute.

Und auch wenn die Wählerströme im Detail deutlich komplexer verlaufen mögen, auch wenn die sozialdemokratischen Parteien ebenso auf Kosten der Grünen Stimmen verloren haben, auch wenn zwischen Konservativen und Rechtspopulisten gleichfalls ein reger Wähleraustausch stattfindet – der Aufstieg des europäischen Rechtspopulismus ging und geht zum überwiegenden Teil zu Lasten der traditionellen Linksparteien.

Der Front National erobert die Arbeiterhochburgen

In Frankreich etwa eroberte der Front National in den letzten Jahrzehnten vor allem jene Regionen, die bis in 1970er-Jahre Hochburgen der „Kommunistischen Partei” waren. Der PCF erzielte bei den Parlamentswahlen zwischen 1958 und 1978 landesweit jeweils um die 20% der Stimmen. In den 1980er-Jahren verloren die französischen Kommunisten zunächst ihre hegemoniale Stellung innerhalb der Linken an die „Sozialistische Partei”. Zwischen 1986 und 1997 erreichten sie jeweils nur noch um die 10%, seither etwa 5%, zuletzt auch deutlich weniger. Ein erheblicher Teil dieser Verluste geht auf den Aufstieg des Front National zurück, der 1986 erstmals knapp 10% erreichte und zuletzt (mit Ausnahme des Jahres 2007) immer deutlich darüber lag. Die von Entindustrialisierung und Arbeitslosigkeit geprägten Industriestädte Lothringens und des an der Grenze zu Belgien gelegenen Nord-Pas de Calais zählen heute zu den Hochburgen der Rechten.

Mit dem Strukturwandel der Wählerschaft erfolgte auch die Hinwendung zum Sozialpopulismus. Marine Le Pen, die Tochter und Nachfolgerin des Parteigründers, setzte nicht nur auf eine Modernisierung ihrer Partei, sie setzte auch neue Akzente. Sie vermied antisemitische und neonazistische Pöbeleien, für die ihr Vater berüchtigt war, und reicherte die traditionellen Themen ihrer Partei, den strammen Nationalismus, die Ablehnung der EU und die Kritik an der Einwanderungspolitik, um „linke” Protestmotive an, etwa mit ihrer Kritik an den Finanzmärkten oder der Verteidigung des Sozialstaates – allerdings nur für „echte” Franzosen. Auf diese Weise verbinden sich Wohlfahrtschauvinismus, Protektionismus und freier Markt, um sowohl für enttäuschte Arbeiter als auch für besorgte Kleinbürger wählbar zu sein. Umfragen zeigen, dass Marine Le Pen damit das Wählerreservoir des Rassemblement National tatsächlich erweitern und erstmals auch jüngere Frauen ansprechen konnte.

Gegen den Wohlfahrtsstaat

Auch in Skandinavien gewannen die Rechtspopulisten – ob „Dänische Volkspartei”, norwegische „Fortschrittspartei” oder „Schwedendemokraten” – in erster Linie auf Kosten der ehemals starken sozialdemokratischen Parteien. Die „Dänische Volkspartei” konnte ihren Stimmen-

anteil zwischen 1998 und 2015 von 7,4% auf 21,1% nahezu verdreifachen. Die dänischen Sozialdemokraten, die 1990 noch bei 37,4% lagen, erreichten zuletzt nur noch 25,9%.

Der norwegischen „Fortschrittspartei" gelingt der Spagat zwischen nationalistischer Fremdenfeindlichkeit, Wertkonservativismus und neoliberaler Politik ebenfalls scheinbar mühelos – wenn es zum Beispiel um die Begrenzung der Zuwanderung oder um die Ausweisung krimineller Ausländer geht, aber auch beim Bekenntnis zur christlich-abendländischen Tradition, beim Nein zu Homoehe und Abtreibung, oder wenn sie für die Privatisierung staatlicher Unternehmen, des Bildungssystems oder für eine Vereinfachung des Steuersystems eintritt. Gleichzeitig punktet sie mit dem linkspopulistischen Versprechen, die umfangreichen Erdöleinnahmen, die in einen „Zukunftsfonds" fließen, verstärkt „umzuverteilen" und im „sozialen Bereich" zu investieren. 1993 lag die „Fortschrittspartei" bei nur 6,3%, erreichte 2009 mit 22,9% ihr bestes Ergebnis und fiel zuletzt wieder auf 15,3% zurück. Die sozialdemokratische „Arbeiterpartei", die bis 1985 immer um die 40%, teilweise auch deutlich mehr erreicht hatte, schaffte 2017 nur noch 27,4%.

Ganz ähnlich verläuft die Entwicklung in Schweden. 2006 verfehlten die rechtsextremen „Schwedendemokraten" mit weniger als 3% noch den Einzug in den Reichstag. 2010 erhielten sie knapp 6%, 2014 bereits 13% und 2018 sensationelle 17,5%. Dagegen hält die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei", die bei allen Nachkriegswahlen bis 1988 bei über 40% gelegen war, mittlerweile bei nur noch knapp 30%.

Vom „dritten Lager" zur Nummer eins?

Auch die FPÖ und die Schweizerische Volkspartei, die traditionell in der rechtskonservativen, kleinbürgerlich-bäuerlichen Wählerschaft verankert waren, oder der belgische Vlaams Belang profitierten bereits in den 1990er-Jahren vom Vertrauensverlust vieler Bürger in die Sozialdemokratie.

Die österreichische FPÖ etwa ist innerhalb weniger Jahrzehnte von einer „bürgerlichen" Honoratiorenpartei mit nationalsozialistischer Vergangenheit zu einer proletarischen Mittelpartei mutiert. 1986 erreichte sie unter Jörg Haider erstmals knapp 10% und verbesserte sich bis 1999 auf fast 27%. Der Anteil der SPÖ sank im selben Zeitraum von 43,1% (1986) auf 33,1% (1999). Nach ihrem dramatischen Absturz im Jahr 2002 konnte die FPÖ bis 2017 wieder auf 26% zulegen, nur knapp hinter den Sozialdemokraten.

Sehr deutlich zeigt sich das auch bei Landtagswahlen. In Oberösterreich steigerte sich die FPÖ von 15,3% im Jahr 2009 (SPÖ 25%) auf 30,4% im Jahr 2015 (SPÖ 18,4%); in der Steiermark von 10,7% im Jahr 2010 (SPÖ 38,3%) auf 26,8% im Jahr 2015 (SPÖ 29,3%); in Niederösterreich von 10,5% im Jahr 2008 (SPÖ 25,5%) auf 24,2% im Jahr 2023 (SPÖ 20,6%). Die FPÖ schnitt bei nahezu allen Wahlgängen der letzten Jahre bei Facharbeitern, Arbeitern und Lehrlingen als die mit Abstand stärkste Partei ab, und ein guter Teil ihrer Protesthaltung ist als „sozialpopulistisch" zu qualifizieren.

In der Schweiz konnte sich die SVP von knapp über 10%, die die Partei bei den Wahlgängen zwischen 1971 und 1991 regelmäßig erreichte, auf fast 30% im Jahr 2015 verbessern. Die Sozialdemokratische Partei, die 1995 noch 21,8% erreichte, lag zuletzt bei nur noch 16,8%.

Ähnlich verhält es sich in Belgien. Der Vlaams Belang erzielte 1991 mit 6,6% erstmals ein Achtungsergebnis; stärkste Partei waren damals noch die Sozialdemokraten mit 25,5%. 2019 lag der Vlaams Belang bei 12%; die zersplitterte Linke erreichte 9,5% (PS) bzw. 8,6% (PVDA).

Und in Deutschland?

Hier liefen in den ostdeutschen Bundesländern viele Wähler der linkspopulistischen Linkspartei zur AfD über, im Westen der Bundesrepublik ehemalige Anhänger der SPD.

Nach dem Auftreten der AfD stürzte Die Linke bei den Landtagswahlen in den ostdeutschen Bundesländern (mit Ausnahme Thüringens) deutlich ab. In Sachsen von 23,6% im Jahr 2004 auf 10,4% im Jahr 2019 (AfD 27,5%); in Brandenburg von 27,2% im Jahr 2009 auf 10,7% im Jahr 2019 (AfD 23,5%); in Sachsen-Anhalt von 23,7% im Jahr 2011 auf 11% im Jahr 2021 (AfD 20,8%); und in Mecklenburg-Vorpommern von 18,4% im Jahr 2011 auf 13,2% im Jahr 2016 (AfD 20,8%).

Im selben Zeitraum verlor die SPD in den westlichen Bundesländern, hier allerdings an die AfD und an die Grünen. In Hessen etwa erreichte die SPD im Jahr 2008 noch 36,7%, im Jahr 2018 nur noch 19,8% (AfD 13,1%); in Baden-Württemberg waren es 2006 25,2%, 2016 nur noch 12,7% (AfD 15,1%); in Rheinland-Pfalz 2006 45,6%, 2016 36,2% (AfD 12,6%). Und im Bundestag fiel die SPD von 34,2% im Jahr 2005 auf 20,5% im Jahr 2017 (AfD 12,6%).

Eine dreifache Herausforderung

Der Aufstieg der Rechtspopulisten stellt die sozialdemokratischen Parteien deshalb vor eine dreifache Herausforderung. Zum ersten können die konservativen Mitte-Rechts-Parteien nun Koalitionen ohne eine Beteiligung der Sozialdemokraten bilden und damit ihre neokonservative Agenda ungehindert umsetzen, zweitens verlagert sich die politische Auseinandersetzung immer mehr auf jene „Nebenschauplätze" (Zuwanderung, Sicherheit), auf denen die politische Rechte tendenziell besser abschneidet, und drittens rekrutieren die Rechtspopulisten einen beträchtlichen Teil ihrer Wähler aus eben jenen gesellschaftlichen Schichten, die traditionell die Linksparteien unterstützt haben.

Ihr Ziel ist es, die Meinungsführerschaft über Themen wie Globalisierung, Zuwanderung, direkte Demokratie, Islam und Asyl, aber auch über „linke Themen" wie Arbeitslosigkeit und soziale Gerechtigkeit zu erlangen. Allerdings, meint Matthew Goodwin, ist die ökonomische Konkurrenz zu Immigranten und/oder Minderheiten nicht das Hauptmotiv für die Wahlerfolge der Rechtspopulisten. Wichtigste Triebfeder für ihre Unterstützung sei vielmehr das Gefühl, dass Immigration und zunehmende Entfremdung die nationale Kultur und die eigene Lebensweise bedrohten.[115] Tatsächlich scheint es in den strukturbenachteiligten Milieus der traditionellen Mittelschicht und im autoritären Milieu der prekären Unterschichten mehr um die Verteidigung der identitätsstiftenden Gemeinschaft gegenüber den Außenseitern zu gehen, um „Werte" und um den kulturellen Allgemeinvertretungsanspruch, als um soziale Gerechtigkeit, wiewohl gerade bei den Unterschichten natürlich auch Verteilungskonflikte eine wichtige Rolle spielen.[116]

SOS-Demokratie

Und ein nicht allzu optimistischer Ausblick

Ihre größte Stärke ist die Beliebigkeit

Auch wenn die Rechtspopulisten durch ihre Einbindung in Macht und Verantwortung regelmäßig und rasch entzaubert werden, was bleibt, ist das vergiftete gesellschaftliche Klima,

[115] Siehe: Goodwin 2011.
[116] Vgl. Koppetsch 2020:82f

sind die Tabubrüche, die von neuen Akteuren immer weiter ausgedehnt werden.[117] In einigen europäischen Staaten wurden die Rechtspopulisten darüber hinaus als Koalitionspartner von „gemäßigten Rechtsparteien" mittlerweile soweit „salonfähig", dass ihre politischen Inhalte und ihr „Stil" auch in den Mainstream Eingang gefunden haben.[118] *Der wohl größte Erfolg der Rechtsextremisten und -populisten ist es, mit ihrer Agitation gegen Einwanderung wohlstands-chauvinistischen und einwanderungsfeindlichen Positionen eine größere gesellschaftliche Legitimität verschafft zu haben und die nationalstaatlichen Regierungen in der Frage der Migrationspolitik, zugespitzt formuliert, „vor sich her zu treiben."*[119]

Die politische Effektivität der Rechtspopulisten misst sich in erster Linie also nicht daran, was sie selbst tatsächlich umzusetzen imstande sind, sondern daran, wie weit sie den politischen Diskurs in gesellschaftspolitisch sensiblen Fragen mitbestimmen können. Ihr indirekter Einfluss und ihr Agenda-Setting bleiben ihre größten Erfolge.

Dazu kommt, dass die rechten Populisten nicht nur nationalistisch, fremdenfeindlich und anti-modern agieren. Sie punkten gleichzeitig auch mit Vulgärsozialismus und Sozialpopulismus, werfen den Sozialdemokraten vor, „sozial erkaltet" zu sein und bezeichnen sich selbst als die „wahren Arbeitnehmerparteien"; sie machen den Konservativen in deren Kernkompetenzen Heimat, Familie und christliche Werte Konkurrenz und behaupten, sie seien die „wahre Familienpartei"; und gegenüber den „linkslinken" Grünen bringen sie sich unter dem Motto „Umweltschutz ist Heimatschutz" als „patriotische Umweltpartei" in Stellung.

Das hervorstechendste Merkmal der Rechtspopulisten ist ihr ideologisches Trittbrettfahrertum. Im Gegensatz zu „klassischen" politischen Ideologien, wie Liberalismus, Sozialismus oder Konservatismus, besitzt der rechte Populismus kaum oder nur wenig Inhalt und politische Programmatik. Dadurch wird eine große Palette an „Anti-Haltungen" geschaffen, wie etwa Antisemitismus, Antiimmigration, Antiamerikanismus, Antiglobalisierung.[120]

Entscheidend für den Populisten ist nicht so sehr, ob er auf der linken oder der rechten Seite steht. Denn der Populist steht immer „auf der Seite des Volkes", ganz gleich, was er selbst meint oder denkt. Er ist der perfekte Opportunist, der Verführer par excellence. Er verwendet zwar gerne ideologische Versatzstücke, ist aber in Wahrheit das Gegenteil eines Ideologen. Der Rechtspopulist ist deshalb in der Regel auch kein Faschist, er zieht nur, wenn er es für opportun hält, das Nazikostüm über.

Es verwundert deshalb auch nicht, dass der Einfluss der Rechtspopulisten im Bereich der „kulturellen Themen" wirksamer und sichtbarer ist, als in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, weil hier noch relativ große Handlungsspielräume existieren – die in der Sozial- und Wirtschaftspolitik fehlen – und sich diese Art von Symbolpolitik leicht zur Profilierung eignet. Darüber hinaus sind Wertfragen *im Unterschied zu Verteilungsfragen kaum kompromissfähig, vertragen sich also schlecht mit dem auf Ausgleich angelegten demokratischen Prinzip*.[121]

Damit ist es den rechten Populisten gelungen, die Politik, etwa in der Zuwanderungsfrage, selbst dort mitzubestimmen, wo die etablierten Parteien sich einig waren, sie von der Macht fernzuhalten, wie etwa in Belgien oder in Österreich bis zum Jahr 2000.

---

[117] Vgl. Rosenberger 2005:46f
[118] Vgl. Decker 2004:271ff
[119] Scharenberg 2006:105
[120] Vgl. Poier et al. 2017:44f
[121] Decker 2004:247

Die neuen Parteien sind darüber hinaus auch die Trendsetter einer „plebiszitären Transformation" des politischen Prozesses. Die Macht, so der Tenor, dürfe nicht weiter von korrupten Eliten ausgeübt, sondern müsse in die Hände des Volkes gelegt werden. Eine Möglichkeit dazu ist ein „Mehr an direkter Demokratie", eine der zentralen Forderungen aller Rechtspopulisten. Populismus, so Manuel Fasser, sei unter diesem Blickwinkel gar nicht so antidemokratisch, sondern vielmehr *eine radikale Vorstellung von Demokratie.*[122]

Die entscheidende Frage ist, inwieweit rechtspopulistische Parteien – besonders solche, die an einer Regierung beteiligt sind –, die von ihnen als „abgehoben" und „volksfern" kritisierte repräsentative Demokratie zugunsten von mehr „direkter Demokratie" umzubauen imstande sind, und inwieweit ein solcher Umbau auch autoritäre Elemente enthält, die eine Gefahr für die liberale Demokratie darstellen.

Die etablierten Parteien stehen nun vor der Wahl, auf die inhaltlichen Unterschiede in den Programmen zu verweisen (und damit die Wähler zu langweilen bzw. zu überfordern) oder eine weitere gezielte Depolitisierung der Wählerschaft herbeizuführen und ebenfalls auf symbolische Politik auszuweichen. Es steht zu befürchten, dass sie im Kontext der modernen Mediengesellschaft den zweiten Weg einschlagen werden.[123]

Während frühere Populismen räumlich und zeitlich eingrenzbar waren, hat die Bewegung im Zeichen der Globalisierung eine „neue Qualität" erhalten – auch in Hinblick auf die künftige Entwicklung der Demokratie. Ist der Erfolg der Rechtspopulisten also tatsächlich eine der *Schattenseiten der Globalisierung*,[124] eine „normale Begleiterscheinung" des europäischen Einigungsprozesses, in dessen Folge die Undurchschaubarkeit des Regierens und die Entfremdung der Bürger von der politischen Klasse noch einmal verstärkt wurde, da politische Verantwortlichkeiten nicht mehr klar lokalisierbar sind?

Der scheinbar unaufhaltsame Aufstieg der Rechtspopulisten wurde schon oft von der besorgten Frage begleitet, ob sie die liberale repräsentative Demokratie, deren Funktionsmechanismen sie permanent in Frage stellen, ernsthaft bedrohen oder ob sie als hässliches, aber notwendiges Korrektiv nicht sogar zur Stabilisierung des demokratischen Systems beitragen könnten.[125] Das Potential für rechten Radikalismus existiert offenbar in allen Industriegesellschaften und sollte, nach Meinung der beiden deutschen Soziologen Erwin Scheuch und Hans Dieter Klingemann, als *eine normale Pathologie* moderner Industriegesellschaften angesehen werden.[126]

Für einen pragmatischen Zugang plädiert auch der Politikwissenschaftler Klaus von Beyme, wenn er in seinem Buch zum Thema Rechtspopulismus schreibt, dass dieser *eine Barriere gegen den Rechtsextremismus darstellen kann, und neben einigen negativen auch ein paar positive Wirkungen in der Entwicklung der Neodemokratie aufweist.* Beyme meint, *dass der Populismus neue unkonventionelle und spontane Formen von Partizipation entwickelt, die verhindern, dass Rechtspopulismus in Rechtsextremismus umschlägt.*[127] Die Demokratie werde durch diese Veränderungen jedenfalls nicht untergehen.

---

[122] Fasser 2017:89
[123] Decker 2006:24ff
[124] Wilhelm Heitmeyer, zit. nach Spier 2006:48.
[125] Siehe: Mény / Surel 2002.
[126] Vgl. Scheuch / Klingemann 1967:11–29
[127] von Beyme 2018: 7, 12

Die Tatsache, dass der Rechtspopulismus derzeit die häufigste Protestform in unseren auf politischen Konsens ausgerichteten Gesellschaften darstellt, verleiht ihm in den Augen vieler unzufriedener Bürger zusätzliche Attraktivität. *Wenn die großen Parteien nur noch ihre Klientel versorgen und wegen ihrer Verflechtung mit dem Staatsapparat jegliche grundlegenden Reformen der Institutionen verhindern und das System der politischen Vertretung blockieren, braucht man sich nicht zu wundern, wenn der einzige Ausdruck des Widerspruchs von den Gegnern der verfassungsmäßigen Ordnung kommt*, meint Jean-Yves Camus mit leichter Resignation – und: *Diese Situation verweist zuvörderst die Linke auf ihre Unzulänglichkeiten und ihr Versagen und die konservative Rechte auf ihre Verblendung und Feigheit*.[128]

Politik enthält immer auch ein wenig Populismus

Grundsätzlich, so Frank Decker, brauchen Demokratien den Populismus nicht zu fürchten – denn *wo Demokratie ist, ist immer auch Populismus*. Indem der Populismus dem Protest eine Stimme leihe, sorge er gleichzeitig dafür, dass dieser Protest innerhalb des Systems bleibe und zwinge die etablierten Kräfte, sich jener Probleme anzunehmen, die offensichtlich lange Zeit vernachlässigt wurden. Allerdings höhle die „plebiszitäre Transformation" des Systems der parlamentarischen Demokratie dieses mit der Zeit aus; klassische Vermittlungsinstitutionen, wie politische Parteien und Parlamente, drohten dadurch immer mehr an Bedeutung zu verlieren. Von der populistischen Demokratie zum quasi-demokratischen Autoritarismus sei es nur noch ein kleiner Schritt.[129]

Tatsächlich besteht die Gefahr, dass der rechte Populismus zum einzigen Gegengewicht gegen *den produktivistischen Veitstanz der globalisierten und deregulierten Wirtschaft* wird.[130] Wenn wir noch einmal zum „populistischen Moment" von Lawrence Goodwyn zurückkehren, so können wir feststellen, dass wir uns gerade mitten in einem solchen „Moment" befinden. Hauptursache für die gegenwärtige und wahrscheinlich noch länger anhaltende Krise, die sich in den westlichen Industriestaaten als rechter Populismus, in anderen Teilen der Welt in Form anderer Radikalismen, etwa als islamischer Fundamentalismus manifestiert, ist die unaufhaltsam fortschreitende und irreversible „Globalisierung" unserer Welt. Die damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen und persönlichen Zumutungen sind von der traditionellen nationalstaatlichen Politik kaum noch zu meistern.

Zu nennen wären hier die z.T. nicht mehr kontrollierbaren Migrations- und Fluchtbewegungen, die stete Abwanderung von Arbeit ins billigere Ausland, die Billigkonkurrenz von ausländischen Arbeiternehmern im Inland, die latente Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, das von Politik und Medien lustvoll verstärkte allgemeine Unsicherheitsgefühl sowie die weitreichenden Folgen des neoliberalen Umbaus unserer Gesellschaft – dem Rückzug des Staates, dem Bedeutungsverlust von „sinnstiftenden" Gemeinschaften wie Kirchen, Parteien, Gewerkschaften usw., der Entsolidarisierung („Geiz ist geil"), der Vereinzelung und Ich-AG-isierung.

Alle diese Prozesse und Veränderungen rufen bei vielen Menschen eine permanente psychische und emotionale Überforderung hervor, die sich in Radikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus niederschlägt. Dazu kommt die Tatsache, dass viele Menschen gewisse „fortschrittliche" Positionen, die in der medialen Öffentlichkeit Mainstream geworden sind, wie „Willkommenskultur", „Gendergerechtigkeit", Mee-too- oder Gay-Pride-Bewegung, nicht mehr

[128] Camus 2002:54f
[129] Vgl. Decker 2004:271ff
[130] Zilian 2002:70

nachvollziehen können oder wollen, und sich in ihrer Ablehnung von den Rechtspopulisten bestärkt fühlen. Damit aber leistet die linke Identitätspolitik ungewollt der rechten erheblichen Vorschub![131]

Die populistischen Herausforderer können Legitimitäts- und Repräsentationskrisen des herrschenden Systems bloßlegen und dessen Wandel über die Veränderung des Parteiengefüges anstoßen bzw. begleiten. Sie sind dabei weniger Auslöser als Nutznießer der Krisen.[132] Auch wenn die Rechtspopulisten in der Regierung weitgehend erfolglos bleiben, stellen sie als Antreiber und Agenda-Setter im identitätspolitischen Bereich eine Bedrohung für die liberalen Demokratien dar. Selbst nach dem Niedergang solcher Parteien, *die populistische und demokratieentleerende Politikmodi programmatisch auf die politische Bühne, in die Parlamente und schließlich in die Regierung getragen haben*[133], lastet ihr Schatten auf den liberalen Demokratien, wie sie sich seit den 1970er-Jahren in Europa entwickeln konnten. Der – wenn auch nur vorübergehende – Erfolg von rechtspopulistischen Bewegungen bedeutet eine Zäsur, weil sie einige der zentralen Werte, die das Fundament der repräsentativen Demokratie ausmachen, konsequent ablehnen, nämlich Pluralismus und Universalismus, den Vorrang der Rechte des Individuums, die Gleichheit der Menschen als Grundlage des Rechtsstaates und die Delegierung der Volkssouveränität durch das Mittel des allgemeinen Wahlrechts.

Es ist zu befürchten, dass die Rechtspopulisten mit ihrem ideologischen Gemischtwarenladen weiterhin erfolgreich sein werden, zumal die etablierten Volksparteien noch immer nicht realisiert zu haben scheinen, dass die europäischen Staaten auf eine existenzbedrohende Krise des politischen Systems „repräsentative Parteiendemokratie" zusteuern. Deren Devise heißt offenbar immer noch: „Augen zu und durch".

Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen, aber auch infolge der „neuen Unübersichtlichkeit", wie Jürgen Habermas seine Zustandsbeschreibung unserer Gesellschaft bereits 1985 so trefflich genannt hat[134], der kollektiven Unsicherheiten und Ängste, der Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche, der zunehmenden Prekarisierung des Lebens immer größerer Bevölkerungsgruppen, werden wir wohl auch in den nächsten Jahren mit einer Fülle von rechtsextremen und rechtspopulistischen Politikansätzen rechnen müssen – mit allen damit verbundenen Auf- und Abwärtsbewegungen, Krisen und Skandalen.

Davon aber profitieren vorläufig vor allem die „zellerneuerten" Konservativen, die mit Hilfe der Rechtspopulisten fast überall an die Macht (zurück)gekommen sind und nun ihre neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik und ihre konservative Gesellschaftspolitik umsetzen können, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. Die europäischen Sozialdemokratien haben darauf bis dato keine überzeugenden Antworten gefunden – allzu viel Zeit bleibt ihnen wahrscheinlich nicht mehr…

Möglicherweise aber kommt im Gefolge der nicht enden wollenden Finanz-, Wirtschafts- und Gesellschaftskrisen alles noch viel schlimmer. In einigen Staaten sind die etablierten Parteiensysteme der Nachkriegszeit gerade dabei, sich selbst zu desavouieren und zu demontieren. Vielleicht zeigt uns ein Blick auf Italien, wohin es in Zukunft gehen wird. Italien, wo das Nachkriegssystem bereits in den 1990er-Jahren implodiert ist, wo in das Vakuum,

[131] Vgl. Koppetsch 2020:58
[132] Frölich-Steffen 2006:161
[133] Rosenberger 2005:47
[134] Vgl. Habermas 2019

das die Democrazia Cristiana und ihre moralisch verrotteten Alliierten hinterlassen hatten, zunächst Berlusconi mit seinem Unternehmer- und Casanova-Populismus und die Lega Nord mit ihrem wohlstandschauvinistischen Separatismus gestoßen sind.

Mittlerweile zerbröckelt auch dieses System und eine neue Ära bricht an, die der populistischen Politclowns – Politiker ohne jede Weltanschauung, die sich wahlweise aus den Versatzstücken rechter oder auch linker ideologischer Mottenkisten bedienen, deren „Programm" meist nur aus ihrer eigenen, oft reichlich devianten Persönlichkeit besteht, Politiker wie Donald Trump in den USA, Jair Bolsonaro in Brasilien oder Rodrigo Duterte auf den Philippinen. Sie werden auch in Europa immer öfter ihre Nachahmer finden. Und das nicht immer nur von rechts.

Für die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe steht fest, dass der Populismus in Zukunft die gesamte europäische Politik prägen und dass der entscheidende Kampf wohl zwischen Links- und Rechtspopulismus stattfinden wird: *The battles of our time cannot play out within the terms of the traditional categories; I am sure that in the years to come we will see an open struggle between the populism of the Right and the populism of the Left. This people that must be constructed could be forged from the Right, as Marine le Pen is doing in France: that is, an exclusive people, that persecutes migrants. But there is also a construction of the people from the Left, one that includes migrants and stands against the powers of neoliberal globalisation.*[135]

[135] A Conversation with Chantal Mouffe, 21.03.2016, Verso Books, https://www.versobooks.com/blogs/2566-left-populism-and-taking-back-democracy-a-conversation-with-chantal-mouffe

Teil 2 - Strategien gegen den rechten Populismus

Viele kleine Schritte…

Welche Konzepte und welche politischen Strategien können die etablierten Parteien der linken und rechten Mitte dem weiteren Aufstieg der Rechtspopulisten entgegensetzen? Eine einheitliche Antwort auf die rechtspopulistische Herausforderung gab es in den letzten Jahrzehnten nicht, und eine wirklich erfolgreiche politische Strategie ebenso wenig. Müssen wir uns deshalb der Meinung des deutschen Politikwissenschaftlers Hans-Georg Betz anschließen, der bereits vor fast 30 Jahren konstatierte, es bestehe absolut kein Grund zur Annahme, dass die radikalen Rechtspopulisten in absehbarer Zukunft von der politischen Bühne verschwinden würden?[136] Fast ein Jahrzehnt später schließt Betz seinen Beitrag „Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung" mit den Worten: *Rechtspopulistische Parteien sind damit heute weniger denn je nostalgische Relikte einer überkommenen Zeit. Das macht die Auseinandersetzung mit ihnen auch weiterhin so schwer*.[137] An diesem Befund hat sich leider nichts geändert.

Der britische Politikwissenschaftler Matthew Goodwin hat sich als einer der wenigen Autoren – die wissenschaftliche Fachliteratur zum Rechtspopulismus lässt sich mittlerweile ja in vielen Regalmetern messen! – eingehender mit der Frage auseinandergesetzt, was die etablierten Parteien dem Rechtspopulismus effektiv entgegensetzen könnten. Goodwin unterscheidet dabei sechs mögliche Antwortstrategien – Ausschluss, Entschärfung, Aneignung, Grundsätze, Engagement und Interaktion.[138] Diese und noch einige andere Strategien sollen im Folgenden auf ihre Wirksamkeit hin untersucht werden.

„Zu Tode gewählt" – Vom Scheitern der Rechtspopulisten

Rechtspopulistische Parteien sind ihrem Wesen nach negatorisch und oppositionell. Fundamentalopposition, Selbstisolation und Ausgrenzung bilden eine solide Basis für ihre langfristig gesicherte Existenz. *Der wirksamste Mechanismus, eine populistische Partei und vor allem deren Führungsfigur zu entzaubern,* meinten Frank Decker und Florian Hartleb bereits in ihrer Analyse zum Scheitern der Schill-Partei in Hamburg, *besteht darin, sie in die Pflicht zu nehmen*.[139] Denn, was den Rechtspopulisten im politischen Alltag ihres permanenten Wahlkampfes nützt, ist gleichzeitig ihre größte Schwäche. Ihre auf wenige „charismatische" Persönlichkeiten zugeschnittene Struktur und ihr Bewegungscharakter erweisen sich rasch als überaus anfällig und fragil, und auch die agitatorischen Stilmittel lassen sich nicht beliebig steigern. Wie leicht kann da das persönliche Charisma des autoritären Führers verblassen!

Da die Populisten dazu neigen, völlig überzogene und unrealistische Versprechungen abzugeben und scheinbar einfache, radikale Lösungen zu propagieren, trifft sie, sobald sie „in die Pflicht" genommen werden, das Missverhältnis zwischen eigenem Anspruch und der Wirklichkeit des Regierens umso härter. Durch ihre Einbindung in das politische System bekommen die Populisten rasch ein massives Glaubwürdigkeitsproblem. Gerade in der Regierungsarbeit erweisen sich ihre unterentwickelten Organisationsstrukturen, ihre auf wenige charismatische Persönlichkeiten zugeschnittene Führungsebene und ihr wenig rationales Agenda-Setting als Nachteil. Auf Regierungsebene angelangt, müssen die bisherigen „Anti-System-Parteien" sich plötzlich ganz neu positionieren, weil sie über Nacht selbst ein Teil

[136] Vgl. Betz 1994:189
[137] Vgl. Betz 2002:263
[138] Vgl. Goodwin 2011:23ff
[139] Decker / Hartleb 2005:117; siehe dazu auch: Goodwin 2011:23ff.

von denen „da oben" geworden sind. Da, wo die Populisten in die Verantwortung genommen werden, müssen sie sich nolens volens bis zu einem gewissen Grad den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie unterwerfen, müssen auch unpopuläre Maßnahmen mit verantworten und sehen sich plötzlich ihres plebiszitären Appeals beraubt.

Nahezu alle rechtspopulistischen Parteien Westeuropas waren bereits mit den unterschiedlichsten Formen des Scheiterns konfrontiert, wenngleich sich die Ursachen beziehungsweise auch die Dimension dieses Scheiterns stark voneinander unterscheiden. Oft geraten die rechtspopulistischen Führerparteien aufgrund ihrer dünnen Personaldecke und der fehlenden oder nur mangelhaft entwickelten Parteistrukturen in personelle Schwierigkeiten, agieren in der Folge dilettantisch und chaotisch.

Bestes Beispiel dafür war die österreichische FPÖ, die im Jahr 2002 durch ihre fehlenden personellen Ressourcen und ihrem Mangel an Regierungserfahrung in ihrer Koalition mit der ÖVP in so große Turbulenzen geriet, dass sie bei den vorgezogenen Neuwahlen im November 2002 fast zwei Drittel ihrer Wähler von 1999 verlor und von 26,9% auf 10% der Stimmen abstürzte.[140]

Diese strukturellen Defizite führen erfahrungsgemäß bald zu Konflikten mit den – in der Regel konservativen – Koalitionspartnern, aber auch zu internen Macht- und Richtungskämpfen und tragen zur raschen Entzauberung der Populisten bei.[141] *Demzufolge sind die Chancen auf eine Regierungsbeteiligung jener Parteien über eine Legislaturperiode hinaus zunächst im Durchschnitt eher als gering einzuschätzen*.[142] Allerdings zeigen die Entwicklungen der letzten Jahre, dass rechtspopulistische Regierungsparteien auch lernfähig und keinesfalls zwingend zum Scheitern verurteilt sind.

Scheitern-Lassen – aber um welchen Preis?

Die Frage, ob rechtspopulistische Parteien an der Regierung zum Scheitern verurteilt sind, kann nach den vielfältigen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte tendenziell mit „Ja" beantwortet werden. Scheitern, das haben vor allem die letzten Jahre immer wieder bewiesen, können – und werden! – die Rechtspopulisten wohl in erster Linie immer nur an sich selbst. Allerdings – auch wenn die meisten Rechtspopulisten scheitern und die Früchte ihrer Arbeit andere ernten: Ihr Scheitern, ihr Dilettantismus und ihre katastrophale Performance führen in der Regel zu keiner bleibenden Diskreditierung des Rechtspopulismus. Selbst wenn einzelne Akteure in der Versenkung verschwinden und ganze „Parteien" zerfallen – ihre radikalen Positionen werden durch die Regierungsbeteiligung politisch legitimiert und gehen in den politischen Mainstream ein.

Die Regierungsbeteiligung einer rechtspopulistischen Partei führt deshalb regelmäßig und unweigerlich zu einer Rechtsverschiebung des politischen Spektrums sowohl beim Agenda-Setting als auch beim eigentlichen Policy-Making[143] und bereitet den Boden für nachfolgende, möglicherweise noch radikalere Bewegungen vor. Das heißt, der einmal angerichtete Schaden ist nicht so einfach reparabel, wie auch das „Erbe" der schwarz-blauen Koalitionsregierung in Österreich von 2000 bis 2007 beweist.

---

[140] Vgl. Fasser 2017:284
[141] Pallaver / Gärtner 2006:115ff
[142] Frölich-Steffen / Rensmann 2005:28
[143] Decker / Hartleb 2005:116

Als ernstzunehmende politische Strategie ist die Methode des „Zu-Tode-Umarmens" – mit dem Ziel, die Rechtspopulisten zu „zähmen" oder ihre Inkompetenz zu entlarven – deshalb nicht nachhaltig von Erfolg gekrönt. Darüber hinaus sollte auch die Lernfähigkeit rechtspopulistischer Agitatoren nicht unterschätzt werden.

Wirklich erfolgreich können die rechten Populisten auf Dauer allerdings nur dann sein, wenn es ihnen gelingt, Regierung und Opposition gleichzeitig zu sein, „Bewegung" zu bleiben und politische Partei zu werden. Stark föderale Systeme, wie das Schweizer, aber auch das österreichische, ermöglichen es den Populisten, die Taktik unterschiedlicher Politiken auf den verschiedenen politischen Ebenen zu benützen. Beim Lavieren zwischen Regierungs- und Oppositionspolitik nützt den Populisten vor allem die Verlagerung des politischen Kampfes auf „Nebenschauplätze", wie zum Beispiel auf solche der „Kultur" oder der „Werte". Im Fall der Schweiz kommt noch hinzu, dass die stark entwickelten Instrumente der direkten Demokratie von den Rechtspopulisten regelmäßig dazu missbraucht werden, um außerparlamentarische Oppositionspolitik gegen die eigene Politik auf Bundesebene zu betreiben.

Essentiell für einen dauerhaften Erfolg rechtspopulistischer Parteien sind jedenfalls der Aufbau einer stabilen Parteistruktur sowie thematische Flexibilität und Wandelbarkeit, zwei Eigenschaften, die ohnedies genuin in den meisten dieser Bewegungen angelegt zu sein scheinen, und eine charismatische, in politischer Kommunikation versierte Persönlichkeit an der Spitze.[144]

Auch die Tatsache, dass in Skandinavien häufig Minderheitsregierungen um die Unterstützung kleinerer Parteien buhlen müssen, erlaubt es den dortigen Rechtspopulisten, einerseits weiterhin in der bequemen Oppositionsrolle zu verharren, und ermöglicht es ihnen anderseits aber, sich als „gemäßigte" und „konstruktive" Kräfte zu etablieren. In Dänemark und Norwegen nehmen die Rechtspopulisten mittlerweile eine feste Position im Parteiensystem ein. Seit den Parlamentswahlen 2001, bei denen die Partei fast 15% der Stimmen für sich verbuchen konnte, unterstützte die norwegische „Fortschrittspartei" eine konservative Minderheitsregierung; von 2013 bis 2020 war sie mit der konservativen Høyre sogar in einer Regierungskoalition verbunden. Auch die „Dänische Volkspartei" konnte als wichtigste Unterstützerin einer konservativen Minderheitsregierung ein Jahrzehnt lang großen Einfluss auf die dänische Politik, vor allem in Migrations- und Sicherheitsfragen, ausüben.

Populismus durch Populismus bekämpfen?

Die Strategie der „Aneignung" bedeutet, dass die etablierten Parteien der linken und der rechten Mitte sich die Inhalte der Rechtspopulisten aus wahltaktischen Gründen zu eigen machen oder sich sogar an die Spitze des Trends setzen, den die Populisten losgetreten haben, zum Beispiel also für eine restriktive Einwanderungs- und eine strenge Law-and-Order-Politik eintreten, in der Hoffnung, damit den rechten Agitatoren den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Tatsächlich versuchen Politiker der etablierten Parteien immer öfter aus strategischem Kalkül den Rechtspopulisten mit tendenziösen Aussagen die Themen streitig zu machen und selbst mit Populismus auf Stimmenfang zu gehen.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass eine solche Strategie nicht von großem Nutzen ist. Einerseits schadet es der Glaubwürdigkeit der Partei sowohl bei ihrer eigenen Klientel als auch bei potentiellen Wechselwählern – vor allem dann, wenn es sich um sozialdemokratische

[144] Vgl. Fasser 2017:293

Parteien handelt, die die Traditionen von Toleranz und Pluralismus eigentlich hochhalten sollten! –, wohingegen Wähler, die mit den radikalen Inhalten rechtspopulistischer Bewegungen sympathisieren, dadurch nur bedingt zu überzeugen sind, weil diese erfahrungsgemäß lieber gleich „zum Schmied als zum Schmiedl" gehen.[145] Allerdings entscheidet auch hier die persönliche Strahlkraft der jeweiligen Spitzenkandidaten über Erfolg oder Misserfolg einer solchen Strategie, wie das Beispiel Sebastians Kurz' gezeigt hat, der 2017 durch populistische Ansagen einer in allen Umfragen dahin dümpelnden ÖVP zu einem fulminanten Wahlsieg verhelfen konnte.

Die Strategie der „Aneignung" verweist jedenfalls auf die weite Verbreitung fremdenfeindlicher und/oder rassistischer Ressentiments und zeigt, dass die Themen der Rechtspopulisten bereits in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind und nicht mehr als Randphänomene abgetan werden sollten. Ganz offensichtlich sind auch „bürgerliche" oder „linke" Politiker nicht per se gegen Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus gefeit.

Der Rechtspopulismus wird salonfähig

Ungewollter Nebeneffekt einer solchen „Strategie" ist, dass die Forderungen der Rechtspopulisten Eingang in den politischen Mainstream finden und damit quasi „nobilitiert" werden. Rechtsextreme Positionen, die noch vor kurzem als „fremdenfeindlich" galten, sickern somit in die Mitte der Gesellschaft ein, werden mehrheitsfähig, und die Erosion der pluralistischen Prinzipien schreitet munter voran. Dieser Prozess lässt sich in Dänemark, wo die rechtspopulistische „Dänische Volkspartei" über viele Jahre hinweg eine konservative Minderheitsregierung stützte und dadurch großen Einfluss auf die Migrations- und Integrationspolitik erlangte, ebenso beobachten, wie in Österreich oder in Italien, wo die populistische Rechte in Gestalt der FPÖ und der Lega Nord vorübergehend Regierungsverantwortung und damit auch politische Gestaltungsmöglichkeiten in sensiblen gesellschaftspolitischen Fragen erhielt.

Aufstieg durch Ausgrenzung – oder Moderation durch Einbindung?

Die Ausschlussstrategie gegenüber rechtspopulistischen Bewegungen, die auch als No Platform, Cordon sanitaire oder Ausgrenzung bezeichnet wird, verfolgt im Wesentlichen zwei Ziele. Einerseits soll verhindert werden, dass Rechtspopulisten offizielle Ämter übernehmen und die Politik aktiv beeinflussen können, zum anderen sollen die Rechtspopulisten in den Augen der Wähler als außerhalb des demokratischen Konsenses stehende „Extremisten" diskreditiert werden, deren Wahl einer Verschwendung der Stimme gleichkommt. Dass eine solche Strategie grundsätzlich nicht funktioniert, ist unrichtig.

Im Österreich der 1990er-Jahre konnte diese unter Bundeskanzler Franz Vranitzky verfolgte Politik den Aufstieg Jörg Haiders zwar nicht verhindern, in Frankreich und in Belgien hatte die Strategie des Cordon sanitaire gegenüber dem Front National und dem Vlaams Belang jedoch lange Zeit Erfolg. Zu einer erfolgreichen Ausgrenzungsstrategie gehören allerdings der Konsens, die Geduld und die Disziplin der etablierten demokratischen Parteien, von diesem Kurs auch aus wahltaktischen oder machtpolitischen Erwägungen nicht abzurücken. Kurz- und mittelfristig stellt die Ausgrenzung also durchaus ein probates Mittel dar, um dem populistischen Furor die Zähne zu ziehen.

[145] Vgl. Bale et al. 2010

Gegen die Strategie der Ausgrenzung spricht allerdings, dass damit der ohnedies vorhandene und wehleidig zelebrierte „Außenseiter"-Status der Rechtspopulisten und die mit der rebellischen Pose verbundene Attraktivität auf bestimmte Wählergruppen verstärkt und ihr politischer Appeal erhöht werden kann. Nicht auszuschließen ist auch eine weitere Radikalisierung der solcherart als „politische Parias" behandelten Bewegungen.

Die Ergebnisse der vergleichenden Untersuchung von Joost van Spanje und Wouter van der Brug legen jedenfalls den Schluss nahe, dass eine Korrelation zwischen „Ausgrenzung" und „Zivilisierung" besteht, dass demzufolge rechtspopulistische Bewegungen, die nicht ausgegrenzt werden, deutlich weniger radikal agierten, als von Ausgrenzung betroffene, ja dass die Nicht-Ausgrenzung sogar zu einer deutlichen Moderation radikaler Positionen führen kann.[146] Bedeutet das, dass die inhaltlichen Positionen rechtspopulistischer Bewegungen tatsächlich von der politischen Strategie der etablierten Parteien beeinflusst werden können? Die Einbindung rechtspopulistischer Bewegungen in die politische (parlamentarische) Arbeit kann jedenfalls allem Anschein nach dazu führen, dass diese zumindest teilweise von ihren extremen Positionen abrücken.

In der politischen Realität erweist es sich außerdem als schwierig bis unmöglich, eine durch demokratische Wahlen legitimierte Partei auf sämtlichen Ebenen – also auch auf regionaler oder kommunaler – konsequent auszugrenzen, zumal rechtspopulistische Akteure immer wieder auch als Partner benötigt werden, um Parlamentsmehrheiten abzusichern oder – im schlimmsten Fall – um Regierungskoalitionen zu bilden. Die Beispiele der FPÖ oder der italienischen Lega Nord belegen dies ganz deutlich. Sie zeigen allerdings auch, dass die auf unterschiedlichen Ebenen vollzogene Einbindung dieser Parteien nicht wirklich zu deren „Zivilisierung" beigetragen hat – im besten Fall führte die Regierungsbeteiligung zur Spaltung der Populisten in „Gemäßigte" und „Radikale".

Ablenkung verstärkt die Politikverdrossenheit

Die Strategie der „Ablenkung" besteht darin, die populistischen Botschaften abzuschwächen und zu entschärfen, indem gezielt jene Themen in den Vordergrund der politischen Arbeit und Kommunikation gerückt werden, die nicht nur tatsächlich von größerer Relevanz sind, sondern bei denen die etablierten Parteien durch ihre Sachkompetenz und durch ihre realen Gestaltungsmöglichkeiten strategische Vorteile besitzen – also zum Beispiel Wirtschaft, Soziales, Bildung oder Infrastruktur.

Gleichzeitig müssen die von den Rechtspopulisten besetzten Politikfelder – Kultur, Zuwanderung, Integration oder Sicherheit – in ihrer Bedeutung relativiert bzw. auf ihre tatsächliche Relevanz für das Leben der Menschen und das Funktionieren der Gesellschaft reduziert werden. Diese Strategie kann von Erfolg gekrönt sein, wenn sich die etablierten Parteien gleichzeitig darauf verständigen, in den von den Rechtspopulisten bevorzugten Politikfeldern gemeinsame Herangehensweisen und konsensuale Lösungen zu erarbeiten, um einer weiteren Emotionalisierung dieser Themen keinen Vorschub zu leisten. Gefragt sind demnach Deeskalation und Entemotionalisierung.

Matthew Goodwin hält diesem positiven Befund entgegen, dass gerade die Strategie der Entschärfung hochgradig negative Konsequenzen nach sich ziehen kann, wenn man den hohen Stellenwert berücksichtigt, den die Themenfelder „Immigration" und „Integration" im Bewusstsein vieler Wähler besitzen. Tatsächlich kann sich die Strategie der „Ablenkung" als

[146] Siehe dazu: Van Spanje / Van der Brug 2007 und 2009.

kontraproduktiv erweisen, wenn sich eine größere Anzahl von Wählern in ihrem (Vor)urteil bestärkt sieht, dass die etablierte Politik ihre Ängste und Sorgen nicht ernst genug nimmt, und wenn die populistische Boulevardpresse sich weiterhin lieber dieser „Aufregerthemen" annimmt, als über die tatsächlichen Herausforderungen – und gegebenenfalls auch über die Erfolge – auf den Gebieten der Beschäftigungs-, der Sozial- oder der Bildungspolitik zu berichten.[147]

Die am häufigsten und bei vielen nationalen und regionalen Wahlen in ganz Europa zu beobachtenden Folgen dieser Strategie – wobei nicht ganz klar ist, inwieweit die etablierten Parteien hier bewusst strategisch agieren, vor allem, wenn die für einen Erfolg notwendige konsensuale und deeskalierende Politik ausbleibt – sind Frustration und Politikverdrossenheit, kurz die weitere „Entpolitisierung" von Teilen der Wählerschaft. Dies führt dazu, dass auch die Wahlenthaltung weiter ansteigt, weil immer mehr Wahlberechtigte ins Lager der „systemverdrossenen Nichtwähler" abdriften.[148] Letzteres geht zwar tatsächlich stark zu Lasten der populistischen Protestbewegungen, kann allerdings nur von Zynikern als eine probate und langfristige politische Strategie angesehen werden.

Emotionale Argumente zählen mehr als rationale.

Die von Goodwin so genannte „Strategie der Grundsätze" beinhaltet – anders als die bereits erwähnte „Abschwächung" – eine ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung und politische Debatte, welche die in Teilen der Bevölkerung tatsächlich vorhandenen Ängste und Sorgen ernst nimmt, und die im Idealfall mit einer verbesserten Kommunikation der eigenen politischen Inhalte und Positionen verknüpft werden kann. Ein schwieriges Unterfangen, wenn der populistische Widersacher in erster Linie mit Übertreibungen und Unwahrheiten operiert und die populistische Boulevardpresse ihn dabei auch noch unterstützt. Für die etablierten Parteien ist mit dieser aufwändigen Strategie nur wenig zu holen, zumal die durchschnittlich interessierten und politisch gebildeten Wähler, die von der Politik in erster Linie konkrete Lösungen erwarten, dadurch möglicherweise gelangweilt oder überfordert werden.

Als Beispiel dafür sei das Argumentieren mit wirtschaftlichen Zahlen genannt, etwa das häufig benutzte – und nicht falsche! – Argument, dass Migranten mehr an Abgaben entrichten, als sie an staatlichen Leistungen in Anspruch nehmen, oder das ebenso plausible Argument, dass Migranten für das reibungslose Funktionieren von großen Teilen der einheimischen Wirtschaft, insbesondere im Bereich der Dienstleistungen, einfach unentbehrlich geworden sind. Gleiches gilt für die sensiblen Themenfelder „Arbeitsplätze" oder für den „Zugang zum Wohnungsmarkt".

Eine sachbezogene und argumentative Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Demagogen ist leider nur in Ausnahmefällen zu gewinnen, weil für viele Bürger emotionale Argumente stärker zählen als rationale.

---

[147] Vgl. Bale et al. 2010

[148] In Deutschland sank die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen von 91,1% im Jahr 1972 auf 70,8% im Jahr 2009; 2017 stieg sie auf 76,2% an. Geringer fällt die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen aus, wesentlich geringer bei Kommunalwahlen, etwa in Brandenburg (2014:46,3%) und in Sachsen (2009:47,7%). Ganz ähnlich ist die Entwicklung in Österreich, wo die Wahlbeteiligung traditionell sehr hoch war: Nahmen 1975 noch 92,9% der Wahlberechtigten an den Nationalratswahlen teil, so sank dieser Anteil kontinuierlich auf 75,6% (2019). Bei Landtagswahlen lag die Beteiligung in Tirol 2018 bei nur noch 60%, in Wien 2020 bei 65,3% (2005: 60,8%). Siehe dazu: Bauer 2004.

Während die etablierten Parteien immer noch vorwiegend auf eine faktenbasierte Argumentation setzen, die etwa die wirtschaftlichen Vorteile und Notwendigkeiten von Zuwanderung betont, zeigen sowohl der wissenschaftliche Befund als auch die Wahlergebnisse, *dass die stärksten Triebkräfte für eine immigrantenfeindliche Haltung Gefühle kultureller Bedrohung sind*. Weite Teile der traditionellen Mittelschichten befinden sich heute in einer „Sandwichposition", die sich in Abstiegsängsten nach unten sowie Ressentiments und Wut nach unten und oben manifestiert.[149] Rechtspopulistische Parteien bieten den in ihrer sozialen Stellung gefährdeten Gruppen hingegen eine „politische Therapie", sie sind, wie der deutsche Philosoph und Kulturwissenschaftler Peter Sloterdijk es so pointiert formuliert hat, „politische Zornunternehmer".[150]

Die große Herausforderung für die Parteien der politischen Mitte besteht demnach darin, allgemein verständliche Argumente für eine kulturelle Vielfalt zu liefern und nicht einfach bloß die rationalen demographischen und wirtschaftlichen Fakten darzulegen, die für die Immigration sprechen.[151]

Zu den „Menschen da draußen" gehen – der steinige Weg

Die beiden letzten Strategien – von Goodwin als „Engagement" und „Interaktion" bezeichnet – konzentrieren sich stärker auf die kommunale Ebene und bieten, nach Ansicht des Autors, bessere Erfolgsaussichten. Beide setzen allerdings einen erheblich größeren organisatorischen, vor allem aber auch einen intensiveren und kreativeren persönlichen Aufwand voraus.

Die Strategie des Engagements nimmt die Herausforderung der Rechtspopulisten genau dort an, wo diese das Feld dominieren – also „draußen auf der Straße", bei der Wählerbasis, wo die populistischen Aktivisten mit den von der etablierten Politik verdrossenen Menschen persönlich – und in der Regel affirmativ – über heikle gesellschaftspolitische Fragen kommunizieren. *In der Politik geht es darum,* so Goodwin, *die Köpfe und Herzen der Wähler zu gewinnen, und nicht darum, […] Auseinandersetzungen auf intellektuellem Gebiet zu gewinnen.*[152] Um aber sowohl die Herzen als auch die Hirne der Wähler gewinnen zu können, müssen die etablierten Parteien auch außerhalb der Wahlkampfzeiten für die Menschen erreichbar sein, aktiv und kreativ an der Lösung der „kleinen Probleme" vor Ort arbeiten, „Außenbeauftragte" beschäftigen, die Kontakt und Verbindung zu lokalen Bürgerinitiativen, NGOs und Vereinen unterhalten.

Barack Obama hat 2008 mit dem „Door-to-Door-Konzept" ebenso erfolgreich wahlgekämpft wie der im weiteren Verlauf eher glücklose französische Präsident François Hollande vier Jahre später. Und anlässlich der Nationalratswahlen 2013 startete auch die Wiener SPÖ eine große Hausbesuchsaktion, bei der nahezu 130.000 Wiener Haushalte von größtenteils ehrenamtlichen Mitarbeitern besucht wurden. Es wäre allerdings fatal zu glauben, dass sich diese Strategie beliebig oft und ausschließlich bei Wahlentscheidungen anwenden ließe. Moderne Parteien müssen – ohne deshalb aufdringlich wirken zu dürfen – den direkten und persönlichen Kontakt mit den Bürgern auch außerhalb der Wahlkampfzeiten aufrechterhalten und pflegen, und ihren potentiellen Wählern nicht nur das Gefühl, sondern auch die Sicherheit vermitteln, tatsächlich für sie „da zu sein".

---

[149] Vgl. Koppetsch 2020:115
[150] Sloterdijk 2008:125f
[151] Vgl. Goodwin 2011:27f
[152] Vgl.Goodwin 2011:29 bzw. XIV.

Ausgehend vom Befund, dass Rechtspopulisten dort besonders erfolgreich sind, wo eine erhöhte Armutsprägung vorhanden ist, muss die Frage gestellt werden, ob ihnen durch migrationspolitische Reformen allein tatsächlich das Wasser abgegraben werden kann. Um gegen die weitverbreitete Verunsicherung angesichts der prekären Lebensumstände anzukämpfen, braucht es sozialpolitische Maßnahmen, die über das Bereitstellen monetärer Leistungen hinausgehen, wie z.B. eine weitsichtige Regionalentwicklung, die Schaffung bezahlbaren Wohnraums in allen Stadtteilen, eine klare Antwort auf die vorhandene Fremdenfeindlichkeit und nicht zuletzt die Förderung eines pluralen Demokratieverständnisses.[153]

Interaktion – die Herausforderung annehmen

Ist der „steinige Weg" bereits herausfordernd genug, so erfordert die Strategie der „Interaktion" noch wesentlich größere Anstrengungen. Die Interaktion besteht darin, den Kontakt und den Dialog zwischen verschiedenen ethnischen und/oder religiösen Gruppen innerhalb der Gesellschaft aktiv zu fördern, zu unterstützen und zu begleiten. Dieser strategische Ansatz stützt sich auf die Erkenntnis, dass persönliche Kontakte zwischen Mitgliedern unterschiedlicher Gruppen die auf beiden Seiten vorhandenen Vorurteile abbauen und die gegenseitige Achtung und Toleranz erhöhen können.

Umfragen und wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass die meisten „autochthonen Bürger" kaum persönlichen Kontakt zu Menschen mit migrantischem Hintergrund pflegen. In Italien gaben nur etwa 11% der befragten Personen an, Immigranten in ihrem Freundeskreis zu haben, in den Niederlanden waren es 15%, in Großbritannien 26%, in Deutschland und in Frankreich immerhin etwas mehr als 39% und im europäischen Schnitt 28%.[154] In Österreich hatten 2014 rund 55% der befragten Personen ihrer eigenen Aussage nach „Kontakt" zu Migranten.[155] Anzumerken ist dabei allerdings, dass persönliche Kontakte und Freundschaften zu Menschen mit migrantischem Hintergrund auch von deren grundsätzlicher Bereitschaft abhängig sind und deshalb stark nach den Herkunftsländern der Migranten variieren.

Persönlicher Kontakt und Interaktion benötigen allerdings auch entsprechende und geeignete Orte. Eine kulturell integrative Politik funktioniert deshalb am besten auf Gemeinde-, in größeren Städten auf Bezirks- oder Viertelebene. Gerade in der eigenen Nachbarschaft können Bürger unterschiedlicher Herkunft regelmäßig zusammenkommen, Erfahrungen austauschen und gemeinsame Ziele und Projekte entwickeln. Gemeint sind allerdings weniger die da und dort bereits existierenden einmaligen Interventionen mit „Event- und Wohlfühlcharakter", also multikulturelle Straßen- oder Grätzelfeste, sondern regelmäßig wiederkehrende und moderierte Formen der Interaktion zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Dabei können sowohl Konflikte ausgetragen als auch gemeinsame Anliegen und Ziele, etwa im Bereich der Lokalpolitik, formuliert und umgesetzt werden. Freilich müssen solche BürgerInneninitiativen von Verwaltung und Politik nicht nur toleriert, sondern aktiv gefördert und begleitet werden.

Dazu müsste „die Politik" allerdings ihr Odium der Abgehobenheit und Bürgerferne abstreifen und in Gestalt authentischer und empathischer Politiker auf die Menschen zugehen, ihnen zuhören, mit ihnen sprechen, und – selbst wenn es weh tut – gegebenenfalls auch mit ihnen streiten. Gefragt sind – etwas überspitzt formuliert – der „gute Populist", die „gute Populistin",

[153] Vgl. Kurtenbach 2019:5
[154] Zick et al. 2011:131ff
[155] Siehe: Migration & Integration 2014

auch wenn Jan-Werner Müller, der einen ausschließlich negativen Populismusbegriff vertritt, meint, einen *guten Populismus gibt es nicht*.[156]

Die Politik, so auch der britische Professor für politische Ökonomie Grahame F. Thompson, der für einen „liberalen Populismus" plädiert[157], müsse populistischer werden, um den Populisten den Stimmenfang zu erschweren. Der Zustand hermetischer Abgeschlossenheit, in dem sich viele frühere „Volksparteien" heute befinden, die Art und Weise, in der sie ihr Personal rekrutieren, die Zwänge des politischen Alltags, der von Sitzungen und internen Besprechungen geprägt ist, all das macht eine solche Entwicklung nicht sehr wahrscheinlich.

Den Angstmachern entgegentreten

Tim Bale und seine Co-Autoren kommen in ihrer vergleichenden Studie über Dänemark, die Niederlande, Norwegen und Österreich „If You Can't Beat Them, Join Them?" zum Schluss, dass keine der von ihnen postulierten Einzelstrategien – *hold*, im wesentlichen die „inhaltliche Auseinandersetzung" auf der Grundlage der eigenen Grundsätze; *defuse*, die Entschärfung; *adopt*, die Aneignung – als „Patentlösung" tauge. Vielmehr hätten die meisten der von der populistischen Herausforderung betroffenen Parteien eine Mischung aus diesen verschiedenen Strategien gewählt. *No social democratic party has opted simply to hold its position and fight the good fight for permissive immigration and integration policies.*[158]

Die „Grundsatzstrategie", also die Strategie der inhaltlichen Auseinandersetzung, funktioniere auf längere Sicht schon deshalb nicht, weil auch die etablierten Parteien der politischen Mitte aus wahltaktischen Überlegungen zur Strategie der Aneignung übergegangen seien. Ähnliches gelte für die meisten Versuche, die Anziehungskraft der Rechtspopulisten zu entschärfen.

Die Wirksamkeit einer bestimmten Strategie hänge eben in erster Linie davon ab, ob sie nur von einer oder von allen Parteien der politischen Mitte angewandt werde. Da, wo auch linke Parteien zur Strategie der Aneignung übergegangen sind, sei es naturgemäß zu teils heftigen internen Auseinandersetzungen gekommen, die die Glaubwürdigkeit der Partei untergraben und ihre Einheit gefährdet hätten.

In Dänemark z.B. sind die anfänglichen Versuche der Sozialdemokraten, das Thema der Immigration zu entschärfen, fehlgeschlagen; der anschließende Wechsel zur Strategie der Aneignung habe die Partei noch weiter geschwächt. In den Niederlanden wiederum hätten fast alle etablierten Parteien einen radikalen Wechsel von einer ursprünglich überaus permissiven zu einer relativ restriktiven Einwanderungspolitik vollzogen, in der Hoffnung, den Rechtspopulisten damit den Wind aus den Segeln zu nehmen. Der Versuch, das Thema dadurch zu entschärfen, sei allerdings auch hier fehlgeschlagen, weil sich die Parteien der politischen Mitte zu einseitig auf die wirtschaftliche Dimension der Migration konzentriert und damit den populistischen Extremisten die Möglichkeit gegeben hätten, ihre politischen Kampagnen auf das subjektive Empfinden weiter Teile der niederländischen Öffentlichkeit auszurichten, die der Meinung ist, dass die Immigration die niederländische Kultur der Toleranz bedrohe. Auch das österreichische Beispiel zeige, dass die seit den frühen 1990er-Jahren – gerade auch von sozialdemokratischen Innenministern! – praktizierte Politik einer regelmäßigen Verschärfung der Bestimmungen im Fremden- und Asylrecht den Zulauf zur rechtspopulistischen FPÖ nicht aufgehalten habe.

---

[156] Vgl. Müller 2018
[157] Vgl. Thompson 2017
[158] Vgl. Bale et al. 2010

In der von der Bertelsmann Stiftung herausgegebenen Studie „Strategien gegen die radikale Rechte in Europa" schreibt Orkan Kösemen: *Es gibt keinen klar umrissenen Leitfaden, wie die populistische Rechte daran gehindert werden kann, politischen Einfluss und Wählerstimmen zu gewinnen. Dafür ist das Phänomen Rechtspopulismus zu komplex. Und: Die Bekämpfung von politischem Populismus ist generell sehr schwierig – und es gibt keinen Königsweg dafür.*[159]

Diese Einsicht darf natürlich nicht in Fatalismus oder Resignation münden. Viele kleine Initiativen können mithelfen, den rechten Populismus einzudämmen. Ein wesentlicher Schritt dazu ist das rechtzeitige Erkennen und die rasche und angemessene Reaktion auf populistische Agitation. Häufig befassen sich die etablierten Parteien nämlich erst dann mit heiklen, emotional aufgeladenen Themen, wenn diese bereits von der populistischen Rechten besetzt worden sind und die Chance auf eine Versachlichung der Diskussion vertan ist. Das bedeutet, dass die etablierten Parteien der linken und rechten Mitte nicht nur reagieren, sondern frühzeitig eigene Positionen zu kontroversen Themen entwickeln müssen. Die Bürger erwarten zu Recht, dass die Politik gerade auch in sensiblen Bereichen Problemlösungskompetenz an den Tag legt und das Feld nicht den radikalen Rechtspopulisten überlässt, deren mangelnde Fachkompetenz ja selbst in Teilen der eigenen Wählerschaft bekannt ist.

Es zeigt sich, dass keine der hauptsächlich angewandten Strategien – Aneignung, Entschärfung oder Ausgrenzung – garantiert zum Erfolg führt, ja, dass die politischen Strategien gegen den rechten Populismus zumeist wirkungslos geblieben sind. Der Grund dafür liegt in erster Linie in der Natur des rechten Populismus. Im Fall der Nichtbeachtung und Ausgrenzung werden die politischen Forderungen und Versprechen der Populisten zunehmend radikaler, in den Augen von breiten Teilen der Öffentlichkeit aber auch zunehmend „normaler", und im Fall einer Zusammenarbeit mit den Populisten müssen zumindest Teile ihres „Programms" auch umgesetzt werden. Und der Versuch, Rechtspopulisten durch Regierungsverantwortung zu „entzaubern", verleiht der Rechten und ihren Forderungen sogar so etwas wie politische Legitimität.

So wie es „den Rechtspopulismus" – vergleichbar etwa mit „der Sozialdemokratie" oder „den Grünen" – nicht gibt, und jedes Land die rechtspopulistischen Bewegungen hervorbringt, die seiner historischen Entwicklung und seiner gesellschaftspolitischen Situation entsprechen, so ist auch die erfolgversprechende Strategie gegen Rechtspopulisten immer vom jeweiligen nationalen Kontext und den aktuellen politischen Umständen abhängig.

Unabhängig davon, meint Kösemen, verspricht der Ansatz einer „offensiven Eindämmung" den größten Erfolg. „Offensive Eindämmung", das ist die sachliche Entkräftung der rechtspopulistischen Behauptungen und Forderungen, ohne sie inhaltlich oder politisch aufzuwerten. Das bedeutet aber auch, dass die etablierten demokratischen Parteien sich zu keiner Zeit in politische Abhängigkeit von Rechtspopulisten begeben dürfen, dass den Populisten die inhaltliche Deutungshoheit in heiklen Fragen nicht überlassen werden darf, dass bestehende Sorgen und Ängste in der Bevölkerung ernst genommen werden müssen, ohne dass die rechten Populisten dies als einen Erfolg ihrer Politik reklamieren können, vor allem aber auch, dass den Rechtspopulisten nicht die Möglichkeit gegeben werden darf, sich selbst als Opfer und Ausgegrenzte „des Systems" oder als das „Sprachrohr der Sprachlosen" darzustellen.

[159] Vgl. Kösemen 2009. Siehe dazu auch: Hokovský et al. 2013.

Den Unwahrheiten und Übertreibungen der Rechtspopulisten müssen deshalb in allen Bereichen – gerade auch in jenen des tagtäglichen (Zusammen)lebens! – positive Beispiele der funktionierenden Integration und ganz allgemein ein optimistischeres, angstfreies Weltbild entgegengestellt werden – eine Herkulesaufgabe in einer durch Ängste und Unsicherheiten geprägten Welt.

Teil 3 – Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien (und ihre Vorläufer) im Länderüberblick

Belgien

Das Erwachen des flämischen Nationalismus

Belgien wird seit seiner staatlichen Unabhängigkeit im Jahr 1830 vom Konflikt zwischen den beiden größten Sprachgruppen, den flämisch sprechenden und den frankophonen Belgiern, begleitet. Eine flämisch-patriotische Bewegung, die gleiche Rechte für den damals noch wirtschaftlich unterentwickelten Norden des Landes reklamiert, entwickelt sich bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts.

Während des Ersten Weltkriegs entsteht unter den flämischsprachigen Soldaten der Armee die Frontbeweging, die sich gegen die ausschließliche Verwendung des Französischen als Kommandosprache wendet. Nach Kriegsende wird daraus die flämische Frontpartij („Frontpartei"), eine ursprünglich links-nationalistische Gruppierung, die als erste einen dezidiert flämischen Nationalismus propagiert. Bei den belgischen Parlamentswahlen erringt die Frontpartij jeweils eine Handvoll Sitze in der Abgeordnetenkammer; 1929 sind es 12 von 187.[160]

1931 gründet der Journalist JORIS VAN SEVEREN (1894–1940) als Abspaltung der Frontpartij den **Ver**bond van **Di**etsche **Na**tionaal-**S**olidaristen (Verdinaso, „Verband der großniederländischen Nationalsolidaristen"). Die Organisation orientiert sich am italienischen Faschismus und ist dem großen Nachbarn Deutschland gegenüber eher feindselig eingestellt. Verdinaso strebt einen von der katholischen Soziallehre inspirierten autoritären Ständestaat an, der die Niederlande, Luxemburg und Belgisch-Flandern zu einem „Großniederländischen Staat" zusammenführen soll.[161] Ideologische Grundpfeiler des klerikalfaschistischen Verbandes sind ein radikaler Antisemitismus und ein populistischer Antikapitalismus. Ironie der Geschichte: Van Severen wird 1940 in Frankreich als „deutscher Spion" verhaftet und hingerichtet.

Verdinaso geht in dem 1933 als „Einheitspartei des flämischen Nationalismus" gegründeten Vlaamsch Nationaal Verbond (VNV, „Flämischer Nationalverband") auf. Wegen der Nähe der meisten flämischen Nationalisten zur NS-Ideologie und der Kollaboration vieler ihrer Mitglieder werden alle flämisch-nationalistischen Gruppierungen in Belgien nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verboten.

Nachdem die deutsche Militärverwaltung bereits während des Ersten Weltkriegs auf eine Zusammenarbeit mit den „germanischen Flamen" setzte, entsteht kurz nach Kriegsende auch im wallonischen Landesteil eine nationalistische Bewegung, die „christliche Erneuerungsbewegung" Rex („Christus Rex"), die wegen ihrer engen Anlehnung an die katholische Kirche ebenfalls dem Klerikalfaschismus zuzuordnen ist. Rex fordert eine Festigung der „natürlich gewachsenen Gemeinschaften" (Familie, Berufsstand und Volk) als Grundlage eines ständisch gegliederten autoritären Staates, und ist am Vorabend des Zweiten Weltkriegs mit mehreren Abgeordneten im belgischen Parlament vertreten. Ihr Führer LÉON DEGRELLE (1906–1994) kollaboriert mit den deutschen Besatzern und rekrutiert mehrere Tausend Freiwillige aus beiden Volksgruppen (!), um gemeinsam am Kampf gegen den Bolschewismus teilzunehmen.[162] Nach dem Krieg flieht er nach Spanien, wo er bis zu seinem Tod unbehelligt

[160] Vgl. Allard 1929/1930
[161] Vgl. Rees 1991:401
[162] Siehe dazu: Conway 1993.

weiterleben kann. In Belgien selbst werden zahlreiche Kollaborateure angeklagt und zu Haftstrafen verurteilt, 242 Personen werden hingerichtet.

Vom Vlaams Blok zum Vlaams Belang

1954 gründen einige Mitglieder der in Verruf geratenen flämischen Nationalisten die Volksunie (VU, „Volksunion"), eine linksnationalistische Partei, die mit der Forderung nach einer Föderalisierung des belgischen Staates an die Öffentlichkeit geht. 1977 verlässt der flämische Nationalist KAREL DILLEN (1925–2007) die Volksunie und gründet in Antwerpen die rechtsgerichtete Vlaams Nationale Partij („Flämische Nationalpartei").

Noch im selben Jahr entsteht in Brüssel die Vlaamse Volkspartij („Flämische Volkspartei") des Journalisten LODE CLAES (1913–1997). Wenig später vereinigen sich die beiden Gruppen unter der Führung Dillens, der bis 1996 ihr Vorsitzender bleibt, zum Vlaams Blok (VB, „Flämischer Block").[163]

Der Vlaams Blok propagiert die Unabhängigkeit Flanderns gegenüber des der Misswirtschaft und Korruption beschuldigten frankophonen Wallonien. Sein Motto lautet: *Eigen volk eerst* („Das eigene Volk zuerst") und *België barst* („Belgien soll zerbersten"). Seine nicht nur flämisch-nationalistische und separatistische, sondern zunehmend auch ausländerfeindliche Politik führt dazu, dass die etablierten Parteien des Landes eine Zusammenarbeit mit dem Vlaams Blok ablehnen. Diese „Ausgrenzung" ermöglicht es dem VB, der u.a. auch die Rehabilitation von belgischen Nazikollaborateuren und Angehörigen der flämischen Waffen-SS betreibt, sich in der Öffentlichkeit als die „einzig wahre Opposition" darzustellen.

Nach einer gerichtlichen Verurteilung wegen systematischer Verstöße gegen die Antirassismusgesetze löst sich der Vlaams Blok im November 2004 selbst auf, um möglichen negativen Konsequenzen für die Parteifinanzen zu entgehen und gründet sich sogleich unter dem Namen Vlaams Belang (VB, „Flämisches Interesse") neu.[164] Das überarbeitete Parteiprogramm stellt de facto eine Fortführung des alten dar, allerdings in sprachlich entschärfter Version.

Der Vlaams Belang vertritt eine krude Mischung aus chauvinistischem Separatismus (gefordert wird die Auflösung des „historischen Irrtums" Belgien und die Unabhängigkeit Flanderns), rassistischer Fremdenfeindlichkeit (Beschränkung der Zuwanderung, Ausweisung aller straffälligen Ausländer, höheres Kindergeld für Einheimische, eigenes Gesundheits- und Sozialversicherungssystem für Nicht-Flamen, Abschaffung des Ausländerwahlrechts), Wertkonservativismus (Aufhebung des liberalen Abtreibungs- und Euthanasiegesetzes, strenge Drogenpolitik), Marktliberalismus (Umstellung des Rentensystems vom Umlage- auf ein Kapital-

[163] Siehe dazu: Ivaldi / Swyngedouw 2006 sowie Swyngedouw 2000.
[164] Offizielle Website: www.vlaamsbelang.org (Flämisch, Deutsch, Englisch, Französisch)

deckungsverfahren, Einführung der Flat Tax, Privatisierung von Staatsbetrieben) und Wohlstandschauvinismus (gegen Umverteilungsmaßnahmen zugunsten Walloniens). Dabei geht es dem VB nicht nur um den Erhalt kulturell-liberaler Werte, sondern um die Verteidigung der als bedroht angesehenen niederländisch-flämischen Kultur.

Die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Vlaams Belang sind stark vom autoritären „Solidarismus" der 1930er-Jahre beeinflusst. Doch statt „Kapital versus Arbeit" heißt es nun „multikulturelle Identität versus nationale". In der EU-Frage ist die Position des VB uneinheitlich – gegen die Brüsseler „Eurokratie", aber für ein starkes Europa.

Obwohl die Partei ihren stärksten Zuspruch von sozial unterprivilegierten Wählern erhält, kann sie durch ihre Bemühungen „salonfähig" zu werden, auch im bürgerlichen Milieu punkten – ein Prozess, der umgekehrt zur „Proletarisierung" der meisten übrigen rechtspopulistischen Parteien verläuft. Die „Behaltequote" lag zwischenzeitlich bei erstaunlichen 90%, d.h. dem Vlaams Belang ist es offensichtlich gelungen, eine treue Stammwählerschaft aufzubauen und eine einigermaßen stabile Position im belgischen Parteiensystem einzunehmen, weshalb sie nicht mehr auf „Protestwähler" allein angewiesen ist.

Gleichzeitig trägt der von den etablierten Parteien und Politikern verhängte Cordon sanitaire zur Verstärkung und Stabilisierung der Anti-Establishment- und Anti-Parteien-Haltung des VB bei. Und dennoch beeinflusst die Rechtspartei indirekt das politische Kalkül und die Migrations- bzw. Integrationspolitik der etablierten Parteien.[165]

Eines der prominentesten Mitglieder des Vlaams Belang ist der flämische Journalist und Abgeordnete FILIP DEWINTER (*1962),[166] Fraktionsvorsitzender der Partei im Flämischen Parlament, wo der VB von 2004 bis 2007 mit 32 Abgeordneten die größte Fraktion stellt. Hochburg der Partei ist die Stadt Antwerpen; bei den Kommunalwahlen 2006 erringt sie hier 33,5% und 20 von 55 Abgeordneten, und liegt damit nur knapp hinter den Sozialdemokraten.

Durch den kometenhaften Aufstieg der gemäßigteren Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA, „Neue Flämische Allianz"), die sich ebenfalls für die Autonomie Flanderns einsetzt, aber für viele Wähler eine pragmatische und weniger radikale Protestalternative darstellt, hat der VB zu Beginn der 2010 Jahre mit schwindender Zustimmung zu kämpfen. Dazu kommen die nicht enden wollenden innerparteilichen Streitigkeiten, die ebenfalls abschreckend auf mögliche Wähler wirken.

Als der Vlaams Belang 2010 mehr als ein Drittel seiner Wähler verliert, warnt der belgische Populismusexperte Teun Pauwels, dass es, auch in Anbetracht des Wiedererstarkens des ebenfalls bereits totgesagten Front National in Frankreich, für einen Nachruf noch viel zu früh sei.[167]

Tatsächlich kann die Partei 2019 ihre Wiederauferstehung feiern: Auf nationaler Ebene erreicht der Vlaams Belang 12%, bei der Wahl zum Flämischen Parlament 18,5% und bei der Europawahl ebenfalls 12%. Verlierer sind die Nieuw-Vlaamse Alliantie und die flämischen Christdemokraten. Die traditionell schwierige Regierungsbildung dauert bis zum 17. März 2020, als unter dem Eindruck der Corona-Krise eine Notfall-Regierung vereidigt werden kann.

---

[165] Vgl. Reuter 2009:248
[166] http://www.filipdewinter.be/ (Flämisch)
[167] Vgl. Pauwels 2013:100f

Der Vlaams Belang unterhält enge Kontakte zum französischen, aber auch zum (früheren) wallonischen Front National und zur österreichischen FPÖ. Im Rahmen des „gemeinsamen Kampfes gegen die Islamisierung Europas" bestehen auch enge Kontakte zu fremdenfeindlichen und islamkritischen Bürgerbewegungen, u.a. in Deutschland.

Der Front National in Belgien

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts sind im wirtschaftlich prosperierenden, französischsprachigen Süden Belgiens bereits zwei Prozent der Einwohner Arbeitsmigranten – Tschechen, Polen, Italiener, aber auch Nordafrikaner, die in den wallonischen Minen Arbeit finden. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzt sich dieser Trend zunächst fort, ohne dass es zu einer signifikanten Anti-Immigrationsbewegung kommt. In den 1960er-Jahren setzt schließlich der wirtschaftliche Aufschwung des bis dahin unterentwickelten nördlichen Landesteils Flandern ein.[168]

Die flämischen Autonomie- und Separatismusbestrebungen, ebenso wie die Strahlkraft des französischen Front National führen 1985 zum Zusammenschluss mehrerer kleiner rechter Parteien im wallonischen Teil Belgiens. Der belgische Front National sieht sich als Verfechter der Autonomierechte der französischsprachigen Belgier, tritt allerdings dezidiert für die Einheit des Landes ein, auch wenn sich in seinen Reihen einige Separatisten finden, die eine Unabhängigkeit Walloniens (oder einen Anschluss an Frankreich) fordern.

Der Front National propagiert einerseits einen „linken" Wirtschaftspopulismus für die „kleinen Leute", fordert Maßnahmen gegen die negativen Auswirkungen der Globalisierung (wie z.B. eine hohe Besteuerung von Spekulationsgewinnen) und vertritt bei den Themen Umwelt und Landwirtschaft „grüne Standpunkte". Darüber hinaus entspricht er ganz dem Bild rechtspopulistischer Parteien: Er trítt gegen die „positive Diskriminierung" der Migranten in der belgischen Politik auf, fordert „Null-Toleranz" in der Sicherheits- und eine strengere Drogenpolitik, wendet sich gegen das Recht auf Abtreibung, spricht sich für die stärkere Förderung der Familien aus und fordert ein Initiativrecht für Volksabstimmungen. Der Widerstand gegen einen EU-Beitritt der Türkei und der Antiislamismus verstehen sich von selbst.

Die wallonischen Rechtspopulisten sind allerdings bei weitem nicht so erfolgreich wie der Vlaams Belang. Bei den Wahlen zum Wallonischen und zum Brüsseler Parlament erhält der FN im Jahr 2004 jeweils 4 von 75 bzw. 89 Abgeordneten. Bei den Parlamentswahlen 2010 erreicht er nur 0,5% und büßt damit seinen letzten Parlamentssitz ein. 2012 untersagt Marine Le Pen der belgischen „Schwesterpartei" die Verwendung des Namens. Nach der Namensänderung in Démocratie Nationale (DN, „Nationale Demokratie") tritt die Partei nicht mehr bei Wahlen an.

[168] Vgl. Reuter 2009:206

Im November 2019 wird der neue Parti Populaire (PP, „Volkspartei”) gegründet, der sich im gesamten Land zur Wahl stellt, aber hauptsächlich im französischsprachigen Landesteil aktiv ist. Seine politischen Positionen sind dem rechtsliberalen bis rechtspopulistischen Spektrum zuzuordnen. Nachdem die „Volkspartei” 2019 keinen Sitz im Parlament erobern kann, löst sie sich noch im selben Jahr wieder auf.

Abspaltungen des Parti Populaire sind La Droite („Die Rechte”) und Valeurs Liberales Citoyennes (VLC, „Liberale Bürgerliche Werte”). Im Herbst 2021 untersagen die Behörden die Gründungsveranstaltung von Chez Nous („Bei uns”) – nach Eigenangaben eine „konservative, identitäre und populistische” Partei, deren Vorsitzender Jérôme Munier aktives Mitglied beim Parti Populaire war; andere Initiatoren der neuen Partei sind ehemalige Mitglieder des liberalen Mouvement Réformateur, die dessen Politik als zu moderat empfanden.

Bulgarien

Die Makedonische Frage

Nach dem russisch-türkischen Krieg 1877/78 wird am Berliner Kongress 1878 das autonome Fürstentum Bulgarien gegründet, das im Jahr darauf seine erste demokratische Verfassung erhält und zur konstitutionellen Monarchie wird. Zum Fürsten wird Prinz Alexander von Battenberg gewählt. Nach einem von Russland gesteuerten Putsch geht der Fürstentitel 1887 an Ferdinand von Coburg-Gotha, der 1908 die völlige Loslösung seines Landes vom Osmanischen Reich erklärt und sich zum Zaren krönen lässt.

Die ungelöste Makedonische Frage und der Zweite Balkankrieg, aus dem Bulgarien 1913 als Verlierer hervorgeht und den Großteil der vom Osmanischen Reich eroberten Gebiete wieder abgeben muss, stellen in weiterer Folge einen ständigen Unruheherd dar. Die slawischen Mazedonier verstehen sich mehrheitlich als Bulgaren, allerdings fallen die ehemaligen europäischen Besitzungen des Osmanischen Reichs größtenteils an Griechenland und Serbien, das die Slawen Makedoniens als Süd-Serben betrachtet.

Die makedonischen Flüchtlinge bilden bald eine bedeutende politische Kraft, die nach dem Ersten Weltkrieg auch im bulgarischen Parlament vertreten ist und über erheblichen Einfluss verfügt. Die Weigerung der Großmächte, die Ansprüche Bulgariens auf die „Vereinigung aller Bulgaren" anzuerkennen, ist bis zum heutigen Tag im kollektiven Bewusstsein der Bulgaren verankert.

Vor dem Ersten Weltkrieg sind die bulgarischen Parteien in eine prorussische und eine prowestliche Fraktion gespalten. Nach dem Krieg findet sich Bulgarien erneut auf der Seite der Verlierer wieder. Die bestimmenden politischen Kräfte im Nachkriegsbulgarien sind der agrarpopulistische „Bulgarische Nationale Bauernbund" sowie die Kommunisten und die Sozialdemokraten.

1923 schließen sich Teile der Armee, des Verwaltungsapparats und der rechtsextremen, für den Anschluss Mazedoniens an Bulgarien kämpfenden „Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation" (IMRO) zusammen und putschen gegen den zunehmend autoritär agierenden Ministerpräsidenten Alexandar Stambolijski von der Bauerpartei, der von Mitgliedern der IMRO ermordet wird.

Bulgarische Königsdiktatur

Die folgenden Jahre sind von politischer Instabilität, blutigen Aufstandsversuchen und Terroranschlägen überschattet. 1930 gründet eine Gruppe nationalistischer Studenten in der Hauptstadt Sofia den „Bund der Bulgarischen Nationalen Legionen" (SBNL) als patriotische und antikommunistische Bewegung. 1933 übernimmt der Armeegeneral Christo Lukow die mehrere Zehntausend Mitglieder zählende Bewegung, die sich immer mehr der faschistischen Ideologie zuwendet.

Am 19. Mai 1934 putschen Mitglieder des Militärs erneut, diesmal gegen die Koalitionsregierung aus Demokraten, Liberalen und gemäßigten Agrariern („Volksblock"). Als Vorwand dienen den Putschisten die politische Instabilität infolge der extremen Zersplitterung der bulgarischen Parteienlandschaft, der wirtschaftliche Niedergang und die Aktivitäten der mazedonischen IMRO. Die von Zar Boris III. zunächst nur geduldete Regierung Georgiev lässt die demokratischen Parteien und die Gewerkschaften verbieten und startet einen militärischen Feldzug gegen die IMRO. Mit Hilfe des Militärs gelingt es dem Zaren, die überwiegend repu-

blikanisch gesinnten Offiziere auszuschalten und eine autokratische Königsdiktatur zu installieren. Der rechtsextreme „Bund der Bulgarischen Nationalen Legionen" wird wegen seiner promonarchischen Position anfangs toleriert, 1939 jedoch als Organisation verboten.

Mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges versucht Bulgarien seine Neutralität zu wahren, gibt schließlich jedoch dem deutschen Druck nach und unterzeichnet im März 1941 seinen Beitritt zu den Achsenmächten. Nach dem Kriegseintritt Bulgariens erhalten die verbliebenen Mitglieder der SBNL Aufwind, doch nach der Ermordung ihres Führers Lukow durch eine kommunistische Partisanengruppe im Februar 1943 zerfällt die Bewegung. Mit der Besetzung durch die Rote Armee gelangt Bulgarien für mehrere Jahrzehnte unter sowjetischen Einfluss.

Die pan-bulgarische Bewegung lebt wieder auf.

Nach der Wende von 1989 entstehen mehrere nationalistische Parteien, die jedoch bald wieder zerfallen oder in einer der größeren Parteien aufgehen. Die einzige nationalistische Partei, die an die Vor- und Zwischenkriegszeit anknüpft, ist die „Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation" (IMRO oder WMRO), die 1919 als Vereinigung mazedonischer Emigrantenorganisationen, die den Zusammenschluss mit Bulgarien anstrebten, gegründet und 1944 aufgelöst wurde.

Die 1990 wieder entstandene „IMRO – Bulgarische Nationale Bewegung" ist eine rechtskonservative, christlich-orthodoxe und pan-bulgarische nationalpopulistische Partei. Sie betrachtet die slawischsprachige Bevölkerung Nordmazedoniens als zur „bulgarischen Nation" gehörend, kämpft mit aller Entschiedenheit gegen die angebliche „Türkisierung" der bulgarischen Muslime und wendet sich gegen alle politischen und sozialen Initiativen, von denen die in Bulgarien lebenden Roma profitieren sollen. Ihre Mitglieder bestehen zu einem überproportional großen Teil aus jüngeren, besser gebildeten Männern, unter den Parteifunktionären finden sich Historiker, Juristen, ehemalige Militärs und Polizisten.[169]

An den Parlaments- und den Europawahlen nimmt die IMRO-BNB mit unterschiedlichem Erfolg in wechselnden rechten Bündnissen teil – im Mai 2014 im Verbund mit der populistischen Partei „Bulgarien ohne Zensur" des Fernsehmoderators Nikolaj Barekow (10,7%, zwei der 17 bulgarischen Sitze im Europaparlament), im August 2014 im Bündnis „Patriotische Front" mit der „Nationalen Front für die Rettung Bulgariens" (NFSB) (7,3%, 19 Parlamentssitze), 2017 im Bündnis „Vereinigte Patrioten" mit der NFSB und der rechtsextremen Ataka (9%, IMRO 12, NFSB 9, Ataka 6 Mandate).

Der langjährige Vorsitzende der IMRO, der Jurist und Historiker KRASSIMIR DONTSCHEW KARAKATSCHANOW (*1965) fungiert von 2017 bis 2021 als stellvertretender Ministerpräsident und kurzzeitiger Verteidigungsminister in der Regierung Borissow III, und gerät mehrfach wegen volksverhetzender Taten in die Schlagzeilen.

Bei den drei Parlamentswahlen im Superwahljahr 2021 schneidet IMRO schlecht ab (3,6%, 3,1%, 1,1%).

[169] Vgl. Ivanov / Ilieva 2005:4

Attacke!

Ataka („Attacke") ist die einzige nationalistische Partei, die in drei bulgarischen Parlamenten hintereinander vertreten war.[170] Ataka wird im 2005, kurz vor den bulgarischen Parlamentswahlen, vom Ultranationalisten und Antisemiten VOLEN SIDEROV (*1956) gegründet. Siderov startet seine Laufbahn Anfang der 1990er-Jahre als Chefredakteur von Demokratsija, dem Organ der antikommunistischen „Union Demokratischer Kräfte". Später sympathisiert er mit dem aus dem spanischen Exil zurückgekehrten Ex-Zaren Simeon Sakskoburggotski. Siderov verfasst u.a. Bücher über die „globale Verschwörung der Juden", so z.B. das 2002 erschienene Machwerk „Der Bumerang des Bösen" oder 2004 „Die Macht des Mammons". Landesweit bekannt wird er durch seine Auftritte im Kabelfernsehsender SKAT mit der täglichen Sendung Ataka, in der er gegen Roma, Türken, Juden, „korrupte Politiker", ausländische Investoren oder Homosexuelle hetzt. Die Partei Ataka geht direkt aus der gleichnamigen Fernsehsendung hervor.

Ataka fordert u.a. ein „national einheitliches Bulgarien", den Austritt des Landes aus der NATO, eine Neuverhandlung des EU-Beitrittsvertrages sowie den Abbruch der Beziehungen zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank.

Die rassistischen Hetzparolen der Ataka richten sich vor allem gegen „Zigeuner", Juden und Türken. Kurz nach der Parlamentswahl 2005 veröffentlicht Ataka auf ihrer Homepage eine Liste mit 1.500 Namen bekannter bulgarischer Juden unter der Überschrift: „Die Juden sind eine von der Pest verseuchte, gefährliche Rasse…"

Im Europaparlament polemisiert der Ataka-Abgeordnete Dimitar Stojanow – damals noch als Beobachter! – gegen die ungarische EU-Abgeordnete Livia Jaroka, die als erste Romni ins Europaparlament gewählt worden war. Ataka-Chef Siderov bezeichnet die Roma einmal als „Gruppe mit Privilegien", die die „Angewohnheit habe, andere zu berauben und mit dem Geraubten zu leben". Im Wahlkampf hetzt Ataka mit Losungen wie „Arbeitslager für verurteilte Zigeuner".

Mit der Parole „Gebt Bulgarien zurück an die Bulgaren" polemisiert Ataka auch gezielt gegen die türkische Minderheit und die ihr nahestehende Partei „Bewegung für Rechte und Freiheiten", die in der Vergangenheit bereits mehrmals an Regierungen beteiligt war. Ataka fordert ein Verbot türkischsprachiger Fernsehprogramme und die Erhebung des orthodoxen Glaubens zur Staatsreligion.

Dem EU-Beitritt Bulgariens steht Siderov ablehnend gegenüber: So bezeichnet er die mit Brüssel vereinbarte vorzeitige Schließung veralteter Reaktoren im Atomkraftwerk Kosloduj in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur APA als „nationalen Verrat".

[170] Für zusätzliche Informationen siehe: Vigenin 2011, Meznik 2011, Havlík et al. 2012 und Todorov 2013.

Zur Illustration ihrer nationalistischen Bestrebungen hängt im Sofioter Ataka-Büro eine Karte des „ethnischen Bulgarien", zu dem ganz Mazedonien, das türkische Edirne, ein Teil Nordgriechenlands, Südserbien mit der Großstadt Niš und das gesamte rumänische Donaudelta gehören.

Die xenophoben Botschaften der Partei werden vom Kabelsender SKAT, dem medialen Sprachrohr der Partei mit Sitz in der Schwarzmeerstadt Burgas, unter die Menschen gebracht. Die populistische Rhetorik und die Aufdeckung von Skandalen erwecken den Eindruck eines unabhängigen Mediums, das den von der Politik Enttäuschten eine Stimme verleiht. Nach dem Zerwürfnis zwischen Siderov und dem SKAT-Gründer Simeonow verbreitet die Partei ihre Propaganda über den 2011 gegründeten Fernsehsender alfa und die Tageszeitung Ataka, die Siderovs Schwiegervater gehört und mit einer Auflage von etwa 16.000 Stück auf dem fünften Platz in der Rangliste der landesweit erscheinenden Zeitungen rangiert. Im Frühjahr 2012 gründen Volen Siderovs Frau Kapka Siderova, die Chefredakteurin der Zeitung war, und ihr Sohn Dimitar Stojanow ihre eigene „Nationaldemokratische Partei".

Kurz nach ihrer Gründung gelingt Ataka im Juni 2005 der Einzug ins bulgarische Parlament (8,9%, 21 von 240 Sitzen), allerdings schrumpft die Fraktion aufgrund diverser Strafverfahren und persönlicher Zwistigkeiten bald auf 13 Mitglieder. Bei der Präsidentenwahl im Jahr 2006 schafft es Siderov mit 21,5% sogar in die Stichwahl gegen Amtsinhaber Georgi Parvanov.

Ein gutes Ergebnis erzielt Ataka auch bei den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2007. 14,2% der Wähler votieren für die Nationalisten und bescheren ihr drei von insgesamt 18 bulgarischen Abgeordneten. Im Wahlkampf zu den Kommunalwahlen 2007 tritt sogar Jean-Marie Le Pen, Vorsitzender des rechtsextremen französischen Front National, als Gastredner auf; Ataka kann sich vorübergehend auf Platz vier etablieren.

2009 kommt Ataka bei den Europawahlen auf 12%, bei den Parlamentswahlen im selben Jahr auf 9,3% der Stimmen. Die „bedingungslose Unterstützung" der rechtskonservativen GERB-Regierung führt allerdings zum Austritt zahlreicher Ataka-Politiker und zur Abspaltung der nationalkonservativen „Nationalen Front für die Rettung Bulgariens". Im Mai 2013 schafft Ataka mit 7,4% als eine von nur noch vier Parteien den Einzug ins bulgarische Parlament, wo die Rechtspopulisten – ganz entgegen ihrer früheren Linie! – die von der „Sozialistischen Partei" und der „Bewegung für Rechte und Freiheiten" getragene Regierung des parteilosen Plamen Orescharski unterstützen.

Die weiteren, meist „vorgezogenen" Parlamentswahlen enden für Ataka eher enttäuschend. Nur 2017 erreicht Ataka im Wahlbündnis „Vereinigte Patrioten" 9% und 27 Mandate. Bei den drei Parlamentswahlen 2021 verfehlt Ataka mit jeweils unter einen halben Prozent den Einzug ins Parlament.

Populismus als Nationalsport

Nationalismus, Orthodoxie und ein konservatives Familien- und Gesellschaftsbild spielen in Bulgarien eine große Rolle. Rund ein Dutzend nationalistischer Parteien bemühen sich, dieses Wählersegment zu bedienen:

Die „Nationale Front für die Rettung Bulgariens" (NFSB) ist eine 2011 in der Hafenstadt Burgas von ausgetretenen Ataka-Mitgliedern gegründete Partei, die im Stadtrat von Burgas zeitweise mit sieben Abgeordneten vertreten war.

2014 gründet der ehemalige Fernsehmoderator Nikolaj Barekow „Bulgarien ohne Zensur" (BBZ), so wie Ataka nach einer Fernsehsendung benannt. „Bulgarien ohne Zensur" wettert gegen den Einfluss der türkischen Minderheit und gegen die Volksgruppe der Roma. Zur Europawahl 2014 tritt die Partei in einem Bündnis mit der „pan-bulgarischen" IMRO an und erreicht 10,7% und zwei der 17 bulgarischen Mandate. Bei der bulgarischen Parlamentswahl im Oktober 2014 erringt sie 5,7% und 15 Sitze. An der Wahl 2017 nimmt sie nicht mehr teil.

Im August 2014 entsteht Vŭzrazhdane („Wiedergeburt"), eine nationalistische und prorussische Partei, die sich für ein Bulgarien mit eigenständiger Währung ausspricht. Im Zuge der COVID-Pandemie kritisiert Vŭzrazhdane die von der Regierung getroffenen unpopulären Maßnahmen und organisiert Demonstrationen gegen die nationale Impfpolitik, in deren Verlauf es im Januar 2022 zu einem versuchten Sturm auf das Parlament kommt. Anhänger von Vŭzrazhdane beteiligen sich auch an Protesten gegen die Unterstützung der Ukraine und solidarisieren sich durch Z-Symbole mit Russland. Bei der Parlamentswahl 2022 erreicht die Partei 10,2% der Stimmen und 27 Parlamentsabgeordnete, 2023 wird sie mit 14,2% und 37 Mandaten sogar drittstärkste Kraft.

2015 initiiert der Sänger und Fernsehmoderator Slawi Trifonow eine Initiative für ein Referendum zur Reform des politischen Systems. Obwohl das Vorhaben knapp an der 51-Prozent-Hürde scheitert, erhöht Trifonow den öffentlichen Druck auf die Regierung Borissow und entschließt sich 2019 zur Gründung einer Partei mit dem Namen „Es gibt keinen solchen Staat". Nachdem deren Registrierung zunächst verweigert wird, ändert Trifonow den Namen in „Es gibt ein solches Volk" (ITN). Die gesellschaftspolitisch ultrakonservative Partei wird bei den Parlamentswahlen im April 2021 überraschend zweitstärkste (17,7%, 51 Mandate) und im Juli 2021 sogar stärkste Kraft (24,1%, 65 Mandate), ein Erfolg, der laut Analysen vor allem auf Protestwähler, Jungwähler und große Teile der Auslandsbulgaren zurückgeht. ITN tritt ausschließlich digital auf, Trifonow gibt keine Pressekonferenzen oder Interviews und begründet dies mit der unfreien Medienlandschaft im Land. Beim dritten Wahlgang 2021 muss ITN starke Verluste hinnehmen und kommt auf nur noch 9,5%. 2022 scheitert die Partei an der Vierprozenthürde, 2023 schafft sie mit 4,1% den Wiedereinzug ins Parlament.

Ein Ausdruck für die weitverbreitete defätistische Stimmung im Land ist die Tatsache, dass 2023 4,2% der Wähler für die Option „Ich unterstütze niemanden" gestimmt haben, was für den Einzug ins Parlament gereicht hätte...

Dänemark

Die dänischen Faschisten

Im Jahr 1924 stellen die dänischen Sozialdemokraten mit Thorvald Stauning erstmals den Regierungschef. Bis zur deutschen Besetzung des Landes im Jahr 1940 bilden die Sozialdemokraten gemeinsam mit der sozialliberalen Partei Det Radikale Venstre eine Koalition, der es gelingt, Dänemark durch die Weltwirtschaftskrise zu führen und das Land sehr früh in einen sozialen Wohlfahrtsstaat umzugestalten.

Vor dem Hintergrund des Aufstiegs der deutschen NSDAP wird im November 1930 die Danmarks Nationalsocialistiske Arbejderparti (DNSAP, „Dänische Nationalsozialistische Arbeiterpartei") gegründet, deren Anhänger sich überwiegend aus Bauern und Landarbeitern rekrutieren. Die DNSAP übernimmt das Hakenkreuz, den Hitlergruß mit dem Ruf „Dansk Front" und sogar das Horst-Wessel-Lied in einer dänischen Version. In der überwiegend antideutsch eingestellten Bevölkerung findet die DNSAP allerdings nur wenig Akzeptanz. 1939 erringt die Partei 1,8% der Stimmen und drei Sitze im Folketing. Nach der deutschen Besetzung Dänemarks wächst die Mitgliederzahl zwar an, eine formale Machtübernahme der DNSAP wird von den deutschen Behörden jedoch nicht unterstützt.

Politisch erfolgreicher als die DNSAP ist zunächst der Landboernes Sammenslutning (LS, „Bauernverband"), der ebenfalls 1930, am Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise, gegründet wird und als Interessensvertretung der Landwirte machtvolle Bauerndemonstrationen und Umzüge seiner mehrere Zehntausend Mitglieder veranstaltet. 1934 geht daraus die Frie Folkepartie („Freie Volkspartei") hervor, die sich vier Jahre später in Bondepartiet („Bauernpartei") umbenennt und bei den Wahlen immerhin vier Mandate erreicht. Die populistische Bauernpartei macht vor allem durch ihre Kritik an der Industrialisierung und am Kapitalismus von sich reden und geriert sich als Vertretung des „kleinen Mannes". Nach der deutschen Besetzung Dänemarks schließen sich LS, „Bauernpartei" und DNSAP einer gemeinsamen Erklärung an, in der die Absetzung der amtierenden Regierung und die Übernahme der Regierungsgeschäfte gefordert wird – ein Wunsch, dem die Besatzer nicht entsprechen.

Dänemarks weiterhin amtierende „Sammlungsregierung" verfolgt eine pragmatische Neutralitätspolitik, die es dem Land ermöglicht, sich den deutschen Forderungen nach antisemitischen Gesetzen und Deportationen und nach einer Wirtschaftsunion mit dem Nachbarn erfolgreich zu widersetzen.

Nach der Befreiung werden zahlreiche Personen, die der „Bauernpartei" und dem „Bauernverband" nahestehen, angeklagt und zu langen Haftstrafen verurteilt. Der „Bauernverband" existiert zwar weiterhin, erlangt aber keinen Einfluss mehr. 1949 wird seinem kurz zuvor verstorbenen Anführer Knud Bach an seinem Geburtsort ein Denkmal errichtet.

Neben der DNSAP existieren in der Zwischenkriegszeit noch weitere nationalsozialistisch gesinnte Klein- und Kleinstparteien, wie die National Socialistisk Arbejder Parti (NSAP, „Nationalsozialistische Arbeiterpartei") oder die Dansk Socialistisk Parti (DSP, „Dänische Sozialistische Partei"), die jedoch keinerlei politische Bedeutung erlangen.

Ein Steuerrebell wird zum Trendsetter

Die Initialzündung für den modernen europäischen Rechtspopulismus erfolgt ausgerechnet in Dänemark. 1971 wird der Millionär MOGENS GLISTRUP (1926–2008) mit seiner Ankündigung berühmt, in Zukunft keine Steuern mehr bezahlen zu wollen. Nachdem die „Konservative Volkspartei" seine Avancen ablehnt, gründet der „Steuerrebell" 1972 die dänische Fremskridtspartiet (FRP, „Fortschrittspartei"), deren Hauptanliegen die Begrenzung der Einkommenssteuer, der Abbau der staatlichen Bürokratie und der Kampf gegen den Missbrauch von Sozialleistungen sind.

Mit diesem Minimalprogramm wird die „Fortschrittspartei" 1973 mit 15,9% auf Anhieb zweitstärkste Fraktion im dänischen Parlament. Entscheidend für diesen Erfolg ist zweifelsohne auch die Auseinandersetzung um die EU-Mitgliedschaft des Landes, die quer durch alle etablierten Parteien geht.

Als Glistrup Mitte der 1980er-Jahre wegen Steuerhinterziehung zu einer Haftstrafe verurteilt wird, tritt PIA MERETE KJÆRSGAARD (*1947) seine Nachfolge als Parteiführerin an. Die Partei konzentriert sich in der Folge vor allem auf drei Themen, neoliberale Wirtschaftspolitik, Immigrationskritik und „Law and Order", und dringt damit in frühere sozialdemokratische Wählerschichten ein. 1988 schafft sie 9%, 1990 6,4% und 1994 wiederum 6,4%.

1995 verlässt Pia Kjaersgaard mit ihren Anhängern die „Fortschrittspartei", die in der Folge in der Bedeutungslosigkeit versinkt, und gründet die Dansk Folkeparti („Dänische Volkspartei").[171]

Die „Dänische Volkspartei"[172]

Die neue Partei tritt 1998 erstmals bei Parlamentswahlen an und erreicht 7,4% und 13 Mandate; 2001 wird sie mit 12% und 22 Mandaten drittstärkste Fraktion und spielt seitdem eine Schlüsselrolle im dänischen Parlament. Die Dansk Folkeparti übernimmt (und verstärkt) die kritische Haltung gegenüber Ausländern und der EU, gibt sich jedoch im Unterschied zur ultraliberalen „Fortschrittspartei" ein deutlich sozialeres Profil. Und im Gegensatz zu deren

[171] Für zusätzliche Informationen siehe: Bjorklund / Andersen 2002; Wirries 2015.
[172] Offizielle Website: http://www.danskfolkeparti.dk/ (Dänisch)

Fundamentalopposition ist es das erklärte Ziel der DF, *to get as many of its political goals as possible implemented in reality*.[173]

Fundament der Dansk Folkeparti ist und bleibt die scharfe Polemik gegen die Zuwanderer, zuletzt vor allem gegen Muslime. Sie tritt für strengere Ausländergesetze ein, erringt in kürzester Zeit die Meinungsführerschaft in dieser sensiblen Frage und zwingt die übrigen Parteien zur Übernahme rechtspopulistischer Positionen, was sich bald in der deutlich verschärften Ausländergesetzgebung Dänemarks bemerkbar macht. Das von der DF geforderte „Heimführungsministerium" wird in der Regierung des Venstre-Chefs Anders Fogh Rasmussen (2001–2009) als „Ministerium für Flüchtlinge, Einwanderer und Integration" tatsächlich eingerichtet. Das dänische Ausländerrecht gilt seither als eines der schärfsten in Europa.

Zu den weiteren Schwerpunkten der Partei zählen die Förderung der Senioren, der Tierschutz, der Ausbau des Gesundheitswesens und die Forderung nach einer schärferen Sicherheitspolitik. Neben der populistischen Kritik am politischen Establishment gehören die Polemik gegen die EU-Integration und regelmäßige xenophobe – z.T. sogar rassistische – Aussagen zu den Hauptmerkmalen der DF, die den Anteil ehemaliger Linkswähler unter ihrer Wählerschaft von Wahl zu Wahl noch weiter steigern kann.

Die Partei versucht sich mit offen diskriminierenden Gesetzesvorschlägen zu profilieren; u.a. will sie das Tragen von Kopftüchern im öffentlichen Raum, die Einrichtung von Gebetsräumen für muslimische Mitarbeiter in dänischen Firmen und die Verwendung von Halāl-Fleisch in Schulen und Kindergärten verbieten lassen.

Die muslimischen Proteste, Ausschreitungen und Morddrohungen infolge des „Karikaturenstreits" stärken die Dansk Folkeparti noch weiter in der Wählergunst.

Von 2001 bis 2011 toleriert die „Dänische Volkspartei", die immer wieder in Verbindung mit rechtsextremen Positionen und Personen gebracht wird, die rechtsliberalen Minderheitsregierungen im dänischen Parlament. Nach Verlusten bei der Folketingswahl 2011 übergibt Pia Kjærsgaard den Parteivorsitz im September 2012 an KRISTIAN THULESEN DAHL (*1969).

Bei der Europawahl 2014 wird die „Dänische Volkspartei" erstmals – und mit großem Abstand! – stärkste Partei des Landes (26,6%), ein Erfolg, an den die Partei auch bei der Folketingswahl im Juni 2015 anschließen kann. Mit 21,1% (und 37 Mandaten) geht sie als stärkste Partei des „bürgerlichen" Lagers hervor und stützt in der Folge eine Minderheitsregierung der rechtsliberalen Venstre, die auf nur noch 19,5% kommt.

Bei den folgenden Wahlen kann die Partei diese Position allerdings nicht mehr behaupten, nicht zuletzt, weil sie auf dem Feld der Ausländerfeindlichkeit ernstzunehmende Konkurrenz von anderen – bürgerlichen wie sozialliberalen! – Parteien erhält. 2022 kommt sie mit 2,6% der Stimmen nur noch knapp über die Sperrklausel von zwei Prozent; aktuell ist sie mit nur noch fünf Sitzen im Parlament vertreten.

Der (vorläufige) Niedergang der „Dänischen Volkspartei" ist darüber hinaus auch auf das Antreten weiterer rechtspopulistischer bzw. rechtsradikaler Listen zurückzuführen.

[173] Klein 2013:108

Es geht immer noch radikaler!

Im November 2015 wird von ehemaligen Mitgliedern der „Konservativen Volkspartei" die Nye Borgerlige („Neue Bürgerliche")[174] gegründet. Die wirtschaftsliberale Partei stellt drei Forderungen in den Mittelpunkt: Eine radikale Neuausrichtung der ohnedies bereits überaus restriktiven Ausländerpolitik, die Stärkung der „dänischen Wertegemeinschaft" und „mehr direkte Demokratie".

Im Vorfeld der Parlamentswahl 2019 verschärft die Partei ihre Rhetorik und fordert einen kompletten Stopp des Zuzugs nichtwestlicher Ausländer, die Aussetzung der Sozialleistungen für Ausländer und die Abschiebung krimineller Ausländer bereits nach der ersten Verurteilung. Außenpolitisch fordert Nye Borgerlige eine Volksabstimmung über den Austritt Dänemarks aus dem „Bürokratie-Monstrum" EU sowie die Aufkündigung der UN-Flüchtlingskonvention. 2019 erreicht die Partei 2,4% und vier Abgeordnete, 2022 3,7% und sechs Mandate.

Noch wesentlich radikaler präsentiert sich die 2017 von Rasmus Paludan gegründete Stram Kurs („Straffer" oder „Strenger Kurs"). Der mehrfach wegen rassistischer Äußerungen vorbestrafte Anwalt Paludan war in den Jahren zuvor Mitglied mehrerer dänischer Parteien, zuletzt bei den „Neuen Bürgerlichen", die er wegen eines Aufrufs zur Waffengewalt gegen Einwanderer verlassen muss.

Zentrale Forderungen von Stram Kurs sind ein komplettes Verbot des Islam in Dänemark und die Abschiebung aller Einwohner mit Migrationshintergrund. Auf Plakaten werden bekannte Dänen mit nicht-westlichem Migrationshintergrund, darunter auch Künstler und Politiker, zum Verlassen des Landes aufgefordert. Bei ihren islamfeindlichen Kundgebungen, die in der Regel ganz bewusst in Stadtvierteln mit hohem Einwanderer-Anteil und unter Polizeischutz abgehalten werden, lassen die Anhänger der Partei öffentlichwirksam Korane verbrennen.

Obwohl das Parteiprogramm offen gegen das dänische Grundgesetz verstößt, kann Stram Kurs bei den Parlamentswahlen 2019 antreten, verfehlt allerdings mit nur 1,8% den Einzug ins Parlament.

Im Sommer 2022 gründet INGER STØJBERG (*1973), frühere Ministerin für Ausländer und Integration in der Regierung Rasmussen III, in Anlehnung an die erfolgreichen „Schwedendemokraten" die Danmarksdemokraterne („Dänemarkdemokraten").[175] Die als Hardlinerin bekannte ehemalige Politikerin der rechtsliberalen Venstre wird 2021 zu 60 Tagen Haft verurteilt, weil sie 2016 als Ministerin angeordnet hatte, minderjährige Flüchtlingsmädchen ohne Einzelfallprüfung von ihren Ehemännern oder Lebensgefährten zu trennen. Der dadurch in manchen Kreisen erworbene Heldinnenstatus verhilft ihrer neuen Partei 2022 zu 8,8% und 14 Mandaten.

[174] Offizielle Website: https://nyeborgerlige.dk/ (Dänisch)
[175] Offizielle Website: https://danmarksdemokraterne.dk/forside/ (Dänisch)

Deutschland

Eine lange Tradition des Rechtsextremismus

Erste rechtsradikale Parteien entstehen bereits parallel zur Gründung der Republik im November 1918. Am 24. November wird die Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP) gegründet, die in der Tradition des konservativ-monarchistischen Lagers steht und sich als Interessensvertretung der „vaterländischen Verbände", der Großindustriellen und der Großgrundbesitzer versteht. Dem demokratischen System steht die DNVP ablehnend gegenüber. Ihre antisemitische Ausrichtung, mit der die Partei gegen die vermeintliche „Vorherrschaft des Judentums" agitiert, ist spätestens seit 1920 Programm.

Adolf Hitler wird erst durch seine Zusammenarbeit mit der DNVP in „bürgerlichen Kreisen" hoffähig gemacht werden. Die Koalitionsregierung der DNVP mit der NSDAP unter Hitlers Kanzlerschaft markiert im Januar 1933 das Ende des demokratischen Parteienstaates und den Beginn der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Als eine Abspaltung der DNVP entsteht Ende 1922 die radikale Deutschvölkische Freiheitspartei (DFP), die ebenfalls Deutschnationalismus, Antikommunismus und radikalen Antisemitismus auf ihre Fahnen schreibt. Die gesellschaftliche Emanzipation der Juden solle in der angestrebten völkischen Diktatur rückgängig gemacht, die Juden selbst, die sowohl für die Auswüchse des Kapitalismus als auch für den Marxismus verantwortlich gemacht werden, enteignet werden. Der Parlamentarismus sei durch eine berufsständische Ordnung zu ersetzen, der Friedensvertrag von Versailles zu annullieren. Mitglieder der DFP sind an mehreren Umsturzversuchen und politischen Morden beteiligt. Im Unterschied zur „proletarischen" NSDAP, der sie im Konkurrenzkampf um die radikale Rechte schließlich unterliegen wird, ist die DFP noch stark im adeligen Konservativismus der Kaiserzeit verankert.

Ebenfalls Ende 1918 geht aus dem von Rudolf von Sebottendorf (eigentlich Adam Glauer) geleiteten, radikal antisemitischen und okkulten Geheimbund Thule-Gesellschaft die Deutschsozialistische Partei (DSP) hervor. Ihr regionaler Schwerpunkt liegt in Bayern. Die Partei löst sich bereits 1922 wieder auf, die meisten ihrer Mitglieder treten zur NSDAP über. Auf das Vorbild der Thule-Gesellschaft gehen die Verwendung des Hakenkreuzes als Parteisymbol und der Gruß „Sieg Heil" zurück, ebenso wie die spätere Parteizeitung der NSDAP, der Völkische Beobachter, der 1918 – damals noch als Münchener Beobachter – von Sebottendorf erworben wird und zwei Jahre später in den Besitz der NSDAP übergeht.

In Konkurrenz zur Deutschsozialistischen Partei entsteht 1921 die Deutschsoziale Partei (DtSP) mit Zentrum Berlin. Parteigründer und Vorsitzender ist der Volksschullehrer Richard Kunze. Die gewaltbereite (und gewalttätige) DtSP geht mit antikapitalistischer und antisemitischer Rhetorik auf Stimmenfang und erringt 1924 vier Reichstagsmandate. Die DtSP steht in scharfer Konkurrenz zur Deutschvölkischen Freiheitspartei; ab 1925 laufen viele ihrer Mitglieder zur NSDAP über, Kunze selbst löst seine Partei 1929 auf.

Die NSDAP

Die 1919 in München als Deutsche Arbeiterpartei (DAP) gegründete und ein Jahr später in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) umbenannte Gruppierung wird nach einem äußerst dilettantischen Putschversuch am 9. November 1923 („Marsch auf die Feldherrnhalle") verboten; Adolf Hitler, seit 1921 ihr Vorsitzender, wird verhaftet, zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe verurteilt – und nach über einem Jahr vorzeitig auf Bewährung ent-

lassen. Programmatisch baut die NSDAP auf denselben Grundsätzen wie die übrigen „völkischen" Parteien auf. Gesellschaftlich ist sie vor allem im sozial deklassierten städtischen Kleinbürgertum verankert; mit ihrer zunehmenden Popularität „proletarisiert" sie sich, gleichzeitig verschafft sich Hitler gesellschaftlichen Zugang zu bürgerlich-völkischen Kreisen.

Nach der Neugründung der Partei Anfang 1925 tritt die NSDAP auch bei Wahlen an, bleibt zunächst aber erfolglos. Erst die mit der Weltwirtschaftskrise einhergehende Verelendung weiter Bevölkerungskreise bietet ihrer antisemitischen und antikapitalistischen Agitation breiteren Raum. 1930 kann die NSDAP sensationelle 18,3% der Stimmen erringen und wird zweitstärkste Fraktion im Reichstag, dessen Tätigkeit sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln hintertreibt.

Der hemmungslose Populismus der NSDAP, der allen alles verspricht, verschafft der Partei immer größeren Zuspruch bei ehemaligen Wählern der bürgerlich-konservativen, aber auch der liberalen und linken Parteien, ihre eindrucksvoll orchestrierten Auftritte in der Öffentlichkeit und ihre Brutalität im Straßenkampf ziehen zahlreiche junge Wähler an.

1931 schließen sich NSDAP, Deutsch-Nationale Volkspartei und weitere nationalistische Kampfverbände zur „Harzburger Front" zusammen, um den Kampf gegen die parlamentarische Demokratie zu koordinieren und zu intensivieren. Die von der extremen Rechten betriebene Destabilisierungspolitik führt zu einer raschen Abfolge von Neuwahlen und verschleißt zahlreiche Regierungen ohne parlamentarische Mehrheit. Unter dem Druck einflussreicher rechtskonservativer Kreise ernennt Reichspräsident Hindenburg Hitler, trotz den Verlusten der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1933, zum Reichskanzler einer Koalitionsregierung aus NSDAP und DNVP.

Aufgrund der im Deutschen Reich begangenen beispiellosen Verbrechen und der Verheerungen des von Deutschland verschuldeten Krieges ist „rechte Politik" im demokratischen Nachkriegsdeutschland nachhaltig diskreditiert und bleibt bis zur Wiedervereinigung auf wenige rechtsradikale Kleinparteien beschränkt.

Der rechte Populismus stellt in Deutschland deshalb ein relativ spätes Phänomen dar. Die zahlreichen, am rechten Rand operierenden Gruppierungen zeugen jedoch vom Potential, das der Rechtspopulismus (und auch der Rechtsextremismus!) immer noch besitzen.

Die Wiedergänger der NPD[176]

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) wird 1964 gegründet.[177] Sie geht im wesentlichen aus der von 1950 bis 1965 bestehenden Deutschen Reichspartei hervor, einer Interessenvertretung und Sammlungsbewegung ehemaliger (minderbelasteter) NSDAP-Mit-

[176] Offizielle Website: http://www.npd.de/
[177] Für zusätzliche Informationen siehe: Hoffmann 1999; Backes / Steglich 2007; Philippsberg 2009; Ackermann 2012; Brandstetter 2012.

glieder und Wehrmachtsveteranen, die bis 1953 sogar im Deutschen Bundestag vertreten war. Erster Bundesvorsitzender der NPD ist der frühere Bremer CDU-Politiker FRIEDRICH-GEORG THIELEN (1916–1993).

Die NPD bleibt bei Bundestagswahlen erfolglos, zieht aber bald in die Landesparlamente von Hessen und Bayern, von Bremen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Schleswig-Holstein ein. 1968 gelingt ihr in Baden-Württemberg mit 9,8% der bis dahin größte Erfolg bei einer überregionalen Wahl. Beim erhofften Einzug in den Deutschen Bundestag scheitert die Partei 1969 nur knapp. Interne Streitigkeiten und Flügelkämpfe machen diese frühen Erfolge bald wieder zunichte. Nachfolger Thielens als Bundesvorsitzender wird der Herausgeber ADOLF VON THADDEN (1921–1996).

Nach der Gründung der rechten Republikaner im Jahr 1983 und der rechtsextremen Deutschen Volksunion (DVU) des Verlegers Gerhard Frey im Jahr 1987, mit der die NPD dann und wann auch Wahlbündnisse eingeht, wird die Partei politisch zunehmend bedeutungslos, gleichzeitig radikalisieren sich Teile ihrer Anhänger immer mehr. Unter ihrem neuen Bundesvorsitzenden GÜNTER DECKERT (*1940) vertritt die NPD ab 1991 offen und unverhohlen nationalsozialistische Positionen und leugnet sogar den Holocaust. Deckert wird 1992 wegen Volksverhetzung verurteilt und ist von 1995 bis 2000 in Haft. Sein Nachfolger wird der Politikwissenschaftler UDO VOIGT (*1952), der trotz persönlicher Gegnerschaft zu seinem Vorgänger dessen neonazistischen Kurs fortsetzt.

Die NPD besitzt eine eigene Jugendorganisation (Junge Nationaldemokraten, JN), einen Hochschulverband (Nationaldemokratischer Hochschulbund, NHB) und seit 2006 mit dem Nationalen Frauenring sogar eine bundesweite Frauenorganisation. Die Partei arbeitet eng mit rechtsextremen Burschenschaften zusammen und gilt somit als Bindeglied zur ultrarechten Szene. Sie unterhält eigene Bildungszentren und vertreibt eigene Publikationen, wie die Deutsche Stimme, die eine monatliche Auflage von 10.000 Exemplaren aufweist. Das frühere Presseorgan der NPD, die Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ), wird 1986 vom Verleger und DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey aufgekauft und in Deutsche Wochen-Zeitung – Deutscher Anzeiger umbenannt; 1999 wird sie mit der ebenfalls von Frey herausgegeben National Zeitung zusammengelegt.

Die NPD ist deutsch-nationalistisch, verfassungsfeindlich, antiparlamentarisch, antisemitisch, fremdenfeindlich, autoritär, rassistisch und bekennt sich zu einem „völkischen Kollektivismus". Die Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus ist unverkennbar.

Die NPD sieht sich selbst als die „einzige wahre Opposition" und ihre politische Arbeit als „revolutionär". Ihr 1997 beschlossenes Strategiepapier, das „Drei-Säulen-Konzept", ruft zu einem ideologischen „Kampf um die Köpfe", einem „Kampf um die Straße" und einem „Kampf um die Parlamente" auf, mit dem Ziel, das herrschende System des demokratischen Rechts- und Verfassungsstaates zu beseitigen.

Inhaltlich setzt die NPD auf so unterschiedliche Themen wie „Antiimperialismus", „Globalisierung" oder Hartz IV. Dabei kokettiert sie gerne auch mit linkspopulistischen Reflexen – der Kapitalismus als Hauptfeind aller freien Völker –, die bereits im frühen Nationalsozialismus eine wichtige Rolle spielten. Die NPD wendet sich gegen Deutschlands Mitgliedschaft in EU und NATO, spricht sich gleichzeitig aber gegen einen EU-Beitritt der Türkei aus. Sie plädiert für die Abschaffung des Asylrechts, für die Ausweisung der nichtdeutschen Bevölkerung und für die Wiedereinführung der Todesstrafe. Sie fordert ferner eine Wiederherstellung der deut-

schen Grenzen von 1937 und eine Revision der Geschichtsschreibung über die Zeit des Nationalsozialismus.

Die NPD wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet und als „rechtsextrem und verfassungsfeindlich" eingeschätzt. Im Verfassungsschutzbericht 2003 heißt es, die NPD halte *unverändert an ihrer offenen, aggressiv-kämpferischen Feindschaft gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung fest* und strebe außerdem eine *Wiederherstellung des Deutschen Reiches* an. Besonders gefährlich sei auch die immer intensivere Kooperation mit der rechtsextremen Skinhead- und der gewaltbereiten Neonazi--Szene.[178]

Nachdem die NPD lange Zeit nur noch eine unbedeutende Splitterpartei war, erhält sie seit der deutschen Wiedervereinigung – insbesondere in den wirtschaftlich schlechter gestellten Gebieten im Osten des Landes – wieder größeren Zulauf. 2004 zieht sie mit 9,2% in den sächsischen Landtag ein, 2006 auch in den von Mecklenburg-Vorpommern. In einigen Ortschaften im Osten Sachsens erreicht sie bis zu 20% der abgegebenen Stimmen.

Ein von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat angestrengtes Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht scheitert im Jahr 2003 aus formalen Gründen wegen der Durchdringung der NPD durch V-Leute des Verfassungsschutzes!

2009 erhält die NPD vom Berliner Verwaltungsgericht wegen eines falschen Rechenschaftsberichtes eine Strafzahlung in Höhe von 1,27 Millionen Euro. Die Partei steckt damit in einer existenzbedrohenden Finanzkrise.

Am 1. Januar 2011 fusioniert die NPD mit der DVU; die neue Partei trägt den Namen NPD – Die Volksunion. Neuer Bundesvorsitzender wird der Vorsitzende der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag HOLGER APFEL (*1970). Nach dessen überraschendem Rücktritt im Dezember 2013 (infolge von Vorwürfen eines homosexuellen Übergriffs) übernimmt UDO PASTÖRS (*1952), seit 2006 Abgeordneter im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, vorübergehend den Parteivorsitz. Seit 2014 ist Frank Franz Vorsitzender der NPD.

Bei der Europawahl 2014 profitiert die NPD von der wenige Monate zuvor erfolgten Aufhebung der Dreiprozenthürde im deutschen Europawahlrecht und erringt mit 1% ein Abgeordnetenmandat.

2017 wird ein von den deutschen Bundesländern ohne Unterstützung der Bundesregierung angestrengtes neuerliches Verbotsverfahren gegen die NPD von Seiten des Bundesverfassungsgerichtes als unbegründet eingestellt. Die NPD sei zwar *ideologisch eindeutig verfassungswidrig*, aber politisch zu unbedeutend, um sie verbieten zu können. Eine Entscheidung, die durchaus auch auf Kritik stieß. Die Erfolge der AfD (und deren steter Rechtsruck) haben die NPD – jedenfalls vorläufig – wohl „überflüssig" gemacht, gleichzeitig aber die Radikalisierung ihrer verbliebenen Anhängerschaft weiter befördert.

Im Juni 2023 benennt sich die NPD auf ihrem Bundesparteitag im sächsischen Riesa in Die Heimat um. Für die Namenänderung hätten 77% der Parteimitglieder gestimmt, teilt die Partei auf ihrer Website mit.

[178] Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutzberichte 2011–2015: https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/verfassungsschutzberichte

Die Partei der Nostalgiker

Die Deutsche Volksunion (DVU) wird 1971 vom Zeitungsverleger GERHARD FREY (1933–2013), der seit 1959 auch die National-Zeitung[179] herausgibt, zunächst als Verein gegründet. Ursprünglich als Auffangbecken für enttäuschte NPD-Mitglieder gedacht, genießt die DVU die Unterstützung von Teilen der CDU/CSU.[180]

Nachdem sich Frey von der konservativen Regierung Kohl enttäuscht sieht, wandelt er die DVU 1987 in eine Partei um und schließt ein Kooperationsabkommen mit der NPD, das eine direkte Konkurrenz bei Wahlgängen verhindern soll.

Bereits im Gründungsjahr zieht die DVU in das Landesparlament von Bremen ein, 1992 wird sie in Schleswig-Holstein mit 6,3% drittstärkste Partei. Der für rechte Parteien so typische Spaltpilz führt dazu, dass die Landtagsfraktion nach nur einem Jahr zerfällt, ebenso wie ihre Allianz mit der NPD; eine Zusammenarbeit mit den Republikanern bleibt ebenfalls nur von kurzer Dauer.

1998 erhält die DVU in Sachsen-Anhalt sensationelle 12,9% und 16 Abgeordnete – das bislang beste Ergebnis einer rechtsextremen Partei auf Landesebene. Bei der Bundestagswahl im selben Jahr bleibt sie erfolglos, im Jahr darauf zieht sie mit fünf Abgeordneten in den Landtag von Brandenburg ein.

Nach einem gescheiterten Umsturzversuch gegen den Bundesvorsitzenden Frey kommt es im Jahr 2000 zur Gründung der kurzlebigen Freiheitlichen Deutschen Volkspartei (nach dem Vorbild der FPÖ Jörg Haiders) durch neun ehemalige Abgeordnete der DVU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt.[181]

2009 zieht sich Gerhard Frey aus dem politischen Geschäft zurück; neuer Bundesvorsitzender wird MATTHIAS FAUST (*1971), der kurz darauf den Zusammenschluss von DVU und NPD verkündet. Die Fusionierung erfolgt per 1. Januar 2011, bleibt allerdings parteiintern umstritten. Ein Teil der DVU-Funktionäre ruft zur Unterstützung der Pro-Bewegungen auf, eine Gruppe um den militanten Neonazi Christian Worch gründete eine Nachfolgepartei namens Die Rechte.

Die DVU verfügt im Gegensatz zur NPD über keine Jugend- oder anderweitigen Unterorganisationen. Die Partei wird lange Zeit von ihrem Vorsitzenden Gerhard Frey zentralistisch und autoritär geleitet und finanziert. Anders als die NPD führt die DVU keinen „Kampf um die Straße". Ihre Wählerschaft besteht Großteils aus Vertretern der mittleren und älteren Jahrgänge, die mit Themen wie Zuwanderung, Hartz IV oder nostalgischen Verklärungen der deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs angesprochen werden.

---

[179] National-Zeitung (letzte Ausgabe, Dezember 2019): http://www.national-zeitung.de/
[180] Vgl. Linke 1994
[181] Vgl. Holtmann 2001

Die DVU besitzt kein kongruentes ideologisches Konzept. Vielmehr werden aktuelle Tagesthemen aufgegriffen und dazu benutzt, Angriffe gegen bestehende Feindbilder, wie etwa die „unverschämten Polen", die „erpresserischen Juden" oder die „kriminellen Ausländer" zu führen. Einen wichtigen Agitationsschwerpunkt bilden nationalistisch und rassistisch geprägte Kampagnen gegen Asylbewerber und Minderheiten. In der Ausländerpolitik fordert die DVU eine „Begrenzung des Ausländeranteils", einen Stopp des „Ausländerzustroms", eine „Beschleunigung der Asylverfahren" und die „Ausweisung von kriminellen Ausländern".

In ihrem Verhältnis zur nationalsozialistischen Geschichte Deutschlands leugnet die DVU die von deutscher Seite begangenen Verbrechen zwar nicht, vergleicht sie allerdings stets mit anderen historischen Ereignissen und versucht damit, sie zu relativieren und die demokratische Entwicklung im Nachkriegsdeutschland als „Totalumerziehung" zu verunglimpfen, die das deutsche Volk in „ewiger Schuld" und „systematischer Entrechtung" halten soll.

Die DVU wurde vom deutschen Verfassungsschutz als „rechtsextrem" eingestuft. Das Parteiprogramm ist allerdings bewusst moderat gehalten und enthält ein explizites Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Die Partei der Enttäuschten

Die Republikaner (REP) werden 1983 von enttäuschten CSU-Mitgliedern um FRANZ HANDLOS (1939–2013) gegründet, die vergeblich auf die von Helmut Kohl angekündigte „geistig-moralische Wende" warten. Die Anhänger der Republikaner rekrutieren sich vorwiegend aus dem konservativen bildungsbürgerlichen Lager.[182]

Nach internen Richtungskämpfen wird 1985 der Journalist FRANZ SCHÖNHUBER (1923–2005) zum Parteivorsitzenden gewählt. Unter ihm vollzieht die Partei nach dem Vorbild des französischen Front National einen deutlichen Rechtsschwenk.

Die Republikaner sind auf keiner politischen Ebene jemals an einer Regierung beteiligt. Der Schwerpunkt ihrer politischen Tätigkeit liegt stets auf der kommunalen Ebene, wo sie vor allem in Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen Mandate gewinnen können.[183] In Norddeutschland, aber auch in den „neuen Bundesländern" sind die REP, mit Ausnahme Sachsens und Thüringens, kaum vertreten.

1986 gewinnen sie bei der Landtagswahl in Bayern zum Ärger von Ministerpräsident Franz Josef Strauß *(Rechts von der CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben!)* 3% der Stimmen, 1989 bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 7,5% und 11 Mandate, bei der Europawahl desselben Jahres 7,1%. Damit ziehen die REP mit sechs Abgeordneten, darunter auch Schönhuber, ins Europaparlament ein, wo sie zusammen mit den Abgeordneten des französischen Front National und des belgischen Vlaams Blok die Technische Fraktion der Europäischen Rechten bilden.

---

[182] Offizielle Website: http://www.rep.de/
[183] Vgl. Neubacher 2001

Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 kommen die Republikaner über ein Ergebnis von 2,1% nicht hinaus. In Baden-Württemberg erreichen sie 1992 überraschende 10,9%. Kurz darauf beschließen der Bundesinnenminister und die Innenminister der Länder, die Republikaner von den Verfassungsschutzbehörden überwachen zu lassen.[184]

1994 wird Franz Schönhuber wegen seiner Kontakte zum DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey wegen parteischädigenden Verhaltens seines Amtes enthoben und verlässt die Partei. Unter seinem Nachfolger ROLF SCHLIERER (*1955), der von 1989 bis 1992 Mitglied des Stuttgarter Gemeinderates und von 1992 bis 2001 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg ist, distanzieren sich die Republikaner von rechtsextremen Tendenzen und versuchen, sich als „respektable" Kraft und „Koalitionspartner der Mitte" zu positionieren. Dadurch verliert die Partei allerdings immer mehr an Bedeutung. 2001 scheitern die Republikaner in Baden-Württemberg an der Fünfprozenthürde und sind in keinem Landesparlament mehr vertreten. Auch auf kommunaler Ebene verlieren die Republikaner den Großteil ihrer Sitze. Seit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2017 ist die Partei zu keiner überregionalen Wahl mehr angetreten.

Die Republikaner waren, so wie die meisten rechten Bewegungen, regelmäßig vom „Spaltpilz" betroffen. Interne Streitigkeiten, Austritte und Abspaltungen standen auf der Tagesordnung. Bekannteste Abspaltungen sind: Freiheitliche Volkspartei (FVP), 1985; Demokratische Republikaner Deutschlands (DRD), 1989; Bund der Deutschen Demokraten / Die Deutschen Demokraten, 1989; Deutsche Liga für Volk und Heimat / Deutsche Allianz – Vereinigte Rechte, 1991.

Die Republikaner bezeichnen sich selbst als „konservativ, sozial, ökologisch und patriotisch" und werden vom Bundesamt für Verfassungsschutz seit 2005 nicht mehr als „rechtsextrem" eingestuft.[185]

Das 2002 verabschiedete Bundesparteiprogramm trägt den Titel „Die Republikaner / sozial – patriotisch – ökologisch" und bekennt sich zur Nation als Grundlage der Demokratie. Mit ihrem Bekenntnis zur „deutschen Kulturnation" grenzen sich die REP von der „multikulturellen Konfliktgesellschaft" und deren „Auswüchsen" ab – der massenhaften Zuwanderung, der ökonomischen Globalisierung, der „totalitären" Herrschaft multinationaler Konzerne und der „medialen Indoktrination" der Bevölkerung. Das Programm fordert ein „Europa der Vaterländer", also der gleichberechtigten und souveränen Nationalstaaten. Das Bekenntnis zu den Werten des „christlichen Abendlandes" geht mit der Ablehnung des Islam einher, der als „spalterischer Fremdkörper" bezeichnet wird. Folgerichtig werden der EU-Beitritt der Türkei grundsätzlich und der EU-Beitritt der ost- und südosteuropäischen Staaten „unter den gegenwärtigen Bedingungen" abgelehnt. In den Beziehungen zu Polen und der Tschechischen Republik dominieren geschichtsrevisionistische Reflexe (Infragestellung der Oder-Neiße-Grenze, Aufhebung der Beneš- und Bierut-Dekrete).

Die Republikaner verlangen einen Ausbau der plebiszitären Demokratie, die Reduktion der Abgeordnetenzahl entsprechend der Wahlbeteiligung und die Beseitigung von Sperrklauseln. Als „Partei für Recht und Ordnung" fordern sie schärfere Drogengesetze, strengere Regelungen zur Abtreibung und eine Rückkehr zu konservativen Ehe- und Familienwerten (und damit die Aufhebung der Lebenspartnerschaft für Homosexuelle). Sie warnen vor „Überfremdung" und „Masseneinwanderung" und fordern die Streichung des Grundrechts auf Asyl aus

[184] Vgl. Leggewie 1990; Jaschke 1994
[185] Vgl. Guggemos 2000

dem Grundgesetz, sowie deutlich beschleunigte Asylverfahren, die „Abschiebung krimineller Asylbewerber und die sofortige Ausweisung von schwer straffälligen oder „integrationsunwilligen" Ausländern.

Als „ökologische" Partei lehnen die Republikaner den weiteren Ausbau der Kernenergie ebenso ab wie die Gentechnologie; die geforderte Aufnahme des Tierschutzes ins Grundgesetz impliziert selbstverständlich auch ein Verbot des rituellen Schächtens. Weitere wertkonservative Forderungen sind: die Abschaffung der bestehenden Gesamtschulen, die Einführung von Schuluniformen oder die Aufhebung der deutschen Rechtschreibreform von 1996.

Generell können die Republikaner nicht als „rechtsextrem", sondern als rechtskonservativ bis rechtspopulistisch bezeichnet werden. Die Partei distanziert sich vom Rassismus und Antisemitismus der „alten Rechten" und knüpft an die Ideen der Neuen Rechten an, die allen Kulturen einen eigenständigen Wert zusprechen, in „Entwurzelung und Vermischung" allerdings eine Quelle gesellschaftlicher und individueller Probleme sehen. Sie pflegen damit den typischen „Extremismus (und Rassismus und Sexismus) der Mitte"[186] und bilden innerhalb des rechten Parteienspektrums in Deutschland die, abgesehen von der CSU, „moderateste" Partei. Allerdings sind auch bei den Republikanern Flügelkämpfe zwischen Rechtskonservativen und Rechtsextremen keine Seltenheit, und in Teilen der Partei besteht durchaus die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit rechtsextremen Organisationen.

PARTEI RECHTSSTAATLICHER OFFENSIVE

Richter Gnadenlos

Drakonische Urteile machten RONALD B. SCHILL (*1958), den ehemaligen Strafrichter am Hamburger Amtsgericht, in der Öffentlichkeit und in den Medien bekannt – „Richter Gnadenlos" lautete sein Markenname. Im Jahr 2000 wagt Schill den Einstieg in die Politik und gründet seine eigene Partei – die Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO), meist als „Schill-Partei" bekannt. Im September 2001 kann Schill, der seine Auftritte stets mit *Kommen Sie gut nach Hause und lassen Sie sich nicht überfallen!* beendete, bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen 19,4% der Wählerstimmen gewinnen – ein in der Geschichte der Bundesrepublik bis dahin einmaliger Vorgang.[187]

Schill tritt in der Folge in eine Koalition mit CDU und FDP ein und stellt drei Senatoren; er selbst fungiert als Innensenator und Zweiter Bürgermeister. Allerdings sind die übereilten Expansionspläne der „Schill-Partei" zum Scheitern verurteilt. Bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt verfehlt die Partei 2002 den Einzug in den Landtag zwar nur knapp, bald darauf werden jedoch die ersten internen Schwierigkeiten sichtbar und Schill spricht in aller Öffentlichkeit von einem innerparteilichen „Querulantenproblem".

Bei der Bundestagswahl 2002 erreicht die organisatorisch und personell völlig überforderte Partei nur 0,8% der Zweitstimmen und wird damit auf den Status einer Splitterpartei reduziert.

[186] Vgl. Scharenberg 2006:83ff
[187] Für zusätzliche Informationen siehe: Baumann 2002; Schmitz 2002; Decker 2003; Hartleb 2005

Auch die Zusammenarbeit in Hamburg ist nicht von langer Dauer. Schills „Saubermann-Image" wird durch Pannen und Affären bald nachhaltig beschädigt. Am 19. August 2003 gibt CDU-Bürgermeister Ole von Beust die Entlassung Schills bekannt und erklärt gegen Jahresende die Koalition für beendet. Bei den Neuwahlen verfehlen sowohl die „alte" „Schill-Partei" (ohne ihren Namensgeber) als auch die neue Ronald-Schill-Fraktion den Wiedereinzug ins Stadtparlament.

Die Partei Rechtsstaatlicher Offensive ist das Paradebeispiel einer „One-issue-Partei", die ausschließlich auf das Thema „Sicherheit" und die charismatische Persönlichkeit ihres Führers ausgerichtet war. Für eine bundesweite Kandidatur war diese einseitige Fokussierung zu monothematisch, und die von den Bürgern erwartete Kompetenz in den Bereichen Wirtschaft, Gesundheit oder Rentensystem nicht einmal ansatzweise vorhanden.

An der Person Schill lässt sich rückblickend beinahe idealtypisch festmachen, wie schnell der Glanz einer charismatischen Führungspersönlichkeit durch Fehlverhalten verblassen kann[188], noch dazu, wo der Quereinsteiger seine Popularität in hohem Maße der Hamburger Springer-Presse verdankte. Gerade bei Parteien vom Zuschnitt der „Schill-Partei", die *ihrem Wesen nach (…) negatorisch und oppositionell* sind, lässt die Entzauberung durch die Einbindung in die Regierungsverantwortlichkeit in der Regel nicht lange auf sich warten.[189]

Kampf gegen Minarette

1996 wird von ehemaligen Mitgliedern der Republikaner und der NPD die Bürgerbewegung pro Köln als erste der pro-„Bürgerbewegungen" gegründet. Auftrieb erhält die Bewegung durch die Auseinandersetzung um die geplante Errichtung einer Moschee in Köln im Jahr 2002. Kurz vor der Kommunalwahl 2004 legt der Verein dem Beschwerdeausschuss des Rates der Stadt Köln 28.000 Unterschriften gegen den Moscheebau vor. Bei der Wahl erreicht pro Köln 4,7% der Stimmen und zieht damit in den Stadtrat sowie in alle neun Bezirksvertretungen ein.[190]

Vorsitzender des Vereins ist bis 2014 MARKUS BEISICHT (*1963), der anschließend zum konkurrierenden pro-NRW wechselt. pro Köln wird unter dem Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen vom Verfassungsdienst beobachtet. Auch das Verwaltungsgericht Düsseldorf stellt in einem Urteil fest, dass bei der Bürgerbewegung pro Köln hinreichend Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen vorlägen.

Anfang 2005 gründen Mitglieder der Bürgerbewegung pro Köln die Bürgerbewegung pro Deutschland, 2007 die Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen (pro NRW), die ebenfalls vom Verfassungsdienst beobachtet und im NRW-Verfassungsschutzbericht aufgeführt wird.

[188] Vgl. Hartleb 2005:4
[189] Vgl. Hartleb 2005:48
[190] Für zusätzliche Informationen siehe: Busch 2008; Edathy / Sommer 2009; Häusler 2010; Überall 2010.

Der Bericht moniert, dass beide Gruppierungen mit ihren Aussagen und Forderungen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot missachten. Ziel ihrer Kampagnen sei es, systematisch Ängste vor Muslimen zu schüren.

2007 initiiert pro Köln eine „Anwohnerinitative" gegen die Erweiterung des bestehenden moslemischen Gebetshauses in Köln-Ehrenfeld zur DITIB-Zentralmoschee. Bei einer Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren gegen den Moscheebau werden wiederum 23.000 Unterschriften gesammelt, von denen sich allerdings mehr als 7.000 als ungültig herausstellen, weshalb das Bürgerbegehren am erforderlichen Quorum scheitert.

Im Jahr 2006 startet der Verein eine „Jugendoffensive" und verteilt Flugblätter mit der Aufschrift *Deutsch ist geil!* vor mehreren Kölner Schulen.

In den Jahren 2008/2009 organisiert pro Köln sogenannte Mahnwachen in der Kölner Innenstadt. Themen dieser Veranstaltungen sind „Aktiv pro Menschenrechte – gegen die Unterdrückung der Frau im Islam", „Gegen Türkisierung und Islamisierung – Köln darf nicht Istanbul werden", „Nein zu türkischem Nationalismus und Chauvinismus – Das Schicksal der Armenier mahnt!", „Gegen Großmoscheen, Hassprediger, Minarette, Muezzinruf und Parallelgesellschaften" und „Nein zur Kölner Großmoschee – Für das Grundgesetz statt Minarett und Scharia." Außerdem produziert pro Köln, nach dem Vorbild des niederländischen Politikers Geert Wilders, zwei islamkritische Filme.

Im September 2008 organisiert pro Köln einen „Anti-Islamisierungskongress" in der Stadt, zu dem Spitzenpolitiker der europäischen extremen Rechten eingeladen werden. Aufgrund des beherzten bürgerschaftlichen Protests vieler Kölner gerät der Kongress allerdings zum peinlichen Fiasko. Bei der Kommunalwahl 2009 erreicht pro Köln 5,3% der Stimmen und fünf Mandate.

Neben der Agitation gegen den Bau der Moschee in Köln-Ehrenfeld tritt die Bewegung für ein hartes Durchgreifen „gegen jugendliche Gewalttäter mit Zuwanderungshintergrund", für die unverzügliche Abschiebung abgelehnter Asylbewerber und für die sofortige Einstellung „unsinniger Projekte" im Sozial- und Kulturbereich ein.

Auch pro NRW agitiert mit Vorliebe gegen die angebliche „Islamisierung" und „Überfremdung" Deutschlands, organisiert Bürgerinitiativen gegen den Bau von Moscheen und Minaretten und orientiert sich dabei am Vorbild des von der schweizerischen SVP initiierten Volksbegehrens. Ziel ist eine europäische Bürgerinitiative und ein europaweites Minarettverbot.

Darüber hinaus fordert pro NRW einen vollständigen Zuwanderungsstopp und die Abschiebung von ausländischen Straftätern. Weitere Themen aus dem Programm „7 Punkte pro NRW" umfassen eine Nulltoleranzstrategie in sogenannten „ethnischen und sozialen Brennpunktvierteln", ein Kopftuchverbot in öffentlichen Einrichtungen, die Abschiebung von sogenannten „Hasspredigern" und die Bekämpfung von „islamischen Parallelgesellschaften".

Im Bildungsbereich vertritt die Gruppierung rechtskonservative Positionen, fordert ein dreigliedriges Bildungssystem, „Elitenförderung" sowie „Staatsbürgerkunde" und eine „christlich-abendländisch geprägte Wertevermittlung" als Pflichtfächer. In der Kulturpolitik propagiert sie die Förderung der „Hochkultur" und wendet sich gegen die Unterstützung „avantgardistischer Projekte", die nach ihrer Auffassung für „den Normalbürger nicht von Interesse" seien. Im Gegenzug fordert pro NRW mehr „direkte Demokratie" durch Volksabstimmungen.

Ähnlich wie bei der FPÖ kann auch bei pro NRW beobachtet werden, dass sich viele Funktionäre aus dem rechtsextremen Lager rekrutieren, die Bewegung aber vor allem in (klein-) bürgerlichen Kreisen reüssiert.

Insgesamt lassen sich bei den verschiedenen pro-Parteien – lokale Ableger werden nach und nach auch in Berlin, München, Baden-Württemberg, Sachsen und anderen Orten gegründet – zum Teil sehr enge Verbindungen zum Rechtsextremismus nachweisen. Der Erfolg der zu Beginn noch „gemäßigten" AfD verstärkt diesen Prozess der Radikalisierung und führt gleichzeitig zur Auflösung der lokalen pro-Bewegungen. Nach internen Konflikten und persönlichen Rivalitäten kommt es in den Jahren 2017 und 2018 zur Auflösung von pro Deutschland und pro Köln und im Jahr darauf zur Umwandlung von pro NRW in einen Verein.

Vom „Aufstand der Pfennigfuchser" zur rechtsextremen Partei[191]

Am 6. Februar 2013 wird die Alternative für Deutschland (AfD) gegründet. Ihr erstes Wahlprogramm konzentriert sich noch ganz auf die Finanzprobleme der Eurozone. Der Euro, so die AfD, sei gescheitert, er belaste künftige Generationen und gefährde nicht nur die europäische Integration, sondern – wegen der Verarmung der Länder mit nicht wettbewerbsfähigen Volkswirtschaften – sogar den Völkerfrieden.

Der Parteivorsitz wird anfangs von einem Dreiergremium ausgeübt: BERND LUCKE (*1962), Professor für Makroökonomie an der Universität Hamburg; FRAUKE PETRY (*1975), Chemikerin und Managerin; KONRAD ADAM (*1942), Altphilologe und Autor.

2013 scheitert die AfD bei der Bundestagswahl und der hessischen Landtagswahl noch knapp an der Fünfprozenthürde. Bei der Europawahl 2014 erringt sie bereits sieben Prozent (und ebenso viele Mandate) und wird in die konservative und EU-kritische Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer aufgenommen. Im selben Jahr zieht die AfD auch in die Landesparlamente von Sachsen (9,7%), Brandenburg (12,2%), Thüringen (10,6%), 2015 auch in die Stadtparlamente von Hamburg (6,1%) und Bremen (5,5%) ein.

Nach monatelangen innerparteilichen Machtkämpfen verlässt Lucke, der sich von den zunehmend „extremistischen Positionen" von Teilen der AfD distanziert und für eine moderate rechtskonservative Politik eintritt, die AfD und gründet die konkurrierende Allianz für Fortschritt und Aufbruch. Frauke Petry wird der Wirtschaftswissenschaftler JÖRG MEUTHEN (*1961) als gleichberechtigter Parteivorsitzender beigestellt.

Als direkte Folge des seit dem Spätsommer 2015 anhaltenden massenweisen Zuzugs von Flüchtlingen (und anderen Migranten) und den damit einhergehenden organisatorischen, aber auch kulturellen und sozialen Problemen und der z.T. in gewaltbereite Ablehnung umschlagenden Stimmung in Teilen der deutschen Bevölkerung, kann die AfD bei den Landtagswahlen des Jahres 2016 massiv zulegen. In Rheinland-Pfalz (12,6%), Berlin (14,2%) und

[191] Offizielle Website: https://www.alternativefuer.de/
Für zusätzliche Informationen siehe: Kemper 2013; Häusler 2013; Schmidt 2013; Bebnowski 2015; Decker 2015.

Baden-Württemberg (15,1%) fallen die Ergebnisse noch relativ „bescheiden" aus, in Mecklenburg-Vorpommern verdrängt die AfD mit 20,8% die CDU und in Sachsen-Anhalt mit 24,3% die Linke jeweils vom zweiten Platz.

2017 kommt es zu einem neuerlichen Rechtsruck – und weiteren Erfolgen: Bei den Landtagswahlen im Saarland erreicht die AfD 6,2%, in Schleswig-Holstein 5,9%, in NRW 7,4 % und in Niedersachsen 6,2%.

Auf dem Kölner Bundesparteitag im April 2017 erklärt Frauke Petry ihren Verzicht auf eine Spitzenkandidatur zur Bundestagswahl im Herbst. Als Spitzenkandidaten werden das frühere CDU-Mitglied ALEXANDER GAULAND (*1941) und die Unternehmensberaterin ALICE WEIDEL (*1979) gewählt. Die Delegierten lehnen es außerdem ab, sich mit Petrys „Zukunftsantrag" zu befassen, der die Partei auf einen „realpolitischen Kurs" mit dem mittelfristigen Ziel des Mitregierens festlegen soll. Bei der Bundestagswahl erhält die AfD schließlich 12,6% der Stimmen, 94 Sitze und wird damit drittstärkste Kraft. Nach dem Eintritt der SPD in eine Große Koalition mit CDU und CSU ist die AfD somit die mit Abstand stärkste Oppositionspartei im deutschen Bundestag.

Die AfD wird zu Beginn in erster Linie als „Anti-Euro-Partei" gesehen, obwohl sie nicht gegen die Europäische Union als solche auftritt. Ihre politischen Positionen sind anfangs noch diffus und oszillieren zwischen (wirtschafts)liberal und nationalkonservativ. Dies gilt auch für gesellschaftspolitisch sensible Fragen, wie z.B. Homoehe oder Asyl – Bernd Lucke bezeichnet die AfD gerne als „Partei neuen Typs", die „weder links noch rechts" sei.

Luckes Ablösung wird von vielen politischen Beobachtern als Sieg des nationalkonservativen Parteiflügels und als Rechtsruck eingestuft. Im politischen Spektrum wird die AfD seitdem als eindeutig rechts von den Unionsparteien stehend und als rechtspopulistisch, mittlerweile sogar als rechtsextrem bezeichnet.

Dies gilt besonders für ihre (islamkritischen und fremdenfeindlichen) Positionen in der Zuwanderungs- und Asylfrage, aber auch für die immer wieder erhobenen Forderungen nach „mehr direkter Demokratie", einer stärkeren Beteiligung der Bürger an wichtigen Entscheidungen durch Volksabstimmungen und -initiativen nach Schweizer Vorbild sowie für ihre grundsätzliche Ablehnung der „etablierten Parteien".[192]

Im Frühjahr 2015 initiieren mehrere vorwiegend aus Ostdeutschland stammende Mitglieder die „Erfurter Resolution", in der sie eine dezidiert konservativere Ausrichtung der Partei fordern. Die AfD verstehe sich „als Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit usf.)" sowie als „Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands".

Wahlanalysen zufolge wird die AfD bei der Bundestagswahl 2017 deutlich öfter von Männern als von Frauen, häufiger in den „neuen Bundesländern" und zu einem überwiegenden Teil von Arbeitern sowie ehemaligen Anhängern der Linken gewählt. In diesem Sinn vertritt die AfD das für rechtspopulistische Bewegungen typische Spektrum von frustrierten „Modernisierungsverlierern" auf der einen und verängstigten „Wohlstandschauvinisten" auf der anderen Seite. Auffallend ist allerdings der immer noch sehr hohe Anteil von Parteigängern, die der gebildeten „oberen Mittelschicht" zuzurechnen sind.

[192] Für zusätzliche Informationen siehe: Häusler 2015; Häusler / Roeser 2015; Lewandowsky 2015; Häusler 2016; Pfahl-Traughber 2020.

Laut Anton Pelinka steht die AfD gemeinsam mit der britischen UKIP und der ungarischen Fidesz in einer „Grauzone" zwischen rechtspopulistisch und rechtsextrem. Gefahr drohe der AfD, so Frank Decker, vor allem von innen, denn am Umgang mit unerwünschten rechtsextremen Unterstützern seien bisher alle rechtspopulistischen oder rechtskonservativen Kräfte in Deutschland letztendlich gescheitert. Untersuchungen zeigen, dass viele AfD-Sympathisanten ausländerfeindliche, nationalistische und antisemitische Ansichten vertreten, die Übergänge zum Rechtsextremismus demnach fließend sind. In der kurzen Zeit ihres Bestehens als Partei führte diese Nähe zum „rechten Rand" bereits zu einer ganzen Reihe von Parteiausschlüssen, Austritten und sogar zur Spaltung ganzer Landesorganisationen.

Nach Alexander Häusler war die AfD in ihrer Anfangsphase unter die Kategorie „rechtsliberaler Rechtspopulismus" (ähnlich wie SVP und Schill-Partei) einzuordnen, mittlerweile sei sie (wie FPÖ oder Republikaner) eher der Familie der „rechtspopulistischen Parteien mit extrem rechten Bezügen" zugehörig.[193] Zur österreichischen FPÖ besteht tatsächlich ein enges Verhältnis.

Die AfD steht der im Oktober 2014 von Lutz Bachmann unter dem Namen „Friedliche Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" zunächst auf Facebook gegründeten islam- und fremdenfeindlichen Plattform nahe, die später in Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA) umbenannt wird und seit Oktober 2014 wöchentlich zu einem „Abendspaziergang" gegen die Einwanderungs- und Asylpolitik in der Dresdner Innenstadt aufruft. PEGIDA verwendet dabei gerne die Parole „Wir sind das Volk" der Montagsdemonstrationen in der DDR und wird von einflussreichen AfD-Mitgliedern unterstützt und beraten, zumal AfD und PEGIDA alle wesentlichen Inhalte teilen und sich an ähnliche Zielgruppen richten. Eine nachhaltige Verankerung über die ostdeutschen Regionen hinaus ist PEGIDA bis dato nicht gelungen.[194]

Die AfD wird seit Mai 2021 durch das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen als „erwiesene extremistische Bestrebung" eingestuft und beobachtet.

Nach den Landtagswahlen 2018 in Bayern (10,2%) und Hessen (13,1) ist die AfD mittlerweile in sämtlichen deutschen Landtagen vertreten. 2019 erhält sie in Sachsen 27,5%, in Brandenburg 23,5%, in Thüringen 23,4% und wird damit in allen drei Länderparlamenten zur zweitstärksten Kraft. In Thüringen kommt es infolge der Landtagswahl 2020 zu einer folgenschweren Regierungskrise, als Thomas Kemmerich von der FDP mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD zum Ministerpräsidenten gewählt wird. Diese Wahl erschüttert weit über Thüringen hinaus das politische System der Bundesrepublik und führt letztendlich sogar zum Rücktritt der CDU-Chefin Kramp-Karrenbauer.

Zuletzt verstärkt die zunehmende Radikalisierung von Teilen der AfD die innerparteilichen Macht- und Flügelkämpfe zwischen dem rechtsextremen Lager um den Thüringer Politiker Björn Höcke und seinen „Flügel" auf der einen und den eher national-konservativ ausgerichteten Landesverbänden der Partei, die sich nach außen gerne um ein „bürgerliches" Image bemühen, auf der anderen. Der Ausgang dieser Auseinandersetzungen ist weiterhin offen, die radikalen Kräfte innerhalb der AfD haben allerdings infolge der Corona-Krise und des Ukrainekrieges noch deutlich an Einfluss gewonnen.

---

[193] Vgl. Häusler 2016:44
[194] Vgl. Caballero 2016:12

Estland[195]

Erste Schritte in die Unabhängigkeit

Als Estland im Februar 1918 von Russland unabhängig wird, stellt die Landreform eines der vordringlichsten politischen Vorhaben der jungen Republik dar – denn immerhin befinden sich erhebliche Teile des Landes in den Händen deutschbaltischer Gutsbesitzer, und gleichzeitig sind etwa 50% der estnischen Bauern noch ohne eigenes Land. Durch die Landreform werden 97% des deutschbaltischen Gutslandes enteignet, im Laufe der folgenden Jahre entstehen mehr als 50.000 estnische Bauernhöfe mit einer durchschnittlichen Größe von 20 ha.

Der Aufbau des neuen Staates gestaltet sich schwierig. Die politische Landschaft Estlands ist von einer Vielfalt von Parteien und instabilen Regierungen geprägt – insgesamt 17 zwischen 1920 und 1933. So wie der Nachbar Lettland verfolgt auch Estland zunächst eine tolerante Gesetzgebung gegenüber den ethnischen Minderheiten der Deutschen, Russen, Schweden und Juden, denen durch das Minderheitengesetz von 1925 eine kulturelle Autonomie eingeräumt wird, die auch international als vorbildlich gilt.

Mit der Weltwirtschaftskrise ändert sich die innenpolitische Atmosphäre. Steigende Preise und eine große Arbeitslosigkeit sorgen für Unmut, heimische Produkte finden immer weniger Absatz, zudem wird die Estnische Krone stark abgewertet, was zu einer weiteren Verteuerung aller Produkte führt.

Autoritäre Tendenzen

In diesem instabilen politischen Klima gewinnt der 1929 gegründete antiparlamentarische „Zentralverband der estnischen Freiheitskämpfer" (Eesti Vabadussõjalaste Keskliit, EVKL), ab 1933 „Estnischer Bund der Freiheitskämpfer" (Eesti Vabadussõjalaste Liit, EVL) immer stärker an Einfluss. Der EVL versteht sich als „Anti-Partei" und Volksbewegung; er fordert ein Verbot der sozialistischen Parteien und Organisationen, darüber hinaus schwebt ihm ein ständestaatliches Modell vor, bei dem den Berufs- und Interessengruppen eine führende Stellung im politischen Leben zukommen soll. Eine klare ideologische Basis besitzt der Freiheitskämpferbund, der eine territoriale Expansion ebenso ablehnt wie Rassismus und Antisemitismus, allerdings nicht. Mit seiner Kritik am politischen System, an der zersplitterten Parteienlandschaft, der Korruption und Vetternwirtschaft zieht er dennoch zahlreiche Enttäuschte im bürgerlichen Mittelstand, unter den Arbeitslosen und im Landarbeiterproletariat an.

Die vom Anwalt Artur Sirk und dem rechtsgerichteten General Andres Larka geführte Bewegung gelangt im Zusammenhang mit den Diskussionen um eine Verfassungsreform und unter heftiger Agitation gegen „das System" der alten Politiker und Parteien zu immer größerem öffentlichen Einfluss. Die Regierung ist von der zunehmenden Infiltration der Beamtenschaft und des Militärs durch die „Freiheitskämpfer" und deren gute Beziehungen zu der nationalsozialistischen Erneuerungsbewegung innerhalb der deutschen Minderheit des Landes aufs höchste beunruhigt und befürchtet „Weimarer Verhältnisse".

Nach langen Diskussionen verabschiedet das estnische Parlament 1933 eine neue Verfassung, die das Land von einer parlamentarischen in eine Präsidialdemokratie umwandelt. Am 12. März 1934 unternimmt der Parteiführer des „Bundes der Landwirte", der stärksten politi-

[195] Für eine ausführliche Darstellung der Geschichte Estlands und weitere Literaturverweise siehe: Schmidt 1999; Gräfe 2010.

schen Kraft, KONSTANTIN PÄTS (1874–1956), der zu diesem Zeitpunkt das turnusmäßig wechselnde Amt des „Staatsältesten" einnimmt, mit Hilfe des Militärs einen Staatsstreich und verkündet den Ausnahmezustand. Ziel dieses Staatsstreichs „von oben" ist es, den wachsenden Einfluss des EVL einzudämmen und dessen möglichen Wahlsieg zu verhindern. Der „Verband der Freiheitskämpfer" wird aufgelöst, die Zensur wieder eingeführt, die Parteien verboten. Päts regiert bis 1938 als Reichsprotektor oder Reichsverweser (Riigihoidja) und lässt sich 1938 zum Präsidenten wählen.

1940 findet ihr die Selbständigkeit Estlands vorläufiges Ende. Durch den sogenannten Hitler-Stalin-Pakt gelangen Estland, Lettland und Litauen in die sowjetische Einflusssphäre.

Erneute Unabhängigkeit

Am 8. Mai 1990 erklärt der Oberste Rat der Estnischen Sowjetischen Sozialistischen Republik unter dem Vorsitzenden ARNOLD RÜÜTELS (*1928) einseitig die Souveränität der Republik Estland. Die Anerkennung durch die Sowjetunion erfolgt am 6. September 1991. Die ersten Jahre der Unabhängigkeit sind schwierig und von hoher Inflation und Massenarbeitslosigkeit gekennzeichnet. 2004 treten die baltischen Staaten sowohl der EU als auch der NATO bei.

Eine erste rechtsradikale Partei, die 1993 gegründete und seit 1999 als „Estnische Unabhängigkeitspartei" (Eesti Iseseisvuspartei, EIP) firmierende Splittergruppe bleibt bei allen Wahlen erfolglos.

Die „Estnische Konservative Volkspartei"[196]

2012 entsteht die „Estnische Konservative Volkspartei" (Eesti Konservatiivne Rahvaerakond, EKRE) als Nachfolgerin der „Estnischen Volksunion", einer agrarisch-konservativen Partei, die seit 2011 nicht mehr im Parlament vertreten ist. In weiterer Folge schließt sich auch die rechts-konservative („Estnische Nationale Bewegung" (Eesti Rahvuslik Liikumine) der EKRE an.

Die Partei vertritt rechtsradikale Positionen und unterhält Verbindungen zu neofaschistischen Gruppierungen. Ihr extremer Nationalismus ist in erster Linie gegen den mächtigen Nachbarn Russland und die russischstämmige Bevölkerung des Landes gerichtet.

Der langjährige Parteivorsitzender der EKRE, der estnische Historiker MART HELME (*1949), wird noch 2005 wegen nationalistischer Äußerungen aus der „Estnischen Volksunion" ausgeschlossen. Helme vertritt eine „Nullquote" für Flüchtlinge – von denen es in Estland nur sehr wenige gibt! –, schürt Ängste vor einer „islamischen Invasion" und erklärt, Estland werde in der EU „dem Kurs von Ungarn und Polen folgen".

Eine wichtige Rolle spielt Helmes Sohn Martin, der als Verfechter einer rassistisch motivierten „Estland-zuerst-Politik" bekannt wird und die Partei seit 2020 führt. MARTIN HELMES (*1976) sieht Estland von einem „Bevölkerungsaustausch" bedroht, andere EKRE-Politiker

[196] Offizielle Website: https://www.ekre.ee/ (Estnisch)

fordern, Homosexuellen das Wahlrecht zu entziehen und drohen unabhängigen Richtern, dass ihre demnächst „Köpfe rollen” werden.

Bei der Europawahl 2014 erringt EKRE 4% der Stimmen, bei der Parlamentswahl im darauffolgenden Jahr gelingt ihr mit 8,1% der Einzug ins estnische Parlament. 2019 kann sie ihr Wahlergebnis auf 17,8% und 19 Mandate steigern. Nach dieser Wahl wird EKRE an der aus linksliberaler „Zentrumspartei” und rechtskonservativer „Vaterlandsunion” gebildeten Regierung Ratas II beteiligt, und das, obwohl vor der Wahl noch sämtliche Parteien gelobt hatten, nicht mit der EKRE zu paktieren. Die eigenartige Koalition zerbricht im Januar 2021.

Bei der Parlamentswahl 2023, die ganz im Zeichen des Ukraine-Krieges und der galoppierenden Inflation steht, kann die regierende „Reformpartei” unter Ministerpräsidentin Kaja Kallas ihre Mehrheit verteidigen, EKRE wird mit leichten Verlusten und insgesamt 16,1% zweitstärkste Kraft.

Finnland

Unabhängigkeit und Bürgerkrieg

Finnland, das von 1809 bis 1917 als ein mit weitgehender innerer Autonomie ausgestattetes Großfürstentum unter zaristischer Herrschaft steht, erlangt rund um den Jahreswechsel 1917/18 seine Unabhängigkeit. Im Januar 1918 bricht ein Bürgerkrieg zwischen den revolutionären Roten Garden, auf deren Seite vor allem Landarbeiter und Angehörige des städtischen Proletariats kämpfen, und der Weißen Armee, die sich in erster Linie aus Bauern und Mitgliedern der unteren Mittelschicht rekrutiert, aus.

Während die Roten Garden den Süden des Landes kontrollieren und eine Revolutionsregierung in Helsinki einsetzen, etablieren die Weißen eine Regierung in der westfinnischen Hafenstadt Vaasa. Mit Hilfe der deutschen Armee gelingt es den weißen Regierungstruppen schließlich, die Macht im gesamten Land zu übernehmen. Der Bürgerkrieg hinterlässt eine tiefe Spaltung in der finnischen Gesellschaft und belastet die Innenpolitik noch für Jahrzehnte.

Die Niederlage Deutschlands und die Flucht des Kaisers vereiteln alle Pläne zur Schaffung einer an das Deutsche Reich angelehnten Monarchie. Im März 1919 werden Parlamentswahlen abgehalten, die mit dem überwältigenden Sieg der republikanischen Parteien enden.

Die Feindseligkeiten zwischen Finnland und Sowjetrussland werden im Oktober 1920 durch den Friedensvertrag von Dorpat beendet. Russland erkennt Finnland in den Grenzen des alten Großfürstentums an.

Die Lapua-Bewegung

Mit der Weltwirtschaftskrise entsteht 1929 auch in Finnland eine faschistische Organisation, die Lapuanliike („Lapua-Bewegung"), deren Politik sich in erster Linie gegen die Aktivitäten der Kommunistischen Partei richtet, die von vielen als „fünfte Kolonne Moskaus" angesehen wird. Die „Lapua-Bewegung", die als gesetzeskonforme Partei agiert, deren Anhänger aber auch nicht vor politischen Gewalttaten zurückschrecken, wird für kurze Zeit zu einer der einflussreichen Kräfte in der politischen Landschaft Finnlands.

Interne Auseinandersetzungen zwischen den moderateren Kräften und den radikalen, die sich am nationalsozialistischen Deutschland und am faschistischen Italien orientieren, läuten ab 1931 den Bedeutungsverlust der Bewegung ein. Nach einem gescheiterten Putschversuch im März 1932 wird die „Lapua-Bewegung" aufgelöst, ihre Anführer werden zu Haftstrafen verurteilt.

In das politische Vakuum stößt die im selben Jahr gegründete „Vaterländische Volksbewegung" (Isänmaallinen Kansanliike, IKL), die 1933 14 von insgesamt 200 Sitzen im Parlament erringt.

Nach dem Winterkrieg 1939/40, bei dem Finnland zwar seine Unabhängigkeit verteidigen kann, gleichzeitig aber erhebliche territoriale Zugeständnisse an die Sowjetunion machen muss, wird die „Vaterländische Volksbewegung" sogar Teil eines Allparteienkabinetts.

Als Folge des sogenannten Fortsetzungskrieges, bei dem Finnland an der Seite des Deutschen Reiches kämpft, wird die IKL 1944 verboten. Durch die Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens mit der Sowjetunion kann Finnland als einziger Verbündeter Deutsch-

lands seine Unabhängigkeit und demokratische Verfassung erhalten. Das Land hat allerdings hohe Reparationen zu bezahlen und verliert etwa ein Zehntel seines Territoriums.

Die „Wahren Finnen"[197]

Die Partei der „Wahren Finnen" (Perussuomalaiset, PS), seit 2012 „Die Finnen", geht 1995 – dem Jahr des finnischen EU-Beitritts – aus der „Finnischen Bauernpartei" hervor. Die „Bauernpartei" selbst ist eine agrarpopulistische Abspaltung des 1906 gegründeten „Landbundes", der sich 1965 ein neues Programm und seinen heutigen Namen „Zentrumspartei" (KESK) gibt.[198]

Perussuomalaiset ist EU-skeptisch, zuwanderungskritisch und vertritt in den meisten Sachfragen wertkonservative Standpunkte (z.B. gegen die Homoehe). Außerdem versteht sie sich als eine gegen das herrschende politische Establishment auftretende Kraft, die die Interessen der „gewöhnlichen Bevölkerung" vertritt. In sozialen und wirtschaftlichen Fragen nimmt PS durchaus auch linkspopulistische Positionen ein, so etwa bei der Forderung nach einer Erhöhung der Steuer auf Kapitalgewinne und nach Einführung einer Vermögenssteuer.

Bei den Parlamentswahlen 2003 gewinnt die Partei drei Sitze, 2007 erreicht sie fünf Mandate. Nach starken Stimmenzuwächsen bei den Kommunalwahlen im Herbst 2008 erzielen die rechten Euroskeptiker, die gemeinsam mit den Christdemokraten als KD-PS antreten, bei den Europawahlen 2009 sensationelle 14% der Stimmen. Noch größer fällt ihr Erfolg bei den Parlamentswahlen im April 2011 aus. Die „Wahren Finnen" können sich mit 19% nahezu verfünffachen und landen hinter der liberal-konservativen „Sammlungspartei" und den Sozialdemokraten an dritter Stelle.

Nach den Parlamentswahlen 2015 bilden die „Sammlungspartei" und die „Zentrumspartei" eine Koalition mit der PS. Die Wahl des besonders einwanderungskritischen JUSSI HALLA-AHO (*1971) zum Parteivorsitzenden besiegelt 2017 allerdings das Ende ihrer Regierungsbeteiligung und hat sogar die Spaltung der Partei zur Folge. Zwanzig ihrer Abgeordneten – darunter auch der frühere Parteichef Soini und sämtliche Minister – gründen die Partei „Blaue Zukunft", die die Rolle der PS als Koalitionspartner übernimmt. Ein kurzer Rückschlag nur, denn bereits bei der Parlamentswahl 2019 wird die PS mit 17,5% erstmals zweitstärkste Partei und stellt seitdem 39 Abgeordnete. Als Ergebnis dieser Wahl bilden Sozialdemokraten, „Zentrumspartei", Grüne, Linke und die „Schwedische Volkspartei" eine Mitte-links-Koalition unter Führung der SDP.

Rekrutierten sich die Wähler der „Wahren Finnen" anfangs noch in erster Linie aus den Reihen der „Modernisierungsverlierer", so gelingt der Partei in den letzten Jahren der Einbruch in die Wählerschaften der traditionellen Parteien, die unter dem Druck der Umfragen und der Wahlergebnisse ihre eigene Positionen, z.B. gegenüber Europa, deutlich zugespitzt haben.

---

[197] Offizielle Website: http://www.perussuomalaiset.fi/ (Finnisch); http://www.perussuomalaiset.fi/kielisivu/in-english/ (Englischsprachige Unterseite)
[198] Vgl. Raunio 2013

Frankreich

Die Wiege des modernen Rechtsextremismus

Die heute übliche Kategorisierung politischer Parteien in „links" und „rechts" geht auf die Verfassungsgebende Französische Nationalversammlung von 1789 zurück, in welcher die der Revolution verpflichteten „fortschrittlichen" Kräfte links, die konservativ-monarchistischen und ultrakatholischen hingegen rechts saßen. Und auch die z.T. unversöhnliche Feindschaft zwischen Links- und Rechts-„Radikalen" reicht bis in diese Phase der kompletten Umwälzung der alten gesellschaftlichen Ordnung zurück. Wenig verwunderlich also, dass der katholische Konterevolutionär Joseph de Maistre in seinem Werk „Considérations sur la France" (1796) über die Französische Revolution schreibt: *Was die französische Revolution unterscheidet, und was aus ihr ein einzigartiges geschichtliches Ereignis macht, ist, dass sie fundamental schlecht ist [...] es ist die reinste Unreinheit.*[199]

In der französischen Kolonialzeit, vor allem aber mit Beginn des französischen Imperialismus und der um 1880 einsetzenden Arbeitsmigration nach Frankreich entsteht ein biologisch motivierter Rassismus und Antisemitismus, dessen Höhepunkt die „Dreyfus-Affäre" im Jahr 1891 darstellt, die die gesamte Nation polarisiert. Auch die von General Georges Boulanger gegen Ende der 1880er Jahre angeführte autoritär-populistische Bewegung des Boulangismus kann als Wegbereiterin der Neuen Rechten in Frankreich angesehen werden.

Um 1900 existiert in Frankreich eine ganze Reihe antisemitischer Ligen, und mit der 1905 gegründeten Ligue d'Action Française („Liga der französischen Aktion") entsteht der Prototyp einer modernen rechtsradikalen Bewegung und eine weit über Frankreich hinaus wirkende Ideenschmiede für rechtsextremes Gedankengut. Erstmals werden Nationalismus, Militarismus, Rassismus, Antisemitismus und eine radikal antidemokratische Haltung unter der Parole *La France aux Français* („Frankreich den Franzosen") in einer politischen Bewegung vereinigt.

Die Action Française bleibt nicht allein. Die 1927 gegründete Frontkämpferbewegung Croix de Feu („Feuerkreuz") lehnt sich an den italienischen Faschismus an, ebenso der 1936 von JACQUES DORIOT (1898–1945) gegründete Parti Populaire Français (PPF, „Französische Volkspartei"). Doriot, der zuvor Mitglied des Zentralkomitees der „Kommunistischen Partei Frankreichs" war, verfolgt zunächst einen nationalistischen Kommunismus, der vulgärsozialistische mit planwirtschaftlichen Ideen verbindet. Kurz vor Kriegsbeginn wandelt sich der PPF zu einer faschistischen Partei mit stark antisemitischen Zügen, welche auch von Großunternehmen und Banken unterstützt wird, die in Doriot einen Verbündeten in ihrem antikommunistischen Kampf sehen.

1933 gründet MARCEL BUCARD (1895–1946) den „Francisme-Verband", der Frankreich in der faschistischen Internationale repräsentieren soll. Seine Anhänger rekrutieren sich aus den unterschiedlichsten rechten Milieus, allerdings schließen sich auch ehemalige Kommunisten dem Francisme an.

Im Februar 1934 entgeht die Republik nur knapp einem von extremen Rechten geplanten gewaltsamen Umsturz. Als 1936 eine Volksfrontregierung der vereinigten linken Parteien die Macht übernimmt, werden die rechtsextremen Ligen verboten und verlegen ihre Aktivitäten in den Untergrund.

[199] Maistre 1829:65 (Übersetzung des Verfassers)

Die Niederlage Frankreichs gegen die deutsche Wehrmacht im Frühjahr 1940 macht der Dritten Republik ein Ende. Das Kollaborationsregime in Vichy ist ein autoritäres Herrschaftssystem, in dem sich die gesamte Staatsmacht in der Person des greisen PHILIPPE PÉTAIN (1856–1951) konzentriert. Anfangs noch von der katholischen Kirche unterstützt, führt Pétain einen Feldzug gegen Aufklärung, Liberalismus, Industrialisierung, Säkularisierung und Urbanisierung. Seine „Nationale Revolution" zielt auf eine „moralische Erneuerung" Frankreichs ab. *Travail, Famille, Patrie* („Arbeit, Familie, Vaterland") lautet die Losung, mit der sich das autoritäre Regime von den Errungenschaften der Französischen Revolution und der republikanischen Tradition distanzieren will.

Unter der deutschen Besatzung gehört der Francisme, als Parti franciste („Frankistische Partei") neu gegründet, zu den Kollaborationsparteien. Allerdings lehnen es zahlreiche andere rechte Politiker ab, mit der Regierung in Vichy zu kooperieren und schließen sich aus patriotischen Gründen dem Widerstand an.

Und noch ein Vorreiter: Der Poujadismus

Frankreich verfügt demnach über eine lange rechtsextreme Tradition, die sich aus den unterschiedlichsten Quellen speist, wegen der Unterstützung des Vichy-Regimes bis in die 1970er-Jahre allerdings vollkommen diskreditiert ist und vom autoritären Gaullismus weitgehend absorbiert wird.

Mit einer Ausnahme: 1955 gründet der südfranzösische Schreibwarenhändler PIERRE POUJADE (1920–2003) die Union de défense des commerçants et artisans (UDCA, „Union zur Verteidigung der Händler und Handwerker"), eine im wesentlichen kleinbürgerliche Anti-Steuer-Protestbewegung, die sich an kleine Geschäftsleute, Händler und mittelständische Unternehmer richtet, aber auch explizit die Interessen der Algerienfranzosen in der Zeit des Algerienkrieges adressiert.[200]

Kennzeichnendes Merkmal des Poujadismus ist seine grundsätzliche Feindseligkeit gegenüber etablierten Parteien, Politikern, Bürokraten und Intellektuellen. Exemplarisch steht das vom Philosophen Roland Barthes überlieferte Poujade-Zitat, *Frankreich ist von einer Überproduktion an diplomierten Personen, Absolventen der Elitehochschulen* (polytechniciens), *Ökomomen, Philosophen und anderen Träumern betroffen, die jeden Kontakt zur realen Welt, jede Beziehung zum gesunden Menschenverstand verloren haben.* Poujade, so Barthes, braucht die verhassten Intellektuellen, denn in seiner Vorstellungswelt kam ihnen die verfluchte, aber notwendige Rolle eines „erniedrigten Zauberers" zu.[201]

[200] Vgl. Souillac 2007
[201] Vgl. Barthes 1957: Poujade a besoin des intellectuels, car s'il les condamne, c'est au titre de mal magique: dans la société poujadiste, l'intellectuel a la part maudite et nécessaire d'un sorcier dégradé.

Der Poujadismus entwickelt weder eine konzise Ideologie noch eine klare Strategie und definiert sich in erster Linie über das, was er ablehnt. Von der Ideologie der traditionellen französischen Rechten unterscheidet sich der Poujadismus allerdings durch sein Bekenntnis zu den Werten der französischen Revolution, zu Laizismus und sozialer Gerechtigkeit. Er knüpft damit weniger an das ultrakonservative katholische Milieu oder die faschistischen Ligen der Zwischenkriegszeit an, als vielmehr an die Tradition des 1901 gegründeten Parti radical, der Vertretung des linksliberalen Bürgertums und der ersten modernen Massenpartei des Landes.

Der Poujadismus ist eine der frühesten populistischen Strömungen in Europa und wendet sich gegen die Begleiterscheinungen der wirtschaftlichen Modernisierung und der damit einhergehenden Kapitalkonzentration. Er vereint damit, so wie viele aktuelle populistische Bewegungen, links- und rechtspopulistische Elemente.

Bei der Parlamentswahl 1956 erzielt die UDCA 11,6% der Stimmen und zieht mit 52 Abgeordneten in das französische Parlament ein, wo sie die Fraktion Union et fraternité française (UFF, „Französische Union und Brüderlichkeit") bildet. Auf ihrer Liste wird auch der erst 27-jährige JEAN-MARIE LE PEN (*1928) als damals jüngster Abgeordnete in die Nationalversammlung gewählt.

Le Pen, der die Jugendorganisation der UDCA führt, und sein Mitstreiter Jean-Maurice Demarquet, der die Bewegung angesichts der sich verschlechternden Situation in Algerien in eine radikal-nationalistische Richtung führen will, werden im Mai 1957 aus der UDCA ausgeschlossen und gründen daraufhin den Front national des combattants („Nationale Front der Kämpfer").

Nach der Rückkehr von Charles de Gaulle und dem Beginn der Fünften Republik im Mai 1958 versinkt die UDCA in der Bedeutungslosigkeit. Ihre Wählerschaft geht größtenteils in der gaullistischen Union pour la Nouvelle République (UNR, „Union für die Neue Republik") auf. Bei der Parlamentswahl im November 1958 kommen die Poujadisten nur noch auf 1,5%.

Obwohl sich Poujade ausdrücklich von ihm distanziert, führt Jean-Marie Le Pen bestimmte Elemente des Poujadismus mit seinem 1972 gegründeten Front National fort. Und in gewisser Weise steht auch die „Gelbwestenbewegung" in der Tradition des Poujadismus.

Front und Rassemblement, Hauptsache „national"[202]

Der Aufstieg des im Oktober 1972 aus dem Zusammenschluss mehrerer kleinerer nationalkonservativer Gruppierungen entstandenen Front National (FN, „Nationale Front") beginnt nicht zufällig mit Wahl des Sozialisten François Mitterrand zum Präsidenten im Jahr 1981.

Ähnlich wie in anderen rechten Bewegungen kämpfen auch im Front National seit seiner Gründung zwei weltanschauliche Lager um Macht und Einfluss. In der Anfangszeit steht der FN stark unter dem Einfluss des aus ehemaligen Vichy-Anhängern und Neonazis gebildeten

[202] Für zusätzliche Informationen siehe: Tristan 1988; Lampe 1992; Camus 1998; Schmid 1998; Heimberger 2001; Bréchon 2011; Balent 2013.
Offizielle Website: https://rassemblementnational.fr/ (Französisch)

rechtsradikalen Milieus. Gegen Ende des Jahrzehnts wird die Partei zu einem Sammelbecken von katholischen Traditionalisten. In den späten 1980er-Jahren gerät der Front National wieder stärker unter die Kontrolle der Anhänger der Neuen Rechten um Bruno Mégret. Und nach dem Bruch zwischen Le Pen und Mégret bekommen die Traditionalisten um Bruno Gollnisch wieder Aufwind.[203]

Der Front National macht von Anfang an mit fremdenfeindlichen Äußerungen und Parolen auf sich aufmerksam.[204] Aufgrund seiner integrationsfeindlichen Haltung und seines latenten Antisemitismus und Autoritarismus bleibt die Partei in der französischen Politik lange Zeit isoliert.[205] Durch den Verzicht der Rechtskonservativen auf eine Zusammenarbeit mit den Rechtsradikalen können sich bei den in Frankreich üblichen Stichwahlen häufig linke Kandidaten durchsetzen.

Im Laufe der Jahre gelingt es Le Pen, viele der kleinen rechten Splittergruppen unter dem Dach des Front National zu vereinen. Der eigentliche Durchbruch erfolgt bei den Europawahlen 1984, als der FN auf Anhieb 11,1% und zehn Abgeordnete erhält, und bei den Parlamentswahlen 1986, als fast 10% der Wähler dem FN ihre Stimme geben. Die wirtschaftlichen Probleme, die ungeliebte Cohabitation (1986–1988)[206] und eine Reihe von Skandalen treiben dem FN die Wähler zu. Die Partei profitiert aber auch von der Neigung der französischen Bevölkerung zur „Sanktionswahl", von der zeitweiligen Hegemonie der Linken, die zur Radikalisierung der rechten Opposition führt, und nicht zuletzt vom Niedergang des populistischen Neogaullismus, der sich immer stärker dem wirtschaftlichen Liberalismus zuwendet. Außerdem gelingt es dem Charismatiker Le Pen, eine starke organisatorische Struktur (Mitglieder, Presse, Jugend-, Frauen- und andere berufsständische Gruppen) aufzubauen. Bei den Europawahlen 1989 erreicht der FN 11,7%, bei den Parlamentswahlen 1993 12,6% – und ist damit als „vierte Kraft" etabliert. Bis 1997 kann der FN seinen Stimmenanteil auf über 15% steigern. Allerdings verhindert das französische Mehrheitswahlsystem eine dem Stimmenanteil adäquate Repräsentation des FN im Parlament; nur 1986, als nach dem Verhältniswahlrecht gewählt wird, kann die Partei 34 Mandate erringen.

Im Dezember 1998 spaltet sich der frühere Funktionär BRUNO MÉGRET (1949), der Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien befürwortet und zwischen klassischem Liberalismus und moderatem Nationalismus oszilliert, mit zahlreichen weiteren Mitgliedern von der Partei ab und gründet den Mouvement National Républicain (MNR, „Nationale Republikanische Bewegung"), wovon aber letztendlich vor allem die europakritische bürgerliche Rechte um Charles Pasqua und Philippe de Villiers profitiert.

Der Austritt Bruno Mégrets und die Abspaltung des MNR sind zudem weniger ideologisch motiviert, als vielmehr der Höhepunkt eines parteiinternen Machtkampfes um die richtige Strategie. Im selben Jahr wird Le Pen wegen Körperverletzung an einer sozialistischen Bürgermeisterin zu drei Monaten Gefängnis auf Bewährung und einem Jahr Unwählbarkeit ver-

---

[203] Vgl. Balent 2013

[204] Le Pen wird seit 1960 in mehr als 20 Fällen, u.a. wegen Beleidigung, Morddrohungen, rassistischer sowie negationistischer Erklärungen und wegen Körperverletzung rechtskräftig verurteilt.

[205] 1983 schließen der neogaullistische Rassemblement pour la République (RPR) und die liberal-konservative Union pour la Démocratie Française (UDF) bei den Kommunalwahlen in Drieux ein Wahlbündnis mit dem Front National. Als Le Pen die Vernichtung der Juden als „Detail der Geschichte" bezeichnet, distanzieren sich die bürgerlichen Parteien jedoch scharf.

[206] Mit Cohabitation („Zusammenleben") wird in Frankreich die Situation bezeichnet, bei der der Staatspräsident und die Parlamentsmehrheit zwei entgegengesetzten politischen Lagern angehören. Das grundsätzlich mächtige französische Staatsoberhaupt ist in Zeiten der Cohabitation in seinen Kompetenzen stark eingeschränkt und auf die von Kompromissen geprägte Zusammenarbeit mit der „gegnerischen" Regierung angewiesen.

urteilt. Der Front National scheint am Ende. Bei den Europawahlen 1999 erhält er nur noch 5,7%, der neue Mouvement National Républicain 3,3%. Schlussendlich setzt sich im internen Wettstreit jedoch der FN durch. 2002 erreichte er 11,3%, der MNR nur noch 1,1%.

Noch erfolgreicher ist Jean-Marie Le Pen bei Präsidentenwahlen: 1988 kommt er auf 14,4%, 1993 auf 15%, 2002 auf 16,9% – und erhält damit mehr Stimmen, als der Kandidat der Sozialisten Lionel Jospin, was Le Pen sogar in den zweiten Wahlgang bringt, wo er gegen den amtierenden Präsidenten Jacques Chirac klar unterliegt. Im Präsidentschaftswahlkampf 2007 können Le Pen und der Front National diesen Erfolg allerdings nicht wiederholen und büßen zugunsten des populistischen „bürgerlichen" Kandidaten Nicolas Sarkozy deutlich an Wählerstimmen ein.

Anfang 2011 übernimmt Jean-Marie Le Pens Tochter MARINE LE PEN (*1968) den Parteivorsitz. Im ersten Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahlen 2012 erhält sie mit 17,9% der gültigen Stimmen mehr, als ihr Vater jemals erreichen konnte. Bei den darauf folgenden Parlamentswahlen erringt der FN zwei Abgeordnetenmandate, von denen eines an Jean-Marie Le Pens Enkelin MARION MARÉCHAL-LE PEN (*1989) geht.

Bei der Europawahl 2014 gelingt dem Front National ein in diesem Ausmaß nicht vorhersehbarer Triumph. Die Partei erhält mehr als 25% der Stimmen und wird damit erstmals – und mit großem Abstand auf die bürgerliche UMP – stärkste Partei des Landes. Bei den Départementswahlen 2015 kann der FN zwar zahlreiche Ratsposten, aber – entgegen seinen hochgesteckten Erwartungen – kein Département gewinnen.

Im Frühjahr 2015 eskaliert der bereits länger schwelende Konflikt zwischen der Parteivorsitzenden Marine Le Pen und ihrem Vater. Anlass sind einmal mehr dessen umstrittene Bemerkungen zum Holocaust. Im Mai suspendiert das Exekutivbüro der Partei seine Mitgliedschaft, und am 20. August 2015 wird Jean-Marie Le Pen wegen „schwerer Verfehlungen" aus seiner eigenen Partei ausgeschlossen.

Obwohl Marine Le Pen für die Präsidentschaftswahlen 2017 lange Zeit als Favoritin gilt, wird sie im ersten Wahlgang mit 21,3% der Stimmen nur zweite hinter dem Shootingstar Emmanuel Macron. In der Stichwahl erhält sie mit 33,9% deutlich weniger als erhofft. In der darauf folgenden Wahl zur Nationalversammlung kann der Front National acht Mandate erringen, mehr als zuvor, aber viel zu wenig, um im Parlament eine Rolle spielen zu können.

Im März 2018 kündigt Marine Le Pen die Umbenennung der Partei in Rassemblement National (RN, „Nationale Sammlungsbewegung") an, ein Schritt, der im Juni von einer großen Mehrheit der Mitglieder per Urabstimmung bestätigt wird.

Die Partei beschreibt sich selbst als „patriotisch" und „national", und punktet durch die zeitweilige Monopolisierung der Themen Migration und Sicherheit. Eine ihrer wichtigsten Forderungen ist die Beschränkung der Zuwanderung, insbesonders jener aus außereuropäischen und muslimischen Ländern. Illegale Einwanderer sollen nach Ansicht des FN/RN unverzüglich ausgewiesen werden.

Die ideologischen Positionen des Front National sind stets bis zur Systemfeindlichkeit zugespitzt, das Parteiprogramm nationalistisch, autoritär, ethnozentristisch, systemfeindlich und latent bis offen antisemitisch. Affinitäten zum Neofaschismus sind dabei nicht zu übersehen. Predigte man anfangs noch einen wirtschaftlichen Neoliberalismus, so erfolgt mit dem Strukturwandel der Wählerschaft eine immer stärkere Hinwendung zum Linkspopulismus.

Neoliberale Prinzipien gelten seitdem nur noch soweit, als sie den „Interessen der Volksgemeinschaft" nützten.

Der Front National will für alle wählbar sein. Er fordert deshalb die Bevorzugung der Franzosen am Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie bei der Sozialversicherung. Diese „Préférence nationale" soll u.a. mithelfen, soziale Klassengegensätze zugunsten einer „sozialen Volksgemeinschaft" – *Social parce que national* („Sozial weil national") lautet ein Slogan – zu überwinden; d.h., die Partei betont das korporatistische Thema der Solidarität, die nicht auf sozialen Klassen, sondern auf einer nationalen Gesinnung basiert. Außerdem verfolgt der FN eine betonte Law & Order-Politik und verlangt die Rückführung straffällig gewordener Einwanderer und die Wiedereinführung der Todesstrafe. Gleichzeitig verbindet er den „modernen Rechtsextremismus" mit neokonservativen Vorstellungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik – weniger Staat, weniger Steuern und die Beschränkung des gewerkschaftlichen Einflusses.

Weitere programmatische Schwerpunkte der Partei waren und sind die größere Unabhängigkeit Frankreichs von der Europäischen Union und anderen internationalen Organisationen, der Schutz der einheimischen Landwirtschaft und Industrie sowie die Rückbesinnung auf traditionelle Werte, also die Bedeutung der Familie, ein Verbot der Abtreibung, die Ablehnung von Homosexualität und „entarteter Kunst" usw. Der Front National bezieht immer wieder offen antiamerikanische Positionen, die nicht selten mit antisemitischen Untertönen einhergehen. Diese verbalen Entgleisungen sind als bewusste Provokationen zu verstehen, die mediale Aufmerksamkeit erzeugen, ein Außenseiterimage schaffen, die selbstgewählte Isolierung verstärken und gleichzeitig die politisch „unkorrekten" Botschaften allmählich banalisieren sollen. Dieser spezifische Opportunismus – Alain Rollat, früherer Chefredakteur von Le Monde, spricht von „ideologischer Rumpelkammer" – macht das eigentliche Erfolgsgeheimnis des FN aus.[207]

War die Kernwählerschaft des Front National anfangs vor allem unter den kleinen Selbständigen zu finden, so verändert sich die Zusammensetzung der Wählerschaft im Laufe der Jahre stark. In den 1990er-Jahren gelingt es dem FN, in die traditionellen Wählerschichten der Linken einzudringen und damit zu einer der stärksten „Arbeiterparteien" des Landes zu werden. Die Partei profitiert dabei vom Strukturwandel und der hohen Arbeitslosigkeit in den Industrierevieren, aber auch in den Banlieus der großen Städte, wo die sozial schwächsten Bevölkerungsgruppen aufeinandertreffen und die daraus resultierenden Spannungen sich in Kriminalität und Rassismus entladen. Die Wähler des FN/RN waren und sind vorwiegend im verstädterten und industrialisierten Ostteil des Landes zu finden, im Elsass, bis heute eine der Hochburgen der Partei, im Großraum von Paris, aber auch an der Côte d'Azur und dem Rhône-Gebiet; sie sind überwiegend männlich – wobei das Geschlechterverhältnis in den letzten Jahren etwas ausgeglichener geworden ist – und stehen der Kirche vielfach distanzierter gegenüber, als der Durchschnitt der Franzosen. Zu den früheren Wählern der Linken und jenen der traditionellen französischen Rechten gesellen sich außerdem noch traditionalistische Katholiken und Vichy-Anhänger: *The FN has become a cross-class party capable of winning support from all social milieux and all political backgrounds*.[208]

[207] Zit. nach Decker 2004:65. Vgl. Rollat 1985
[208] Balent 2013:178

Umfragen belegen, dass es in der französischen Bevölkerung eine breite Unterstützung für manche Themen und Ziele des Front National gibt, die weit über das tatsächliche Elektorat hinausreichen. Dem französischen Rechtsextremismus ist es demnach gelungen, Wurzeln zu schlagen und die Wählerschaft ideologisch zu infiltrieren. Aufgrund des französischen Mehrheitswahlrechts bemisst sich der Erfolg des FN allerdings weniger in Wahlresultaten und parlamentarischer Repräsentation, als vielmehr in seinem (indirekten) Einfluss auf die französische Innenpolitik.

Die Wähler der Partei verorten sich selbst nur teilweise als „rechts". Etwa 10% bezeichnen sich als „weit rechts stehend", 20% als „eher rechts" und rund 30% als „weder rechts noch links". In manchen gesellschaftspolitischen und sozialen Fragen sind sie sogar weit weniger „rechts" als die Anhänger der konservativen Parteien.

Die Mehrzahl der Wähler des Front National ist, Umfragen zufolge, mit ihrem Leben überwiegend unzufrieden, beklagt den allzu großen Einfluss der Gewerkschaften (75%), kritisiert die Justiz (62%) und die Verwaltung (56%) und schimpft gleichermaßen auf Medien und Politik (je 54%). Die eigene und die Zukunft des Staates werden von 43% bzw. 62% der Wähler äußerst skeptisch bewertet.[209]

Bei den Präsidentschaftswahlen 1995 betrug der Anteil der Arbeiter unter den FN-Wählern 27%, jener der Erwerbslosen 34%; 18% besaßen keinen, weitere 18% nur einen Grundschulabschluss, lediglich 7% das Abitur. Außerdem zeigte sich, dass die Wähler Le Pens das geringste Vertrauen in staatliche Institutionen (Ausnahme: Armee) aufwiesen.[210]

Nach der Übernahme der Parteiführung durch Marine Le Pen ist der FN/RN auf Abstand zu offen rechtsextremen Gruppierungen wie der britischen BNP oder der deutschen NPD gegangen und versucht, sich als respektable und der Demokratie verpflichtete Kraft der rechten Mitte zu positionieren. *The attitude and policy choices of Marine Le Pen bear witness to the „adaptation strategy" […] This strategy „consists of getting involved in an explicit process of integration into the political scene" by adopting a more restrained and respectable rhetoric that adheres more closely to the expectations of the electorate and that is more in line with the issues of the day*.[211]

Im Zentrum seiner politischen Agitation stehen weiterhin die Islamkritik und die Warnung vor einer schleichenden „Islamisierung" Frankreichs. Die Präsidentschaft François Hollandes und die Installation einer linken Regierung verschafft dem FN erneut ein reiches Betätigungsfeld in umstrittenen gesellschaftspolitischen Fragen, wie z.B. der gleichgeschlechtlichen Ehe. Nach dem Wahlsieg Macrons im Frühjahr 2017 und den darauf folgenden innerparteilichen Turbulenzen tritt die Partei eine Zeit lang nur wenig in Erscheinung; seit der Jahreswende 2018/19 versucht der Rassemblement National auf den Zug der „Gelbwestenbewegung" (Mouvement des Gilets jaunes), die anfangs von breiten Teilen der französischen Bevölkerung unterstützt wird, aufzuspringen.

Seit November 2022 ist JORDAN BARDELLA (1995*), bis 2021 Leiter der Jugendorganisation Génération nation, neuer Parteivorsitzender. Seine Karriere ist insofern bemerkenswert, als Bardella selbst aus einer Einwandererfamilie stammt, deren Wurzeln in Italien und Algerien liegen. Er wächst in einer Sozialwohnsiedlung in der Pariser Banlieu auf und tritt mit 16 Jahren dem Front National bei. 2016 initiiert er die „Banlieues patriotes" (Patriotische Vor-

[209] Vgl. Falkenberg 1997
[210] Vgl. Mayer 1996
[211] Balent 2013:168

orte), die sich um die Bewohner der vernachlässigten Randbezirke der Großstädte kümmern will. Bardella ist der erste Vorsitzende der Partei, der nicht aus der Familie Le Pen stammt, allerdings in diese eingeheiratet hat. Die Partei, so Bardella, werde unter seiner Führung „moderner, weiblicher und professioneller" werden.

Zur Europawahl 2019 wird Bardella – im Alter von nur 23 Jahren – als Spitzenkandidat der Rassemblement National-Liste aufgestellt, die mit 23,3% der Stimmen landesweit stärkste Kraft wird.

Weitere Abspaltungen und Neugründungen

Der Front bzw. Rassemblement National und seine Abspaltung, der Mouvement national républicain, sind nicht die einzigen Vertreter einer rechtspopulistischen, z.T. auch rechtsextremen Politik in Frankreich.

Im Herbst 2017 verlässt der ehemalige Vizepräsident des Front, FLORIAN PHILIPPOT (1981), mit einigen anderen Abgeordneten die Partei und gründet Les Patriotes (LP, „Die Patrioten"). Philippot hatte u.a. die Wahlkampagne des Linksnationalisten Jean-Pierre Chevènement zur Präsidentschaftswahl 2002 und die Kampagne für ein Nein zur europäischen Verfassung beim Referendum 2005 unterstützt. Nach seinem Eintritt in den FN ist er maßgeblich für die sozialpopulistische Umgestaltung des wirtschaftsliberalen Parteiprogramms verantwortlich. Als Absolvent einer Elitehochschule ist er innerhalb der Partei umstritten, ebenso wie seine Strategie einer Öffnung zur politischen Mitte hin, mit der er neue Wähler unter den Anhängern der zentristischen und linken Parteien gewinnen möchte.

Les Patriotes fordert den Austritt Frankreichs aus der Europäischen Union, den Ausstieg aus der Eurozone, dem Schengen-Abkommen und der NATO und versucht sich ab 2020 als Speerspitze der Bewegung gegen die Corona-Maßnahmen zu profilieren.

Im Jahr 2021 gründet der Journalist ÉRIC ZEMMOUR (1958*), Sohn einer jüdischen Familie mit algerischem Migrationshintergrund, die Bewegung Reconquête! (R! oder REC, „Rückeroberung")[212] zur Unterstützung seiner eigenen Präsidentschaftskandidatur.

In seinem Wahlkampf macht Zemmour mit islam- und frauenfeindlichen, z.T. auch rassistischen und geschichtsrevisionistischen Positionen auf sich aufmerksam. Sein Stil ist polemisch und hasserfüllt, den Feminismus bezeichnet Zemmour als „Vernichtungskrieg" gegen den heterosexuellen weißen Mann.

In der Familienpolitik fordert Zemmour, dass Eltern per Gesetz zur Wahl „französischer Vornamen" verpflichtet werden sollen, außerdem befürwortet er die Wiedereinführung der Todesstrafe und spricht sich für einen wirtschaftlichen Protektionismus aus. Zemmours Polemiken richten sich auch gegen Homosexuelle. Er fordert ein „katholisches Frankreich" und verweist

[212] Offizielle Website: https://www.parti-reconquete.fr/ (Französisch)

dabei auf das Vorbild Polen; Viktor Orbán lobt er dafür, dass dieser die Identität seines Landes und Europas verteidige.

Besonders verstörend sind Zemmours Sympathien für antisemitische Positionen, seine Verteidigung von Holocaustleugnern, seine Verharmlosung des Vichy-Regimes, seine Herabwürdigung prominenter jüdischer Franzosen als „Hofjuden".

Zemmour wird bereits im Jahr 2011 wegen eines Aufrufs zu rassistischer Diskriminierung rechtskräftig verurteilt. Bei der französischen Präsidentschaftswahl 2022 erhält er vor allem aus dem Rassemblement National sowie von Identitären und rechtsgerichteten Mitgliedern der Republikaner Zulauf. Mit nur 7,1% scheidet er im ersten Wahlgang dennoch aus. Auch in der ersten Runde der französischen Parlamentswahlen 2022 erreicht keiner seiner Kandidaten die Stichwahl. Landesweit erzielt die Partei nur 4,2% der abgegebenen Stimmen.

Griechenland[213]

Zwischen Republik, Monarchie und Diktatur

Griechenlands Politik ist in der Zwischenkriegszeit von großer Instabilität gekennzeichnet. Das Land wird 1924 Republik, allerdings kehrt König Georg II. 1935 durch ein gefälschtes Plebiszit auf den Thron zurück. Die Wahlen im Januar 1936 führen zu einem Patt zwischen Konservativen und Liberalen; Zünglein an der Waage ist die Kommunistische Partei. In dieser Situation putscht sich der Ex-General IOANNIS METAXAS (1871–1941) mit Zustimmung des Königs an die Macht.

Metaxas Regime ist autoritär, aber nicht faschistisch. Es existiert keine Massenorganisation und auch der Antisemitismus spielt keine Rolle; der General gibt sich sogar als Schutzherr der griechischen Juden aus und geht gegen die 1927 in Thessaloniki gegründete nationalistische und antisemitische Kampforganisation Ethnikí Enósis Elládos (EEE, „Nationale Union Griechenlands") vor.

Die EEE verdankt ihren Zulauf den wachsenden Spannungen zwischen den seit langem ansässigen sephardischen Juden Thessalonikis, die um die Jahrhundertwende noch knapp die Hälfte der Bevölkerung stellen, und den nach 1923 aus Kleinasien vertriebenen Griechen, die sich vornehmlich in Nordgriechenland niederlassen. Die gewalttätigen Exzesse der EEE gipfeln 1931 in einem Pogrom, bei dem das jüdische Wohnquartier Campbell niedergebrannt wird. Die Führung der EEE um Georgios Kosmidis wird vor Gericht gestellt – und freigesprochen. 1933 wird die EEE in eine politische Partei umgewandelt, kurz darauf unter der Metaxas-Diktatur jedoch verboten.

1941 kann die EEE mit Zustimmung der deutschen Besatzungsbehörden neu gegründet werden. Als Gegenleistung für ihre Dienste erhält die Organisation deutsches Geld, Mitglieder der EEE werden mit „arisierten" Geschäften belohnt.

Unmittelbar nach dem Ende der deutschen Besatzung bricht der Bürgerkrieg erneut aus. Die gegnerischen Parteien werden von der Sowjetunion und Jugoslawien bzw. von Großbritannien und den USA unterstützt. Der Konflikt endet 1949 mit der Niederlage der kommunistischen Verbände. Griechenland ist in der Folge der einzige verbliebene nichtkommunistische Staat auf dem Balkan und wird 1952 in die NATO aufgenommen.

Unter König Paul I. wechseln sich in den folgenden Jahren mehrere rechtsgerichtete Regierungen ab. Die politische Macht liegt beim König und der Armee, bei den Geheimdiensten, der Polizei und den paramilitärischen Truppen, die das ländliche Griechenland kontrollieren.

Von 1955 bis 1963 führt die „Nationalradikale Union" von KONSTANTINOS KARAMANLIS (1907–1998) die Regierung, doch 1963 geht die moderat linke „Zentrumsunion" als stärkste Partei aus den Wahlen hervor. Ministerpräsident wird GEORGIOS PAPANDREOU (1888–1968), der den Aufbau einer sozialen Marktwirtschaft forciert und eine vorsichtige Politik der Liberalisierung des Landes betreibt – ein Kurs, der nicht nur bei der extremen Rechten, sondern auch bei den konservativen Eliten und dem Königshaus auf Widerstand stößt.

Nach der Aufdeckung einer angeblichen Verschwörung linksgerichteter Offiziere, in die auch Papandreous Sohn Andreas – Ministerpräsident von 1981 bis 1989 und von 1993 bis 1996 – verwickelt ist, zwingt der politisch völlig unerfahrene König Konstantin II., der seinem 1964

[213] Für eine ausführliche Darstellung der Geschichte Griechenlands und weitere Literaturverweise siehe: Tzermias 1999; Zelepos 2014.

verstorbenen Vater gefolgt ist, Papandreou zum Rücktritt und bestellt eine neue Regierung, die schlussendlich nur mit Hilfe von Bestechungen über eine parlamentarische Mehrheit von einer Stimme verfügt.

Das Regime der Obristen

Parallel dazu erarbeiten der König und die ihm treuen Generäle – die so genannte „große Junta" – mit Einwilligung der US-Regierung einen Plan zur Errichtung einer Militärdiktatur aus, falls es nicht gelingen sollte, ein politisches Comeback von Georgios Papandreou mit „demokratischen Mitteln" zu verhindern.

Als sich die politischen Spannungen immer weiter zuspitzen, putscht sich eine kleine Verschwörergruppe um Oberst GEORGIOS PAPADOPOULOS (1919–1999) in der Nacht zum 21. April 1967 an die Macht und stellt den König und den Rest des Militärs vor vollendete Tatsachen. Noch in derselben Nacht rollt eine erste Verhaftungswelle durch das Land. Unter den prominenten Häftlingen befinden sich der 79-jährige Georgios Papandreou, die meisten Minister seiner Regierung, Dutzende von Abgeordneten und hohen Verwaltungsbeamten, Journalisten, Rechtsanwälte, Schriftsteller und Künstler.

Gewöhnliche Verhaftete, kleine Funktionäre und aktive Mitglieder der politischen Parteien, der Gewerkschaften, der Jugendorganisationen und viele weitere „verdächtige" Bürger werden in Fußballstadien interniert. Die politische Opposition ist ausgeschaltet, die Medien sind einer strengen Zensur unterworfen. Die „Revolution zur Rettung der Nation" vor einer angeblichen kommunistischen Verschwörung etabliert das Ideal eines „Hellas christlicher Hellenen", symbolisiert durch das neue Staatssymbol, ein aus den Flammen aufsteigender Phönix.

Die drakonischen Maßnahmen der Junta machen auch vor Schulen und Universitäten, ja selbst vor der orthodoxen Amtskirche nicht halt. Im Dezember des Jahres scheitert ein Gegenputsch des Königs; Konstantin wird für abgesetzt erklärt und flieht mit seiner Familie nach Rom.

Die griechische Militärjunta verfügt über keine eigenständige Ideologie; Antikommunismus, Nationalismus und die Verbundenheit zur Orthodoxie sind die zentralen Elemente einer letztendlich kleinbürgerlichen und antimodernen Bewegung.

Die unter dem Druck zunehmender Unzufriedenheit, nachlassender wirtschaftlicher Erfolge und außenpolitischer Isolation von Papadopoulos in Aussicht gestellte allmähliche Rückkehr zur Demokratie erregt den Widerstand der Hardliner im Militär. In den frühen Morgenstunden des 25. November 1973 fahren erneut Panzer im Athener Zentrum auf, Papadopoulos wird in seiner Residenz verhaftet und unter Hausarrest gestellt. General PHAIDON GIZIKIS (1917–1999) übernimmt die Präsidentschaft.

Das Militärregime bemüht sich, die innenpolitischen Auseinandersetzungen auf den griechisch-türkischen Konflikt um Zypern und den als „Kommunistenfreund" bezeichneten zyprischen Präsidenten Makarios III. zu verlagern. Am 15. Juli 1974 greifen rebellierende Angehörige der zyprischen Nationalgarde den Präsidentenpalast an, Makarios flieht nach London, wenige Tage später intervenieren die türkischen Streitkräfte und besetzen den Nordteil der Insel. Eine direkte Konfrontation zwischen Griechenland und der Türkei kann auf Vermittlung der USA verhindert werden. Nun rücken auch Teile der Armee von der Militärjunta ab, die

am 23. Juli 1974 für abgesetzt erklärt wird. Die *Diktatur, die weder eine Ideologie hatte, noch dem Volk politische Perspektiven weisen konnte*[214], ist damit über Nacht verschwunden.

Rückkehr zur Demokratie

Nach der Freilassung der politischen Gefangenen kehren viele der ins Exil geflüchteten Politiker und Künstler zurück. Bei den Wahlen im November 1974 gewinnt Konstantinos Karamanlis mit seiner Partei Nea Dimokratia 54% der Stimmen. Zur Abrechnung mit der Militärjunta kommt es erst im Jahr darauf: Drei Führer des Militärputsches werden im August 1975 wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, die Strafen später in lebenslange Haft umgewandelt.

Vor dem Hintergrund der Erinnerungen an die Militärdiktatur spielen rechtsextreme Parteien in Griechenland lange Zeit nur eine untergeordnete Rolle. Dies ändert sich erstmals, als 2007 zehn Abgeordnete der nationalistischen und fremdenfeindlichen Laikós Orthódoxos Synagermós in das griechische Parlament einziehen.

Die orthodoxen Rechten

Laikós Orthódoxos Synagermós (LAOS, „Orthodoxe Volksbewegung") wird im September 2000 vom ehemaligen Radio- und Fernsehjournalisten GEORGIOS KARATZAFERIS (*1947) gegründet. Karatzaferis ist von 1993 bis 2000 Mitglied der rechtskonservativen Nea Dimokratia und wird aus der konservativen Partei ausgeschlossen, nachdem er eine angebliche homosexuelle Beziehung des Parteivorsitzenden Kostas Karamanlis mit seinem Stellvertreter öffentlich und diese für die Wahlniederlage der Partei verantwortlich gemacht hatte.

LAOS versteht sich als nationalkonservative Kraft; ihrer Ansicht nach seien die Aufteilungen in „rechts" und „links" nach dem Niedergang des real existierenden Sozialismus obsolet. Die einzig wichtige Frage sei, ob eine Partei sich für oder gegen die Globalisierung ausspreche. LAOS tritt als strikter Globalisierungsgegner auf; außerdem wendet sich die Partei entschieden gegen einen EU-Beitritt der Türkei, die weder geografisch noch kulturell zu Europa gehöre, und tritt für einen harten Kurs gegenüber der ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien (Nordmazedonien) und gegenüber Immigranten, besonders aus Albanien, ein.

LAOS verknüpft diese ultranationalistischen Positionen mit religiös-orthodoxen und befürwortet eine (noch) stärkere Rolle der griechisch-orthodoxen Kirche in der Politik.

Die Partei schließt sich mit weiteren rechtsextremen Gruppen wie der Elliniko Metopo („Griechische Front") zusammen und nimmt auch eine Reihe von Funktionären in ihren Reihen auf, die sich in der Öffentlichkeit mehrfach rassistisch und antisemitisch geäußert hatten. Auch Karatzaferis selbst fällt immer wieder mit antisemitischen Entgleisungen auf („Das Land wird von Juden beherrscht") und „entlarvt" gerne öffentlich die angebliche jüdische Abstammung missliebiger Politiker.

[214] Der Spiegel Nr. 31/1974, 40

Bei den Parlamentswahlen 2004 scheitert LAOS knapp an der Dreiprozenthürde; bei den Europawahlen 2004 erringt die Partei ein Mandat – Parteigründer Karatzaferis wird nach Brüssel entsandt und ist bis 2007 Mitglied der Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie.

2007 zieht LAOS schließlich mit zehn Abgeordneten in das griechische Parlament ein; damit ist dort erstmals seit dem Ende der Militärdiktatur wieder eine rechtsradikale Partei vertreten. Bei den Europawahlen 2009 erhält LAOS 7,1% und stellt zwei Abgeordnete.

Bei den vorgezogenen Neuwahlen im Oktober 2009 verbessert sich LAOS auf 5,6% und 15 Abgeordnete. Die Partei tritt im November 2011 in die Koalitionsregierung unter Loukas Papadimos ein und stellt dort vier Minister. Allerdings entzieht LAOS der Regierung bereits im Februar 2012 die Unterstützung, da sie nicht länger bereit ist, die drastischen Sparauflagen mitzutragen. Einige Abgeordnete treten zur Nea Dimokratia über. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Mai 2012 verfehlt LAOS den Einzug ins Parlament, bei der Wahlwiederholung im Juni fällt die Partei auf nur noch 1,6% zurück. Großer Gewinner dieser beiden Wahlgänge ist die rechtsextreme Chrysi Avgi mit knapp 7%. Bei den Parlamentsneuwahlen im September 2015 tritt LAOS nicht mehr an.

Griechische Neonazis

Chrysi Avgi[215] („Goldene Morgenröte") ist eine seit 1993 registrierte Partei mit eindeutig neonazistischem Profil. Das offizielle Parteizeichen, ein schwarzer Mäander auf rotem Grund, erinnert an germanische Runen und weckt nicht zufällig Assoziationen an die nationalsozialistische Hakenkreuzfahne. Anführer von Chrysi Avgi, die sich in erster Linie als „Bewegung" versteht, ist NIKOLAOS MICHALOLIAKOS (*1957), ein mehrfach vorbestrafter Rechtsextremist mit guten Verbindungen zur früheren Militärjunta.

Die politischen Positionen von Chrysi Avgi umfassen eine Reihe von territorialen Ansprüchen an die Nachbarstaaten Griechenlands. Ein weiteres zentrales Motiv ist eine radikal einwandererfeindliche Politik, die sich vor allem gegen die größte Zuwanderergruppe, die Albaner, richtet. Chrysi Avgi bezieht sich auch stark auf die orthodoxe Religion, obwohl viele ihrer Anhänger sich eigentlich an der nationalsozialistischen „Black Metal-Szene" orientieren.

Die Mitglieder der Chrysi Avgi scheuen auch vor gewalttätigen Ausschreitungen nicht zurück, so etwa anlässlich von Fußballspielen, in deren Folge bereits mehrere gegnerische Fans schwer verletzt und sogar getötet wurden. Im Mai 2011 kommt es in einem von Migranten geprägten Athener Stadtteil zu fremdenfeindlichen Krawallen. In weiterer Folge nehmen die gewaltsamen Übergriffe auf Ausländer, politische Gegner oder kritische Journalisten dramatisch zu.

[215] Siehe: Psarras 2013.

Innerhalb der rechtsextremen Netzwerke pflegt Chrysi Avgi gute Beziehungen zur NPD und zum französischen Renouveau français. Ein besonders enges Verhältnis besteht zu den serbischen Ultranationalisten. Beider Ziel ist es, ein Großgriechisches und ein Großserbisches Reich zu errichten – auf Kosten Mazedoniens, Albaniens und der Türkei.

Bei den Parlamentswahlen 2009 erzielt Chrysi Avgi nur 0,3%. Doch bereits bei den Kommunalwahlen 2010 schafft die Partei in Athen 5,3% der Stimmen; in den Problemvierteln mit hohem Migrantenanteil kommt sie sogar auf 20% und mehr. Bei der Parlamentswahl im Mai 2012, die ganz im Zeichen der Finanzkrise steht, zieht die Partei mit knapp 7% und 21 Abgeordneten erstmals ins Parlament ein.

Die konsequente Ablehnung der Kreditverträge und der von der EU „diktierten" Sparmaßnahmen macht Chrysi Avgi besonders für junge Wähler attraktiv. Außerdem profitiert die Partei vom Zickzackkurs der rechtspopulistischen LAOS, die sich 2011, sehr zum Missfallen ihrer Anhänger, an der nationalen Einheitsregierung von Lucas Papademos beteiligt.

Im September 2013 wird der linke Aktivist und Musiker Pavlos Fyssas von einem Chrysi-Avgi-Mitglied erstochen. Es kommt zu landesweiten Protesten und ersten behördlichen Maßnahmen gegen die Partei. Ihr Vorsitzender Nikolaos Michaloliakos und weitere führende Mitglieder – insgesamt 20 Personen – werden wegen des Vorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung festgenommen. Aktivisten der Partei stellen daraufhin die neue Ethniki Avgi („Nationale Morgendämmerung") vor, die aktiv werden soll, falls Chrysi Avgi tatsächlich als „kriminelle Vereinigung" verboten wird.

Bei der Europawahl 2014 erreicht Chrysi Avgi 9,4% und wird drittstärkste Kraft. Bei den Parlamentswahlen 2015 erzielt die Partei 6,3% der Stimmen (17 Abgeordnete); bei der vorgezogenen Neuwahl im September desselben Jahres kann sie sogar noch einen Sitz dazugewinnen und bleibt drittstärkste Partei hinter SYRIZA und der Nea Dimokratia.

Der Prozess gegen 73 Mitglieder der Partei beginnt schließlich im Juni 2015. Nach einer Reihe von Vertagungen verurteilt ein Athener Gericht die Führung und die gesamte Partei am 7. Oktober 2020 wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Der politische Höhenflug der „Goldenen Morgenröte" war allerdings bereits im Jahr zuvor zu Ende gegangen. Bei der Parlamentswahl im Sommer 2019, bei der auch Alexis Tsipras vom konservativen Kyriakos Mitsotakis abgelöst wird, stürzt Chrysi Avgi auf unter 3% ab und ist seither nicht mehr im griechischen Parlament vertreten.

Nach dem Verbot der „Goldenen Morgenröte" und der Verurteilung ihrer Führung wird der Weg für noch extremere Gruppen wie Pro Patria frei. Gleichzeitig versucht die regierende konservative Nea Dimokratia auch auf die Rechtsextremen zuzugehen. Im Kabinett Mitsotakis sind zwischenzeitlich drei Minister mit rechtsextremer Vergangenheit vertreten, die ihre politische Karriere bei LAOS begannen und nun als Brücke zum rechtsextremen Milieu fungieren.

Die Strahlkraft der „Goldenen Morgenröte" war auch außerhalb Griechenlands zu spüren gewesen. 2012 gründet Alessandro Gardossi, ein ehemaliges Mitglied der neofaschistischen Forza Nuova, in Italien die Partei Alba Dorata, die in mehreren lombardischen Städten sogar Regionalbüros eröffnet. Und im Oktober 2013 heben ehemalige Jobbik-Mitglieder, denen ihre Partei nicht mehr radikal genug ist, die „Ungarische Morgenröte" (Magyar Hajnal) aus der Taufe.

Auch in Griechenland kommt es zu mehreren Abspaltungen und Neugründungen, etwa 2004 mit der Patriotiki Symmachia (PATRI.S, „Patriotische Allianz"), die an der Europawahl 2004 und an der Kommunalwahl 2006 in Athen teilnimmt, ohne Mandate zu erringen; 2007 löst sich die Partei wieder auf.

Ein fruchtbarer Boden...

Griechenland ist in den Jahren nach der Finanz- und Wirtschaftskrise ein überaus fruchtbarer Boden für die Entstehung radikaler, oft dubioser Parteien, sowohl im links-, als auch im rechtsextremen Spektrum.

2012 gründet Panos Kammenos, ein ehemaliges Mitglied der Nea Dimokratia, gemeinsam mit mehreren anderen Abtrünnigen, die Anexartiti Ellines (ANEL, „Unabhängige Griechen"). Die Partei, die gerne an antideutsche (und antieuropäische) Ressentiments appelliert und von einer „internationalen Verschwörung" gegen Griechenland spricht, wendet sich vor allem gegen die von den „Geberländern" der Eurozone geforderte Austeritätspolitik und fordert ein „nationales Erwachen". ANEL zieht 2012 erstmals mit 33 Abgeordneten ins griechische Parlament ein. 2015 erreicht sie zwar nur noch 13 Sitze, einigt sich jedoch mit Alexis Tsipras auf eine Koalition mit der linken SYRIZA, mit der sie bis 2019 eine in dieser Konstellation wohl einzigartige Regierung bildet.

2015 wird in Westgriechenland von einem führenden Mitglied der Chrysi Avgi die „Griechische Patriotische Volksunion" (LEPEN) gegründet, die sich am französischen Front National orientiert und sogar ihre Kurzbezeichnung am damaligen Führer der französischen Rechten ausrichtet. Die kurzlebige Partei geht 2017 in der 2012 gegründeten Ethniko Metopo („Nationale Front") auf, die die antike griechische Spirale als Symbol verwendet. Ein erheblicher Teil ihrer Mitglieder ist zuvor bereits in anderen nationalistischen und rechtsextremen Parteien und Organisationen tätig gewesen. Die „Nationale Front", die sich über Fremdenfeindlichkeit, Wertekonservatismus, der Forderung nach einer plebiszitären Demokratie und einer Stärkung der Institution des Präsidenten definiert, tritt zwar bei Wahlen an, bleibt jedoch erfolglos.

2016 gründet das frühere LAOS-Mitglied Kyriakos Velopoulos die Elliniki Lysi (EL, „Griechische Lösung"). Die rechtspopulistische Partei gewinnt bei der Europawahl 2019 4,2% und ist seitdem mit einem Abgeordneten im EU-Parlament vertreten. Bei der Wahl zum griechischen Parlament erhält die Partei 2019 3,7% der Stimmen und 10 Mandate.

2023 schließt der Oberste Gerichtshof des Landes die rechtsextreme Parteigründung Ellines („Griechen") von Ilias Kasidiaris, der als einer der Führungskader der „Goldenen Morgenröte" zu 13 Jahren Haft verurteilt worden war, von der Teilnahme an den Parlamentswahlen aus.

Großbritannien[216]

Oswald Mosley und der britische Faschismus

In der angespannten innenpolitischen Situation der ersten Nachkriegsjahre und als Reaktion auf das Erstarken der Labour Party gründet die Offizierstochter und Rot-Kreuz-Mitarbeiterin ROTHA LINTORN-ORMAN (1895–1935) im Jahr 1923 die British Fascists (BF), die sich selbst zunächst nur als Hilfstruppe der „Konservativen Partei" verstehen, um diese in ihrem Kampf gegen die „kommunistische Gefahr" zu unterstützen. Schon im Jahr darauf ändert der zum Präsidenten der BF gewählte Robert B. D. Blakeney die Organisationsstruktur der Partei, die sich nun stärker am Vorbild Italiens orientiert, und gründet paramilitärische Einheiten, sogenannte „shock troops", die in den folgenden Jahren in unzählige blutige Auseinandersetzungen mit kommunistischen Aktivisten verwickelt sein werden.

Als die British Fascists während des großen Generalstreiks von 1926 der Regierung ihre Hilfe anbieten, fordert diese im Gegenzug, dass der Begriff „faschistisch" aus dem Namen zu entfernen und der paramilitärische Flügel der Partei aufzulösen sei. Blakeney und weitere Mitglieder verlassen daraufhin die BF, die in der Bedeutungslosigkeit versinkt, und gründen die British Loyalists.

Eine zweite, zahlenmäßig weniger bedeutende Gruppe ist die vom Veterinärmediziner ARNOLD LEESE (1878–1956) gegründete Imperial Fascist League (ILF, „Imperiale Faschistische Liga"), in deren Ideologie und Programm die „nordische Herrenrasse" und der Antisemitismus eine wichtige Rolle spielen. Nach dem Vorbild der NSDAP führt Leese 1932 sogar einen paramilitärischen Flügel mit schwarzen Hemden als Parteiuniform ein. Enttäuscht über Hitlers Kriegspolitik löst Leese die IFL 1939 auf. Während des Krieges ist er, so wie andere faschistische Funktionäre auch, interniert.

Zu Beginn der 1930er-Jahre wittert der ehemalige Labour-Abgeordnete und Minister des Kabinetts („Chancellor of the Duchy of Lancaster") OSWALD MOSLEY (1896–1980) seine Chance auf eine politische Karriere. Mosleys 1931 gegründete New Party wird allerdings zum Flop. 1932 nimmt er mit der British Union of Fascists (BUF, „Britische Union der Faschisten") deshalb einen neuen Anlauf. Die BUF ist antikommunistisch und protektionistisch; sie fordert die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie und die Errichtung einer neuen, ständestaatlichen Ordnung. Gleichzeitig propagiert Mosley eine aggressive imperialistische Außenpolitik und einen radikalen politischen Antisemitismus.

Ihren größten Zulauf verzeichnet die BUF im Londoner East End, wo eine zahlenmäßig starke jüdische Bevölkerung auf Angehörige der einheimischen Arbeiterschicht stößt. Ihre provokanten Massenkundgebungen und Aufmärsche werden vom paramilitärischen Teil der BUF, der Fascist Defense Force, geschützt, die an ihren schwarzen Uniformen, den Blackshirts, erkennbar ist.

Die BUF gewinnt auch in „bürgerlichen" Kreisen rasch an Zuspruch, viele Mitglieder der Imperial Fascist League wechseln zu der neuen Partei, die zu Beginn auch von der einflussreichen Boulevardzeitung Daily Mail unterstützt wird. *Hurrah for the Blackshirts!* lautet z.B. eine Schlagzeile am 15. Januar 1934.

[216] Für eine ausführliche Darstellung der Geschichte Großbritanniens und weitere Literaturverweise siehe: Thurlow 1987; Bauerkämper 1991; Pugh 2006; Dorril 2007.

Das gewalttätige Auftreten der BUF und die innerparteiliche „Säuberungsaktion Hitlers", der sogenannte Röhm-Putsch, stoßen bei den Sympathisanten in der britischen Middle Class allerdings auf Ablehnung, weshalb die Partei 1935 nicht einmal mehr an der Unterhauswahl teilnehmen kann. 1936 wird der Parteiname auf British Union of Fascists and National Socialists erweitert. Während des Krieges ist die BUF verboten, ihre Funktionäre werden interniert. Alle Versuche Mosleys in der Nachkriegszeit in die Politik zurückzukehren, bleiben ohne Erfolg.

Extreme Rechte und enttäuschte Konservative[217]

England darf als „die Wiege" der rassistischen und gewaltbereiten Skinheadkultur bezeichnet werden. Die Skinheadszene besitzt über das Blood and Honour-Netzwerk gute Kontakte in zahlreiche europäische Länder.

Das Hauptthema des britischen Rechtsextremismus war und ist die Immigration, vor allem jene aus Afrika und Asien. Die britischen Rechtsparteien positionieren sich dabei traditionell als Arbeiterparteien *(British workers first)*. In letzter Zeit versuchen sie vermehrt, mit islamophoben Parolen Profit aus der Angst vor dem islamistischen Terror zu schlagen. Auch die „Bewahrung der nationalen Identität" (vor allem gegenüber der EU) bleibt ein wichtiges Thema der britischen Rechten.

1967 wird unter dem Vorsitz von A.K. Chesterton die National Front (NF) gegründet. 1970 übernimmt der ehemalige Konservative John O'Brien den Vorsitz, bis auch er von JOHN TYNDALL (1927–2005) aus der Partei gedrängt wird.

In den 1970er-Jahren erzielt die Partei besonders bei Kommunalwahlen überraschend gute Ergebnisse. 1974 enthüllt eine TV-Dokumentation die neonazistischen Umtriebe des Parteiführers Tyndall, der beim darauffolgenden Parteitag den Vorsitz an den Populisten John Kingsley Read abgeben muss. Bald darauf kehrt Tyndall jedoch an die Spitze der NF zurück und Read gründete die kurzlebige National Party.

Die Wählerschaft der National Front besteht vor allem aus Arbeitern und kleinen Selbstständigen, die ihre wirtschaftliche Existenz durch den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte bedroht sehen; darüber hinaus zieht die Partei auch enttäuschte Anhänger der Konservativen an.

Wichtigstes Ziel der National Front ist der Kampf gegen Einwanderung und Multikulturalismus. Die NF unterstützt die nordirischen Ulster-Loyalisten, tritt für die Zwangsausweisung von aus dem Commonwealth stammenden Immigranten ein und propagiert eine deutliche Anti-Europa-Politik. Von ihren Gegnern wird die NF deshalb als „neofaschistische Organisation" bezeichnet.

[217] Für zusätzliche Informationen siehe: Copsey 2004; Sykes 2005.

Mit dem Aufstieg der Konservativen unter Margaret Thatcher wird der National Front der Boden entzogen. Es kommt zu mehreren Abspaltungen, bis auch Tyndall aus der Partei ausgeschlossen und durch Andrew Brons ersetzt wird.

1995 versucht die Parteiführung einen Neustart unter dem Namen National Democrats, doch auch dieser Schritt führt zu einer weiteren Aufspaltung der Bewegung. Gegenwärtig existiert die National Front nur noch als rechtsextreme Splitterpartei.

1982 gründet der ehemalige Vorsitzende der National Front, John Tyndall, die British National Party (BNP), die bald die Führerschaft am äußersten rechten Rand übernimmt. 1993 wird im Osten Londons erstmals ein BNP-Politiker in den Gemeinderat gewählt. 2001 erringt die BNP bei den Kommunalwahlen in der nordenglischen Stadt Burnley drei Sitze; 2003 gelingt es der Partei, Sitze in mehreren nordenglischen Gemeinden sowie in der Umgebung Londons zu erobern. Aus den Kommunalwahlen 2006 geht die BNP noch weiter gestärkt hervor, im Londoner Stadtteil Barking & Dagenham wird sie sogar zur zweitstärksten Partei.

Schwerpunkt des Parteiprogramms der rechtsextremen British National Party ist die Forderung nach der Rückführung aller farbigen Immigranten in ihre Heimatländer. Bei den Europawahlen 2004 setzt die BNP auf Anti-Europa-Werbekampagnen; allerdings ist sie damit bei weitem nicht so erfolgreich, wie die radikalliberale United Kingdom Independence Party. Fünf Jahre später, 2009, gelingt der BNP mit 6% der Stimmen erstmals ein Mandatsgewinn bei einer landesweiten Wahl – ein Ereignis, das von vielen politischen Beobachtern als „überaus Besorgnis erregend" bezeichnet wird. Auf europäischer Ebene ist die BNP Mitglied der Allianz der europäischen nationalen Bewegungen, einer Vereinigung rechtsextremer Parteien, der auch die ungarische Jobbik und die neofaschistische Fiamma Tricolore angehören. Nach der Europawahl 2014, bei der die BNP nur noch 1,1% erreicht, während die EU-feindliche und einwanderungskritische UKIP zur stimmenstärksten Partei avanciert, versinkt auch die BNP allmählich in der Bedeutungslosigkeit.

Neben diesen beiden früheren „Platzhirschen" existieren in Großbritannien noch zahlreiche weitere rechtsextreme und gewaltbereite Klein- und Kleinstparteien, die zumeist aus Abspaltungen hervorgegangen sind, so z.B. die National Democrats (ND, „Nationaldemokraten"), die neonazistische und konspirativ agierende November 9th Society (N9S, „Gesellschaft 9. November"), die neonazistische Terrorgruppe Combat 18 oder das National Socialist Movement (NSM).

2011 gründen Jim Dowson und andere ehemalige Mitglieder der British National Party die Gruppe Britain First („Britannien zuerst"). Die Partei ist islamfeindlich ausgerichtet, vertritt einen strikten Anti-EU-Kurs und schreibt die Verteidigung britischer und christlicher Werte auf ihre Fahnen. Bei der Europawahl 2014 kommt Britain First auf 0,1%, bei der Wahl zur London-Versammlung 2016 auf 1,5%.

Nachdem radikale Anhänger von Britain First im Januar 2016 in Luton aufmarschieren und Anti-Islam-Flugblätter verteilen, erwirkt die Polizei eine gerichtliche Verfügung, die den rechten Aktivisten das Betreten von Moscheen untersagt. Im Juni 2016 ruft ein rechtsextremer Attentäter die Worte *Britain First*, nachdem er die Labour-Abgeordnete Jo Cox ermordet hatte.

Die Brexiteers

Die EU-skeptische und rechtspopulistische United Kingdom Independence Party (UKIP)[218] wird 1993 von Mitgliedern der Anti-Federalist League gegründet. Ihr erklärtes Ziel ist der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Parteivorsitzender und Mitbegründer NIGEL FARAGE (*1964) kommt ursprünglich aus der „Konservativen Partei", verlässt diese jedoch, als die Regierung John Major 1992 den Vertrag von Maastricht unterzeichnet.

Bei den Europawahlen 2004 erzielt die UKIP 16,8% der Wählerstimmen und 12 Sitze im Europäischen Parlament. 2009 wird UKIP mit 16,5% sogar zweitstärkste britische Partei. Ihre 13 Abgeordneten schließen sich zunächst der neu gegründeten Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie an; nach Konflikten mit der Fraktionsführung werden vier ihrer Mitglieder aus der Fraktion ausgeschlossen.

Einiges Aufsehen erregt auch das gute Abschneiden der UKIP bei den Regionalwahlen in England und Wales im Mai 2013, wo sie 147 der insgesamt 2.362 zur Wahl stehenden Gemeinderatssitze erobern kann, was einem Anteil von immerhin 6,2% entspricht. Die meisten UKIP-Wähler sind – so wie Farage – enttäuschte Konservative. Wahlanalysen zeigen allerdings, dass etwa 30% der UKIP-Wähler von Labour übergelaufen waren und 15% von den Liberaldemokraten.

Bei den Europawahlen 2014 wird UKIP mit 28% stärkste Kraft des Landes und erringt 24 der 73 britischen Sitze im EU-Parlament, ein Sieg, der das politische System Großbritanniens erschüttert. Bei den Unterhauswahlen im Mai 2015 gewinnt die UKIP immerhin 12,6% der Stimmen, wegen des britischen Mehrheitswahlrechts reicht es allerdings nur für ein Mandat.

Neben dem Austritt aus der Europäischen Union setzt sich die Partei für eine Reform eben dieses Mehrheitswahlrechts, für die Einführung verbindlicher Referenden, für eine Flat Tax, für die Begrenzung der Sozialleistungen auf Menschen, die seit mindestens fünf Jahren in Großbritannien leben, für eine streng kontrollierte Zuwanderung sowie für drastische Verschärfungen im Strafrecht ein. „Multikulturalismus" und „politische Korrektheit" lehnt UKIP dezidiert ab, die muslimische Ganzkörperverschleierung sollte im öffentlichen Bereich verboten werden.

Obwohl UKIP keine extremistische Partei ist, teilt sie nicht nur die politischen Forderungen, sondern auch das gleiche Wählerspektrum mit Großbritanniens EU-skeptischen und zuwanderungsfeindlichen Rechtsparteien. Unter den UKIP-Wählern finden sich desillusionierte Kon-

[218] Für zusätzliche Informationen siehe: Goodwin 2015.

servative aus der Mittelschicht ebenso wie frühere Labour-Wähler aus der traditionellen Arbeiterschicht. Die UKIP-Unterstützer sind überwiegend männlich (57 Prozent), älter und in der Regel weniger gebildet als die Wähler anderer Parteien.

UKIP verdankt ihren Aufstieg der erfolgreichen Verknüpfung zweier politischer Schwerpunkte: Sie bietet eine Anti-Zuwanderungs-Plattform, die vordergründig nicht rassistisch, sondern „bürgerlich-nationalistisch" ist, und die ein Ende der „unkontrollierten Zuwanderung" sowie die Abschaffung von Sozialleistungen für Zuwanderer fordert, und sie erkennt den idealen Zeitpunkt, um die weitverbreitete EU-Skepsis für sich zu nutzen. Eine wichtige Rolle spielt dabei der charismatische Vorsitzende Nigel Farage.

Nach dem knappen Sieg der „Brexit"-Befürworter im Juni 2016 tritt Farage, der seine „Mission" als erfüllt ansieht, vom Parteivorsitz zurück. Auf Farage folgt Diane James, die ihr Amt als Vorsitzende aufgrund des mangelnden Rückhalts in der Partei schon wenig später wieder niederlegen muss. Ihr Nachfolger wird Paul Nuttall, der im April 2018 von GERARD BATTEN (*1954) abgelöst wird.

Bei der Unterhauswahl 2017 wirbt die UKIP damit, den Brexit-Prozess ohne Zahlungen an die EU abzuschließen und die Einwanderung nach Großbritannien innerhalb von fünf Jahren auf Null zu reduzieren. Sie erreicht damit allerdings nur noch knapp 2% der Stimmen und ist seitdem nicht mehr im Unterhaus vertreten.

Einen schweren Schlag erleidet UKIP durch die Gründung der Brexit Party im Januar 2019, in welcher ihr ehemaliger Vorsitzender Farage wieder eine führende Rolle übernimmt. Die Brexit Party propagiert hinsichtlich des EU-Austritts ein inhaltlich identes Programm, distanziert sich allerdings von den mittlerweile allzu radikalen Positionen der UKIP. Bei der Europawahl 2019 verliert UKIP sämtliche Mandate und fällt auf 3,2% zurück, die Brexit Party gewinnt 30,5% (29 Mandate) und wird damit stärkste Kraft des Landes.

Bei der Unterhauswahl Ende 2019, die die monatelange Hängepartie um den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU beendet, erreicht die Brexit Party nur noch 2%, die UKIP sogar nur 0,1% der Stimmen.

Italien[219]

Wo alles begann

Der Begriff „Faschismus" stammt aus dem Italienischen (fascio, „Bund") und bezeichnet ursprünglich eine 1919 im Königreich Italien gegründete politische Bewegung sowie deren Herrschaftsform in Italien (1925–1943) und in der faschistischen „Sozialrepublik" (1943–1945) unter der Führung des Duce BENITO MUSSOLINI (1883–1945), eines ehemaligen Sozialisten.

Die Ursprünge der Bewegung liegen in den Fasci italiani di combattimento („Italienische Kampfbünde"), die 1921 zum Partito Nazionale Fascista (PNF, „Nationale Faschistische Partei") umgewandelt werden. Nach dem sogenannten Marsch auf Rom bilden die Faschisten 1922 eine Koalitionsregierung mit Konservativen und Nationalisten, und mit Mussolini als Ministerpräsidenten. 1925 errichten sie eine Einparteiendiktatur.

Die imperialistische Außenpolitik der Faschisten, die von einer Wiederherstellung der früheren Grandezza Roms träumen, gipfelt in einer Reihe militärischer Abenteuer in Afrika und auf dem Balkan. Das faschistische Italien unterstützt darüber hinaus die spanischen Nationalisten im Bürgerkrieg und beteiligt sich als Verbündeter des Dritten Reiches am Zweiten Weltkrieg. Nach dem Sturz Mussolinis im Juli 1943 reduziert sich das Einflussgebiet des italienischen Faschismus auf die vom Dritten Reich abhängige „Sozialrepublik" (Republik von Salò) im Norden des Landes. 1945 endet der Faschismus in Italien durch die Befreiung des Landes durch die Alliierten.

Der italienische Faschismus übt als Modell in ganz Europa, aber auch darüber hinaus, eine große Vorbildwirkung aus, anfangs auch auf den deutschen Nationalsozialismus.

Die Zeit des Faschismus wird im Nachkriegsitalien jedoch völlig anders rezipiert als in Deutschland. Ursachen dafür sind der im Vergleich zum deutschen Nationalsozialismus wesentlich geringere Wirkungsradius der italienischen Militärpolitik, der von innen herbeigeführte Sturz des Diktators und seines Regimes, aber auch das Ausbleiben internationaler Kriegsverbrecherprozesse. So kommt es, dass die Person Benito Mussolinis an ihren früheren Wirkungsstätten – dem Amtssitz der „Sozialrepublik" in Gargnano am Gardasee, der Familiengruft in Predappio oder dem Mussolini-Museum bei Forlì – weiterhin verehrt wird, und dass vor dem Olympiastadium in Rom – immerhin Austragungsstätte internationaler Turniere – ein Obelisk mit der Aufschrift *Mussolini Dux* stehen und die zum Stadium führende Viale del Foro Italico weiterhin mit verherrlichenden Inschriften und Mosaiken geschmückt sein kann.

Trotz dieses nonchalanten Umgangs mit der faschistischen Vergangenheit galt auch in Italien die (zumindest rhetorische) Verurteilung des Faschismus lange Zeit als gemeinsamer Grundkonsens der allermeisten Parteien. Doch seit dem Zusammenbruch des italienischen Parteiensystems und dem Aufstieg Silvio Berlusconis und seiner Verbündeten von der postfaschistischen Alleanza Nazionale wird die faschistische Vergangenheit von vielen neu bewertet. Der fulminante Wahlsieg der Fratelli d'Italia bildet den vorläufigen Höhepunkt in diesem Prozess.

[219] Für eine ausführliche Darstellung der Geschichte Italiens und weitere Literaturverweise siehe: Feldbauer 2001; Höhne 2008; Ventura 2022; Decker / Henningsen et al. 2022.

Nahtlos

Der Movimento Sociale Italiano (MSI, „Italienische Sozialbewegung") wird im Dezember 1946 vom früheren faschistischen Kulturminister und späteren Abgeordneten des Europarlaments GIORGIO ALMIRANTE (1914–1988) und anderen prominenten Veteranen der „Sozialrepublik" Italien gegründet. Ihr Parteisymbol ist die *fiamma tricolore*, die Flamme in den italienischen Nationalfarben. Der MSI ist viele Jahre lang die einzige längerfristig erfolgreiche rechtsextreme Partei Westeuropas.

Die deklariert neofaschistische Partei tritt 1948 erstmals bei nationalen Wahlen an und erhält bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2% der Stimmen und 0,8% bei den Senatswahlen. Der in der Tradition Mussolinis stehende MSI ist seit 1948 durchgängig im italienischen Parlament vertreten. Besondere Unterstützung erhält die Partei im Süden des Landes, wo sie von den Großgrundbesitzern als Reaktion auf die Besetzungen ihrer Ländereien gefördert wird. In einigen Regionen – Neapel, Lecce, Catania und Reggio Calabria – erzielt der MSI bis zu 15% und bildet Koalitionen mit den Monarchisten.

Bei den Parlamentswahlen 1953 erhält der MSI 5,8% der Stimmen und unterstützt in der Folge eine christdemokratische Minderheitsregierung. In den 1960er-Jahren kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit linken Aktivisten, die auch mehrere Menschenleben fordern. In weiterer Folge wird der als außerhalb des „Verfassungsbogens" stehende MSI, der seinen Namen in Movimento Sociale Italiano – Destra Nazionale („Italienische Sozialbewegung – Nationale Rechte") ändert, von den demokratischen Parteien gemieden. Bei Parlamentswahlen erzielt der MSI regelmäßig zwischen 4,5% und 5%. Bei den Kommunalwahlen 1971 erhält die Partei in Catania 23% und in Reggio 21%. Im darauffolgenden Jahr erhält der MSI (gemeinsam mit den Monarchisten) bei den Parlamentswahlen 8,7% der Stimmen.

Seit den 1950er-Jahren gehen aus Protest gegen die parlamentarische Politik des MSI mehrere kleine, radikal-faschistische Abspaltungen hervor, so 1954 die militanten Ordine Nuovo („Neue Ordnung") und 1959 die Avanguardia Nazionale („Nationale Vorhut"). Die Radikalisierung seiner Mitglieder am äußerst rechten Rand setzt sich in den turbulenten 1970er-Jahren fort. Trotz der zahllosen Skandale, in die die regierende Democrazia Cristiana und ihre Verbündeten verwickelt sind, kann der MSI stimmenmäßig nicht zulegen. 1987 erhält er 5,9%, 1992 5,4%.

Als politisch isolierte Antisystempartei bleibt der MSI nach dem Zusammenbruch des italienischen Parteiensystems in den frühen 1990er-Jahren weitgehend intakt – die Partei ist in keine Bestechungsaffären verstrickt und kann sich nun als glaubwürdige Alternative präsentieren. Personell als auch ideologisch kommt es zu einer kompletten Neupositionierung, die mit dem Namen GIANFRANCO FINI (*1952) verbunden ist, der die Partei von Ende 1987 bis Anfang 1990 und dann wieder seit Juli 1991 führt.

Durch den Zusammenbruch des politischen Nachkriegssystems erreicht der „Instabilitätsindex", d.h. das potenzielle Minimum der Wechselwähler, 1994 die Rekordmarke von 37,5%. Tatsächlich wählen in diesem Jahr über 50% der Italiener eine andere Partei als 1992. Fini, der zunächst das Konzept einer „grande destra" verfolgt, der noch 1991 den „Faschismus des Jahres 2000" zu verwirklichen verspricht und die Kandidatur der Mussolini-Enkelin Alessandra Mussolini fördert, vollzieht 1994, als der MSI 13,5% der Stimmen erreicht und als erste rechtsextreme Partei im Nachkriegseuropa an einer Regierung beteiligt wird, einen radikalen politischen Kurswechsel, der Anfang 1995 im sogenannten Umschwung von Fiuggi (Svolta di Fiuggi) gipfelt und eine Partei neuen Namens – die Alleanza Nazionale – hervorbringt.

Neuausrichtung

1995 geht aus dem Movimento Sociale Italiano die Alleanza Nazionale (AN, „Nationale Allianz") hervor. Ihr Gründer GIANFRANCO FINI bringt seine Partei nach der Regierungsbeteiligung (Regierung Berlusconi I., 1994/95) auf einen gemäßigt rechtskonservativen Kurs. Diese Neuausrichtung als „moderne" und ideologisch unbelastete Partei soll in der Namensänderung ihren äußeren Ausdruck finden. Die AN profitiert nach dem Zusammenbruch des italienischen Parteiensystems davon, dass v.a. in der Mitte ein gewaltiges Wählerpotenzial frei geworden ist und richtet ihre Propaganda gezielt auf ehemalige Wähler der Democrazia Cristiana aus.

Die Umwandlung des neofaschistischen MSI zur rechtskonservativen Alleanza Nazionale führt zu einigen Abspaltungen am rechten Rand der Partei. Pino Rauti, der Führer des rechtsradikalen Parteiflügels, der diesen Wechsel nicht mittragen will, gründet daraufhin eine neue Partei namens Fiamma tricolore („Dreifarbige Flamme"), die an die neofaschistische Tradition des MSI anknüpft. Auch die Enkelin des Diktators, Alessandra Mussolini, verlässt die Partei und gründet die Azione Sociale („Sozialaktion"). Francesco Storace, dem früheren Gesundheitsminister, ist Finis Kurs ebenfalls zu gemäßigt. Im Jahr 2007 gründet er die wenig erfolgreiche Bewegung La Destra („Die Rechte)".

Die Alleanza Nazionale ist auch an der zweiten Regierung Berlusconi (2001–2006) beteiligt; Fini fungiert als stellvertretender Ministerpräsident und von 2004 bis 2006 als Außenminister. Die Tatsache, dass sich die AN als wichtigster Koalitionspartner der Forza Italia im rechten Parteienbündnis Casa delle Libertà („Haus der Freiheiten") und als ruhender Pol der Regierung präsentiert, trägt maßgeblich zu ihrer Etablierung als „staatstragende Partei" bei.

Die Alleanza Nazionale setzt sich insbesondere für die Werte der Familie, die Bewahrung der „italienischen Identität" und den Kampf gegen illegale Einwanderung und Kriminalität, und für soziale Marktwirtschaft (mit starker Betonung des sozialen Aspekts) ein. Ein weiterer wichtiger Punkt ist das vehemente Eintreten für die Bewahrung des italienischen Zentralstaates, was zu regelmäßigen Konfrontationen mit der verbündeten Lega Nord und deren föderalistischen bis separatistischen Bestrebungen führt, und für ein präsidentielles Regie-

rungssystem. Im Parteiprogramm von 1998 bekennt sich die AN zur Demokratie und wendet sich dezidiert gegen Rassismus und Antisemitismus. Wirtschaftlich tritt die AN – entgegen der neoliberalen Forza Berlusconis – für einen etatistischen Kapitalismus ein.

Bei den italienischen Parlamentswahlen des Jahres 1996 erhält die Alleanza Nazionale 15,7%, im Jahr 2006 12,3% der Stimmen. Die AN ist damit als drittstärkste Partei des Landes etabliert. Ihre Hochburgen befinden sich vor allem im Süden (und in einigen Grenzregionen, wie Südtirol), große Teile ihrer Wählerschaft – darunter viele Angehörige sozial marginalisierter Schichten – sind treue Stammwähler. Protestwähler spielen beim Erfolg der AN ebenfalls eine wichtige Rolle, wohingegen der Anteil der „Klientelwähler" relativ gering ist. Der typische AN-Wähler ist jung, männlich, städtisch, im Süden lebend und wenig gebildet – wobei sich dieses Muster im Laufe der Zeit durch den Zulauf ehemaliger DC-Wähler etwas wandelt.

Anders als Berlusconi, für den theoretisch auch Koalitionen „in der Mitte" in Frage kommen, ist die (gemäßigt) rechte Alleanza Nazionale weiterhin auf die Konsolidierung der bipolaren Struktur des italienischen Parteisystems angewiesen.

Anfang 2008 beginnt die Alleanza Nazionale einen Fusionsprozess mit der Forza Italia; bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im April 2008 tritt sie nur noch als integraler Teil des rechten Parteibündnisses Popolo della Libertà („Volk der Freiheit") an, das einen deutlichen Sieg erringt. Fini wird am 30. April 2008 zum Präsidenten der italienischen Abgeordnetenkammer gewählt. Am 22. März 2009 beschließt die AN ihre Selbstauflösung und geht in Berlusconis konservativem Parteienbündnis auf. Bald darauf eskaliert allerdings der seit längerem schwelende persönliche Konflikt zwischen Berlusconi und Fini, dessen Anhänger in der Folge eine eigene Parlamentsfraktion mit dem Namen Futuro e Libertà per l'Italia (FLI, „Zukunft und Freiheit für Italien") gründen.

Bei den Parlamentswahlen im Februar 2013 tritt Futuro e Libertà per l'Italia als Teil des Bündnisses des früheren EU-Kommissars Mario Monti an, verfehlt aber den Einzug in die Abgeordnetenkammer klar.

Die Enttäuschten

1995 gründet der Journalist PINO RAUTI (1926–2012) den Movimento Sociale Fiamma Tricolore (MSFT, „Soziale Bewegung Fiamma Tricolore") und versammelt Anhänger des faschistischen MSI, die sich der von Gianfranco Fini in die Wege geleiteten Umwandlung der Partei verweigern. Von 2002 bis 2013 wird die bekennend neofaschistische Partei vom Universitätsdozenten LUCA ROMAGNOLI (*1961) geführt. Rauti, der 2004 aus der Partei ausgeschlossen wird, gründet in der Folge den Movimento Idea Sociale, Romagnoli nach seinem Ausschluss die Destra Sociale.

Ideologisch wendet sich die Fiamma Tricolore „gegen Materialismus und Nihilismus", betont die nationale, soziale und kulturelle Identität, bekennt sich zur traditionellen Familie und deren Werten, zu einem starken Europa, das aus einer Völkerunion, und nicht aus einer „ökonomischen Interessen untergeordneten Gemeinschaft" besteht, sowie zu „Recht und Ordnung" (Kampf gegen Kriminalität und Drogenkonsum, chemische Kastration von Pädophilen). Im Programm finden sich auch fremden- sowie islamkritische (bis -feindliche) Passagen und ein klares Nein zum EU-Beitritt der Türkei. Auf Regierungsebene werden die Einführung einer Präsidialdemokratie und eine radikale Kürzung der „unnötigen" Regional- und Kommunalparlamente gefordert.

Bei Wahlen bleibt die Fiamma Tricolore erfolglos. 1996 erhält sie 0,9% (Abgeordnetenkammer) und 2,3% (Senat), was ihr immerhin einen Senatssitz einbringt. 2001 fällt sie auf 0,4% bzw. 1% zurück, was wiederum für einen Senatssitz reicht. Bei den Wahlen zum Europaparlament schafft sie 1999 1,6% (und einen Sitz), 2004 nur 0,7% (ein Sitz, Romagnoli). Nach diesen mäßigen Erfolgen entschließt sich die Partei, bei den Regionalwahlen 2005 mit der Alternativa Sociale von Alessandra Mussolini zu kooperieren. Es reicht dennoch nur für 1,1% im Landesschnitt.

Fiamma Tricolore betont zwar stets ihre Unabhängigkeit im italienischen Blocksystem, kooperiert aber bei Bedarf mit dem rechten Parteienbündnis von Silvio Berlusconi. 2006 tritt sie der Casa delle Libertà bei, erreicht in Abgeordnetenkammer und Senat allerdings nur 0,7%.

Nach dem Scheitern der Regierung Prodi und der Parteineugründung La Destra des AN-Renegaten Francesco Storace einigen sich Romagnoli und Storace darauf, bei den Neuwahlen im April 2008 gemeinsam als La Destra – Fiamma Tricolore anzutreten (2,4%). 2013 verschwindet die Fiamma Tricolore mit nur noch 0,13% der Stimmen in der völligen Bedeutungslosigkeit.

Die Azione Soziale (AS, „Sozialaktion") wird Ende 2003 von der Enkelin Benito Mussolinis, der früheren Schauspielerin ALESSANDRA MUSSOLINI (*1962), als Libertà di Azione gegründet und 2005, anlässlich der Regionalwahlen in Italien, umbenannt. Die Parteigründung erfolgt nach dem Bruch Mussolinis und ihrer Anhänger mit dem Führer der Alleanza Nazionale, Gianfranco Fini, der als stellvertretender Ministerpräsident seines Landes anlässlich eines Israelbesuchs den Faschismus als „das absolut Böse des 20. Jahrhunderts" bezeichnet hatte.

Die Azione Sociale schreibt die Verteidigung der Familie und den Schutz des ungeborenen Lebens ebenso auf ihre Fahnen wie die soziale Absicherung der älteren Menschen und die Bewahrung der christlichen Werte. Sie wendet sich gegen die Erweiterung der EU um Länder, „die die Traditionen der europäischen Völker nicht besitzen" und gegen die Pläne eines Ausländerwahlrechts in Italien.

Bei den Parlamentswahlen 2006 kandidiert die AS mit zwei weiteren rechten Splitterparteien, der Forza Nuova und der Fronte Sociale Nazionale, auf der gemeinsamen Liste Alternativa Sociale und in einem Bündnis mit der rechten Casa delle Libertà von Silvio Berlusconi. Während die gemeinsame Liste bei den Europawahlen 2004 noch 1,2% der Stimmen erhält – was Mussolini immerhin einen Sitz im Europaparlament beschert – sind die darauffolgenden Resultate enttäuschend. Bei den vorgezogenen Neuwahlen im April 2008 tritt die AS deshalb wieder im rechten Parteienbündnis Il Popolo della Libertà an und geht 2009 schließlich in Berlusconis Partei auf.

Brüder (und auch Schwestern)

Ende 2012 verlassen einige Abgeordnete, vor allem ehemalige AN-Politiker, aus Unzufriedenheit mit Berlusconis Führungsstil, den Popolo della Libertà und gründen die nationalkonservative und rechtspopulistische Partei Fratelli d'Italia – Centrodestra Nazionale (FdI, „Brüder" / „Geschwister Italiens – Nationale Allianz").[220] Der Name spielt auf den Titel der italienischen Nationalhymne an.

Im Jahr darauf beschließt die Fondazione Alleanza Nazionale, die die Vermögenswerte der aufgelösten Alleanza Nazionale verwaltet, den Fratelli d'Italia die Rechte am Namen und am Logo der AN einzuräumen. Die FdI benennt sich daraufhin in Fratelli d'Italia – Alleanza Nazionale um und nimmt die *fiamma tricolore*, das frühere Symbol der MSI und der AN, in ihr Logo auf. Die Flamme züngelt über dem durch einen schwarzen Strich symbolisierten Sarg des Diktators Benito Mussolini.

Die Partei vertritt die altbekannten rechts- und nationalkonservativen Positionen (Begrenzung der Zuwanderung, Förderung der einheimischen Familien, EU-Skeptizismus), ohne dabei als besonders radikal aufzufallen. Seit Ende 2017 heißt sie nur noch Fratelli d'Italia.

Bei den Parlamentswahlen im Februar 2013 tritt die Partei als Teil der Mitte-Rechts-Koalition um Silvio Berlusconi an und erreicht mit 2% der Stimmen neun Abgeordnetensitze, jedoch kein Mandat im Senat.

Im März 2013 wird der frühere Verteidigungsminister Ignazio La Russa zum Parteivorsitzenden gewählt; die Journalistin und frühere Sportministerin GIORGIA MELONI (*1977) übernimmt den Posten der Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus. Im Herbst 2013 gründet Meloni die Initiative Officina per l'Italia („Werkstatt für Italien"), um die Unterstützung für ihre Partei zu verbreitern. Im März 2014 wird Meloni schließlich zur Parteivorsitzenden gewählt. Der erste Parteitag nach der Umbenennung findet 2014 symbolträchtig im Kurort Fiuggi statt, in dem sich die Alleanza Nazionale 1995 vom Faschismus abgewandt hatte.

Bei der Europawahl 2014 scheitert die Partei mit 3,7 % der Stimmen nur knapp an der Vierprozentklausel, seit Anfang 2019 ist sie durch den Übertritt zweier Abgeordneter der Forza Italia dennoch im EU-Parlament vertreten. Bei den Parlamentswahlen im März 2018 ist Fratelli d'Italia erneut Teil des Mitte-Rechts-Bündnisses um Berlusconi und Salvini und kann mit 4,4% und 17 Mandaten in die Abgeordnetenkammer einziehen.

Bei der Europawahl 2019 steigert Fratelli d'Italia ihren Stimmenanteil auf 6,5% und erhält fünf der 73 italienischen Sitze im EU-Parlament. Ihre Abgeordneten schließen sich den „Europäischen Konservativen und Reformern" an.

---

[220] Offizielle Website: https://www.fratelli-italia.it/ (Italienisch).

Bei der italienischen Parlamentswahl im September 2022 tritt Fratelli d'Italia mit Giorgia Meloni als Spitzenkandidatin an und wird mit rund 26% sensationell klar stärkste Kraft. Die Nachfolger der Neofaschisten sind am Ziel ihrer Wünsche angelangt: Im Oktober 2022 bildet Meloni eine Drei-Parteien-Koalition aus Fratelli d'Italia, Lega und Forza, die über 220 der 400 Sitze im Abgeordnetenhaus und 113 der 200 Sitze im Senat verfügt.

Die Mitglieder der Fratelli d'Italia bezeichnen sich gerne als nationalkonservativ und beziehen sich auf die Positionen der historischen italienischen Rechten. Auf ihren Parteiveranstaltungen ist regelmäßig der verbotene „Römische Gruß" zu sehen.

Gesellschaftspolitisch vertritt die Partei sehr konservative Positionen: Sie lehnt Schwangerschaftsabbrüche und Leihmutterschaften ab, das Recht auf Abtreibung will Meloni, die mitunter auch gegen Homosexuelle agitiert, allerdings nicht abschaffen. Die Partei setzt sich für eine besondere finanzielle Förderung von Familien und für die Anhebung der Mindestrenten ein. Während ein Teil der Funktionäre wirtschaftsliberale Positionen vertritt, zeigt Giorgia Meloni immer wieder auch ein Faible für eine stärkere Staatswirtschaft.

Während der Corona-Pandemie spricht sich Fratelli d'Italia gegen eine allgemeine Impfpflicht aus, kurz vor den Parlamentswahlen 2022 auch gegen eine Wiedereinführung des „Grünen Passes". Bekenntnisse zu Naturschutz und Umweltpolitik weisen starke Parallelen zum „Geodeterminismus" auf, einer Ideologie, der zufolge nicht nur der einzelne Mensch, sondern auch das jeweilige Volk durch seine Umwelt bestimmt und definiert wird.

Die Fratelli d'Italia treten für ein „Europa der Völker" ein und lehnen den Vertrag von Lissabon ab. Europäische Gesetze sollen den nationalen wieder untergeordnet werden. Entgegen früheren Positionierungen, bei denen die Partei immer wieder auch Italiens Mitgliedschaft in der Europäischen Union infrage stellte, betont Meloni im Wahlkampf zur Parlamentswahl 2022, dass man keinen Austritt Italiens aus der EU anstrebe.

Die Fratelli d'Italia gehören im EU-Parlament seit der Europawahl 2019 gemeinsam mit der polnischen PiS zur rechtskonservativen Fraktion Europäische Konservative und Reformer und nicht zur rechtsextremen und klar anti-europäischen Fraktion Identität und Demokratie, der sich u.a. die Lega (Nord), der französische Rassemblement National und die deutsche AfD angeschlossen haben.

Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine stellt sich Giorgia Meloni – im Gegensatz zu den anderen Parteien der italienischen Rechten – entschieden an die Seite Kiews.

Die Padanier

Eine sehr spezielle Form des Rechtspopulismus zeichnet die Lega Nord (LN) aus.[221] Vorläufer der Lega sind verschiedene, Anfang der 1980er-Jahre gegründete norditalienische Autonomiebewegungen, die für eine Neuorganisation des Landes nach Schweizer Vorbild ein-

[221] Für zusätzliche Informationen siehe: Feldbauer 1996; Biorcio 2001; Bulli / Tronconi 2012; Braun 2015. Offizielle Website: https://www.leganord.org/ (Italienisch).

treten, wie die 1984 gegründete lombardische Autonomiebewegung Lega Lombarda, die 1987 erstmals größere Aufmerksamkeit erlangt, als ihr Vorsitzender UMBERTO BOSSI (*1941) bei den Parlamentswahlen in der Lombardei knapp 3% erzielt und in den italienischen Senat einzieht, weiters die Liga Veneta, das Moviment Autonomista Piemontèis, die Uniun Ligure, die Lega Emiliano-Romagnola und die Alleanza Toscana.

Bei den EU-Wahlen 1989 erreicht die Lega Lombarda 8%, bei den Regionalwahlen 1990 sensationelle 19%. 1991 schließen sich die bis dahin unabhängigen Autonomiebewegungen zur föderalistischen Regionalpartei Lega Nord unter dem Vorsitz Umberto Bossis zusammen. Die früheren Parteien bestehen als „nationale Sektionen" innerhalb der Lega fort.

Bei den italienischen Parlamentswahlen 1992 tritt die Lega Nord erstmals in Norditalien als Partei an und gewinnt landesweit 8,7% der Stimmen. Die unbelastete Lega profitiert dabei vom Untergang des politischen Systems der „ersten italienischen Republik".

Trotz z.T. spektakulärer Stimmengewinne bei den Regionalwahlen 1993 gelingt es der Lega Nord nicht, ihre Bürgermeisterkandidaten gegen das Mitte-Links-Lager durchzubringen. Als Reaktion auf eine Wahlrechtsreform, die ein Antreten in Parteibündnissen erzwingt, geht Bossi bei den vorgezogenen Neuwahlen von 1994 ein Bündnis mit der neugegründeten Forza Italia Silvio Berlusconis und der postfaschistischen Alleanza Nazionale Gianfranco Finis im Polo delle Libertà ein. Nach dessen Wahlsieg erhält die Lega fünf Ministerposten in der ersten Regierung Berlusconi. Durch das Bündnis mit der postfaschistischen AN, die den römischen Zentralismus und damit auch die vielkritisierte Parteienherrschaft verkörpert, gerät die LN allerdings in ein Glaubwürdigkeitsproblem und verliert in der Folge viele Wähler.

Nach wenigen Monaten verlässt die Lega deshalb das Bündnis, dem sie sich erst im Jahr 2000 wieder anschließen wird, und bringt die erste Regierung Berlusconi zu Fall. Zwar kehrt ein Drittel ihrer Abgeordneten der Lega nach der Aufkündigung der Koalition den Rücken, das Wahlergebnis von 1996 – die LN kandidiert unabhängig von den beiden großen Wahlbündnissen und erreicht 10,1% und 87 Abgeordnete – gibt Bossi allerdings Recht.

In den Jahren der Opposition von 1996 bis 2000 verstärkt die Lega ihre separatistischen Bestrebungen, die auf eine Abspaltung Norditaliens vom wirtschaftlich schwächeren Süden und die Gründung eines unabhängigen norditalienischen Staates („Padanien") abzielen. 1997 organisiert die Lega sogar Wahlen für ein „padanisches Parlament", an denen sich zwischen vier (unabhängige Schätzungen) und sechs (Parteiangaben) Millionen Norditaliener beteiligen.

Nach den Vorstellungen der Separatisten soll Italien in drei Makroregionen aufgeteilt werden – Padanien im Norden, Etrurien im Zentrum und Ausonia im Süden. Als symbolischen Akt zur Geburt der neuen Nation füllt Bossi eine Phiole mit Quellwasser des Po und lässt sie wenige Tage später im Rahmen einer kultisch-patriotischen Festivität bei Venedig ins Meer schütten. Bei den Kommunalwahlen 1997 und den Europawahlen 1999 verliert die Lega allerdings mehr als die Hälfte ihrer Wähler. Die Reaktion darauf ist ein zunehmend populistisches Parteiprogramm mit einem starken Fokus auf Sozialprotektionismus, Fremdenfeindlichkeit und Kritik an der Europäischen Union.

Im Jahr 2000 kehrt die Lega Nord in Berlusconis neues Mitte-Rechts-Bündnis Casa delle Libertà zurück. Nach dessen Wahlsieg – die Lega erhält 30 von 630 Sitzen im Abgeordnetenhaus und 17 von 325 Senatoren – wird Bossi, neben zwei weiteren Lega-Vertretern, Minister in der zweiten Regierung Berlusconi. Die Partei konzentriert sich nun stärker auf die Verlagerung von zentralstaatlichen Kompetenzen auf die Regionen („Devolution", z.B. im

Gesundheits- und Bildungswesen) und deren größere fiskalische Autonomie.[222] Bossi, der im März 2004 einen Herzinfarkt und einen Hirnschlag erleidet, wechselt nach seiner Genesung als Abgeordneter ins Europaparlament.

Bei der Parlamentswahl 2006 erreicht die Listenverbindung der Lega mit dem sizilianischen Movimento per l'Autonomia (MPA) einen Anteil von nur noch 4,6% der Stimmen. Nach dieser Wahlniederlage konzentriert sich die Lega auf das Referendum zur Verfassungsreform, die sie ihrem Ziel einer stärkeren Föderalisierung des italienischen Staates einen großen Schritt nähergebracht hätte, die jedoch von den Italienern mit großer Mehrheit abgelehnt wird.

Der Abgesang auf die Lega war allerdings, wie die vorgezogenen Parlamentswahlen 2008 zeigen, verfrüht. Nach dem überraschenden Erfolg seiner Partei (8,3%) wird Bossi erneut als Minister für institutionelle Reformen in das vierte Kabinett Berlusconi berufen.

Bei den Europawahlen 2009 erreicht die Lega mit 10,2% der Stimmen ihr bestes Ergebnis bei europäischen Wahlen und entsendet neun Abgeordnete nach Straßburg, die sich – gemeinsam mit der britischen UKIP und Vertretern kleinerer Parteien – der Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie anschließen.

2012 gerät die Lega in existenzgefährdende Turbulenzen, als bekannt wird, dass die Mailänder Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts auf Veruntreuung, Betrug, Geldwäsche und illegale Parteienfinanzierung Untersuchungen gegen den Schatzmeister der Partei einleitet. Nachdem auch die der Lega nahestehende Gewerkschaft Sindacato Padano und die Söhne Bossis in die Affäre verwickelt sind, erklärt Bossi Anfang April 2012 seinen Rücktritt von der Führung der Lega Nord. Am 1. Juli 2012 wird der ehemalige Innenminister ROBERTO MARONI (*1955) zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Maroni steht, im Gegensatz zum „Charismatiker" Bossi, für einen pragmatischen Politikstil.

Bei den Parlamentswahlen 2013 tritt die Lega in einer Mitte-Rechts-Koalition gemeinsam mit Berlusconis Popolo della Libertà an; ihr Stimmenanteil (4,1%) halbiert sich gegenüber der Wahl von 2008. Allerdings gelingt der Partei ein regionaler Erfolg in der Lombardei, wo sie erstmals seit der Mitte der 1990er-Jahre wieder den Regionalpräsidenten stellt.

Nach der Ankündigung Maronis, die Leitung der Partei abgeben zu wollen, wird Ende 2013 MATTEO SALVINI (*1973) zum neuen Parteichef gewählt. Unter Salvini, der immer wieder auch mit Bezügen zum historischen Faschismus kokettiert, radikalisiert sich die Lega und nimmt bald eine Führungsrolle in der italienischen Rechten ein, die weit über ihre ursprüngliche Wählerschaft hinausreicht. Dadurch kommt es auch zu einer stärkeren Annäherung an den französischen Front National und die niederländische Partij voor de Vrijheid. Der Fokus der politischen Agitation liegt nun auf der Ablehnung der Eurozone und des Euro sowie auf der Migrationspolitik. Bei der Europawahl 2014 reicht es dennoch nur für magere 6,2%.

Nach den Parlamentswahlen 2018, die einen Sieg der populistischen „Fünf-Sterne-Bewegung" (32,7%) und ein überraschend gutes Ergebnis für die Lega (17,3%) bringen, die nun deutlich vor der Forza Italia liegt, einigen sich die beiden so konträren Parteien nach längerem Tauziehen auf die Bildung einer gemeinsamen Regierung – mit Salvini als Innenminister! Dessen harte Haltung in Migrationsfragen katapultiert die Lega innerhalb weniger Monate in Umfragen an die Spitze der politischen Parteien. Im Sommer 2019 beendet die Lega die Regierungskoalition mit den Fünf Sternen, wohl in der Hoffnung, dass die ausgezeichneten Umfragewerte ihr bei den bevorstehenden Neuwahlen einen historischen Sieg bescheren

[222] Vgl. Fasser 2017:290

würden. Die Rechnung geht allerdings nicht auf: Die „Fünf-Sterne-Bewegung" einigt sich mit der „Demokratischen Partei" (PD) und den Abgeordneten des linken Parteienbündnisses Liberi e Uguali („Freie und Gleiche") auf eine neue Koalition.

In der gegenwärtigen, seit Oktober 2022 amtierenden Regierung, der ersten von Neofaschisten geführten Regierung Italiens, ist die Lega wieder als Koalitionspartner vertreten.

Das Programm der Lega Nord stellt eine schwer fassbare Verbindung aus politischem Föderalismus und sezessionistischem Regionalismus dar und ist lange Zeit sehr stark auf die Person Umberto Bossis zugeschnitten. Die ideologische Anpassungsfähigkeit, die ein generelles Charakteristikum des Populismus darstellt, wird von der Lega auf die Spitze getrieben.[223] Als regionalistische Partei, welche eigentlich die Sezession Padaniens fordert, zeigt sie sich bezüglich ihres Programms jedenfalls äußerst flexibel. Anfangs propagiert die LN noch die „Republik des Nordens", später setzt sie auf größere Autonomie und eine föderalistische Integrationslösung, ab Mitte der 1990er-Jahre betont sie wieder stärker den Sezessionismus. Hinzu kommen das Thema der Immigration sowie der Ruf nach mehr öffentlicher Sicherheit.[224] Nachdem das „unabhängige Padanien" in weite Ferne gerückt ist, knüpft die Lega Nord intensive Kontakte zu anderen – auch süditalienischen! – Autonomiebewegungen, z.B. zum sizilianischen Movimento per l'Autonomia, mit dem die Lega 2006 bei den Parlamentswahlen unter der gemeinsamen Liste Lega Nord-MPA antritt, oder zum sardischen Partito Sardo d'Azione. Auch international leistet die LN „Entwicklungshilfe" für regionalistisch-autonomistische Bewegungen und unterhält gute Kontakte zum belgischen Vlaams Belang oder zu den korsischen Separatisten.

Das Bekenntnis zum kulturellen Erbe Norditaliens richtet sich allerdings nicht nur gegen den römischen Zentralismus (in der historischen Reminiszenz des mittelalterlichen Lombardenbundes gegen die römisch-deutschen Kaiser!), sondern geht auch mit rassistischen Ressentiments gegenüber Süditalienern und Rückgriffen auf eine mystisch verklärte keltisch-norditalienische Kultur einher.

Schon Bossi muss allerdings erkennen, dass er das „ethnische" Konzept durch ein interessensbasiertes ersetzen muss, das die materiellen Aspekte des Regionalismus in den Mittelpunkt stellt. Es zeigt sich nämlich, dass bei den Wahlmotiven für die Lega soziale und ökonomische Gründe im Vordergrund stehen, weshalb sich die Partei bemüht, ihre soziale Basis wieder „nach oben" zu erweitern.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik verfolgt die Lega wirtschaftsliberale Ziele, propagiert aber gleichzeitig die Förderung klein- und mittelständischer Unternehmen. In der Finanzpolitik fordert die Lega, dass Steuern künftig ausschließlich auf regionaler Ebene erhoben und nicht mehr vom „diebischen Rom" im Zuge des Finanzausgleiches umverteilt und „verprasst" werden sollen. Ihre Aufforderungen zu einem Steuerprotest bleiben allerdings ohne größere Resonanz.

Im Bereich der Sicherheit befürwortet die Lega ein hartes Durchgreifen der Sicherheitskräfte gegenüber Kriminalität und illegaler Einwanderung. Ganz allgemein tritt die LN gegen jede weitere Zuwanderung – v.a. aus muslimischen und/oder afrikanischen Ländern – auf und unterstützt regionale Initiativen gegen Moscheebauten oder islamische Schulen. Dabei kommt es immer wieder zu zweifelhaften Aktionen und offen rassistischen Äußerungen (gegen „Bimbos" und „Zigeuner").

[223] Vgl. Decker 2004:47
[224] Vgl. Fasser 2017:284

In gesellschaftspolitischen Streitfragen (Abtreibung, Homoehe, weiche Drogen etc.) nimmt die Lega eine betont konservative Haltung ein. Im Bereich der Umwelt- und Landwirtschaftspolitik vertritt sie z.T. „grüne" und ökologische Positionen. In der EU-Politik profiliert sich die ursprünglich nicht EU-feindliche Lega als scharfe Kritikerin des „europäischen Zentralismus" und setzt dem die Idee eines „Europas der Regionen" entgegen.

Schon aufgrund ihrer Herkunft und Entstehung existieren innerhalb der Lega die Vertreter der unterschiedlichsten politischen Strömungen – Linkspopulisten ebenso wie Liberale, Christdemokraten und Rechtskonservative. Die Lega Nord und ihre Wählerschaft sind auf dem Links-Rechts-Kontinuum deshalb nur schwer zu verorten. Zwar kommen ihre Stimmen zunächst vor allem von der zerfallenen Democrazia cristiana und dem traditionellen norditalienischen Mittelstand. In weiterer Folge holt die Lega ihre Stimmen allerdings aus allen politischen Milieus. Verbindungen zum Faschismus gibt es bei der „radikal rechts-libertären", antirömischen und regionalistischen Lega Nord lange Zeit keine. Dies ändert sich allerdings mit dem Aufstieg Salvinis, der wiederholt für seine mangelnde Distanz zum Neofaschismus kritisiert wird und immer wieder durch „subtile" Anspielungen auf Mussolini auffällt.

Aufgrund der zahlreichen Umwälzungen und Verwerfungen des politischen Systems ist die Lega heute die älteste noch aktive Großpartei Italiens.

KROATIEN

Ante Pavelic und die Ustaša

1929 verhängt König Alexander in Jugoslawien den Ausnahmezustand, um der bürgerkriegsähnlichen Unruhen Herr zu werden, die nach der Ermordung des Führers der kroatischen Bauernpartei Stjepan Radic durch einen serbischen Attentäter am 20. Juni 1928 ausgebrochen waren. Vorrangigstes Ziel dieser Maßnahme ist jedoch die Unterdrückung der separatistischen kroatischen Bestrebungen, etwa der 1928 gegründeten Hrvatski Domobran („Kroatische Landwehr") oder der von ANTE PAVELIC (1889–1959) geleiteten Hrvatska stranka prava („Kroatische Staatsrechtspartei"), die sich nicht mit einer regionalen Autonomie zufrieden geben wollen, sondern einen unabhängigen (groß)kroatischen Staat anstreben – und in diesen Bestrebungen vom faschistischen Italien unterstützt werden.[225]

1934 wird Alexander, dessen autoritäres Regiment sich stark auf den serbischen Nationalismus stützt, gemeinsam mit dem französischen Außenminister Barthou in Marseille von Ustaša-Attentätern erschossen. Die Geheimorganisation Ustaša Hrvatska Revolucionarna Organizacija (UHRO, „Der Aufständische – Kroatische revolutionäre Organisation") war 1929 unter Ante Pavelic gegründet worden und entfaltet eine rege propagandistische und terroristische Aktivität gegen den jungen jugoslawischen Staat.

Bei der Liquidierung Jugoslawiens versucht das NS-Regime die kroatisch-nationalistischen Parteien als Verbündete zu gewinnen. Nachdem die Führer der kroatischen „Bauernpartei" sich diesem Ansinnen verweigern, schließen die Deutschen einen Pakt mit der Ustaša, die darauf hofft, unter deutschem Protektorat einen „Unabhängigen Staat Kroatien" gründen zu können.

Der Nationalismus der Ustaša ist eng mit einem militanten Katholizismus verbunden, der sich gegen die serbische Orthodoxie richtet (und vice versa). Anhänger und Aktive sind vornehmlich junge Intellektuelle und Studenten in Zagreb und anderen Städten des Landes, vielfach auch Kroaten in den ethnisch und religiös gemischten Gebieten Jugoslawiens, vor allem in Bosnien.

Durch die Unterstützung, die Pavelic und seine Anhänger im faschistischen Italien genießen, orientiert sich die kroatische Ustaša auch ideologisch am Vorbild des italienischen Faschismus. Gleichzeitig dient sie sich den Nationalsozialisten an, arrogiert sich eine „gotische" (und nicht slawische) Abstammung und betont den gemeinsamen Kampf gegen „Intellektualismus und Demokratismus", Freimaurerei, Judentum und Kommunismus.

Der im April 1941 errichtete „Unabhängige Staat Kroatien" unter der Führung Ante Pavelics erweist sich für die Achsenmächte jedoch bald als Belastung, weil die Ustaša ihre Macht vor allem dazu nutzt, Rache an den Serben zu nehmen. Auf das Konto der Ustaša gehen Massenermordungen, Zwangsdeportationen und sogar Zwangstaufen der orthodoxen Bevölkerung, die maßgeblich zur Stärkung der serbisch-nationalistischen und kommunistischen Widerstandsbewegung beitragen.

[225] Für eine ausführliche Darstellung der Geschichte Kroatiens und weitere Literaturverweise siehe: Hory / Brosza 1965; Korb 2013.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Machtübernahme Josip Broz Titos existiert der kroatische Nationalismus nur noch im Untergrund, bricht allerdings im „Kroatischen Frühling" 1971 wieder auf, der vom Regime zwar brutal unterdrückt wird, aber 1974 zu einer neuen, stärker föderalistischen Verfassung führt.

Franjo Tudjman und seine Erben

Die Hrvatska stranka prava (HSP, „Kroatische Partei des Rechts") ist eine national-konservative bis rechtsextreme Partei, die sich auf die gleichnamige 1861 gegründete Partei beruft, deren Ziel die politische Selbständigkeit Kroatiens innerhalb der Österreichisch-Ungarischen war. Als zeitweise wichtigste Oppositionspartei spielt die HSP im damaligen kroatischen Parlament eine nicht unbedeutende Rolle. Die Frage, ob die nach Selbständigkeit strebenden Kroaten ein Bündnis mit Serben und Slowenen eingehen oder ein selbständiges Kroatien innerhalb der Monarchie anstreben sollten, führt jedoch bald zu internen Streitigkeiten und Abspaltungen.

Im Königreich Jugoslawien und auch im demokratischen Mehrparteiensystem des heutigen Kroatien war und ist die HSP nur noch eine wenig bedeutende rechte Splitterpartei, die zu Beginn der 1990er-Jahre neu gegründet wird und bei den ersten freien Parlamentswahlen 1990 den Einzug ins Parlament schafft.

Während des Kroatienkrieges ist die HSP an der Gründung der paramilitärischen „Kroatischen Verteidigungskräfte" beteiligt, die von Präsident Franjo Tudjman 1991 in die kroatische Armee integriert werden. In dieser Zeit arbeitet die HSP eng mit der regierenden rechtsnationalistischen Hrvatska demokratska zajednica (HDZ, „Kroatische Demokratische Union") Tudjmans zusammen. Bei den Parlamentswahlen 2003 erhält die HSP 6,4% der Stimmen und acht Sitze im Sabor. 2007 verliert sie massiv und erringt nur noch einen Sitz; 2011 geht auch dieser verloren.

Anfang 2020 gründet der populäre Musiker MIROSLAV ŠKORO (*1962), ein früheres HDZ-Mitglied, die „Heimatbewegung Miroslav Škoros" (Domovinski pokret Miroslava Škore, DPMŠ). Die DPMŠ wird als EU-skeptisch, nationalkonservativ, rechtspopulistisch bis rechtsradikal eingestuft. Bei der Präsidentschaftswahl 2019/2020 erhält der zu diesem Zeitpunkt noch parteilose Škoro im ersten Wahlgang 24,45 % der Stimmen und verfehlt damit nur knapp die Teilnahme an der Stichwahl. Bei den Parlamentswahlen 2020 schafft die neue Partei auf Anhieb 10,9% und wird mit 16 Abgeordneten drittstärkste Kraft.

Lettland[226]

Feuerkreuz und Donnerkreuz

1932 gründet der frühere Offizier GUSTAVS CELMIŅŠ (1899–1968) die faschistische Bewegung „Feuerkreuz" (Ugunskrusts), die von der lettischen Regierung umgehend verboten wird. An ihrer Stelle entsteht bald darauf die radikal-nationalistische Partei „Donnerkreuz" (Pērkonkrusts), die unter dem Wahlspruch „Lettland den Letten" fordert, dass nur noch „gebürtige Letten" in hohe politische und wirtschaftliche Positionen aufsteigen sollten. Außerdem seien die verfassungsmäßig garantierten Rechte der nationalen Minderheiten, allen voran der Russen, aber auch der Weißrussen, Ukrainer, Polen, Litauer und Deutschen, aufzuheben.

Die Propaganda des „Donnerkreuzes" richtet sich in erster Linie gegen ethnische und religiöse Minderheiten, denen eine „feindliche Übernahme der lettischen Wirtschaft" unterstellt wird, aber auch gegen die Politiker der etablierten Parteien, die pauschal der Korruption beschuldigt werden. Das „Donnerkreuz" ist radikal antisemitisch, aber auch deutschfeindlich ausgerichtet, zumal die Baltendeutschen, trotz ihrer relativ geringen Zahl, das Wirtschaftsleben des Landes kontrollieren. Offenbar stößt sich niemand daran, dass die Bewegung dennoch das Hakenkreuz als Parteisymbol und eine Abwandlung des Hitlergrußes mit der Parole *Cinai sveiks* („Kampf Heil") verwendet.

Der lettische Ministerpräsident und Vorsitzende des „Bauernbundes" KĀRLIS ULMANIS (1877–1942) nutzt die politischen Spannungen zu einem Staatsstreich von oben. Die Einführung einer autoritären Präsidialregierung, die Suspendierung der Verfassung und das Verbot der Parteien richtet sich zwar in allererster Linie gegen den wachsenden Einfluss der Kommunistischen Partei, trifft aber ebenso die faschistischen Donnerkreuzler. Ihr Führer Celmiņš wird zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt und anschließend des Landes verwiesen, die Partei existiert im Untergrund jedoch weiter.

Durch das geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt gerät Lettland 1939 in die Einflusssphäre der Sowjetunion. Nach der Besetzung des Landes durch die deutsche Wehrmacht bemüht sich das „Donnerkreuz" um eine Neugründung, die von den Besatzern allerdings abgelehnt wird. Während nicht wenige Donnerkreuz-Mitglieder bereitwillig mit den Deutschen kollaborieren und bei der Aufspürung und Verhaftung von Juden und Kommunisten mitwirken, unterstützen andere den Widerstand gegen die Besatzer.

Nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1990 wird das „Donnerkreuz" mit dem Ziel wiedergegründet, ein „lettisches Lettland" zu errichten. Einige Anschläge, vor allem gegen sowjetische Denkmäler, gehen auf seine Kosten. Weitere rechtsextreme Organisationen der postsowjetischen Zeit sind die ultranationalistische und homophobe „Lettische Nationalfront" (Latvijas nacionala fronte, LNF) oder die von dem ins Baltikum ausgewanderten deutschen Rechtsradikalen Joachim Siegrist gegründete „Volksbewegung für Lettland" (Tautas Kustíba Latvijai, TKL).

Als rechtsextreme Organisationen der russischen Minderheit sind die „Russische Nationale Vereinigung" und die „Nationalbolschewistische Partei" (NBP) zu nennen, die beide enge Beziehungen zu ähnlich gearteten Organisationen in Russland unterhalten und sich als Vertreter der russischstämmigen Einwohner gerieren, die etwa ein Viertel der Bevölkerung Lettlands ausmachen.

---

[226] Für eine ausführliche Darstellung der Geschichte Lettlands und weitere Literaturverweise siehe: Hehn 1957; Gräfe 2010.

Alles für Lettland[227]

Die „Nationale Vereinigung Alles für Lettland – Für Vaterland und Freiheit / Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung" (Nacionālā apvienība „Visu Latvijai!" – „Tēvzemei un Brīvībai / LNNK", VL-TB/LNNK) entsteht 2011 aus der Vereinigung der rechten Partei „Alles für Lettland!" (Visu Latvijai!) und der nationalkonservativen „Für Vaterland und Freiheit / Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung" (Tēvzemei un Brīvībai / LNNK), die bereits zu den lettischen Parlamentswahlen 2010 in einem Wahlbündnis angetreten waren.

Visu Latvijai! wird im Jahr 2000 als nationalistische Jugendbewegung gegründet und Anfang 2006 als politische Partei konstituiert. Im selben Jahr erhält sie bei den Parlamentswahlen 1,5% der Stimmen. 2010 kommt das Wahlbündnis von Visu Latvijai! mit der in den 1990er-Jahren gegründeten rechtskonservativen Tēvzemei un Brīvībai / LNNK auf 7,7% und acht Parlamentssitze, wobei die Mehrzahl auf Vertreter der radikaleren Visu Latvijai! entfallen.

Nach der Vereinigung der beiden Parteien erhält die neue Bewegung bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im selben Jahr knappe 14% der Stimmen und 14 Mandate, 2014 fast 17% und ebenso viele Mandate. Die Partei ist seit 2011 als Koalitionspartner in den wechselnden Mitte-Rechts-Regierungen des Landes vertreten und hält derzeit zwei Ministerposten. Der damalige Ministerpräsident Dombrovskis meinte, er sehe keinen Grund, die „Nationale Allianz" wegen extremistischer Ansichten „zu bestrafen und in der Opposition zu belassen". Kritiker bezeichneten es hingegen als „untragbar", dass „Rechtsradikale Teil der Regierung eines EU-Landes werden".

Hauptinhalt ihrer politischen Agitation ist eine betont antirussische Haltung, wie etwa die Ablehnung der Einführung des Russischen (immerhin Muttersprache von mehr als einem Viertel der Bevölkerung) als zweite Amtssprache. Darüber hinaus fallen Vertreter der Partei, deren Uniform mit einer Runen-Armbinde geschmückt ist, immer wieder durch gewaltsame Proteste gegen Schwule und Lesben und durch ihre Teilnahme an Gedenkveranstaltungen für die Mitglieder der Lettischen Legion der Waffen-SS auf.

Wem gehört der Staat?

2016 gründet ARTUSS KAIMIŅŠ (*1980), Schauspieler und früherer Abgeordneter der „Partei der Regionen Lettlands" die Politiskā partija „KPV LV". KPV steht für die Abkürzung des Slogans *Kam pieder valsts?* („Wem gehört der Staat?"), LV ist die Landeskürzung Lettlands.

[227] Für zusätzliche Informationen siehe: Dehmel / Reetz 2011; Auers / Kasekamp 2013.

Bei der Gründung erklärt Kaimiņš, seine Partei wolle sich für mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen; er fordere deshalb auch „einen neuen Gesellschaftsvertrag” zwischen den Bürgern und den Regierenden. Die KPV LV zeichnet sich durch einen zum Teil aktionistischen Anti-Establishment-Kurs aus, weshalb manche Beobachter sie mit der italienischen „Fünf-Sterne-Bewegung” vergleichen.

KPV LV wird bei der Parlamentswahl 2018 mit 14,3% der Stimmen und 16 (von 100) Abgeordneten auf Anhieb zweitstärkste Kraft und tritt als Juniorpartner in die aus fünf Parteien bestehende (liberal-)konservative Regierung Kariņš ein, in der sie drei Minister stellt. Dieser EU-freundlichen Regierung gehört im Übrigen auch die rechtspopulistische Nacionālā apvienība „Visu Latvijai!” – „Tēvzemei un Brīvībai/LNNK” an.

Aufgrund anhaltender Spannungen innerhalb der Partei werden 2019 sowohl der frühere Spitzenkandidat Aldis Gobzems als auch der Mitbegründer Kaimiņš sowie weitere prominente Mitglieder ausgeschlossen, andere gehen freiwillig.

Litauen[228]

Ein nationales Erwachen

Die politische Landschaft Litauens ist seit der Unabhängigkeit von Russland im Jahr 1918 von zwei Lagern geprägt, den Christdemokraten, die bis 1926 regieren, und den Sozialisten. Gleichzeitig findet zu dieser Zeit auch in Litauen ein „nationales Erwachen" statt. Eine frühe ultranationalistische Gruppierung, die „Fortschrittspartei des Volkes" (Tautos pažangos partija, TPP), bleibt bei allen Wahlgängen allerdings erfolglos und verlagert ihre Aktivitäten auf die außerparlamentarische Ebene. Ihre zahlenmäßig geringe Anhängerschaft stammt überwiegend aus der nationalen Intelligenzia und aus dem Klerus.

1924 fusionieren TPP und andere rechte Gruppierungen zum „Bund Litauischer Nationalisten" (Lietuvių tautininkų sąjunga, LTS). Die neue Partei holt 1926 drei Sitze im Parlament. 1927 erweitert der LTS seine Schlagkraft und gründet den „Eisernen Wolf (Geležinis Vilkas) als paramilitärische Organisation.

Die Wahlen von 1926 beenden die Vorherrschaft der Christdemokraten und bringen die Sozialisten an die Macht, die sich bald einer erbitterten Opposition aus Christdemokraten, Kommunisten und rechten Parteien gegenübersehen.

Präsidialdiktatur

Die äußerst fragile innenpolitische Situation und der außenpolitische Druck, den Polen und sein autoritärer Machthaber Pilsudski auf Litauen ausüben, führen dazu, dass im Dezember 1926 in Kaunas, der provisorischen Hauptstadt Litauens, der Führer der bis dahin wenig bedeutenden nationalistischen Partei Tautinikai („Völkische"), Antanas Smetona (1874–1944), mit Hilfe eines Offiziersputsches die Macht übernimmt. Die Tautininku Sajunga, die Smetona-„Partei", versteht sich weniger als politische Partei, denn als Bewegung, und das System Smetona ist eine patriarchalische, persönliche Diktatur nach dem Führerprinzip – ein Mann, ein Volk.

Unter dem neuen „Regime der nationalen Einheit", das die Unabhängigkeit des Landes zu erhalten sucht, entsteht eine radikale rechte Oppositionsgruppe unter Führung von Augustinas Voldemaras, die ihre Anhänger vor allem im jüngeren Offizierskorps und in der nationalen Studentenschaft rekrutiert und 1934 einen Putschversuch unternimmt, um eine engere Bindung Litauens an das nationalsozialistische Deutschland herbeizuführen.

1936 löst Smetona alle Parteien auf. Die neue Verfassung von 1938 macht ihn zum Oberbefehlshaber der Armee und konzentriert alle Macht in den Händen des Präsidenten. Smetona selbst versucht sich vom „wesensfremden" italienischen Faschismus und auch vom deutschen Nationalsozialismus zu distanzieren und pflegt ein enges Verhältnis zur katholischen Kirche.

1940 wird das Land von der Sowjetunion besetzt. Während der deutschen Besatzung von 1941 bis 1944 kollaborieren die „bürgerlichen Nationalisten" mit den Deutschen. Nach dem Ende der Sowjetunion wird das Smetona-Regime rehabilitiert, landesweit erhalten Straßen seinen Namen.

---

[228] Für eine ausführliche Darstellung der Geschichte Litauens und weitere Literaturverweise siehe:Garleff 2001; Kasekamp 2010.

Kaum Rechtsextreme

Eine Neuauflage der Tautininkai kann in den 1990er-Jahren nur wenig politischen Einfluss entfalten, heute besteht sie als Fraktion der Nationalen innerhalb der einflussreichen konservativen Partei „Union des Vaterlands" weiter.

Im Jahr 2002 wird vom ehemaligen Ministerpräsidenten Rolandas Paksas und seinen Anhängern die „Liberaldemokratische Partei" (Liberalų demokratų partija, LDP) gegründet, nachdem dieser bei der Wahl zum Parteivorsitzenden der „Liberalen Union Litauens" (LLS) eine Niederlage erlitten hatte. Kurz darauf gewinnt Paksas die Präsidentschaftswahl und gibt den Vorsitz der LDP ab. Er selbst wird im April 2004 wegen einer Wahlkampfspende von einer Drei-Fünftel-Mehrheit des Parlaments seines Amtes enthoben.

Bei der Europawahl 2004 erhält die LDP 6,8% der Stimmen und einen der 13 litauischen Sitze im EU-Parlament. Zu den litauischen Parlamentswahlen 2004 tritt eine Gemeinschaftsliste, bestehend aus LDP und „Für ein gerechtes Litauen" (Už teisingą Lietuvą) unter dem Namen „Rolandas Paksas Koalition Für Ordnung und Gerechtigkeit" an und erhält 11% der Stimmen und 11 Mandate. Ende 2004 kehrt Paksas an die Parteispitze der LDP zurück.

Im Mai 2006 nennt sich die LDP in „Ordnung und Gerechtigkeit (Liberaldemokraten)" (Tvarka ir Teisingumas (Liberalai Demokratai), TT) um und wird 2008 mit knapp 13% und 15 Parlamentssitzen drittstärkste Kraft im Land. 2012 verliert die TT fast die Hälfte ihrer Stimmen, wird aber Teil der Regierungskoalition des Sozialdemokraten Algirdas Butkevičius und erhält das Innen- und das Umweltministerium. Dennoch setzt sich der Abwärtstrend fort. 2016 erhält TT nur noch 5,6% der Stimmen und acht Sitze, Paksas tritt vom Vorsitz zurück und 2018 auch aus der Partei aus.

2020 fusioniert die TT mit der „Litauischen Freiheitsunion (Liberale)" (LLS). Die neue Partei nimmt den Namen „Freiheit und Gerechtigkeit" (Laisvė ir Teisingumas, LT) an, bleibt allerdings bei der Parlamentswahl mit nur 2,1% der Stimmen weit unter ihren Erwartungen.

Laisvė ir Teisingumas ist teils wertkonservativ, teils rechtsliberal. Sie vertritt marktwirtschaftliche Prinzipien und betont den Wert der Eigenverantwortung. Lange Zeit dient die Partei in erster Linie der Durchsetzung der politischen Ambitionen ihres populistischen Vorsitzenden Rolandas Paksas, zweimaliger Ministerpräsident und kurzzeitiger Präsident des Landes. Seine Wählerschaft rekrutiert Paksas in erster Linie aus den Verlierern der wirtschaftlichen Umwälzungen seit der Unabhängigkeit, weshalb in seinem Wahlkampf soziale Themen immer eine große Rolle spielen. Vor allem aber stellen Paksas und seine „Liberaldemokraten" sich gerne als Kämpfer gegen das politische Establishment dar.

Eine weitere rechtspopulistische Partei, die „Partei der Wiederauferstehung des Volkes" (Tautos prisikėlimo partija, TPP) zieht 2008 mit unerwarteten 15% ins Parlament ein und stellt damit die zweitstärkste Kraft der liberal-konservativen Regierungskoalition unter Führung von Andrius Kubilius, die das Land bis 2012 regiert.

Rechtsextreme Parteien spielen in der litauischen Politik nur eine sehr geringe Rolle. Die kleine „Nationaldemokratische Partei Litauens" (Lietuvos Nacionaldemokratu Partija, LNDP) setzt vor allem auf Antisemitismus, Rassismus und antiwestliche, die „Litauische Jugendunion" (Union Jaunoji Lietwa, UJL) hingegen auf antirussische Positionen. Eine weitere rechtsradikale Splittergruppe, die „Litauische Freiheitsunion" (Lietuvos laisves sajunga, LLS), verknüpft rassistische und antisemitische Propaganda mit Sozialpopulismus.

Luxemburg[229]

Lëtzebuerg de Lëtzebuerger

Im August 1910 gründen mehrere Studenten die Lëtzebuerger Nationalunioun als nationalistische Bewegung. Die Nationalunion orientiert sich am italienischen Faschismus und am französischen Nationalismus des Schriftstellers und rechten Politikers Maurice Barrès, später wendet sie sich stärker dem deutschen Nationalsozialismus zu.

Die Statuten der Bewegung sehen vor, dass ihr nur gebürtige Luxemburger beitreten können. Ihr Wahlspruch ist Lëtzebuerg de Lëtzebuerger (Luxemburg den Luxemburgern), ihr Wappentier der Rote Löwe, ihr Publikationsorgan D'Natio'n (Die Nation).

Die Nationalunion ist antidemokratisch und lehnt das Mehrparteiensystem ab. Eine wichtige Rolle spielen auch der Antisemitismus und die grundsätzliche Ausländerfeindlichkeit. Die im Großherzogtum lebenden Ausländer werden als „nationale Gefahr" betrachtet, jüdische Geschäfte sollen boykottiert werden. Die Nationalisten stellen sogar territoriale Forderungen: Ihr Ziel ist Grousslëtzebuerg (Großluxemburg) unter Einbeziehung sämtlicher Territorien, die seit dem 17. Jahrhundert an Frankreich, Preußen, Belgien und die Niederlande abgetreten werden mussten. Eine politisch bedeutsame Rolle spielt die Bewegung allerdings selbst in den turbulenten 1930er-Jahren nicht.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erheben Vertreter der Bewegung noch einmal Ansprüche auf deutsche Gebiete. Viele ihrer ehemaligen Mitglieder wenden sich der Vorläuferorganisation der heutigen rechtsliberalen „Demokratischen Partei" zu. Gleichzeitig wächst unter den Luxemburgern das Gefühl, eine eigenständige Nation mit eigener Sprache zu sein.

adr
ALTERNATIV DEMOKRATESCH REFORMPARTEI

Geradezu „liberal"

Die Alternative Demokratische Reformpartei (lux. Alternativ Demokratesch Reformpartei, frz. Parti de réforme alternatif et démocratique) wird 1987 als Aktionskomitee 5/6 Pension für jeden (lux. Aktiounskomitee 5/6 Pensioun fir jiddfereen, frz. Comité d'action 5/6 de retraite pour tous) gegründet und ändert im Laufe der Jahre mehrmals ihren Namen; 1989 benennt sie sich in Aktionskomitee 5/6 um, 1993 in Aktionskomitee für Demokratie und Rentengerechtigkeit; ihren jetzigen Namen trägt sie seit 2006.

Die ADR geht aus einer typischen „Single-issue-Bewegung" hervor, die mit einer einzigen Forderung – der Vereinheitlichung des Rentensystems durch Gleichstellung der Pensionen im öffentlichen und im privaten Sektor – bei den luxemburgischen Parlamentswahlen 1989 antritt, 7,1% der Stimmen erreicht und mit vier Abgeordneten ins luxemburgische Parlament einzieht. Der ADR gelingt es in der Folge, zahlreiche von der Krise im Kohle- und Stahlbereich verunsicherte Wähler der „Luxemburger Sozialistischen Arbeiterpartei" anzusprechen. Bei den Gemeinderatswahlen 1993 schafft die ADR den Einzug in sieben Gemeinderäte und bei den Parlamentswahlen 1994 kann sie 9% der Stimmen und einen weiteren Sitz

[229] Für eine ausführliche Darstellung der Geschichte Luxemburgs und weitere Literaturverweise siehe: Pauly 2011. Offizielle Website: http://www.adr.lu/ (Luxemburgisch mit deutschsprachigen Unterseiten).

gewinnen. Ihr bestes Wahlergebnis erreicht die ADR bei den Parlamentswahlen 1999 mit 11,3% der Stimmen und sieben Abgeordneten.

Nach der Jahrtausendwende muss die ADR bei sämtlichen Wahlgängen jedoch herbe Einbußen hinnehmen. 2009 verliert sie ihren Fraktionsstatus im Parlament, seit 2017 ist sie nur noch in sechs Gemeinderäten vertreten.

Beim Nationalkongress 2012 wählt die ADR mit FERNAND KARTHEISER (*1959) als Nachfolger von ROBERT MEHLEN (*1949), der das Amt seit 1991 ausübt, einen neuen, katholisch-konservativen und militant antiislamischen Vorsitzenden. Da viele Parteimitglieder einen Rechtsruck ihrer Partei befürchten, kommt es zu zahlreichen Rück- und Parteiaustritten. 2013 wird JEAN SCHOOS (*1960) neuer Parteivorsitzender.

Die ADR tritt für eine Eindämmung der Zuwanderung und gegen einen EU-Beitritt der Türkei ein. Auf europäischer Ebene fordert sie die Anerkennung des Luxemburgischen als Sprache der Europäischen Union. Im Verhältnis zu rechtspopulistischen Bewegungen in anderen europäischen Staaten nimmt sich ihr Programm allerdings geradezu gemäßigt-liberal aus.

Seit 2022 ist der Abgeordnete FRED KEUP (*1980), einer der vehementesten Gegner des Ausländerwahlrechts anlässlich des Referendums 2015, neuer Präsident der ADR. Die frühere „Rentnerpartei" sieht sich als konservative Alternative zur „Christlich Sozialen Volkspartei" und zur „Sozialistischen Arbeiterpartei". Sie setzt sich für den Erhalt und die stärkere Förderung der luxemburgischen Sprache, einer Variante des auch im benachbarten Saarland gesprochenen Moselfränkischen, gegenüber des immer dominanteren Französischen ein. Im Rahmen des Spektrums rechter Parteien ist sie als rechtskonservativ, katholisch-fundamentalistisch und rechtspopulistisch einzuordnen.

Niederlande

Faschismus in den Niederlanden

Auch in den Niederlanden entstehen in der Zwischenkriegszeit zahlreiche rechte und rechtsextreme Bewegungen und Parteien, von denen die allermeisten (Frysk Faksiste Front / „Friesische Faschisten Front"; Nationale Unie / „Nationale Union"; Verbond van Nationalisten / „Verbund von Nationalisten") Eintagsfliegen bleiben.

Zwischen 1932 und 1934 existiert der Algemene Nederlandse Fascistenbond (ANFB, „Allgemeiner Niederländischer Faschistenbund") als politische Partei, die sich in weiten Teilen an der Politik der NSDAP orientiert. Bei den Wahlen 1933 erhält die ANFB nur 0,5% der Stimmen und verfehlt den Einzug ins niederländische Parlament.

Aus einer Abspaltung des ANFB geht die Zwart Front („Schwarze Front") hervor, die später in Nationaal Front („Nationale Front") umbenannt wird. 1934 vom früheren Theologiestudenten Arnold Meijer gegründet, orientiert sich die Zwart Front stärker am italienischen Faschismus und zielt auch auf katholische Mittelständler ab. Nach der dezidierten Verurteilung der Zwart Front durch die römisch-katholischen Bischöfe des Landes bleiben viele katholische Wähler allerdings auf Distanz.

Nach der Besetzung der Niederlande durch die Wehrmacht versucht sich die mittlerweile umbenannte Nationaal Front den Besatzern anzudienen, stellt für die Zusammenarbeit allerdings eine Reihe von Bedingungen und wird Ende 1941 verboten.

Größte und einflussreichste rechtsextreme Partei wird die 1931 von ANTON ADRIAAN MUSSERT (1894–1946) und CORNELIS VAN GEELKERKEN (1901–1979) in Utrecht gegründete Nationaal-Socialistische Beweging in Nederland (NSB), die bei den Wahlen zu den Provinzialstaaten 1935 mit 7,9 % der Stimmen ihren größten Wahlerfolg erzielt. Das Programm der NSB ist in weiten Teilen mit dem der NSDAP ident, allerdings lehnt Mussert, der von einem großniederländischen Reich träumt, den Rassismus und Antisemitismus der Deutschen zunächst ab. Nicht alle Mitglieder der NSB sind deutschfreundlich, viele orientieren sich weiterhin am korporatistischen italienischen Faschismus und befürchten, wohl nicht ganz zu Unrecht, die Einverleibung der Niederlande in einen „großgermanischen Raum".

Nach der Besetzung der Niederlande durch die Wehrmacht im Mai 1940 bleibt die NSB die einzige zugelassene Partei. Mussert darf sich nun *Leider*, „Führer des niederländischen Volkes" nennen, wirkliche Machtbefugnisse erhält er nicht. Im Herbst 1940 entsteht innerhalb der NSB die Niederländische SS, die rasch etwa 50.000 Mitglieder zählen wird und sich aktiv an der Bekämpfung des Widerstandes und an der Vernichtung der niederländischen Juden beteiligt.

Mussert wird nach Kriegsende vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt. Die Hinrichtung erfolgt im Mai 1946.

Das Poldermodell – Ein Garant der Stabilität

Das politische System der Niederlande ist seit den 1920er-Jahren durch konkordanz-demokratische und korporatistische Strukturen geprägt und auch nach dem Zweiten Weltkrieg dominieren die konfessionellen Parteien noch die politische Landschaft. In den 1960er- und 1970er-Jahren kommt es schließlich zu einer „Entkonfessionalisierung", d.h. zu einem deutlichen Wählerschwund bei den drei großen konfessionell ausgerichteten Parteien, der „Katholischen Volkspartei", der calvinistischen „Anti-Revolutionären Partei" und der protestantischen

„Christlich-Historischen Union", ein Erosionsprozess, der schlussendlich zur Fusion der drei unter dem Namen Christen-Democratisch Appèl führt.

Allerdings verliert auch die sozialdemokratische PvdA immer mehr an Zuspruch, meist an kleinere linke bzw. links-grüne Parteien. In der (linken) Mitte etablieren sich zudem die zeitweise recht erfolgreichen sozialliberalen Democraten 66.

1994 geht die speziell niederländische Periode der politischen Stabilität zu Ende. Die sozialdemokratische „Partei der Arbeit", die liberale VVD und die linksliberalen Demokraten 66 bilden zum ersten Mal eine rein „säkulare" Koalition ohne Christdemokraten.

Im rechten Parteienspektrum kommt es zur Gründung rechtspopulistischer Bewegungen, wie die in den 1960er-Jahren erfolgreiche Boerenpartij („Bauerpartei") oder die Centrum Democraten (CD) des rechtsextremen Hans Janmaat in den frühen 1990er-Jahren.[230] Traditionelle rechtsextreme und neonazistische Gruppierungen, wie die Nederlandse Volks-Unie, bleiben unbedeutend. Die Niederlande weisen allem Anschein nach eine stabile Immunität gegen rechtspopulistische Politinszenierungen auf, und die Parteien am rechten Rand üben kaum Einfluss auf die öffentliche Diskussion aus.[231]

Pim Fortuyn[232]

Der politische Schock tritt zu Beginn des neuen Jahrtausends mit Pim Fortuyn und seiner Lijst Pim Fortuyn (LPF) ein. Die LPF geht auf die im Juni 2001 als Partei gegründete Leefbaar Nederland (LN, „Lebenswerte Niederlande")-Bewegung zurück, die einen Zusammenschluss lokaler und ursprünglich liberaler Kommunal- bzw. Stadtparteien und Bürgergruppen bildet. Anfangs noch ohne klares politisches Profil, wird die LN durch ihren Protest gegen die etablierte Politik, die „abgehobenen Berufspolitiker" und die Forderung geeint, das Parteienkartell aufzubrechen und das politische Handeln wieder „in die Hände des Volkes" zu legen. Eine ihrer Hauptforderungen ist deshalb die Direktwahl der Bürgermeister, aber auch der Volksvertreter und des Regierungschefs, sowie regelmäßige Volksabstimmungen über wichtige Gesetzesvorlagen. Leefbaar Nederland will nicht nur die Berufspolitiker, sondern auch die Bürokratie entmachten. Ihr Populismus bleibt allerdings relativ gemäßigt und bescheiden.

Im Sommer 2001 stößt der charismatische WILHELMUS S.P. FORTUYN („Pim") (1948–2002) zur LN und wird auf dem Parteitag im November zum Spitzenkandidaten für die anstehenden Parlamentswahlen gewählt. Fortuyn ist promovierter Soziologe, arbeitet von 1972 bis 1988 als Dozent an der Reichsuniversität Groningen, sympathisiert während dieser Zeit mit der Kommunistischen Partei und wird später Mitglied der sozialdemokratischen PvdA. Von 1990 bis 1995 ist er als außerordentlicher Professor an der Erasmus-Universität Rotterdam tätig, schreibt für die liberal-konservative Wochenzeitschrift Elsevier und tritt als Kritiker des sozialliberalen Kabinetts und prononcierter Gegner der multikulturellen Gesellschaft in den Niederlanden hervor. 1995 erscheint sein Buch „Herrenlose Gesellschaft", 1997 „Gegen die Islamisierung unserer Kultur".

[230] Vgl. Morgenthaler 2002
[231] Vgl. Reuter 2009:21
[232] Für zusätzliche Informationen siehe: Eckardt 2003; Papez 2003; Cuperus 2004.

Fortuyn radikalisiert das Programm der LN, stellt die Grundsätze des „Poldermodells", der konsensorientierten niederländischen Form der Sozialpartnerschaft, radikal in Frage und wendet sich gegen den „altmodischen Korporatismus" und die „paternalistischen Interventionen" der Gewerkschaften. Im Vordergrund steht jedoch die Polemik gegen die niederländische Asyl- und Einwanderungspolitik. Durch die mangelhafte Integration der Ausländer sei es in den Großstädten zu Unsicherheit, Überfremdung und Verwahrlosung gekommen. Wer diese tabuisierten Missstände anpragere, werde von den politischen Eliten und ihren Medien mundtot gemacht, so Fortuyn.

Fortuyn bezeichnet den Islam einmal als eine „außerordentliche Bedrohung", als eine „feindliche Gesellschaft", „eine zurückgebliebene Kultur" und wirbt dafür, den ersten Artikel des niederländischen Grundgesetzes („Niemand darf diskriminiert werden") zu streichen, weil dieser die Freiheit der Meinungsäußerung einschränke. Als erklärter Republikaner unterstützt er auch die Abschaffung der Monarchie – eine Idee, die in der niederländischen Bevölkerung auf wenig Anklang stößt. Dennoch kommt seine ostentative Offenheit („Ich sage, was ich meine, und tue, was ich sage!") bei vielen Wählern gut an.

Fortuyns Auftreten hat unverkennbar populistische Züge. Kritik am politischen Establishment und an der Konsensdemokratie verbindet sich mit dem Eintreten für Liberalisierung und Privatisierung, gleichzeitig aber mit einer „Law & Order"-Politik, die vom Kokettieren mit der eigenen Homosexualität bisweilen konterkariert wird. Auch seine extrem antiislamische Positionierung drückt keine Fremdenfeindlichkeit per se aus – auf den Kandidatenlisten der LPF finden sich auch „farbige" Zuwanderer – oder, wie der lebensfrohe Populist Fortuyn sich auszudrücken pflegt: *I do not hate them, I even sleep with them*. So gesehen unterscheiden *sein Lebensstil, sein weltläufiges Gehabe […] ihn wohltuend von den polternden Spießern, die den flämischen Vlaams Blok oder auch den französischen Front National prägen.*[233]

Während der Vlaams Belang und der Front National eindeutig zum Typus der neuen Rechtsparteien gehören, die zugleich populistische und rechtsextreme Züge aufweisen, stellt die Fortuyn-Bewegung eine libertäre (oder „postmoderne") Spielart des Rechtspopulismus dar. Und im Gegensatz zu den stigmatisierten Centrumdemocraten, die die Einwanderungsfrage – allerdings ohne nachhaltigen Erfolg! – erstmals zum Thema der nationalen Politik gemacht haben, wird Fortuyn nicht als extremistisch empfunden.

Fortuyn, dem es gelingt, rechtspopulistische Forderungen mit aufklärerischem Habitus zu verbinden, indem er sich auf die universellen Werte der Aufklärung beruft und auf ethnonationalistische Begründungen der niederländischen Identität verzichtet, hat Erfolg, weil er die Defizite des niederländischen Systems offenlegt. Seine Multikulturalismuskritik kommt ohne nationalistische (oder gar rassistische) Begründungen aus. Er attackiert den Islam als „Feind der freiheitlichen Gesellschaft", auf die die Niederlande so stolz sind, und beruft sich auf universelle und nicht auf kulturalistische Werte. Im Gegensatz zu anderen Rechtspopulisten erreicht Fortuyn damit auch zahlreiche weibliche Wählerinnen, mobilisiert ehemalige Nichtwähler, spricht frühere Wähler von VVD und PvdA, vor allem aber auch Menschen mit einem gehobeneren Bildungsniveau an, die die liberalen Errungenschaften und Werte der Niederlande (Homosexuellenehe, Gleichstellung von Mann und Frau, freie Meinungsäußerung etc.) bedroht sehen.[234]

[233] Jungwirth 2002:10
[234] Vgl. Reuter 2009:248

Ende November 2001 liegt seine Partei in den Umfragen bei fünf, zwei Monate später bei fast fünfzehn Prozent. Fortuyn überwirft sich allerdings mit dem Parteivorstand der Leefbaar Nederland und gründet am 11. Februar 2002 seine eigene Lijst Pim Fortuyn (LPF). Im April veröffentlicht er sein insgesamt elftes Buch, „Der Scherbenhaufen von acht Jahren violettem Kabinett", das ihm zugleich auch als Wahlprogramm dient. Schon bei den Kommunalwahlen im März 2002 wird die von seinen Anhängern übernommene Leefbaar Rotterdam auf Anhieb stärkste Partei der Stadt.

Am 6. Mai 2002, wenige Tage vor den niederländischen Parlamentswahlen, wird Fortuyn beim Verlassen eines Radiostudios von einem „weißen Niederländer" und Umweltschutzaktivisten auf offener Straße erschossen – ein Ereignis, das das Land zutiefst schockiert. Die Wahlen finden wie geplant am 15. Mai statt und die LPF, die mit Fortuyn als „postumen" Spitzenkandidaten antritt, erreicht auf Anhieb 17% und 26 Sitze (VVD 24, PvdA 23) – das historisch gesehen mit Abstand beste Ergebnis einer neuen Partei in den Niederlanden. Die Leefbaar Nederland erringt dagegen nur zwei Sitze.

Auf den außergewöhnlichen Wahlerfolg der LPF folgt die Regierungsbeteiligung. Im Kabinett Balkenende I, einer Koalition aus Christdemokraten (CDA), der rechtsliberalen Volkspartij Voor Vrijheid En Democratie (VVD) und der LPF erhält diese vier Ministerposten und fünf Staatssekretäre.

Die politische Unerfahrenheit der meisten LPF-Abgeordneten und persönlich motivierte Konflikte führen nach nur 87 Tagen zum Sturz des Kabinetts. Bei der Neuwahl im Januar 2003 sinkt die Zustimmung der Wähler dramatisch, und die LPF erhält nur noch acht Mandate; bei den Parlamentswahlen vom November 2006 verschwindet sie aus dem Parlament (0,21%) und löst sich Anfang 2008 schließlich als landesweite Organisation auf. Die LN, die ihre beiden Mandate bereits 2003 verloren hat, beteiligt sich bereits 2006 nicht mehr an den Wahlen.

Die LPF kann als ein „Über-Nacht-Phänomen"[235] verstanden werden, und „über Nacht" verschwindet sie auch wieder. Die Partei scheitert an ihrer Ausrichtung auf eine einzelne charismatische Führungsfigur, und es ist müßig zu spekulieren, ob und wie sie sich unter Pim Fortuyn weiterentwickelt hätte. Tatsache ist jedoch, dass ihr Erscheinen die politische Kultur der Niederlande verändert hat, und dass viele ihrer Forderungen in das Regierungsprogramm von Ministerpräsident Balkenende eingeflossen sind.[236]

Nach Fortuyns Tod entstehen mehrere Nachfolgeorganisationen, von denen jedoch nur die Partij voor de Vrijheid von Geert Wilders seit 2006 im Parlament vertreten ist. Der rasche Aufstieg der LPF ist jedoch ein Beispiel vom nachlassenden Bindungswillen der Wähler, der von der Sorge um den Erhalt kulturell-liberaler Werte begleitet wird.[237]

[235] Heinisch 2008:52
[236] Vgl. Fasser 2017: 284
[237] Vgl. Reuter 2009:248

Die „Partei für die Freiheit"[238]

2004 gründet GEERT WILDERS (*1963), der zuvor Assistent des rechtsliberalen Politikers und späteren EU-Kommissars Frederik Bolkestein war und der rechtsliberalen Volkspartij voor Vrijheid en Democratie angehörte, die Groep Wilders („Gruppe Wilders"), die er 2006 in Partij voor de Vrijheid („Partei für die Freiheit") umbenennt. Bei den niederländischen Parlamentswahlen 2006 erreicht die PVV auf Anhieb 5,9% und neun Sitze im Parlament.

Das Programm der Partij voor de Vrijheid stellt eine Mischung aus typisch rechtspopulistischen, konservativen und nationalistischen Elementen dar und enthält folgende Forderungen:

Steuersenkungen, die durch „weniger Geld an Brüssel" sowie durch die Kürzung der Entwicklungshilfe und die Streichung von Subventionen finanziert werden sollen. Die Einkommensteuern für geringe Einkommen sollen in Zukunft einheitlich 20%, für hohe Einkommen 35% betragen.

Einen generellen Einwanderungsstopp, verbunden mit der Abschaffung doppelter Staatsbürgerschaften, dem Verbot von Burka und islamischem Kopftuch, der Schließung von „radikalen Moscheen" und einem Verbot der Errichtung weiterer Moscheen und Koranschulen.

Weiters: Ein klares Nein zum EU-Beitritt der Türkei; Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung; Abschaffung des Tempolimits auf niederländischen Autobahnen.

Der Parteivorsitzende Wilders fällt des Öfteren durch rüde Attacken auf den Islam auf und steht deshalb seit Jahren unter Personenschutz. 2007 fordert er ein Verbot des Korans, dem er „faschistische Grundzüge" vorwirft. Ende 2007 kündigt Wilders die Veröffentlichung eines kritischen Kurzfilms über den Koran mit dem arabischen Titel *Fitna* („Das Böse") an. Der Film wird im März 2008 in zwei Sprachversionen (Niederländisch und Englisch) im Internet veröffentlicht.

Die Wählerschaft der Partij voor de Vrijheid ist säkular ausgerichtet, vorwiegend jung, männlich, urban und etwas weniger gebildet als der Durchschnitt der Bevölkerung. Sie repräsentiert jene Bevölkerungsgruppen, die am wenigsten zufrieden mit dem politischen System und den Parteien und „der Politik" gegenüber eher ablehnend bis zynisch-distanziert eingestellt sind. So wie bei vielen anderen rechtspopulistischen Bewegungen steht der Großteil der Wähler in sozialen Fragen eher links.[239] *Gleichwohl lässt sich nachweisen, daß der Löwenanteil der ehemaligen LPF-Wähler im Jahre 2006 für Wilders stimmte.*[240] Das bedeutet, dass sich in den Niederlanden ein fixes Wählerpotential zugunsten rechtspopulistischer Parteien etablieren konnte.

Bei den Europawahlen 2009 erzielt die Partij voor de Vrijheid, die im Wahlkampf mit islamfeindlichen Parolen antritt, einen großen Wahlerfolg und wird mit 17% der Stimmen auf Anhieb zur zweitstärksten Kraft nach den regierenden Christdemokraten (CDA) von Ministerpräsident Jan Peter Balkenende. Bei den Kommunalwahlen 2010 tritt die PVV nur in zwei

---

[238] Für zusätzliche Informationen siehe: Lucardie / Voerman 2013.
Offizielle Website: http://www.pvv.nl/ (Niederländisch).
[239] Vgl. Lucardie / Voerman 2013:190f
[240] Reuter 2009:247

Städten an, erreicht dort aber sensationelle Ergebnisse. In Almere, der siebentgrößten Stadt des Landes, erhält sie mit 21,6% den größten Stimmenanteil aller Parteien, in Den Haag wird sie zur zweitstärksten Kraft (16,9%).

Bei den Parlamentswahlen 2010 erringt die Partij voor de Vrijheid mit 15,5% und 24 Parlamentssitzen den dritten Platz hinter den Rechtsliberalen (VVD) und den Sozialdemokraten (PvdA). Nach langen Verhandlungen einigen sich die VVD und die Christdemokraten auf eine Minderheitsregierung unter Duldung der PVV. Allerdings ist die Parlamentsmehrheit der Regierung Mark Rutte mit 76 von 150 Abgeordneten nur denkbar knapp. Prompt verliert die Regierung 2012 nach dem Austritt eines PVV-Abgeordneten ihre Parlamentsmehrheit, was zum Bruch zwischen den Koalitionspartnern führt. Nach langen Debatten um den neuen Haushalt kündigt Wilders schließlich die Zusammenarbeit auf und erzwingt Neuwahlen, bei denen seine Partei auf nur noch 10% der Stimmen und 15 Mandate zurückfällt.

Nach den niederländischen Kommunalwahlen 2013 hetzt Wilders während seiner Wahlparty mit der rhetorischen Frage *Wollt ihr in dieser Stadt mehr oder weniger Marokkaner?* gegen Ausländer, ein Eklat, der in den darauf folgenden Tagen zum Parteiaustritt mehrerer PVV-Abgeordneter führt. Ein harter Schlag für Wilders, der gerade an einem europaweiten Bündnis rechter Parteien bastelt. Bei der Europawahl 2014 bleibt Wilders mit 13,2% weit unter seinen hochgesteckten Zielen.

Bei den Parlamentswahlen 2017 verzeichnet Wilders PVV zwar leichte Zugewinne (13% und 20 Sitze) und wird zweitstärkste Partei – in den Umfragen lag sie allerdings lange Zeit klar in Führung. Wilders kann sein Ziel einer Regierungbeteiligung nicht verwirklichen, da der VVD von Ministerpräsident Mark Rutte jede Koalition mit den Rechtspopulisten kategorisch ausschließt.

Bei der Europawahl 2019 erlebt die PVV ein Debakel. Sie verliert beinahe zehn Prozent und kommt auf nur noch 3,5% der Stimmen.

Das „Forum für Demokratie"[241]

Das niederländische Forum voor Democratie (FvD, „Forum für Demokratie") wird im Jahr 2015 vom Historiker und Juristen THIERRY BAUDET (*1983) als politischer Thinktank gegründet. Baudet war zuvor bereits als Mitorganisator des Referendums über das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine aktiv, das schlussendlich von 61% der Abstimmenden abgelehnt wurde.

2017 tritt das Forum schließlich als politische Partei zu den Parlamentswahlen an und erhält 1,8% der Stimmen und zwei Mandate. 2018 erreicht die Partei bei den Kommunalwahlen in Amsterdam drei der 45 Stadtratssitze. Bei den Provinzwahlen 2019, bei denen die Parlamente der zwölf Provinzen des Landes gewählt werden, erringt das Forum 12 der 75 Sitze in der Ersten Kammer der Generalstaaten, die im Wesentlichen einem Senat entspricht, und wird

[241] Offizielle Website: https://forumvoordemocratie.nl/ (Niederländisch)

mit 14,5% auf Anhieb stärkste Partei. Damit verliert die bisher regierende Koalition aus VVD, D66, CDA und ChristenUnie ihre Mehrheit in der Ersten Kammer.

Auch bei den Europawahlen 2019 kann das Forum mit 11% ein gutes Ergebnis erzielen, und das vor allem auf Kosten des bisherigen rechtspopulistischen Platzhirschen Geert Wilders und seiner PVV.

Das „Forum für Demokratie" hat das „Durchbrechen des Parteien-Kartells", in dem die etablierten Kräfte die Macht unter sich aufteilen, zu seinem Hauptziel erklärt. Es tritt für verbindliche Referenden, direkt gewählte Bürgermeister und einen direkt gewählten Ministerpräsidenten ein. Das Forum sieht auch die Mitgliedschaft der Niederlande in der Europäischen Union äußerst kritisch und plädiert für ein Referendum über den Verbleib des Landes in der EU. Weiters tritt es für den gesetzlichen Schutz der niederländischen Kultur und der „niederländischen Werte" ein, für schärfere Grenzkontrollen und gegen die „Masseneinwanderung".

Wirtschaftspolitisch gibt sich das Forum neoliberal (Senkung bzw. Abschaffung bestimmter Steuern, radikale Vereinfachung des Steuersystems, Reduzierung von Regulierungen usw.).

Norwegen

Vidkun Quisling[242]

Im Mai 1933, nur wenige Monate nach der Machtübernahme Hitlers in Deutschland, gründen der Offizier und frühere Verteidigungsminister VIDKUN QUISLING (1887–1945) und der Generalstaatsanwalt Johan Bernhard Hjort die faschistische Nasjonal Samling (NS, „Nationale Vereinigung"), deren Hochburgen sich im Süden des Landes, in der Provinz Telemark und in Oslo befinden.

Die Nasjonal Samling arbeitet eng mit der norwegischen „Bauernpartei", der heutigen „Zentrumspartei", zusammen. Gemeinsames Band sind der Nationalismus, die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie, ein strikter Antikommunismus und Sympathien sowohl für das Deutsche Reich als auch für das faschistische Italien. Allerdings stößt Quislings Antisemitismus bei seinen christlichen Partnern auf Widerspruch. Politisch ist die NS bis zur Besetzung Norwegens im April 1940 bedeutungslos.

Nach der Flucht der norwegischen Regierung proklamiert sich Quisling zum neuen Staatschef, die deutschen Besatzer installieren bald darauf eine aus NS-Mitgliedern bestehende Marionettenregierung. Die Nasjonal Samling bleibt als einzige Partei zugelassen und ab 1942 darf sich der selbsternannte *Fører* Quisling sogar Ministerpräsident nennen.

Die Nasjonal Samling kann zu keinem Zeitpunkt die Breitenwirkung anderer faschistischer Bewegungen erzielen. Nach Kriegsende werden Vidkun Quisling und weitere Parteigrößen wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und kurz darauf hingerichtet.

Die norwegische „Fortschrittspartei"[243]

Die Fremskrittspartiet (FrP, „Fortschrittspartei") wird 1973 als Kopie der dänischen „Fortschrittspartei" (FRP) gegründet und nennt sich ursprünglich etwas sperrig Anders Langes parti til sterk nedsettelse av skatter, avgifter og offentlige inngrep (ALP, „Anders Langes Partei für eine starke Senkung von Steuern, Abgaben und staatlichen Interventionen"). Ihr Gründer ANDERS LANGE (1904–1974) tritt in den 1930er-Jahren als Bewunderer Hitlers und Mussolinis hervor und polemisiert nach 1945 gegen den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat. Die Partei erreicht bei ihrem ersten Antreten bei Wahlen im Jahr 1973, noch wenige Monate vor ihrem dänischen Vorbild Glistrup, 5% der Stimmen.

Nach Langes Tod ändert die Partei ihren Namen. 1980 erreicht sie bei der Stortingwahl 13%. Die Rechtspopulisten können vor allem von der Zerstrittenheit der norwegischen Sozialdemokratie in der EU-Frage und vom Anstieg der Arbeitslosigkeit profitieren. Sie beginnen

[242] Siehe: Barth 1996.
[243] Siehe: Bjorklund / Andersen 2002; Jupskås 2013.
Offizielle Website: http://www.frp.no/ (Norwegisch).

ihre neoliberale Kritik am Wohlfahrtstaat zusehends mit der Ausländerfrage und der Einwanderungsproblematik zu verknüpfen. Der dadurch entfachte innerparteiliche Konflikt zwischen Neoliberalen und xenophoben Populisten endet mit dem Sieg des radikalen CARL IVAR HAGEN (*1944) und dem Austritt der Liberalen.

Bei den Wahlen zum norwegischen Parlament erreicht die FrP 2001 14,6% der Stimmen. Da die Mitte-Rechts-Minderheitsregierung unter Kjell Magne Bondevik (2001–2005) auf die Unterstützung der „Fortschrittspartei" angewiesen ist, erlangt Hagen bald großen Einfluss in der norwegischen Politik und Öffentlichkeit.

Bei der Stortingwahl 2005 profitiert die „Fortschrittspartei" vom massiven Einbruch der bisher regierenden Konservativen (Hoyre) und avanciert mit 22,1% der Stimmen zur zweitgrößten Kraft im norwegischen Parlament. 2006 übernimmt die Vize-Vorsitzende SIV JENSEN (*1969) die Führung der Partei, die ihre Stimmen- und Mandatszahl 2009 noch einmal vergrößern kann (22,9% und 41).

Bei der Stortingswahl 2013 fällt die „Fortschrittspartei" wieder hinter die Arbeiterpartei und die rechtskonservartive Høyre auf den dritten Platz zurück. Konservative und FrP einigen sich auf eine Koalitionsregierung unter Ministerpräsidentin Erna Solberg; die FrP besetzt sieben von 18 Kabinettsposten. Nach der Wahl 2017 stößt die liberale Venstre hinzu. 2020 verkündet Siv Jensen den Austritt der FrP aus der Regierung. Grund dafür ist ein Streit um die Rückholung einer dem IS nahestehenden Norwegerin und ihrer Kinder aus Syrien.

Nach dem Rücktritt der Parteivorsitzenden Jensen folgt ihr 2021 die frühere Lehrerin SYLVI LISTHAUG (*1977). Bei der Parlamentswahl im Herbst verliert die FrP stark, die sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Zentrumspartei bilden eine neue Regierung.

Die „Fortschrittspartei" wird von ihren Kritikern als populistisch, nationalistisch, rassistisch und sogar als neofaschistisch bezeichnet. Die ablehnende Haltung weiter Bevölkerungskreise hat in den letzten Jahren allerdings deutlich abgenommen. *At least compared with it's Danish counterpart, the DR, the FrP is more liberal, less authoritarian and less nativist.*[244] Die „Fortschrittspartei" ist damit auf dem besten Weg, ein fixer Bestandteil des politischen Systems zu werden.

Im Jahr 2002 werden nach schwedischem Vorbild die Norgesdemokratene („Norwegische Demokraten") gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern zählen ehemalige Mitglieder der „Fortschrittspartei" und der konservativen Pensjonistpartiet. Ihre besten Resultate erzielen die „Norwegendemokraten" auf kommunaler Ebene im norwegischen „Bibelgürtel". In Kristiansand, der Hauptstadt des südlichen Landesteiles Sørlandet („Südland"), werden sie 2019 drittstärkste Partei. Bei den Parlamentswahlen 2021 erreichen sie allerdings nur 1,1% der Stimmen.

Die politische Ausrichtung der Norgesdemokratene ist antiglobalistisch und nationalkonservativ. Die Partei warnt vor einem EU-Beitritt der Türkei und der Bedrohung des christlichen abendländischen Erbes. Moscheen, die sich nicht öffentlich vom Terrorismus distanzieren, sollen geschlossen werden.

[244] Jupskås 2013:205

Österreich

Das Dritte Lager

Der österreichische Rechtsextremismus speist sich aus zwei unterschiedlichen Quellen, einer urban ausgerichteten, antisemitisch-deutschnationalen, und einer antisemitisch-klerikalen, die ihre soziale Basis vor allem im ländlichen Bereich hat.

Am 14. November 1903 wird im böhmischen Aussig (Ústí nad Labem) die erste Ortsgruppe der Deutschen Arbeiterpartei (DAP) gegründet. Die Arbeiterpartei positioniert sich als Widerpart zur tschechischen Nationalbewegung, die von der Regierung in Wien mehr Selbstbestimmung und Unabhängigkeit fordert; ihre Hauptaufgabe sieht sie im „Volkstumskampf".

Am ersten Reichsparteitag in Trutnov (Trautenau) verabschieden die Deutschnationalen 1904 ein Grundsatzprogramm, das viele Punkte aus dem Linzer Programm der österreichischen Deutschnationalen aufgreift. Dazu gehören auch demokratische und sozialreformerische Forderungen, wie die Einführung eines allgemeinen und freien Wahlrechts, Rede- und Pressefreiheit sowie umfassende politische Selbstverwaltung. Der Tenor ist antiklerikal und antikapitalistisch, die Lösung der gesellschaftlichen Probleme wird in einer Verbindung aus sozialen und nationalen Maßnahmen im Sinne eines „nationalen Sozialismus" gesehen.

Die DAP, die vor allem unter deutschsprachigen Arbeitern in Böhmen und Mähren erfolgreich ist und sogar eine eigene völkische Gewerkschaftsbewegung hervorbringt, zieht bei der Reichsratswahl 1911 mit drei Vertretern in den Reichsrat ein. Zwei Jahre später wird auf dem Reichsparteitag in Iglau (Jihlava) ein neues Programm verabschiedet, in dem die demokratischen und sozialen Forderungen des ersten Programms deutlich auf Kosten einer radikalen deutschnationalen und antimarxistischen Stoßrichtung zurückgenommen werden. Damit aber gewinnt auch der Antisemitismus zunehmend an Bedeutung.

Im Mai 1918, nur wenige Monate vor dem Ende des Krieges, findet in Wien der letzte Parteitag der DAP statt, in dessen Verlauf der Name in Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) geändert wird. Das aktualisierte Parteiprogramm fordert die Zusammenführung der deutschsprachigen Siedlungsgebiete in Europa zum demokratischen und sozialen Deutschen Reich. Das Verkehrswesen, die Bodenschätze, die Wasserkraft, das Versicherungs- und Anzeigenwesen sollen verstaatlicht oder vergesellschaftet, die Herrschaft der „jüdischen Banken über das Wirtschaftsleben" beseitigt werden.

Mit dem Ende der Monarchie zerfällt auch die DNSAP in drei Teile, einen tschechoslowakischen, einen österreichischen und einen schlesischen. Der 1919 in Bayern gegründete DAP-Ableger gerät bald darauf unter den Einfluss Adolf Hitlers. Im August 1920 halten die österreichische und die tschechoslowakische DNSAP sowie die deutsche NSDAP in Salzburg eine „zwischenstaatliche Tagung" ab.

Während Hitler auf eine revolutionäre Taktik setzt, fühlen sich die Funktionäre der österreichischen DNSAP dem Parlamentarismus und der Demokratie verpflichtet. Nach Hitlers gescheitertem Putschversuch im November 1923 spaltet sich die Bewegung. Ein Teil geht in der 1926 gegründeten Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Österreichs – Hitlerbewegung auf, die verbliebene österreichische DNSAP schließt fortan Wahlbündnisse mit Christlichsozialen und Deutschnationalen, und geht schließlich in diesen auf.

Die wichtigste Vertreterin des großdeutschen Gedankens in Österreich ist die 1920 gegründete Großdeutsche Volkspartei (GDVP), eine deutschnationale, antimarxistische und dezidiert antisemitische mittelständische Honoratiorenpartei, die eine nationale „Volksgemeinschaft" als die ideale Gesellschaftsordnung ansieht und den Anschluss Österreichs an Deutschland fordert. Die großdeutsche Wählerschaft stammt überwiegend aus dem antiklerikalen Bürgertum. Die GDVP ist zwischen 1921 und 1932 als kleiner Koalitionspartner an den meisten christlichsozialen Regierungen beteiligt. Durch den Aufstieg Hitlers in Deutschland verliert sie zu Beginn der 1930er Jahre einen Großteil ihrer Wähler an die österreichische NSDAP.

Zwischen 1927 und 1933 ebenfalls an fast allen Bundesregierungen vertreten ist der Landbund für Österreich (LBd), eine 1922 gegründete deutschnationale, antimarxistische und antisemitische Bauernpartei mit Hochburgen in der Steiermark, Oberösterreich und Kärnten, wo der Landbund sogar den Landeshauptmann stellt.

Der österreichische Klerikalfaschismus[245]

Die aus dem Christlich-sozialen Verein, in dem der politische Antisemitismus von Anfang an ein konstitutives Element darstellt, hervorgegangene und offiziell 1893 gegründete Christlichsoziale Partei strebt einen nach „Ständen" geordneten Staat an und lehnt die soziale Mobilität und Dynamik der modernen Industriegesellschaft ab. Ihre an der mittelalterlichen Agrargesellschaft orientierte Ideologie und auch ihr öffentliches Auftreten sind, im Gegensatz zum italienischen Faschismus, aber auch zum frühen deutschen Nationalsozialismus, rückwärtsgewandt und betont antimodern.

Mit dem Aufstieg des Faschismus in Italien und des Nationalsozialismus in Deutschland kommt es zu einem konkurrierenden propagandistischen Einfluss auf Österreich, dessen rechte Regierungen sich zunächst an der „Schutzmacht" Italien orientieren.

Von 1930 bis 1933 existiert als politischer Arm der „bürgerlichen" Heimwehren, einer Ansammlung paramilitärischer „Selbstschutzverbände", der sogenannte Heimatblock. Die radikalen Heimwehren verzeichnen besonders nach der Veröffentlichung des Linzer Programms der Sozialdemokraten im November 1926 große Zuwächse, da viele bürgerliche Wähler die Errichtung einer „Diktatur des Proletariats" befürchten. Die Ereignisse rund um den Justizpalastbrand im Juli 1927 befeuern diese Ängste noch weiter. Die von der Bundesregierung Schober auf Druck des Heimatblocks durchgeführte Verfassungsreform bringt 1929 eine deutliche Stärkung der Position des Bundespräsidenten, den übrigen Forderungen der Heimwehren wird allerdings (noch) nicht entsprochen. Im sogenannten Korneuburger Eid sagt der Heimatblock im Mai 1930 deshalb dem demokratischen Parlamentarismus und dem Parteienstaat explizit den Kampf an.

Nach dem Rücktritt Schobers im Herbst 1930 bietet der christlichsoziale Carl Vaugoin dem Heimatblock eine Beteiligung an seinem Minderheitskabinett an. Ernst Rüdiger Starhemberg wird Innenminister, Franz Hueber Justizminister. Bei der Nationalratswahl im November 1930 treten die ostösterreichischen Landesverbände der Heimwehren gemeinsam mit den Christlichsozialen an, die übrigen Heimwehren kandidieren, mit Ausnahme der Vorarlberger, als eigene Liste und erreichen 6,2% und 8 Mandate.

[245] Für zusätzliche Informationen siehe: Bischof / Pelinka / Lassner 2003; Maderthaner / Maier 2004; Neuhäuser 2004; Tálos / Neugebauer 2005; Scheuch 2005; Tálos 2013; Dreidemy 2014; Tálos 2017; Moos 2021.

Als es 1932 infolge des Konkurses der Creditanstalt zu einer Regierungskrise kommt, bildet Landwirtschaftsminister Engelbert Dollfuß gemeinsam mit dem Landbund und dem Heimatblock eine neue Regierung, die nur über eine hauchdünne Mehrheit im Parlament verfügt. Als Koalitionspartner der Dollfuß-Regierung ist der Heimatblock nun maßgeblich an der Umwandlung Österreichs in einen austrofaschistischen Ständestaat beteiligt.

Am 5. November 1932 ziert die „Österreichische Heimatschutzzeitung" die Schlagzeile: *Bekenntnis zum Faschismus!* Und am 25. Februar 1933 heißt es dort: *Fort mit dem Parlament!* Sieben Tage später wird auch dieser Wunsch erfüllt: Mit der sogenannten Selbstausschaltung des Parlaments am 4. März 1933 ist der Weg zum autoritären Regime geebnet. Kurz darauf verhängt Innenminister Fey die Vorzensur über die sozialdemokratische Presse, Ende März wird der Republikanische Schutzbund aufgelöst, auch der traditionelle Maiaufmarsch ist verboten. Am 11. September 1933 verkündet Dollfuß bei seiner Trabrennplatzrede das Ende des Parteienstaates und die Absicht, eine berufsständische Ordnung und einen „sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage und unter starker autoritärer Führung" zu errichten.

Nach der gewaltsamen Niederschlagung der Sozialdemokratie im Februar 1934 kann Dollfuß mit der neuen Verfassung vom 1. Mai 1934 die Umwandlung Österreichs in diesen autoritären Ständestaat vollenden. Das somit etablierte Herrschaftssystem, das vom italienischen Faschismus Mussolinis inspiriert ist und diesen mit dem politischen Katholizismus und den Theorien Othmar Spanns von einer „Konservativen Revolution" verbindet, wird für gewöhnlich mit dem Begriff „Austrofaschismus" bezeichnet.

Der Begriff des „Austrofaschismus" ist allerdings nicht unumstritten, da dem autoritären Regime einige wesentliche Merkmale des Faschismus fehlen. Mit der am 20. Mai 1933 gegründeten Vaterländischen Front, die nach der Ausschaltung der Demokratie als Einheitspartei fungiert, existiert zwar eine politische Sammelbewegung, die die Trägerin des österreichischen Staatsgedankens sein und *die politische Zusammenfassung aller Staatsangehörigen, die auf dem Boden eines selbständigen, christlichen, deutschen, berufsständisch gegliederten Bundesstaates Österreich stehen* bilden soll, allerdings fehlt ihr die Massenbasis. Und auch der militante Nationalismus, der sowohl in Italien als auch in Deutschland kennzeichnend für den Faschismus ist, kann durch die künstliche Förderung eines neuen Österreich-Patriotismus nur unzureichend ersetzt werden. Der sozialrevolutionäre Anspruch, den sowohl Hitler als auch Mussolini anfangs vertreten, hat in der rückwärtsgewandten christlichsozialen Ideologie ohnedies keinen Platz.

Manche Historiker sprechen im Zusammenhang mit dem österreichischen Ständestaat deshalb lieber von „Semifaschismus", was allerdings von den Opfern des Austrofaschismus als unzulässige Verharmlosung empfunden wird.

Die Freiheitliche Partei Österreichs[246]

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) wird am 7. April 1956 gegründet und geht aus dem kurzlebigen Verband der Unabhängigen (VdU) hervor, der 1949 von Herbert Alois Kraus und Viktor Reimann ins Leben gerufen wurde, um früheren Mitgliedern der NSDAP, die 1945 vom Wahlrecht ausgeschlossen waren, eine neue „politische Heimat" zu bieten. Neben ehemaligen Nationalsozialisten zieht der VdU auch „Großdeutsche" und die in der Ersten Republik mit den Großdeutschen verbündeten Anhänger des Landbundes an, dessen Wähler vor allem unter der evangelischen Landbevölkerung zu finden sind. Ziel ist die Etablierung eines „Dritten Lagers" neben den beiden großen Parteien der Sozialdemokraten (SPÖ) und der Christlich-Sozialen (ÖVP*).* In diesem Sinne ist die FPÖ durchaus eine Traditionspartei – oder, um in ihrer eigenen Diktion zu bleiben, eine „Altpartei", die nicht nur in der Tradition der NSDAP-Mitglieder, sondern auch in der des wesentlich älteren deutschnationalen Lagers steht.

Bei den Nationalratswahlen 1949 kandidiert der VdU noch als Wahlpartei der Unabhängigen (WdU) und erreicht 11,7% der Stimmen und 16 Mandate. Nach mehreren Wahlniederlagen und internen Turbulenzen wird der VdU 1956 aufgelöst. Die neugegründete FPÖ erreicht 1956 allerdings nur 6,5% und 6 Mandate. Ihr erster Parteiobmann ist ANTON REINTHALLER (1895–1958), der bereits im Ständestaat Mitglied der illegalen NSDAP war, und nach dem sogenannten Anschluss 1938 als Landwirtschaftsminister im Anschlusskabinett Seyß-Inquart, ab 1940 als Bauernführer in „Niederdonau" (Niederösterreich) und bis 1945 als Reichstagsabgeordneter Karriere machte. Wegen seiner Verstrickung im nationalsozialistischen Regime wird Reinthaller 1950 zu drei Jahren Haft verurteilt.

Die FPÖ entwickelt sich mit der Zeit zu einer deutschnationalen „Honoratiorenpartei", die im Schnitt zwischen 5,5% und 7% der Wählerstimmen auf sich vereinen kann und lange Zeit von den beiden großen Parteien als Druckmittel und mögliches „Zünglein an der Waage" benützt wird. Historisch beruft sich die Partei gerne auf das deutschnationale und liberale Erbe der Revolution von 1848.

1970 unterstützt die FPÖ, damals unter Führung des ehemaligen Waffen-SS-Obersturmführers FRIEDRICH PETER (1921–2005, Parteiobmann von 1958 bis 1978) vorübergehend die SPÖ-Minderheitsregierung unter Bruno Kreisky. Als Gegenleistung erhält sie ein neues Wahlrecht, das kleinere Parteien weniger stark benachteiligt.

---

[246] Für zusätzliche Informationen siehe: Scharsach 1992; Haider 1993; Bailer-Galanda 1995; Gärtner 1996; Bailer-Galanda / Neugebauer 1997; Höbelt 1999; Obszerninks 1999; Rösslhumer 1999; Czernin 2000; Ottomeyer 2000; Ötsch 2000; Plasser / Ulram 2000; Plasser / Ulram / Sommer 2000; Reinfeldt 2000; Scharsach 2000; Scharsach / Kuch 2000; Schiedel 2001; Hahn 2002; Pelinka 2002; Wodak / Pelinka 2002; Minich 2003; Ender 2004; Geden 2004; Heinisch 2004; Flecker / Kirschenhofer 2007; Horaczek / Reiterer 2009; Scharsach 2012; Heinisch 2013; Klammer 2013; Kas 2014.
Offizielle Website: http://www.fpoe.at/.

Lange Zeit kämpfen innerhalb der FPÖ zwei Gruppierungen um die politische Vorherrschaft, ein radikal-nationalistischer und ein hauptsächlich dem Wirtschaftsliberalismus anhängender Flügel. Am Parteitag 1980 setzt sich in einer Kampfabstimmung der wirtschaftsliberale Flügel unter NORBERT STEGER (*1944) gegen den deutschnationalen ALEXANDER GÖTZ (1928–2018), Bürgermeister von Graz und Bundesparteiobmann seit 1978, durch. Nach den Nationalratswahlen 1983, bei denen die SPÖ ihre absolute Mehrheit verliert und die FPÖ mit nur 5% ihr schwächstes Ergebnis erreicht, bilden die beiden Parteien eine Koalition; die FPÖ ist damit erstmals an einer österreichischen Regierung beteiligt.

Trotz des von Norbert Steger forcierten liberalen Kurses bleiben weite Teile der Partei ihrem deutschnationalen Erbe verbunden, was nicht nur innerhalb der von Fred Sinowatz geführten Koalition häufig zu Irritationen, sondern auch innerparteilich zu immer stärkerem Widerstand der deutschnationalen Fraktion unter Führung JÖRG HAIDERS (1950–2008) führt. Als der liberale Kurs der FPÖ 1986 durch die Wahl Haiders zum Bundesparteiobmann beendet wird, zerbricht auch die Koalition.

Unter Haider kommt es zu einer radikalen Neupositionierung der FPÖ als rechtspopulistische und demagogisch-aktionistische Protestpartei, die in den traditionellen Arbeiterhochburgen neue Wähler gewinnen kann. Ab der Mitte der 1990er-Jahre kommt es zum Übergang von einer eher diffusen Protestpolitik mit breit gefächerter Wählerkoalition zum artikulierten Rechtspopulismus mit einer elektoralen Schwerpunktsetzung auf die unteren Sozial- und Bildungsschichten. Daneben pflegt Haider mit höchst umstrittenen Aussagen zum NS-Regime aber weiterhin die zahlenmäßig wenig bedeutende Stammkundschaft der Partei.

Als Reaktion auf das von der FPÖ 1993 lancierte Volksbegehren „Österreich zuerst" spalten sich fünf Abgeordnete um Heide Schmidt von der Partei ab und gründen das Liberale Forum, das bis 1999 auch im Nationalrat vertreten sein wird.

Der unter Jörg Haider anhaltende Aufstieg der FPÖ (1986: 9,7%, 1990: 16,6%, 1994: 22,5%) erreicht bei den Nationalratswahlen 1999 seinen vorläufigen Höhepunkt, als die Partei mit 26,9% knapp vor der ÖVP zweitstärkste Kraft des Landes und die mit Abstand erfolgreichste rechtspopulistische Partei des Kontinents wird. Zu Beginn des Jahres 2000 tritt die FPÖ in eine Koalition mit der ÖVP unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel ein. Ihre Regierungsbeteiligung ruft heftige internationale Kritik hervor, die in den Sanktionen der übrigen 14 EU-Staaten gegen die österreichische Bundesregierung gipfeln.

Wegen unüberbrückbarer Differenzen zwischen dem in der Regierung vertretenen „pragmatischen Flügel" und den Anhängern Jörg Haiders, der selbst kein Regierungsamt übernommen hatte, kommt es im Herbst 2002 zu vorgezogenen Neuwahlen, bei denen die FPÖ nur noch 10% der Stimmen erhält und von 52 auf 18 Nationalratsmandate abstürzt. Großer Gewinner ist die ÖVP, die die Koalition mit einer deutlich geschwächten FPÖ unter der Führung von Herbert Haupt fortsetzt.

Den Spagat zwischen populistischer Protest- und staatstragender Regierungspartei kann auch die neue Führungsriege nicht meistern. Durch ihre Regierungsbeteiligung verliert die FPÖ stark im Segment der „wohlfahrtsstaatlichen Chauvinisten" und wird auf ihr früheres Kernsegment der „systemverdrossenen Rechten" reduziert. Der ökonomische Populismus und die „Kleine-Leute-Rhetorik" fallen immer mehr den Realitäten der Regierungsbeteiligung zum Opfer.

Nach den z.T. desaströsen Landtagswahlergebnissen und dem Absturz bei den Wahlen zum Europaparlament 2004 (1999: 23,4%, 2004: 6,3%) wird Herbert Haupt als Parteichef von Haiders Schwester (!) Ursula Haubner abgelöst. Die nicht enden wollenden Flügelkämpfe führen am 4. April 2005 zum Übertritt der Parteispitze (inkl. Haiders) in eine neugegründete Partei namens Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ). Im österreichischen Parlament sind damit erstmals fünf Parteien vertreten und die aus ÖVP und BZÖ bestehende Regierung ist auf die Unterstützung der Rest-FPÖ angewiesen – ein in der Geschichte des österreichischen Parlamentarismus wohl einmaliger Vorgang. Programmatisch und auch personell ist das BZÖ jedoch keine neue Partei, sondern bloß die Fortsetzung der FPÖ unter neuer Etikette zur Weiterführung der Regierungsbeteiligung.

Im April 2005 wird HEINZ-CHRISTIAN STRACHE (*1969) zum neuen FPÖ-Parteiobmann gewählt; Strache agiert zwar auch als Rechtspopulist, weist aber deutlich stärkere Bezüge zur deutschnationalen Szene auf als seine Vorgänger. Im Kampf um die Aufteilung der Parteiorganisation behält letztendlich die FPÖ die Oberhand. Einzig die Kärntner Landespartei wird nahezu komplett Teil des neuen BZÖ.

Bei der Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 erreicht die FPÖ einen Stimmenanteil von 11% – knapp weniger als die Grünen – und 21 Mandate. Das BZÖ schafft – vor allem aufgrund seiner Position in Kärnten – 4,1% und 7 Mandate. Bei der vorgezogenen Nationalratswahl 2008 profitierten beide Parteien vom massiven Unmut der Bevölkerung über die Performance der Großen Koalition: Die FPÖ wird mit 18% wieder die mit Abstand drittstärkste Partei, das BZÖ mit Jörg Haider erreicht überraschende 11% und überholt die Grünen. Zwei Wochen nach der Wahl kommt Jörg Haider bei einem Autounfall ums Leben.

Bei der Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl 2010 erhält die FPÖ 26,2 % der Stimmen und wird somit zur zweitstärksten Partei. Unter dem Eindruck der weltweiten Krisenerscheinungen, vor allem der massiven Flüchtlingsströme im Frühjahr und Sommer 2015, kann die FPÖ bei den in diesem Jahr abgehaltenen Landtagswahlen große Gewinne erzielen: Im Burgenland erreicht sie 15% (+ 6%), in der Steiermark 26,8% (+ 16,1%), in Oberösterreich 30,3% (+ 15%) und in Wien 30,8% (+5%). Im Burgenland bilden die SPÖ unter Landeshauptmann Niessl, in Oberösterreich die ÖVP unter Landeshauptmann Pühringer eine Koalition mit der FPÖ.

Der bis dato größte Erfolg gelingt der FPÖ 2016 mit ihrem Präsidentschaftskandidaten Norbert Hofer, der den ersten Wahlgang überraschend und auch überraschend deutlich mit 35% der Stimmen gewinnen kann. Im zweiten Wahlgang, der vom Verfassungsgerichtshof nach der Feststellung von Verstößen gegen das Wahlgesetz aufgehoben wird und deshalb wiederholt werden muss, unterliegt Hofer nur knapp dem von den Grünen unterstützten „unabhängigen Kandidaten" Van der Bellen.

Bei der vorgezogenen Nationalratswahl 2017 erzielt die FPÖ 26% und wird ein weiteres Mal Juniorpartner der ÖVP mit insgesamt sechs von vierzehn Ministerämtern. Trotz zahlreicher Affären kann die FPÖ bei allen vier Landtagswahlen im Frühjahr 2018 weitere Stimmenzuwächse verzeichnen.

Die Koalition endet im Frühjahr 2019 völlig unerwartet und abrupt. Grund ist die Veröffentlichung des sogenannten Ibiza-Videos, das Parteichef Strache und den früheren Wiener Vizebürgermeister Gudenus in einer äußerst verfänglichen Gesprächssituation mit einer angeblichen russischen Oligarchin zeigt.

Auf Straches persönliche Beliebtheitswerte und auf das Abschneiden der FPÖ bei den kurz darauf abgehaltenen Wahlen zum EU-Parlament hat die Affäre anfangs nur wenig Einfluss. Nach Straches Rücktritt als Parteivorsitzender wird die FPÖ vorübergehend von NORBERT HOFER (*1971) geführt.

Bei der Nationalratswahl im September 2019 verliert die FPÖ stark und stürzt von 26% auf 16,2% und von 51 auf 31 Mandate ab. Straches Mitgliedschaft wird wegen des Verdachts auf falsche Spesenabrechnungen suspendiert, nach mehreren umstrittenen Äußerungen wird er im Dezember 2019 aus der Partei ausgeschlossen.

Seit Juni 2021 wird die noch weiter nach rechts gerückte Partei von HERBERT KICKL (*1968) geleitet. Bei den Landtagswahlen 2022 und 2023 schneidet sie überaus erfolgreich ab, in Umfragen liegt sie 2023 bundesweit in Führung.

Die FPÖ verfügt über eine Reihe von Vorfeldorganisationen; als wichtigste wären der Ring Freiheitlicher Jugend Österreich (RFJ), dessen Vertreter immer wieder durch fremdenfeindliche und rassistische Äußerungen auffallen, und der eher bedeutungslose Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) zu nennen. Das Verhältnis der FPÖ zu deutschnationalen Burschenschaften, die die wichtigste Rekrutierungsbasis der Partei darstellen, ist sehr eng.

Einordnung

Schon durch ihre Entstehungsgeschichte besteht ein enges Naheverhältnis zum Deutschnationalismus, in früherer Zeit – und in einigen Fällen bis heute! – auch zum Nationalsozialismus. „Liberal" – gerade in gesellschaftspolitischen Fragen – ist die FPÖ nicht, und das „Freiheitlich" in ihrem Namen bezeichnet ursprünglich nur die Distanz zum in Österreich herrschenden Katholizismus. Verharmlosungen des und die mangelnde Distanzierung vom NS-Regime sind in der FPÖ bis heute keine Seltenheit, antisemitische Untertöne ebenso wenig. Letztere bedienen sich gerne gewisser Kodes, wie z.B. der „Ostküste", der süffisanten Nennung „typisch-jüdischer" Namen („der Herr Greenberg") oder der Polemik gegen die „sogenannte Wiedergutmachung". Im Weisenbericht, der nach dem Regierungseintritt der FPÖ im Jahr 2000 im Auftrag der „EU-14" u.a. die „Entwicklung der politischen Natur der FPÖ" untersuchte, wird festgestellt, dass es tatsächlich zu einem typischen Kennzeichen in der österreichischen Politik geworden zu sein scheint, dass Vertreter der FPÖ „äußerst missverständliche Formulierungen" verwenden.[247] Auch hohe Funktionäre der FPÖ geben immer wieder Stellungnahmen ab, die als fremdenfeindlich oder sogar als rassistisch verstanden werden können.

Es überrascht deshalb nicht, dass antisemitische Einstellungen unter den FPÖ-Anhängern doppelt so häufig anzutreffen sind wie im österreichischen Durchschnitt. So stimmen nach einer OGM-Umfrage im Auftrag der Zeitschrift Format (14/1999) 14% der Österreicher, aber 30% der FPÖ-Anhänger der Aussage zu, „es wäre für Österreich besser, keine Juden im Land zu haben". Und: 33% der Österreicher, aber 71% der FPÖ-Sympathisanten glauben, „dass man die meisten Juden an ihrem Aussehen erkennen kann".

In ihren deutschnationalen Wurzeln verkörpert die FPÖ lange Jahre die Absage an die Konvergenz von Staat und Nation; in ihrer „populistischen" Orientierung gibt sich die Partei allerdings betont österreichisch-patriotisch. Nachdem der klassische Deutschnationalismus in Österreich heute kaum noch eine Rolle spielt, setzt sich die Klientel der FPÖ vorwiegend

[247] Vgl. Bericht von Martti Ahtisaari, Jochen Frowein, Marcelino Oreja, Deutsche Übersetzung (2000)

aus Protestwählern und sogenannten „Modernisierungsverlierern" zusammen, die besonders anfällig für rechtspopulistische Phrasen sind, vor allem bei den Themen Migration und EU. Die Partei ist insofern „postmodern", als sie jene Menschen anspricht, die von der Modernisierung aus ihren traditionellen weltanschaulichen Bindungen freigesetzt wurden. Diese Entwicklung steht in direktem Zusammenhang mit der Proletarisierung einer historisch als „bürgerlich" eingestuften Partei, was auch die antieuropäische und antiinternationale Rhetorik der Partei erklärt, die sich gegen alles „Fremde" wendet. Die FPÖ wird seit 1990 in erheblichem Maße aus Motiven gewählt, die „xenophobe Konnotationen" zulassen. Nach Plasser und Ulram wird das Motiv „Ausländerfrage" 1990 von 7% der FPÖ-Wählern als wahlentscheidend genannt, 1994 und 1995 von 12% und 1999 von 14%.[248]

Auf der Links-Rechts-Achse ist die FPÖ eindeutig als eine „rechte" Partei einzuordnen. Im Rahmen der von Plasser und Ulram entwickelten „gesellschaftspolitischen Typologie" wird die FPÖ weit überproportional von „systemverdrossenen Rechten" präferiert, was sie mit anderen rechtspopulistischen Parteien verbindet. Heinisch meint sogar, *the FPÖ can be considered a prototypical case of the right-wing populist protest parties*.[249] Von anderen rechtspopulistischen Parteien unterscheidet sich die FPÖ allerdings durch zwei wesentliche Merkmale: Sie ist eine im österreichischen Parteiensystem traditionell verankerte Partei mit rechtsextremen Wurzeln – und keine neue, erst in den 1980er-Jahren entstandene Protestbewegung; und unter den rechtspopulistischen Parteien Europas war sie lange Zeit die mit Abstand erfolgreichste.

Der Aufstieg der FPÖ ist aber auch im Zusammenhang mit den Besonderheiten des österreichischen politischen Systems zu sehen. Dieses als „hyperstabil" bezeichnete System – das gleichzeitig eine Art von „blockierter Demokratie" ist, weil es lange Zeit keine Alternative zur Großen Koalition gab – hat in den letzten 25 Jahren signifikante Veränderungen erfahren. Zunächst begann sich die Loyalität innerhalb der traditionellen politisch-weltanschaulichen Lager aufzulösen – 1979 beträgt der gemeinsame Stimmenanteil von SPÖ und ÖVP noch 93,4%, seither sinkt er kontinuierlich auf mittlerweile unter 50%. Damit beginnt der Aufstieg der FPÖ von einer kleinen, um Respektabilität bemühten Honoratiorenpartei zu einer ihre Außenseiterrolle stolz betonenden Protestpartei. Das heißt, die Erfolge der FPÖ sind eine Begleiterscheinung dieser Veränderungen – und weder deren Ursache noch deren Auslöser. Oder, nach den Worten von Susanne Frölich-Steffen: *Der Aufschwung der FPÖ wurde von der Krise der Konkordanzdemokratie und dem sich europaweit neu etablierenden Spannungsfeld zwischen protektionistisch-nationalistischen Positionen einerseits und universalistisch-proeuropäischen sowie globalisierungs-befürwortenden Positionen andererseits begünstigt.*[250] Durch ihre offensichtliche Koalitionsunfähigkeit hat die FPÖ allerdings das von ihr so vehement bekämpfte „System" lange Zeit sogar stabilisiert – bzw. auch gelähmt.

Die FPÖ, die immer schon die österreichische Proporzdemokratie und die Parallelregierung der Sozialpartnerschaft, aus der sie weitgehend ausgeschlossen ist, kritisiert hat, ist in besonderem Maß eine traditionelle Außenseiterpartei. Ihr Populismus hängt eng mit dieser Außenseiterrolle zusammen, weshalb die Partei sich nach 1986 problemlos als Sprachrohr derer „da unten" profilieren konnte.

[248] Vgl. Plasser / Ulram 2000
[249] Heinisch 2013:49
[250] Frölich-Steffen 2006:153

Obwohl selbst „Altpartei", artikuliert sie als „Outsider"-Partei den Protest gegen die Dominanz der beiden historisch größeren „Altparteien". Als Partei des nach 1945 diskreditierten Deutschnationalismus hat die FPÖ keinen direkten Anteil an der Stabilisierung des politischen Systems der Zweiten Republik. Diese Distanz zum politischen System kommt der FPÖ in dem Moment zugute, als diese „Nachkriegsordnung" zunehmend ins Wanken gerät.

Obwohl bereits zwischen 1983 und 1986 Regierungspartei, kann sich die FPÖ unter Jörg Haider als „Partei der Außenseiter" positionieren. Gleichzeitig gelingt es ihr, sich mit dem Österreich-Patriotismus auszusöhnen, der nach 1945 als Antithese zum diskreditierten Deutschnationalismus entstanden ist. Die FPÖ entwickelt sogar einen gänzlich neuen Österreich-Patriotismus, ohne sich von ihren deutschnationalen Wurzeln trennen zu müssen; parallel dazu erfolgt ein radikaler Kurswechsel in der EU-Politik und die aggressive Besetzung des Ausländerthemas.

Bei ihren Erfolgen kommt der FPÖ zugute, dass sie einerseits auf ein kleines, aber intaktes „Milieu" des deutschnationalen Lagers zurückgreifen kann – auf die studentischen Verbindungen und die anderen Verbände des österreichischen Deutschnationalismus und seiner Medien – und es andererseits aber schafft, die Rolle einer neuen, rechtspopulistischen Partei zu übernehmen – ein schwieriger, zeitweise aber höchst erfolgreicher Balance-Akt zwischen „Insider"- und „Outsider"-Rolle.[251]

Es zeigt sich, dass die FPÖ bei zwei sozialen Gruppen besonders erfolgreich ist: Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss (Pflichtschulabschluss, Lehre) und Menschen mit einem Arbeiterberuf. Die FPÖ spricht vor allem jüngere Männer ohne gewerkschaftliche oder kirchliche Bindung an, diejenigen also, die durch die Auflösung der traditionellen Bindungen an politisch-weltanschauliche Lager „politisch freigesetzt" worden sind. Diese jüngeren, ideologisch ungebundenen Wähler blicken zumeist pessimistisch in die Zukunft und erwarten sich keine Hilfe vom Parteienstaat. Die FPÖ ist dadurch innerhalb weniger Jahrzehnte zu einer proletarischen Mittelpartei geworden. 1986 beträgt der Stimmenanteil der FPÖ unter Arbeitern noch 10%, 1990 sind es bereits 21%, 1994 29%, 1995 34% und 1999 47%![252]

Die FPÖ ist damit zu einer Partei „jenseits von Klasse und Nation und Religion" geworden. Gleichzeitig versteht sie es, entlang bestimmter „cleavages" zu mobilisieren – das „Proletariat" der kleinen und tüchtigen Leute gegen „die da oben", die Österreicher gegen „die Fremden" und den Asylmissbrauch, die Christen gegen die „schleichende Islamisierung". Der FPÖ ist es außerdem gelungen, den Protest gegen die Europäisierung und Internationalisierung zu artikulieren: Die Opposition gegen Österreichs EU-Mitgliedschaft und gegen die Teilnahme des Landes an der Europäischen Währungsunion, den Protest gegen die Osterweiterung der EU und gegen einen möglichen EU-Beitritt der Türkei.

Im Weisenbericht von 2000 wird die FPÖ als „rechtspopulistische Partei mit extremistischer Ausdrucksweise" charakterisiert. Außerdem wird ihre Strategie beanstandet, Kritiker vor Gericht zu zerren und schon allein durch diese Klagsandrohungen die Meinungsfreiheit einzuschränken.[253] Für Anton Pelinka lässt die Intensität, mit der die FPÖ die rechtspopulistische Rhetorik gebraucht, in Verbindung mit ihrer Natur als „Traditionspartei" – eine

[251] Siehe: Gärtner 1996; Bailer-Galanda / Neugebauer 1997; Scharsach 2000.
[252] Vgl. Plasser / Ulram 2000:232
[253] Vgl. Bericht von Martti Ahtisaari, Jochen Frowein, Marcelino Oreja, Deutsche Übersetzung (2000)

Tradition, die auch die NSDAP-Vergangenheit miteinschließt – ihre Einordnung als zumindest *partiell rechtsextremistisch* zu.[254]

Die FPÖ pflegt intensive Kontakte zu anderen rechtspopulistischen Bewegungen, insbesondere zum Vlaams Belang sowie zur Bürgerbewegung pro Köln.

Ein guter Boden für Rechtspopulisten aller Art

Die Nationaldemokratische Partei (NDP), die 1967 als Abspaltung der FPÖ und aus der Unzufriedenheit rechtsextremer Kreise wegen der Bemühungen des damaligen FPÖ-Parteiobmanns Friedrich Peter entstand, eine Balance zwischen den liberalen und den nationalen Kräften herzustellen, war bis zu ihrer behördlichen Auflösung wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung im Jahr 1988 eine rechtsextreme Kleinpartei. Gegründet wurde die NDP nach dem Vorbild der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands von Norbert Burger, dem ehemaligen Bundesvorsitzenden des Ringes Freiheitlicher Studenten, der 1971 in Italien wegen terroristischer Aktivitäten in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt wird.

Die Partei tritt nur bei der Nationalratswahl 1970 an und erhält 2.631 Stimmen (0,06 %). 1980 kandidiert Burger bei der Wahl zum österreichischen Bundespräsidenten und erhält 140.741 Stimmen (3,1 %).

Programmatisch strebte die NDP den Anschluss Österreichs an Deutschland an. Ein zentraler Schwerpunkt ihrer Agitation war der Kampf gegen die angeblich drohende „Überfremdung" bzw. „biologische Unterwanderung" Österreichs durch Gastarbeiter und das Eintreten für die Wiedereinführung der Todesstrafe. 1988 wird der NDP vom Verfassungsgerichtshof aufgrund des Verbotsgesetzes und bezugnehmend auf Artikel 9 des Österreichischen Staatsvertrages die Rechtspersönlichkeit als politische Partei aberkannt.

Das im April 2005 von Mitgliedern der FPÖ um Jörg Haider gegründete Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) schafft bei den Nationalratswahlen 2006 und 2008 jeweils den Einzug ins Parlament, 2009 auch ins Europaparlament. Seit dem Unfalltod Jörg Haiders im Oktober 2008 bemüht sich die Führungsspitze des BZÖ vermehrt, wirtschaftsliberale Wähler anzusprechen und die Partei als „rechtsliberal" zu positionieren.

Das Grundsatzprogramm des BZÖ betont ihre proeuropäische, aber EU-kritische Haltung. Großen Wert legt man auf die Bekämpfung der Drogenkriminalität und des islamischen Fundamentalismus, den das BZÖ als besondere Gefahr für die Sicherheit des Landes ansieht. Außerdem sollen Asylwerber zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet werden.

In gesellschaftspolitischen Fragen vertritt das BZÖ sehr unterschiedliche Positionen. Während die Partei bei der Gleichstellung homosexueller Paare zur sogenannten Homoehe tendiert, ist die Position beim Schutz von ethnischen Minderheiten deutlich weniger liberal.

Bei der Nationalratswahl 2013 scheitert die Partei an der Vierprozenthürde. Im Juli 2019 löst sich mit dem BZÖ Wien die letzte Landesgruppe außerhalb Kärntens auf.

Im September 2012 gründet der Industrielle FRANK STRONACH (*1932) das Team Stronach für Österreich, eine weitere (rechts-)populistische Partei, die durch Übertritte von Abgeordneten aus anderen Parteien umgehend auch im Nationalrat vertreten ist und 2013 in drei Landtage und drei Landesregierungen einzieht. Bei den Nationalratswahlen 2013 erreicht das Team Stronach 5,7 % der Stimmen und erhält elf Mandate. 2017 gibt die Partei allerdings ihren Verzicht

[254] Pelinka 2005:92ff

auf eine erneute Teilnahme bei Nationalratswahlen sowie ihre Selbstauflösung zum Jahresende bekannt.

Aus der Kärntner Landesorganisation des Team Stronach geht 2013 das Team Kärnten hervor, das bei der Landtagswahl 11,2% der Stimmen erzielt und mit vier Mandaten in den Kärntner Landtag einzieht; 2018 sind es 5,8% und drei Mandate, bei der Landtagswahl 2023 10% und fünf Mandate.

Seit 2016 tritt die Partei unter dem Namen Freies Team Kärnten – Liste Gerhard Köfer auf. Landesparteiobmann GERHARD KÖFER (*1961) ist von 2004 bis 2006 Abgeordneter zum Kärntner Landtag und von 2006 bis 2013 Nationalratsabgeordneter der SPÖ. 2012 wechselt er als erster Abgeordneter zum in Gründung befindlichen Team Stronach und ist von 2013 bis 2018 Landesrat für Straßenbau in der Kärntner Landesregierung. Im Zuge der Abspaltung des Kärntner Landesverbandes vom Team Stronach wird Köfer 2016 zum Kärntner Landesparteiobmann des Team Kärnten und ist seit 2018 wieder Abgeordneter zum Kärntner Landtag und Bürgermeister der Stadt Spittal an der Drau.

In der aufgeheizten innenpolitischen Stimmung während der COVID-19-Pandemie entsteht die Partei MFG – Österreich Menschen – Freiheit – Grundrechte, eine hauptsächlich in Oberösterreich aktive Impfgegner-Kleinpartei, die bei der Landtagswahl 2021 drei Mandate erringen kann. MFG gilt als Teil der Querdenker-Bewegung in Österreich und fordert ein sofortiges Ende aller Coronaschutzmaßnahmen. Weitere Programmpunkte der mittlerweile wieder in der Bedeutungslosigkeit versunkenen Partei sind die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft in den Kammern, die strikte Trennung von Staat und Kirche, die Einführung eines Ethikunterrichts als Pflichtgegenstand sowie die gerechte Besteuerung multinationaler Konzerne.

Polen

Józef Pilsudski – Der „Heiland"[255]

Ende des 19. Jahrhunderts entsteht in Polen die „Nationale Demokratie" (Narodowa Demokracja, ND), nach den beiden Anfangsbuchstaben auch Endecja genannt, als polnisch-nationalistische, konservative und antisemitische Bewegung.

Nach der Unabhängigkeit Polens im Jahr 1918 wird die zum Lager der Endecja gehörende Partei „Volksnationaler Verband" (Związek Ludowo-Narodowy, ZLN) bei der Wahl zum verfassunggebenden Sejm mit 29% der Stimmen und 140 von 394 Sitzen stärkste Kraft und stellt zwei Mal den Ministerpräsidenten. 1922 schließt sich der ZLN mit den Christdemokraten und den Konservativen zum „Christlichen Verband der nationalen Einheit" (ChZJN) zusammen, der mit 29% der Stimmen und 163 Sitzen wiederum stärkste Kraft wird.

Bei der Präsidentschaftswahl 1922 unterliegt der von den Nationaldemokraten unterstützte Kandidat allerdings dem Vertreter der „Bauernpartei" Gabriel Narutowicz. Eine Woche nach dieser Wahl wird der neue Präsident von einem fanatischen Nationalisten ermordet.

Nachdem sich die häufig wechselnden Regierungen im Nachkriegspolen als unfähig erweisen, die drängende Agrarreformfrage befriedigend zu lösen und der wachsenden Arbeitslosigkeit Herr zu werden, kommt es im Mai 1926 zum Staatsstreich durch Marschall JÓZEF PILSUDSKI (1867–1935), der mit Unterstützung des Militärs eine Präsidialdiktatur errichtet und die *Sanacja*, die „Heilung" des Staates verspricht.

Das autoritäre Regime bekämpft nicht nur die polnischen Sozialisten, mit denen Pilsudski einmal selbst sympathisiert hatte, sondern auch die rechte Endecja. Gegen Ende der 1920er-Jahre verschärfen sich die diktatorischen Züge des Regimes, insbesondere in der Bekämpfung der mittlerweile verbotenen Oppositionsparteien, deren Führer teils verhaftet, teils in die Emigration getrieben werden. Piłsudski bleibt bis zu seinem Tod im Mai 1935 an der Macht, allerdings bekleidet er selbst nur für kurze Zeit offizielle Ämter, meist als Verteidigungsminister. Eine ganz auf seine Person zugeschnittene neue Verfassung tritt erst nach seinem Tod in Kraft.

Als eine außerparlamentarische rechtsextreme Opposition entsteht unter nationalistischen Studenten und anderen Jugendgruppen das „Großpolnische Lager" (Obóz Wielkiej Polski, OWP). 1933 verboten, setzen die jüngeren Anhänger ihren Widerstand als „Nationalradikales Lager" (Obóz Narodowo-Radykalny, ONR) fort. Das ONR ist extrem nationalistisch, antikommunistisch und antisemitisch. Zu seinen politischen Forderungen gehört die Überführung des ausländischen, vor allem aber des jüdischen Eigentums in die Hände polnischer Großkapitalisten und die Einführung antisemitischer Gesetze. Nach der Ermordung von Innenminister Bronisław Pieracki im Juni 1934 lässt die Regierung die gesamte ONR-Führung verhaften und in ein Internierungslager für Nationalisten, Kommunisten und andere Regimegegner einweisen.

Das ONR zersplittert in der Folge in mehrere Fraktionen, die im Zweiten Weltkrieg verschiedene Widerstandsorganisationen gegen den als heidnisch und antichristlich betrachteten Nationalsozialismus gründen – und sowohl von den deutschen als auch von den späteren sowjetischen Besatzern und den polnischen Kommunisten erbittert bekämpft werden. Viele der überlebenden Anhänger gehen nach dem Krieg ins Exil.

[255] Siehe: Kotowski 2011.

Nach der politischen Wende entstehen in den 1990er-Jahren etliche rechtsextreme Gruppen, die im politischen Leben jedoch kaum eine Rolle spielen. Erst durch die rechte Regierungskoalition erhalten einige von ihnen ab 2006/2007 direkte Unterstützung und Zugang zu staatlichen Institutionen.

Mittlerweile haben die rechtspopulistischen Parteien „Recht und Gerechtigkeit" (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) und „Solidarisches Polen" (Solidarna Polska, SP) sowohl die Ideologie als auch das Personal dieser nationalistischen Bewegungen weitgehend absorbiert.

Die Mehrheit der extremen Rechten in Polen beruft sich weiterhin auf die Tradition der national-radikalen Endecja-Bewegungen der Zwischenkriegszeit. Durch sein fundamentalistisches Christentum unterscheidet sich der polnische Rechtsextremismus deutlich vom deutschen Nationalsozialismus, besitzt aber aufgrund seines antidemokratischen Charakters und extremen Antisemitismus unverkennbare Parallelen zu rechtsextremen und neofaschistischen Bewegungen in anderen europäischen Ländern.

Die polnische Rechte ist Minderheiten gegenüber feindselig eingestellt, agitiert mit Vorliebe gegen Zuwanderer, besonders Muslime, und fällt durch ihre betont antideutsche, aber auch antieuropäische Haltung auf. Gegenüber Russland gibt es keine einheitliche Einstellung: Den meisten polnischen Nationalisten gilt der ungeliebte Nachbar als das Feindbild schlechthin, einige panslawische Gruppen sehen in Russland allerdings einen potentiellen Partner.

Nationale Wiedergeburt[256]

Die „Nationale Wiedergeburt Polens" (Narodowe Odrodzenie Polski, NOP) wird 1981 gegründet und existiert bis 1989 als illegale antikommunistische Organisation, die seit 1983 auch das Untergrundmagazin Jestem Polakiem („Ich bin Pole") herausgibt. 1992 wird die Bewegung als politische Partei registriert. Gründer und Vorsitzender der NOP ist ADAM GMURCZYK (*1964).

Trotz ihres legalen Parteienstatus durchläuft NOP in den 1990er-Jahren eine starke Radikalisierung und steht bald im Ruf, eine der radikalsten rechtsextremen Gruppen Europas zu sein. Ihre Anhänger – überwiegend junge Männer – rekrutiert NOP in der Skinheadszene, aber auch unter gewaltbereiten Fußballfans.

NOP wendet sich gegen die EU-Mitgliedschaft Polens, tritt für politische Dezentralisierung ein, ist ebenso antikapitalistisch wie antikommunistisch, offen und militant antisemitisch – *Antisemitismus ist diejenige Tugend, die wir besonders aufmerksam pflegen müssen. Denn Antisemitismus ist der unbefleckte Glaube, Antisemitismus ist Ehrlichkeit und Gerechtigkeit, Antisemitismus ist die Liebe zur Schönheit der Welt, Antisemitismus, das ist die Treue gegenüber Grundsätzen und Tradition* –, agitiert gegen das politische Establishment, „falsche Demokratie" und moralischen Verfall. NOP propagiert die Notwendigkeit einer „natio-

[256] Siehe: Pankowski 2012 und 2013.
Offizielle Website: http://www.nop.org.pl/ (Polnisch).

nalen Revolution” zur vollständigen Erneuerung des sozialen, ökonomischen und politischen Lebens in Übereinstimmung mit den „ewigen Werten der christlichen Zivilisation”.

NOP arbeitet eng mit der neofaschistischen Frente Espanol und der rechtsextremen italienischen Forza Nuova zusammen, unterhält aber auch Kontakte zur deutschen NPD, wodurch ihre „Glaubwürdigkeit” in den ultranationalistischen Kreisen Polens deutlich gelitten hat.

Die Partei erhält bei Wahlen zwar nur minimale Unterstützung (2005: 0,06%), beeinflusst aber eine ganze Generation der rechtsextremen polnischen Subkultur. In den Publikationen der NOP finden sich regelmäßig Beiträge von Holocaust-Leugnern wie David Irving und andere offen antisemitische oder ausländerfeindliche Artikel. Darüber hinaus betreibt NOP eine aggressive Kampagne gegen Homosexuelle.

1993 wird das neofaschistische „National-Radikale Lager” (Obóz Narodowo-Radykalny, ONR) wiederbegründet, das an die Tradition des ONR der Zwischenkriegszeit anknüpft und einen ultranationalistischen, religiös fundamentalistischen und radikal antisemitischen Kurs vertritt. ONR vereinigt vor allem rassistische Skinheads und ist zu Beginn der 2000er-Jahre in einigen südpolnischen Städten besonders aktiv. Als Logo bedienen sich ONR (und NOP) eines Symbols, das an das Hakenkreuz erinnert, und zwar des „Arms mit einem Schwert”, auch als „Falanga” bekannt.

Ab dem Jahr 2010 steigt die Zahl der Mitglieder und Sympathisanten aufgrund der Zusammenarbeit mit anderen nationalistischen und rechten Organisationen, die sich unter dem Dach der „Vereinigung Marsch der Unabhängigkeit” (Stowarzyszenie Marsz Niepodległości) versammeln.

Zu den Gesinnungsgenossen der ONR gehört auch die „Allpolnische Jugend” (Młodzież Wszechpolska, MW), die ebenfalls auf eine extrem nationalistische Organisation gleichen Namens zurückgeht, die in der Zwischenkriegszeit für zahlreiche gewalttätige Übergriffe auf jüdische Studenten verantwortlich war.

In den Jahren 2006/2007 erhält die „Allpolnische Jugend” sogar Zugang zu Regierungsposten. Ihr Mitbegründer, der Vorsitzende der „Liga Polnischer Familien” Roman Giertych, wird Minister für nationale Bildung und stellvertretender Ministerpräsident des Landes. Nach der Wahlniederlage der LPR, die 2007 in der Bedeutungslosigkeit versinkt, verliert die „Allpolnische Jugend” ihren Zugang zur offiziellen Politik.

Ende 2012 schließen sich mehrere rechtsextreme Klein- und Splittergruppen, darunter auch die „Allpolnische Jugend” und das „National-Radikale Lager” zur „Nationalen Bewegung” (Ruch Narodowy, RN) zusammen, die direkt an die ultranationalistischen Bewegungen der 1920er-Jahre anknüpft und sich gleichzeitig am Vorbild der ungarischen Jobbik orientiert, mit der sogar ein Partnerschaftsabkommen existiert. Ebenfalls an das Vorbild der „Ungarischen Garde” angelehnt ist die „Nationale Wache” (Straz Narodowa), eine paramilitärische Organisation.

Ruch Narodowy ist als Sammelbecken für alle „national denkenden Polen" gedacht und soll zur Keimzelle einer neuen politischen Kraft werden, die nach dem Zerfall von Samoobrona und der „Liga Polnischer Familien" bis weit in die konservativ-katholische Mitte der polnischen Gesellschaft reicht.

RN bedient nicht nur die weit verbreiteten antisemitischen Ressentiments, sondern versucht durch radikale EU-Kritik die wachsende EU-Skepsis im Land für sich zu nützen und mit sozialpopulistischen Forderungen in Wirtschaftsfragen auch bei den unteren Mittelschichten zu punkten.

Bei den Europawahlen 2014 erhält die „Nationale Bewegung" fast 100.000 Stimmen oder 1,4%. Bei den Parlamentswahlen 2015 stellt die RN aufgrund geringer Erfolgsaussichten der aufstrebenden nationalistischen Kukiz'15 ihre Parteiinfrastruktur zur Verfügung und darf im Gegenzug mit einigen Kandidaten auf deren Liste antreten. Bei der Parlamentswahl 2019 tritt RN gemeinsam mit der libertär-populistischen und „paläo-konservativen" Partei KORWiN als „Konföderation der Freiheit und Unabhängigkeit" (Konfederacja Wolność i Niepodległość) an. Das heterogene Bündnis erreicht 6,8% und 11 Mandate.

Andrzej Lepper[257]

Samoobrona Rzeczpospolitej Polskiej („Selbstverteidigung der Republik Polen") wird 1992 von ANDRZEJ LEPPER (1954–2011) gegründet und vertritt vor allem die Interessen der polnischen Landwirte. Lepper ist in der ersten Regierung Kaczynski von 2006 bis 2007 Landwirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident.

Lepper und die Abgeordneten der Samoobrona fallen des Öfteren durch aktionistische und nicht selten auch aggressive Handlungen des „zivilen Ungehorsams" auf. Lepper selbst wird mehrfach wegen Beleidigung, Körperverletzung, Verleumdung und ungebührlichen Verhaltens (u.a. bei Demonstrationen und Straßenblockaden) angeklagt und 2001 sogar zu einer Freiheitsstrafe verurteilt.

Bei den Parlamentswahlen 2001 erreicht die bis dahin völlig unbedeutende Samoobrona sensationelle 10,2% der Stimmen und stellt mit 53 Abgeordneten die drittgrößte Parlamentsfraktion. Nach den Wahlen 2005 (11,4%) unterstützt sie zunächst die Minderheitsregierung der PiS und wird schließlich selbst Teil der rechten Regierungskoalition.

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 scheitert Samoobrona mit 1,5% klar an der Fünfprozenthürde. Ein geplantes Bündnis mit der rechtsextremen „Liga Polnischer Familien" kommt wegen programmatischer Differenzen nicht zustande. Auch bei der Europawahl 2009 bleibt die Partei erfolglos. Nach dem Tod Leppers verschwindet sie in der Bedeutungslosigkeit.

Wirtschaftspolitisch vertritt Samoobrona linkspopulistische und protektionistische Positionen, gesellschaftspolitisch jedoch katholisch-konservative Werte. Das (idealisierte) Landleben und

[257] Siehe: Bachmann 2002 Havlík / Pinková et al. 2012.

der polnische Bauernstand müssten gegen „ausländische Kapitalisten" verteidigt werden. Als „catch-all-Partei" unterlässt es Samoobrona jedoch, sich zu Fragen der öffentlichen Moral zu äußern. Sie zeichnet sich durch einen betont antieuropäischen Kurs aus und tritt für den Ausbau der Beziehungen mit Russland, Weißrussland und der Ukraine ein.

Obwohl Lepper, der gerne als „Rächer der Entrechteten" auftritt, in Wahrheit vor allem die Interessen der vermögenderen Landwirte vertritt, die von Zinszahlungen und Preisverfall bedroht sind, kann die Partei ihre Wählerbasis bald stark verbreitern. Sind die Wähler der Samoobrona anfangs noch vorwiegend Bauern oder ältere, schlecht ausgebildete, vielfach auch arbeitslose Menschen aus ländlichen Regionen, so fischt Lepper bald im Reservoir aller Deklassierten, immer öfter auch unter den Bewohnern der vernachlässigten Viertel am Rande der Großstädte, sowie unter Kleinunternehmern und Händlern. Die Unterstützung für seine Partei erfolgt in erster Linie aus wirtschaftlichem und sozialem Protest und weniger wegen der radikal rechten Politik. Die heterogene Wählerschaft der Samoobrona ist mittlerweile größtenteils in die regierende PiS integriert.

Die „Liga Polnischer Familien"[258]

Die „Liga Polnischer Familien" (Liga Polskich Rodzin**,** LPR**)** wird 2001 von Gegnern des anstehenden EU-Beitritts Polens gegründet; sie geht aus der „Christnationalen Allianz" der 1990er-Jahre hervor, die zeitweise an der Regierung der Wahlaktion Solidarnosc (1997–2001) beteiligt war. Die LPR beruft sich auf die Tradition der 1897 gegründeten „National-Demokratischen Partei", die einen homogenen, katholischen Ein-Volk-Staat anstrebte, und versammelt die Anhänger verschiedener nationalistischer und klerikaler Gruppierungen, die gegen den Beitritt Polens zur EU agitieren.

Die LPR genießt lange Zeit die Unterstützung des katholisch-nationalistischen Radiosenders Radio Maryja und der Boulevardzeitung Fakt, die dem deutschen Axel-Springer-Verlag gehört; beides trägt zum Erfolg der Partei bei den Parlamentswahlen 2001 (7,9% und 38 Mandate) bei.

Bei den Europawahlen 2004 erhält die LPR 15,9% der Stimmen und erringt zehn Sitze im Europäischen Parlament, wo sie bis März 2006 der europakritischen Fraktion „Unabhängigkeit und Demokratie" (Ind/DEM) angehört.

Nach dem Wahlsieg der nationalkonservativen PiS im Herbst 2005 unterstützt die LPR zunächst die Minderheitsregierung von Ministerpräsident Marcinkiewicz und schließt sich im Mai 2006 der Regierung Kaczyński an, die jedoch nach nur wenigen Monaten zerbricht.

[258] Siehe: Havlík / Pinková et al. 2012.

2007 tritt die LPR im Rahmen eines rechtskonservativen Wahlbündnisses an, das allerdings mit nur 1,3% der Wählerstimmen an der Fünfprozentklausel scheitert. Eine angekündigte Fusion mit der Samoobrona kommt aufgrund personeller Aversionen und programmatischer Differenzen nicht zustande.

Die bekanntesten Persönlichkeiten der LPR sind ROMAN GIERTYCH (*1971), stellvertretender Ministerpräsident 2006/07, Minister für Volksbildung und Parteivorsitzender sowie sein Vater MACIEJ GIERTYCH (*1936), Sohn des ND-Politikers Jędrzej Giertych aus der Zwischen- und Nachkriegszeit, der von 2004 bis 2009 im Europaparlament sitzt und wiederholt durch nationalistische und antisemitische Äußerungen auffällt.

Die Namenswahl der „Liga der Polnischen Familien" ist keineswegs zufällig. Trotz ihrer antifeministischen Einstellung kann sie auf die Unterstützung vieler älterer, katholischer Wähler rechnen, die einen großen Teil der Hörerschaft des Senders Radio Maryja darstellen. Die Partei weist zu Beginn der 2000er-Jahre den höchsten Frauenanteil unter allen Parlamentsfraktionen auf.

Beliebte Feindbilder der „Liga der Polnischen Familien" sind „die Deutschen", aber auch „die Juden" und „die Freimaurer". Die Partei ist antieuropäisch, protektionistisch, steht für Staatsinterventionismus und vertritt äußerst restriktive Haltungen in gesellschaftspolitischen Fragen (Sexualmoral, Frauen). Als wertkonservative Bewegung hetzt die LPR regelmäßig und auf überaus aggressive Weise gegen Schwule und Lesben, tritt offensiv gegen die gesetzliche Anerkennung homosexueller Paare und gegen jede Gesetzgebung auf, die im Widerspruch zur christlichen Ethik (z.B. Abtreibung) steht. Ethnische Minderheiten sollen zwangsassimiliert, „nicht-assimilierbare" Gruppen (Deutsche, Juden) durch Diskriminierung zur Auswanderung gedrängt werden.

Bis 2007 ist die „Allpolnische Jugend" (Młodzież Wszechpolska, MW) organisatorisch und personell aufs Engste mit der „Liga der Polnischen Familien" verbunden. Wie diese ist auch die „Allpolnische Jugend" religiös-fundamentalistisch, homophob und antieuropäisch ausgerichtet – verbunden mit einer ausgeprägten deutschfeindlichen Stoßrichtung.

Die Kaczyńskis und der Umbau des Staates[259]

Prawo i Sprawiedliwość (PiS, „Recht und Gerechtigkeit") wird im Jahr 2001 vom ehemaligen Justizminister LECH KACZYŃSKI (1949–2010) und dessen Zwillingsbruder JAROSŁAW KACZYŃSKI (*1949) gegründet. Personal und Wählerschaft der PiS rekrutieren sich vorwiegend aus Anhängern der „Wahlaktion Solidarność" (Akcja Wyborcza Solidarność, AWS), einem Post-Solidarność-Bündnis, und der streng katholischen und nationalkonservativen „Bewegung für den Wiederaufbau Polens" (Ruch Odbudowy Polski, ROP).

[259] Für zusätzliche Informationen siehe: Bale / Szcerbiak 2006; Havlík / Pinková et al. 2012; Wysocka 2013; Beylin 2015; Jasiecki 2018.
Offizielle Website: http://pis.org.pl/ (Polnisch).

Bei den Parlamentswahlen 2005 wird PiS mit knapp 27% stärkste Partei; wenig später gewinnt Lech Kaczyński die Präsidentschaftswahlen gegen den favorisierten Donald Tusk. Nachdem eine Koalition mit dessen liberal-konservativer „Bürgerplattform" (Platforma Obywatelska, PO) nicht zustande kommt, bildet der weitgehend unbekannte Finanzexperte Kazimierz Marcinkiewicz eine Minderheitsregierung, die auf die parlamentarische Unterstützung der klerikal-nationalistischen „Liga Polnischer Familien" und der populistischen Samoobrona angewiesen ist. Beide Parteien schließen sich wenige Monate später auch formal der Regierung an. Erst jetzt übernimmt Jarosław Kaczyński das Amt des Ministerpräsidenten und wird von seinem Zwillingsbruder angelobt – ein in den europäischen Demokratien wohl einzigartiger Vorgang. Eines der erklärten Ziele der neuen Koalition ist die Bekämpfung der „korrupten Eliten". Die rechte Koalitionsregierung hält allerdings nur kurz. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Oktober 2007 verliert die PiS – trotz Stimmengewinnen – ihre Führungsrolle in der rechten Mitte gegen die „Bürgerplattform" von Donald Tusk. 2011 erzielt sie mit 29,9% wiederum ein beachtliches Ergebnis, bleibt aber in Opposition.

Am 10. April 2010 kommen Staatspräsident Lech Kaczyński und seine Ehefrau sowie zahlreiche Abgeordnete, Regierungsmitglieder, Offiziere und hochrangige Kirchenvertreter beim Absturz einer Regierungsmaschine bei Smolensk ums Leben.

Bei der Europawahl 2014 liegt PiS wieder in etwa gleichauf mit der regierenden PO, deren Stern, trotz wirtschaftlicher Erfolge, aufgrund diverser Skandale und wegen des Wechsels von Regierungschef Donald Tusk auf den Posten des EU-Ratspräsidenten zu sinken beginnt. Während die „Bürgerplattform" deutlich in die Mitte des politischen Spektrums rückt, etabliert sich die PiS als wichtigste Gruppierung der politischen Rechten.

Im Juli 2014 konsolidiert sich das zersplitterte rechtskonservative Spektrum. Kaczyński unterzeichnet mit dem Parteivorsitzenden von „Solidarisches Polen" (Solidarna Polska, SP) und dem Parteichef der wirtschaftsliberalen, wertkonservativen Partei „Polen Zusammen Vereinigte Rechte" (Polska Razem Zjednoczona Prawica, PRZP) eine Übereinkunft, die ein gemeinsames Antreten bei den nächsten Wahlen sowie einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten vorsieht.

Im Frühjahr 2015 wird der PiS-Kandidat Andrzej Duda zum neuen polnischen Präsidenten gewählt und bei der Parlamentswahl im Oktober gelingt dem Bündnis aus PiS, SP und PRZP unter dem Namen „Vereinigte Rechte" (Zjednoczona Prawica, ZP) ein eindrucksvoller Sieg. ZP erzielt 37,6% und erhält mit 235 der 460 Mandate die absolute Mehrheit in Parlament und Senat. Ministerpräsidentin Polens wird die PiS-Abgeordnete Beata Szydło. Nach ihrem Rücktritt übernimmt 2017 ihr Parteikollege Mateusz Morawiecki, ein enger Vertrauter des PiS-Parteivorsitzenden und eigentlichen „starken Mannes" Jaroslaw Kaczynski, das Amt des Ministerpräsidenten.

Bei der Parlamentswahl 2019 erzielt die PiS mit 43,6% (+ 6%) das beste Wahlergebnis einer Partei in der Geschichte des demokratischen Polen und kann ihre absolute Mehrheit eindrucksvoll verteidigen. Bei der EU-Wahl im selben Jahr erhält sie sogar 45,4%, um 13,6% mehr als 2014.

In gesellschaftspolitischen Fragen vertritt PiS rechtskonservative, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wohlfahrtsstaatliche, z.T. sogar sozialpopulistische Positionen. Die Partei ist EU-skeptisch und steht neben Russland auch Deutschland kritisch bis ablehnend gegenüber. Bei der Kriminalitätsbekämpfung setzt PiS auf die Verschärfung der Strafgesetze, bis hin zur

Forderung nach einer Wiedereinführung der Todesstrafe. Vom ultrakatholischen Sender Radio Maryja wird PiS massiv unterstützt.

Rafal Pankowski beschreibt den sukzessiven Rechtsschwenk der PiS folgendermaßen: *By purging itself of the few remaining „liberals", the PiS has moved further to the right. The party, once considered centrist, established itself firmly at the far right end of the spectrum […]. While not an extreme-right party in itself, the PiS has absorbed the right-extremist surge through it's radical, populist appeal to illiberal democracy.*[260]

Olga Wysocka meint, *The label „populist" can be applied to the party because of two elements in its rhetoric, strategy and, later, ideology: its concept of the people and of their relation to those in power.*[261] Gefährlich und demokratiepolitisch bedenklich werde es allerdings dann, wenn der populistische Furor gegen „die da oben" sich gegen die Institutionen der liberalen Demokratie, gegen Presse- und Meinungsfreiheit, gegen die unabhängige Justiz, gegen Intellektuelle und Künstler wende – so wie es bereits in den Jahren 2005 bis 2007 geschehen sei.

Nach beinahe einem Jahrzehnt praktisch unumschränkter Herrschaft zeigt sich jedenfalls, dass die PiS, die konservative, christlich-klerikale und national-populistische Elemente in sich vereint, vor allem in der Medien- und Justizpolitik, aber auch in anderen sensiblen gesellschaftspolitischen Bereichen, nichts weniger als einen radikalen Umbau des polnischen Staates zu einer „neuen, moralischen politischen und gesellschaftlichen Ordnung" anstrebt.[262]

Inhaltlich propagiert die rechtspopulistische polnische Regierung katholisch-konservative Werte, wie die traditionelle Familie, stellt sich gegen die Gleichstellung Homosexueller, gegen Gender-Mainstreaming, In-vitro-Fertilisation und Sterbehilfe. Wirtschaftspolitisch vertritt das Bündnis wohlfahrtsstaatliche und interventionistische Ansätze. In der Außenpolitik steht sie den übrigen Visegrad-Staaten sowie den USA nahe, ist EU-skeptisch und lehnt insbesonders die EU-Flüchtlingsquoten ab. PiS legitimiert rechte Politikinhalte und beruft sich auf populistische Weise auf eine illiberale Demokratie.

Weitere rechtspopulistische Parteien

Kukiz'15, auch Ruch Kukiza („Kukiz-Bewegung") ist eine im Sommer 2015 vom polnischen Rockmusiker PAWEŁ KUKIZ (*1963) gegründete politische Bewegung, die bei den Parlamentswahlen 2015 erstmals antritt, auf Anhieb 8,8% der Stimmen erhält und damit drittstärkste Kraft im polnischen Parlament wird. Der frühere Bandleader belegt bereits bei der Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2015 mit 21% der Stimmen überraschend den dritten Platz.

Kukiz, der als Musiker eine gewisse Popularität erworben hat, kann vor allem das Protestpotenzial unzufriedener Jungwähler ansprechen. In der Altersgruppe zwischen 18 und 29 Jahren erreicht er bei der Präsidentenwahl beachtliche 42% der Stimmen. Als Politiker und

[260] Pankowski 2012:8
[261] Wysocka 2013:293
[262] Vgl. Bale / Szcerbiak 2006

Parteigründer vertritt Kukiz keine konsistente Ideologie, viele seiner Positionen sind populistisch (im Eigenverständnis „systemkritisch”) und gegen „das Establishment” gerichtet, manche jedoch eindeutig rechtspopulistisch bis -radikal. So z.B. wendet er sich gegen die Möglichkeit der Adoption von Kindern durch homosexuelle Paare und gegen die Freigabe der Abtreibung. Wenn Kukiz die „Verteidigung der polnischen Industrie” fordert, schwingt neben der in Polen weitverbreiteten EU-Skepsis stets auch Deutschfeindlichkeit mit. Angesichts der anhaltenden Abwanderung junger Polen ins Ausland spricht Kukiz gerne von einer geplanten „Vernichtung des Polentums”. Kukiz' typische One-Man-Show verzichtet bis dato bewusst auf die Registrierung seiner „Bewegung” als politische Partei.

Im Verlauf der letzten Legislaturperiode ereilt Kukiz'15 das Schicksal vieler rechtspopulistischer Senkrechtstarter – die Fraktion zerfällt und zählt kurz vor den Parlamentswahlen 2019 nur noch 16 von ursprünglich 42 Abgeordneten. Zur Wahl tritt Kukiz'15 im Rahmen der „Polnischen Koalition” (Koalicja Polska) gemeinsam mit der „Polnischen Bauernpartei” (PSL) an, die Kukiz 2015 noch als „organisierte Verbrechertruppe” bezeichnet hatte! Das Bündnis landet bei enttäuschenden 8,6%.

2015 gründet der Publizist JANUSZ KORWIN-MIKKE (*1942) die „Neue Hoffnung” (Nowa Nadzieja, KORWiN), eine weitere Partei innerhalb des rechten Spektrums, die gesellschaftlichen Konservatismus (Ablehnung der gleichgeschlechtlichen Ehe, der Abtreibung, der Sterbehilfe, Wiedereinführung der Todesstrafe und freier Waffenbesitz) mit wirtschaftspolitisch libertärer Politik (Minimalstaat und Laissez-faire-Ökonomie) und einer radikalen EU-Skepsis verbindet. Bei dem Parlamentswahlen 2015 scheitert sie mit 4,8% knapp an der Fünfprozenthürde, ist aber mit zwei Abgeordneten im EU-Parlament vertreten.

2016 wird der Parteiname auf Wolnosc („Freiheit”) geändert, das Kürzel „KORWiN” bleibt erhalten. Nach einer weiteren Namensänderung lautet der vollständige Parteiname Wolność Janusza Korwin-Mikke.

Portugal

Salazar, der Professor[263]

Nach der Ausrufung der Republik im Oktober 1910 ist Portugal durch ein hohes Maß an politischer Instabilität gekennzeichnet. Rasch wechselnde Regierungen – insgesamt 45 in nur 16 Jahren! – und eine große Zersplitterung des Parteiensystems schwächen die junge Republik, die sowohl von rechts als auch von links angegriffen wird.

Ende 1917 putscht Hauptmann Sidónio Pais und lässt sich per Referendum zum Präsidenten wählen. Sein erklärtes Ziel: Eine „Neue Republik" (República Nova) mit ständestaatlichen Zügen und einem starken Präsidenten. Pais fällt im Dezember 1918 einem Attentat zum Opfer, die politischen Verhältnisse bleiben chaotisch.

Im Mai 1926 ergreift eine Militärjunta die Macht; der letzte demokratisch gewählte Präsident Bernardino Machado verlässt das Land. Wenig später putscht sich General Gomes da Costa, ein erklärter Gegner der Republik, an die Macht. Die Verfassung wird suspendiert, die Kommunistische Partei verboten. Bald darauf wird auch da Costa abgesetzt und General Óscar Fragoso Carmona zu seinem Nachfolger bestimmt.

Carmona versucht, eine konservative Regimepartei der „Neuen Ordnung" zu gründen, scheitert jedoch am Widerstand des Militärs. Er erlässt daraufhin ein allgemeines Parteien- und Gewerkschaftsverbot und wird 1928 per Referendum zum Präsidenten gewählt.

Zur wichtigsten Person in der Regierung steigt nun der Wirtschaftsprofessor ANTÓNIO DE OLIVEIRA SALAZAR (1889–1970) auf, dem es als Finanzminister gelingt, die maroden Staatsfinanzen zu sanieren, das Verhältnis der portugiesischen Regierung zur katholischen Kirche zu normalisieren und ein neues Konkordat mit dem Vatikan abzuschließen.

Am 28. Mai 1930 spricht Salazar in einer Grundsatzrede zum ersten Mal von der Notwendigkeit einer starken autoritären Ordnung, die er *Estado Novo*, „den neuen Staat" nennt. Kurz darauf kündigt Salazar an, eine neue Regierungspartei, die União Nacional (UN, „Nationale Union") zu gründen. Auch nun formiert sich Widerstand, sowohl im Militär selbst, als auch innerhalb der links- republikanischen Opposition. Als einige Militäreinheiten am 26. August 1931 meutern, lässt Salazar den Aufstand niederschlagen; die Aufständischen werden als „Kommunisten" gebrandmarkt.

Im Dezember 1931 entsteht ein „Nationaler Politischer Rat", der den Präsidenten in politischen Fragen „beraten" soll, was de facto einer Beschränkung seiner Machtbefugnisse zugunsten der Regierung gleichkommt. Ein halbes Jahr später wird Salazar zum Ministerpräsidenten ernannt.

1933 tritt eine von Salazar diktierte neue Verfassung in Kraft. Sie beschränkt u.a. das Wahlrecht für Analphabeten, die nur dann wählen dürfen, wenn sie eine bestimmte Mindeststeuerleistung erbringen. Das erst 1931 eingeführte Frauenwahlrecht wird eingeschränkt und an den Erwerb einer höheren Bildung gebunden. Im Parlament, der Assembleia Nacional, sind nur noch Mitglieder der einzig zugelassenen Partei, der „Nationalen Union", vertreten. Oppositionelle werden von der geheimen Staatspolizei verfolgt.

[263] Siehe: Gallagher 2022; Lewis 2002.

Der Estado Novo ist ein „ständestaatlich" orientiertes, autoritäres Regime, das auf die Person Salazars zugeschnitten ist und nicht von einer breiteren politischen Bewegung getragen wird. Salazars Politik ist eine der Machtbalance und des Interessensausgleiches unter den verschiedenen regierungstreuen, untereinander jedoch rivalisierenden Gruppen – Militär, Unternehmer, Großgrundbesitzer, katholische Kirche – und nicht zuletzt den Kolonialinteressen.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden nach italienischem Vorbild in einem korporativen System organisiert, dessen Vertreter in der Korporationskammer, der zweiten Kammer des Parlaments, sitzen. Die Presse erscheint unter verschärfter Zensur, Ausländern wird die Beschäftigung untersagt, wenn es portugiesische Arbeitslose gibt, per Dekret wird sogar die Verwendung nicht-portugiesischer Wörter auf Speisekarten und in der Werbung verboten.

Salazar selbst ist wenig charismatisch und führt ein asketisches Leben, was ihn von den meisten übrigen Diktatoren unterscheidet. Der Estado Novo besitzt keine eigene Ideologie. Salazar gründet zwar eine nationale Jugendorganisation, die „Portugiesische Jugend" (Mocidade Portuguesa) und eine paramilitärische Miliz, die „Portugiesische Legion" (Legião Portuguesa), im Wesentlichen aber setzt er auf eine konsequente Entpolitisierung und Ruhigstellung des Landes und seiner Bevölkerung.

In der Nachkriegszeit kommt es zu zaghaften Liberalisierungen. Die Zensur wird gelockert, politische Gefangene werden amnestiert, auch politische Opposition in Gestalt des Movimento de Unidade Democrática (MUD, „Bewegung der demokratischen Einheit"), das alle Gegner Salazars, von Demokraten über Faschisten bis Kommunisten vereint, wird wieder zugelassen. 1949 tritt Portugal als Gründungsmitglied der NATO bei.

Salazar, der 1968 eine Gehirnblutung erleidet, stirbt im Sommer 1970. Der seit Jahren tobende Unabhängigkeitskrieg in der größten portugiesischen Kolonie Angola führt schlussendlich zum Aufstand von Teilen des linksgerichteten Militärs. Am 25. April 1974 erhebt sich das Movimento das Forças Armadas in der sogenannten Nelkenrevolution und stürzt das Regime von Salazars Nachfolger Marcelo Caetano. Wenig später, am 23. Juli 1974, endet auch die griechische Militärdiktatur, und im Oktober 1975 der spanische Franquismus.

Portugal ist heute eines der wenigen europäischen Länder, in denen rechtspopulistische Parteien nur relativ wenig Erfolg haben – und gleichzeitig auch eines der wenigen Länder, in denen die Kommunistische Partei noch punkten kann.

Rechte...

Das „Demokratische und Soziale Zentrum – Volkspartei" (Centro Democrático e Social – Partido Popular, CDS-PP), meist „Portugiesische Volkspartei" (PP) genannt, wird kurz nach der Nelkenrevolution unter dem Namen Centro Democrático Social (CDS, „Sozialdemokratisches Zentrum") gegründet und rasch zu einem Sammelbecken für jene Teile der portugiesischen Bevölkerung, die mit den vorherrschenden linken Strömungen nach der Demokratisierung des Landes nicht einverstanden sind.

Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung erreicht die Partei 1975 16 Mandate und stimmt als einzige gegen die neue Verfassung, die ihr „zu sozialistisch" ist. Bei den ersten Parlamentswahlen 1976 erlangt das CDS 42 Mandate und geht zunächst in Opposition. Nachdem die Minderheitsregierung der „Sozialistischen Partei" unter Mário Soares gescheitert ist, tritt das CDS 1978 in eine von Soares geführte Koalition ein und stellt in dieser Regierung drei Minister. Allerdings scheitert diese Regierung bereits nach kurzer Zeit wegen großer Auffassungsunterschiede.

1979 bildet das CDS ein Bündnis mit den übrigen konservativen Parteien des Landes, den rechten Sozialdemokraten (PSD) und den Monarchisten – die Aliança Democrática (AD, „Demokratische Allianz"). Nach deren Wahlsieg ist das CDS in der konservativen Regierung Sá Carneiro mit fünf Ministern und zehn Staatssekretären vertreten. Als Sá Carneiro und der CDS-Verteidigungsminister Adelino Amaro da Costa 1980 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kommen, gelingt es dem neuen Ministerpräsidenten Francisco Pinto Balsemão nicht, das rechte Parteienbündnis zusammenzuhalten.

Das CDS ist weder an der nachfolgenden Koalitionsregierung aus gemäßigten Sozialisten und rechten Sozialdemokraten (1983–1985) noch an den darauffolgenden Regierungen (Sozialdemokraten bis 1995, Sozialisten bis 2002) beteiligt. 1992 wird der ehemalige Vorsitzende der Jugendorganisation MANUEL MONTEIRO (*1962) Parteivorsitzender und startet einen ausgesprochen EU-kritischen Kurs. Ein Jahr später fügt die Partei ihrem Namen den Ausdruck „Volkspartei" hinzu. 1997 übernimmt der frühere Journalist PAULO PORTAS (*1962) erstmals den Parteivorsitz.

Nachdem die Sozialdemokraten 2002 zwar die Wahlen gewinnen, die absolute Mehrheit jedoch verfehlen, kommt es unter José Manuel Durão Barroso, der allerdings 2004 auf den Posten des Präsidenten der Europäischen Kommission wechselt, zu einer erneuten Koalition mit dem CDS-PP. Bei den Parlamentswahlen 2009 wird das CDS-PP drittstärkste Partei, nach den vorgezogenen Parlamentswahlen 2011 tritt es wieder in eine Koalition mit dem Wahlsieger, den rechten Sozialdemokraten, ein.

2015 kandidiert das CDS-PP sogar auf einer gemeinsamen Liste mit den Sozialdemokraten. Das rechte Wahlbündnis verliert jedoch stark und scheitert letztendlich mit dem Versuch einer Regierungsbildung. Zur Wahl 2019 tritt das CDS-PP wieder alleine an und erreicht nur noch 4,2% und 5 Parlamentssitze.

Die Partei vertritt, ganz im Gegensatz zu ihrem Namen, ausgesprochen konservative bis rechtskonservative Positionen. Sie steht der katholischen Kirche nahe und plädiert für eine restriktive Zuwanderungspolitik. Ihr langjähriger Parteivorsitzender Portas gilt als geschickter Demagoge, der sich gerne als „rechter Arm Portugals" bezeichnen lässt, im Wahlkampf vor unkontrollierter Zuwanderung warnt und Jugendliche aus ethnischen Minderheiten für den Anstieg der Kriminalität verantwortlich macht. In seiner Amtszeit als Verteidigungsminister verhindert Portas mithilfe von Kriegsschiffen die Einfahrt der niederländischen Abtreibungshilfeorganisation Women on Waves in portugiesische Gewässer. Seine Nachfolgerin ist seit 2016 die Juristin ASSUNÇÃO CRISTAS (*1974).

... und Ultrarechte

Der Partido Nacional Renovador (PNR, „Nationale Erneuerungspartei") geht auf den 1985 gegründeten Partido Renovador Democrático (PRD) zurück, der sich die Bekämpfung der Kriminalität und der Zuwanderung auf die Fahnen geschrieben hatte und mit dem Anspruch antrat, das politische Leben in Portugal zu „moralisieren". Nach den Wahlen von 1985 unterstützt der PRD die rechtsgerichtete Minderheitsregierung der „Sozialdemokratischen Partei", 1987 verliert die Partei jedoch nahezu alle ihre Sitze und führt in den folgenden Jahren nur noch ein Schattendasein.

1999 wird die Partei von ehemaligen Mitgliedern des extrem rechten Movimento de Acção Nacional („Bewegung der Nationalen Aktion") übernommen und in Partido Nacional Renovador umbenannt.

Der in der portugiesischen Parteienlandschaft am äußersten rechten Rand positionierte PNR orientiert sich am französischen Front National; er ist extrem nationalistisch, fremdenfeindlich und homophob; einer seiner Slogans lautet „Portugal den Portugiesen". Die Partei ist gegen die EU-Integration und gegen einen EU-Beitritt der Türkei. Sie befürwortet eine stärkere Betonung (und verfassungsmäßige Verankerung) der Familie und tritt gegen den Schwangerschaftsabbruch auf.

Bei Parlamentswahlen erhält der PNR in den Jahren 2005 und 2009 jeweils 0,2% der Stimmen, 2011 0,3%, 2015 0,5%. Geführt wird die Partei seit 2005 vom Grafiker JOSÉ PINTO-COELHO (*1960).

2019 wird die Partei in Ergue-te[264] (E, „Steh auf!") umbenannt. In letzter Zeit verstärkt sie ihre Kritik an den portugiesischen Einwanderungsgesetzen und fordert einen sofortigen Einwanderungsstop. Antisemitische, antimuslimische und frauenfeindliche Ausfälle stehen bei Ergue-te auf der Tagesordnung.

Auf europäischer Ebene arbeitet Ergue-te mit anderen rechten und rechtsextremen Parteien eng zusammen, u.a. mit dem Rassemblement National und der deutschen NPD. Außenpolitisch tritt die Partei für ein „Europa der Nationen" ein und fordert eine stärkere Rolle der einzelnen Nationalstaaten. Einen möglichen EU-Beitritt der Türkei lehnt sie ab und bezeichnet das Land hinsichtlich seiner Geografie, Kultur und Ethnien als „nicht europäisch". Trotz ihrer Bekanntheit kann die Partei keine nennenswerten Wahlerfolge erzielen.

2019 gründet der promovierte Jurist und ehemalige Finanzbeamte André Ventura, der noch 2017 als Kandidat der rechten portugiesischen Sozialdemokraten in den Stadtrat der Kleinstadt Loures gewählt wurde, die Partei Chega! (CH, „Genug!").[265]

---

[264] Offizielle Website: http://www.pnr.pt/ (Portugiesisch)
[265] Offizielle Website: https://partidochega.pt/ (Portugiesisch)

Bei der Europawahl 2019 schließt sich Chega! mit einer monarchistischen und einer klerikalen Kleinpartei zur Koalition Basta zusammen, erhält allerdings nur 1,5% der Stimmen und kein Mandat. Bei der Wahl zum portugiesischen Parlament im Oktober 2019 sind es 1,3% und ein Mandat.

Die Partei vertritt die üblichen rechtspopulistischen Positionen und präsentiert sich als „national, konservativ, liberal und personalistisch". Sie bezeichnet sich selbst als Anti-System-Partei. Laut ihrem Manifest positioniert sie sich gegen Abtreibung und Sterbehilfe, gegen politische Korrektheit, „kulturellen Marxismus" und gegen die „Ideologie der Geschlechtertheorie". Sie plädiert für eine Verkleinerung des Parlaments und für härtere Strafen für verurteilte Täter, für die chemische Kastration von Pädophilen, sowie für eine Stärkung der portugiesischen Kultur und für die Bewahrung von Werten und Traditionen.

2022 erzielt Chega! bei den Parlamentswahlen 7,3%, wird damit drittstärkste Partei und erhält 12 Mandate. Einiges Aufsehen erregen die Regionalwahlen zum Parlament der autonomen portugiesischen Azoren im Oktober 2020. Nachdem die sozialistische PS ihre absolute Mehrheit einbüßt, bilden PSD, CDS-PP und der monarchistische PPM eine rechte Koalition, die von der rechtspopulistischen Chega! unterstützt wird.

Rumänien

Die Legionärsbewegung[266]

Rumänien, das im Ersten Weltkrieg auf der Seite der Siegermächte steht, erzielt durch die Verträge von Saint-Germain, Trianon und Neuilly große Gebietszuwächse (Bukowina, Siebenbürgen, Teile des Banat, Süddobrudscha). Allerdings kommt es im neuen, zentralistisch verwalteten „Großrumänien" bald zu ethnischen Spannungen, insbesondere mit den Ungarn in Siebenbürgen und den Ukrainern in Bessarabien, was die nationalistischen Strömungen in der rumänischen Mehrheitsbevölkerung befeuert.

Formal ist Rumänien eine konstitutionelle Monarchie mit parlamentarischer Demokratie, allerdings liegt die wirkliche Macht in der Hand der sich gegenseitig bekämpfenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Eliten. Die rasch wechselnden Regierungen werden von der „Nationalliberalen Partei", zwischenzeitlich auch von der „Bauernpartei" gestellt.

Eine wichtige Rolle spielt der Antisemitismus, der in den intellektuellen Kreisen des Landes eine lange Tradition besitzt. Besonders die liberale Verfassung von 1923, die den Juden Rumäniens die Staatsbürgerschaft zuerkennt, ist den Nationalisten ein Dorn im Auge.

1927 gründet der Jurist CORNELIU ZELEA CODREANU (1899–1938) die „Legion des Erzengels Michael" (Legiunea Arhanghelului Mihail), ein verschworener Zirkel, dessen Ideologie von radikalem Antisemitismus, mystisch-orthodoxem Fundamentalismus und übersteigertem Nationalismus geprägt ist. Codreanu, dessen Bewegung dem Klerikalfaschismus zugeordnet wird, genießt unter seinen Anhängern eine Art von Heiligenstatus.

Seit 1930 wird der Begriff „Eiserne Garde" (Garda de Fier) synonym für die „Legionärsbewegung" verwendet, die ihre soziale Basis vor allem unter Intellektuellen, Studenten, aber auch unter der bäuerlichen Bevölkerung besitzt. Auf dem Höhepunkt ihrer Bedeutung in den späten 1930-Jahren stützt sich die Bewegung auch auf das städtische Proletariat.

Die extremistische Legionärsbewegung wird wiederholt verboten, kehrt jedoch unter neuen Namen immer wieder auf die politische Bühne zurück. Ab 1933 entwickeln sich die Legionäre zur Massenbewegung, die etwa 250.000 Mitglieder zählt und nach dem Partito Nazionale Fascista in Italien und der NSDAP im Deutschen Reich die drittgrößte faschistische Bewegung Europas ist.

Ende 1933 verbietet der liberale Ministerpräsident Ion Duca die „Eiserne Garde"; kurz darauf fällt er einem Mordanschlag zum Opfer. Codreanu wird als Auftraggeber angeklagt, mangels Beweisen jedoch freigesprochen. Seine neue Partei „Alles für das Vaterland" (Totul pentru Ţară) wird 1937 mit 15,6% drittstärkste Kraft im rumänischen Parlament. Von den 103 Kandidaten, die für Codreanus Partei antreten, sind 33 Priester.

Anfang 1938 hebt König Carol II. die liberale Verfassung von 1923 auf und erlässt eine neue, die den Weg zur Errichtung einer Königsdiktatur ebnet. Alle politischen Parteien werden verboten, die „Front der nationalen Wiedergeburt" (Frontul Renaşterii Naţionale) zur neuen Einheitspartei. Ministerpräsident ist der Patriarch der Rumänisch-Orthodoxen Kirche Miron Cristea.

[266] Für eine ausführliche Darstellung der Geschichte Rumäniens und weitere Literaturverweise siehe: Dinu 2013; Heinen / Schmitt 2013; Schmitt 2016.

Zu den ersten Maßnahmen der Königsdiktatur gehört die Ausschaltung der „Eisernen Garde". Im April 1938 wird Codreanu, gemeinsam mit zahlreichen seiner Anhänger, wegen des Vorwurfs der Rebellion gegen den Staat, des Hochverrats, der Zusammenarbeit mit ausländischen Mächten und der Untergrabung der sozialen Ordnung verhaftet und im Mai 1938 zu zehn Jahren Haft verurteilt.

Nachdem im November 1938 fünf der Legionärsbewegung nahestehende Studenten einen Mordanschlag auf den Rektor der Universität Cluj verüben, gibt die Regierung bekannt, dass Codreanu und mehrere seiner Mitinhaftierten in der vorangegangenen Nacht während eines Gefangenentransportes „bei einem Fluchtversuch" erschossen worden seien. Die Ermordung der Legionärsführer trägt ganz wesentlich dazu bei, dass Carol und sein „System" bei den Nationalsozialisten in Ungnade fallen.

Die Legionärsbewegung ist damit noch nicht am Ende. Im September 1940 unternimmt sie unter ihrem nunmehrigen Führer, dem früheren Lehrer HORIA SIMA (1906–1993), einen Putschversuch gegen König Carol II., der daraufhin den ehemaligen Generalstabschef ION ANTONESCU (1882–1946) zum Ministerpräsidenten ernennt. Nur wenige Tage später zwingt Antonescu mit Unterstützung der „Eisernen Garde" den König zum Thronverzicht und errichtet eine „nationallegionäre" Diktatur, die Rumänien an die Seite der Achsenmächte führt. Als die „Eisernen Garde" im Jahr darauf auch gegen Antonescu rebelliert, kommt es zum Bruch mit dem „Staatsführer", der die Bewegung verbietet.

Antonescu wird 1944, nach dem Durchbruch der sowjetischen Armee, abgesetzt und verhaftet. Nach Kriegsende werden er und einige seiner Vertrauten hingerichtet. Horia Sima, dem nach Kriegsende die Flucht nach Spanien gelingen wird, bildet noch im Dezember 1944 auf Geheiß Heinrich Himmlers in Wien eine rumänische Exilregierung.

Nach dem Sturz Nicolae Ceaușescus im Dezember 1989 konstituieren sich die Legionäre neu, allerdings beanspruchen gleich mehrere rivalisierende Gruppen die Nachfolge. Die wichtigste ist die militante Noua Dreaptă („Neue Rechte"), die anlässlich des hundertsten Geburtstages von Codreanu ins Leben gerufen wird und deren Mitglieder sich vorwiegend aus der Studentenschaft rekrutieren.

Die Anhänger des Kapitäns

Noua Dreaptă (ND, „Neue Rechte")[267] wird 1999 gegründet; sie beruft sich auf den Führer der faschistischen „Eisernen Garde" Corneliu Zelea Codreanu, der von seinen Anhängern als *Căpitanul* (Kapitän) bezeichnet und immer noch wie ein Heiliger verehrt wird.

In ihrer Ideologie verbinden sich – wie beim rumänischen Faschismus der 1920er- und 1930er-Jahre – militanter Antisemitismus und Nationalismus mit dem Bekenntnis zur rumänischen Orthodoxie. Der sonntägliche Kirchgang zählt deshalb zu den Pflichten der Mitglieder.

[267] Offizielle Website: http://www.nouadreapta.org/ (Rumänisch)

Die „Neue Rechte" kämpft – ihren eigenen Angaben zufolge – gegen die Roma-Minderheit und die starke Volksgruppe der Ungarn, gegen Schwule und Abtreibungsbefürworter, gegen Kommunisten, aber auch gegen EU, NATO und Globalisierung.

Eines der erklärten Ziele der „Neue Rechten" ist die Wiederherstellung „Großrumäniens" in den Grenzen vor 1938. Während sich einige Mitglieder als Monarchisten, andere als Anhänger eines autoritären „Führerstaates" deklarieren, verbindet sie die gemeinsame Ablehnung der repräsentativen Demokratie.

Die „Neue Rechte" ist erst seit 2015 als politische Partei registriert. Vorsitzender ist TUDOR IONESCU (*1978). Es kommt regelmäßig zu gewaltsamen Übergriffen von Anhängern der ND gegen Schwule, Mitglieder ethnischer Minderheiten und Andersgläubige. Im Juni 2007 organisiert Noua Dreapta, unterstützt von Orthodoxer Kirche, nationalistischen Verbänden und rechten Populisten unter dem Slogan „Rumänien ist kein Sodom. Gegen Homosexualität, für Normalität" eine Großdemonstration gegen das alljährliche Homosexuellenfest.

Die „Neue Rechte" ist Mitglied der neofaschistischen „Europäischen Nationalen Front"[268] – weitere Mitglieder sind die italienische Forza Nuova, die spanische La Falange, die deutsche NPD, der französische Renouveau Français und die griechische Symmaxia – und unterhält enge Kontakte zu neofaschistischen Gruppierungen in Bulgarien, Serbien, Polen, der Slowakei usw.

Die Großrumänen[269]

Die „Großrumänien Partei" (Partidul România Mare**,** PRM**)** wird 1991 vom früheren Journalisten und Autor CORNELIU VADIM TUDOR (1949–2015) gegründet – ein Jahr, nachdem Tudor ein Wochenmagazin gleichen Namens lanciert hatte – und vertritt zunächst eine „nationalkommunistische" Ideologie. Der Name bezieht sich auf die historische Forderung, alle Rumänen – also auch die in Moldawien lebenden – in einem Staat zu vereinen.

Von 1993 bis 1995 gehört PRM, die bei Wahlen knapp 4% der Stimmen gewinnen kann, der Regierung des Sozialdemokraten Nicolae Văcăroiu an. Nach 1996 – PRM gewinnt knapp 5% und 27 Sitze – ändert sich der Parteikurs in Richtung Ultranationalismus.

Im Jahr 2000 wird Partidul România Mare mit 19,5% und 84 Sitzen zweitstärkste Partei im rumänischen Parlament. Gleichzeitig erreicht Tudor bei den Präsidentschaftswahlen im ersten Wahlgang 28,3% der Stimmen und damit den zweiten Platz, unterliegt in der Stichwahl dem Sozialdemokraten Ion Iliescu jedoch deutlich mit 33,2 zu 66,8%.

2004 vollzieht Tudor einen vielbeachteten Schwenk, entschuldigt sich öffentlich für frühere antisemitische Äußerungen, bekennt sich zum EU-Beitritt seines Landes und zu „christlich-demokratischen" Werten. Für die Präsidentenwahl 2004, bei der Tudor mit 11% nur Dritter

[268] Die „Europäische Nationale Front" ist ein 2004 begründeter Zusammenschluss ultranationalistischer und neofaschistischer Parteien und Organisationen, die auf elektoraler Ebene allerdings bedeutungslos sind.
[269] Siehe: Oancea 2005; Havlík / Pinková et al. 2012.

wird, heuert seine Partei sogar eine israelische PR-Agentur an. Bei den Parlamentswahlen im selben Jahr wird PRM mit 13% und 48 Sitzen wieder drittstärkste Partei.

2005 nennt sich die Partei für einige Monate „Großrumänien Volkspartei" (Partidul Popular România Mare, PPRM), kehrt aber nach einem kurzen Intermezzo wieder zum alten Namen und zur früheren Ideologie zurück, zumal die „neue Parteilinie" alte Anhänger abgeschreckt und kaum neue angezogen hatte. Ein Teil der Mitglieder verlässt PRM und gründet den kurzlebigen Partidul Popular („Volkspartei"), der mittlerweile in der „Neuen Generation – Christdemokraten" (Partidul Noua Generaţie – Creştin Democrat, PNGCD) aufgegangen ist.

Anfang 2007 beschließt PRM, ihre fünf Europa-Abgeordneten der neuen Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität" anzuschließen. Wegen Rumänien-feindlicher Äußerungen der italienischen Abgeordneten Alessandra Mussolini zerbricht die rechtsextreme Fraktion allerdings bereits im November 2007.

Bei den Parlamentswahlen im Herbst 2008 verliert PRM massiv an Stimmen und scheitert mit 3,2% erstmals seit dem Fall des Kommunismus an der Fünfprozenthürde. 2012 sinkt ihr Stimmenanteil auf 1,3%, 2016 auf nur noch 1%.

Die Politik der Partidul România Mare ist extrem nationalistisch, xenophob, antisemitisch, homophob und betont antiungarisch und romafeindlich; in der Vergangenheit forderte Tudor sogar die „Liquidierung von Zigeunern", die Errichtung von Lagern für die ungarische Minderheit und die Wiedereinführung der Todesstrafe. Lange Zeit galt PRM als die rechtsextremste der größeren Parteien des Landes.

In der jüngeren Vergangenheit kann PRM wieder von den zahlreichen politischen Korruptionsskandalen profitieren. Konkurrenz erhält sie auf nationaler Ebene allerdings durch die 2015 gegründete rechtsradikale „Partei des Vereinten Rumänien" (Partidul România Unită, PRU), die 2016 2,8% der Stimmen auf sich vereinen kann.

Am 1. Dezember 2019, dem Feiertag zur Zelebrierung der großrumänischen Einheit, wird die „Allianz für die Vereinigung der Rumänen" (Alianța pentru Unirea Românilor, AUR) gegründet. AUR setzt sich in ihrem Wahlprogramm für eine Vereinigung der Republik Moldau mit Rumänien ein. Als die vier Säulen ihrer Wertevorstellungen nennt sie Familie, Heimat, Glaube und Freiheit. AUR sieht sich selbst als konservative Partei, politische Beobachter bezeichnen sie als rechtspopulistisch und ultranationalistisch. Aufgrund ihrer Ablehnung des säkularen Fundaments moderner Demokratien wird die AUR auch der „christlichen Rechten" zugeordnet. Während sie bei den Kommunalwahlen 2020 nur geringe Erfolge verbuchen kann, gelingt ihr bei der Parlamentswahl desselben Jahres mit 9,1% und 29 Mandaten ein Überraschungserfolg. Im Frühjahr 2021 erklärt der Parteivorsitzende Simion, dass die AUR auch in die Republik Moldau expandieren würde.

Im November 2021 wird eine weitere rechtsextreme Partei, die S.O.S. Romania, gegründet.

Schweden

Antisemiten und Nationalsozialisten

Auch in Schweden entstehen gegen Ende des 19. Jahrhunderts erste antisemitische Organisationen. Zwischen 1919 und 1931 veröffentlicht der schwedische Ingenieur und Musiker Barthold Lundén die antisemitische Zeitung Vidi, die regelmäßig gegen Juden und Homosexuelle hetzt. 1923 gründet Lundén die „Schwedische Antisemitische Union" (Svenska Antisemitiska Föreningen), die zahlreichen schwedischen Nationalsozialisten als Kaderschmiede dienen wird.

Die erste nationalsozialistische Bewegung Schwedens, die „Schwedische Nationalsozialistische Freiheitsliga" (Svenska Nationalsocialistiska Frihetsförbundet, SNFf), die sich bald darauf in „Nationalsozialistische Farmer- und Arbeiterpartei" (Svenska Nationalsocialistiska Bonde- och Arbetarpartiet, SNBA) umbenennt, wird 1924 von den Brüdern Birger, Sigurd und Gunnar Furugård gegründet.

1926 folgen die „Faschistische Volkspartei Schwedens" (Sveriges Fascistiska Folkparti) und die „Schwedische faschistische Kampforganisation" (Sveriges fascistiska kamporganisation, SKFO), letztere eine paramilitärische Einheit. Ihr Vorsitzender ist der ehemalige deutsche Offizier Konrad Hallgren. Nach einem Besuch Hallgrens beim Parteitag der NSDAP wird die Gruppe 1929 in „Nationalsozialistische Volkspartei Schwedens" (Sveriges Nationalsocialistiska Folkparti) umbenannt. Im darauf folgenden Jahr fusioniert sie mit der SNBA zur „Nationalsozialistischen Partei Schwedens" (Svenska Nationalsocialistiska Partiet, SNSP).

Wie so oft sind es persönliche Aversionen, die 1933 zum Ausschluss des Herausgebers der Parteizeitung SVEN OLOV LINDHOLM (1903–1998) und seiner Gefolgsleute führen, die daraufhin die „Nationalsozialistische Arbeiterpartei" (Nationalsocialistiska Arbetarepartiet, NSAP) ins Leben rufen. Die persönliche Rivalität zwischen „Furugårdisten" und „Lindholmisten" wird sogar gewaltsam ausgetragen, Erfolge bei Wahlen bleiben jedoch aus. Neben den persönlichen gibt es zwischen den beiden Gruppen auch ideologische Differenzen. Lindholms NSAP gibt sich gerne antikapitalistisch und sozialpopulistisch und steht der Querfront-Strategie Ernst Röhms und der Brüder Gregor und Otto Strasser nahe.

Mit der Zeit entwickelt die NSAP einen eigenständigen schwedischen Faschismus. 1938 ersetzt sie das bis dahin als Parteisymbol verwendete Hakenkreuz durch die Wasa-Garbe und benennt sich abermals um, diesmal in „Schwedische Sozialistische Sammlung" (Svensk Socialistisk Samling, SSS). Größere Bedeutung erlangt sie dennoch nicht.

Neuer „Führer" der schwedischen Nazibewegung wird PER ENGDAHL (1909–1994), ein früheres Mitglied der faschistischen Kampforganisation SKFO, der 1930 seine eigene Gruppe gründet, die 1937 mit der „Nationalen Schwedischen Liga" (Sveriges Nationella Förbund, SNF) von ELMO LINDHOLM (1897–1978) fusioniert. 1941 verlassen Engdahl und seine Anhänger die SNF und gründen eine neue Organisation mit dem Namen Svensk Opposition.

Weitere Versuche, den Spaltpilz unter den schwedischen Rechtsextremen zu überwinden, wie etwa Martin Ekströms 1933 gegründeter „Nationalsozialistischer Block" (Nationalsocialistiska Blocket, NSB), dessen Anhänger größtenteils aus dem Militär und der bürgerlichen Oberschicht stammen, sind ebenso wenig von Erfolg gekrönt.

Nach dem Krieg, in dem Schweden neutral bleibt, gehen die schwedischen Faschisten auf Distanz zu Deutschland. Per Engdahl bleibt die zentrale Figur in der rechten Szene und begründet die „Neue Schwedische Bewegung" (Nysvenska Rörelsen, NSR), die mehreren Nazi-Kollaborateuren zur Flucht verhilft. Die NSR und ihre Zeitschrift Vägen Framåt (Der Weg nach vorne) existieren bis zum Beginn der 1990er-Jahre.

1956 wird die „Nordische Reichspartei" (Nordiska Rikspartiet, NRP) gegründet, deren paramilitärische Aktionsgruppe mit gewalttätigen Angriffen auf politische Gegner, aber auch mit Banküberfällen, Brandstiftungen und Waffendiebstählen von sich reden macht. In den 1980er-Jahren gehen einige Führungsmitglieder der heutigen „Schwedendemokraten" aus dieser rechtsextremen Gruppe hervor.

In den 1990er-Jahren entstehen weitere rechtsextreme Gruppierungen wie, um nur einige zu nennen, die „Reichsfront" (Riksfronten), die „Nationalsozialistische Front" (Nationalsocialistisk Front, NSF), die „Partei der Schweden" (Svenskarnas parti, SvP), die „Schwedische Nationalliga" (Sveriges nationella förbund, SNF), der „Weiße Arische Widerstand" (Vitt Ariskt Motstånd, VAM), die „Schwedische Widerstandsbewegung" (Svenska Motståndsrörelsen, SMR) oder die „Partei der Schweden" (Svenskarnas parti, SVP), die 2010 im Rat der Gemeinde Grästorp als erste nationalsozialistische Partei nach dem Zweiten Weltkrieg ein Mandat erringen kann.

Bekannte Mitglieder oder Sympathisanten rechter Bewegungen in Schweden waren der Gründer der Möbelkette IKEA, Ingvar Kamprad, oder der Entdecker und Schriftsteller Sven Hedin.

Die Neue Demokratie

Die Ny Demokrati (NyD, „Neue Demokratie") wird im Frühjahr 1991 vom schwedischen Industriellen IAN MELCHER SHERING WACHTMEISTER (*1932) und dem Geschäftsmann BERT WILLIS KARLSSON (*1945) gegründet. Bei den Parlamentswahlen im Herbst desselben Jahres erzielt die neue Partei, die vor allem mit ökonomischen Reformen (Liberalisierung und Förderung des Unternehmertums) und einer restriktiven Einwanderungspolitik wirbt, einen unerwarteten Erfolg. Schon während ihrer unorthodoxen Wahlkampagne sagen Meinungsumfragen der „Neuen Demokratie" bis zu 10% der Stimmen vorher. Schließlich werden es 6,7% und 25 Mandate.

Die „Neue Demokratie" ist zwischen 1991 und 1994 im schwedischen Reichstag vertreten. Die etablierten Parteien, aber auch kritische Medien werfen der „Neuen Demokratie" Populismus und Fremdenfeindlichkeit vor – wenn nicht sogar das Schüren von Rassismus. Im Gegenzug bezeichnen die Vertreter der „Neuen Demokratie" die Politiker des „Systems" als „Krokodile", die nur Mäuler, aber keine Ohren besäßen.

Im Reichstag stimmt die „Neue Demokratie" häufig mit der Mitte-Rechts-Koalition von Ministerpräsident Carl Bildt und spielt eine Zeit lang als Zünglein an der Waage zwischen den beiden großen Blöcken eine gewisse Rolle. Allerdings stellt der parlamentarische Alltag

die beiden Parteigründer vor unerwartete Probleme – und darüber hinaus ist die Partei nach dem erfolgten Machtwechsel im Grunde überflüssig geworden.

Aufgrund interner Meinungsverschiedenheiten verlassen die beiden Gründer schließlich die Partei, die bei den Wahlen des Jahres 1994 nur noch 1,4% erreicht. Ny Demokrati existiert formal noch bis zu ihrem finanziellen Bankrott im Jahr 2000. Eine weitere Parteigründung Wachtmeisters (Det Nya Partiet, „Die Neue Partei", 1998) bleibt erfolglos.

Die rechten „Schwedendemokraten"[270]

Die „Schwedendemokraten" (Sverigedemokraterna, SD) gehen 1988 aus der „Schwedischen Partei" hervor, die selbst 1986 aus der Fusion der „Schwedischen Fortschrittspartei" mit der BBS („Haltet Schweden schwedisch") entstanden ist. Seit 2005 ist PER JIMMIE ÅKESSON (*1979) ihr Parteivorsitzender.

Die „Schwedendemokraten" sehen die traditionelle schwedische Kultur durch Einwanderung, aber auch durch die Globalisierung und den wachsenden Einfluss der USA bedroht. Der Europäischen Union stehen sie eher ablehnend gegenüber und befürworten stattdessen zwischenstaatliche Kooperationen, vor allem zwischen den „Nordischen Ländern".

Die Partei tritt für Steuersenkungen – mit dem populistischen Argument, „Kosten, die das multikulturelle Gesellschaftsexperiment verschlingt", für Steuersenkungen zu nutzen – und einen geringeren Einfluss der Politik auf die Wirtschaft ein.

In gesellschaftspolitischen Fragen geben sich die „Schwedendemokraten" betont wertkonservativ und setzen sich für die Abschaffung der Homoehe sowie gegen das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare ein. Die bisherige Einwanderungs- und Integrationspolitik habe, nach Ansicht der „Schwedendemokraten", zahlreiche soziale und ökonomische Probleme sowie hohe Kosten verursacht und sei deshalb gescheitert. Die „Schwedendemokraten" propagieren eine „homogene Gesellschaft" und treten für restriktive Einwanderungsbestimmungen und für die Heimführung von Ausländern, vor allem von Asylsuchenden, ein.

Die Partei beschreibt sich selbst als „national" und lehnt offiziell jede Form von Rassismus ab. In der schwedischen Öffentlichkeit wird sie jedoch durchaus als ausländer- und einwanderungsfeindlich wahrgenommen. Wegen ihrer Verbindungen zu rechtsextremen und neonazistischen Organisationen tragen die „Schwedendemokraten" weiterhin das Stigma ihrer faschistischen Herkunft, und einige schwedische Medien weigern sich bis heute, Anzeigen der Partei zu schalten.

Die „Schwedendemokraten" erleben unter Arbeitslosen und Jugendlichen einen starken Zuspruch. In den letzten Jahren versucht die Partei, durch ein neues Programm und ein gemäßigteres Auftreten auch Wähler aus dem bürgerlichen Lager anzusprechen. Wählerstromanalysen zufolge können die „Schwedendemokraten" allerdings in allererster Linie ehemalige Nichtwähler mobilisieren.[271]

---

[270] Siehe: Bauer 2010; Klein 2013.
Offizielle Website: http://www.sverigedemokraterna.se/ (Schwedisch mit englischsprachigen Unterseiten).
[271] Vgl. Klein 2013:119

Bei den Wahlen des Jahres 1994 erringen die „Schwedendemokraten" nur in drei Gemeinderäten Mandate; 2002 sind es bereits 30 Gemeinden. Bei den Wahlen zum schwedischen Reichstag 2002 erhalten sie 1,4% der Stimmen, etwa vier Mal so viele wie bei den Wahlen davor. 2006 erreichen sie 2,9% und verfehlen damit die Vierprozenthürde für den Einzug ins schwedische Parlament noch relativ klar. Ihr bislang bestes Ergebnis erzielt die Partei 2006 bei den Gemeinderatswahlen in der südschwedischen Gemeinde Landskrona, wo sie mit 22,2% drittstärkste Partei hinter den Sozialdemokraten und fast gleichauf mit der „Liberalen Volkspartei" wird.

Im September 2010 gelingt den „Schwedendemokraten" mit 5,7% erstmals der Einzug in den Reichstag; dieser Erfolg kostet dem konservativen Regierungsbündnis des amtierenden Ministerpräsidenten Fredrik Reinfeldt die absolute Mehrheit. Anders als in Dänemark verweigern die übrigen Parteien zu diesem Zeitpunkt noch jede Zusammenarbeit mit den „Schwedendemokraten".

2014 erreichen die „Schwedendemokraten" bei den Wahlen zum Europaparlament 9,7%. Bei der Reichstagswahl im September desselben Jahres sind es sogar 12,9 % und 49 Mandate, womit die SD die drittstärkste Fraktion stellen.

Bei der Reichstagswahl im September 2018 können die „Schwedendemokraten" ihr Ergebnis noch einmal auf 17,5% der Stimmen und 62 Mandate steigern. In einigen südschwedischen Wahlkreisen wird die SD sogar zur stimmenstärksten Partei. Dieses Wahlergebnis hat eine monatelange innenpolitische Krise zur Folge, da weder das rot-grüne Bündnis noch die konservative „Allianz für Schweden" eine Mehrheit im Reichstag erhalten, beide Lager allerdings das Amt des Ministerpräsidenten für sich beanspruchen und es ablehnen, den Spitzenkandidaten des jeweils anderen Lagers zu unterstützen.

Erst im Januar 2019 kommt es zu einer Vereinbarung zwischen Sozialdemokraten und Grünen mit dem Zentrum und den Liberalen, wonach die beiden letztgenannten Parteien, die eigentlich Teil der Mitte-Rechts-Allianz waren, eine rot-grüne Minderheitsregierung tolerieren.

Bei der Europawahl 2019 erhalten die „Schwedendemokraten" 15,3% der Stimmen und erringen drei Mandate. Der endgültige Durchbruch gelingt 2022. Bei der Parlamentswahl werden die „Schwedendemokraten" mit 20,5% der Stimmen zweitstärkste Kraft, noch vor den bürgerlich-konservativen Moderaterna, und erringen 73 von 349 Abgeordnetenmandaten. Schwedens sozialdemokratische Ministerpräsidentin Magdalena Andersson tritt daraufhin zurück, wenig später kündigt der Parteichef der „Moderaten Sammlungspartei" Ulf Kristersson die Bildung einer Minderheitsregierung seiner Partei mit den Christdemokraten und den Liberalen an, die im Reichstag fortan von den „Schwedendemokraten" toleriert werden wird.

Schweiz

Zwischen Deutschland und Italien[272]

Auch die Schweiz besitzt eine faschistische Tradition. 1925 wird in Zürich die Heimatwehr gegründet, zu Beginn eine Interessensvertretung der Kleinbauern, die sich für Zinsreduktionen, stabile Abnahmepreise und Importbeschränkungen einsetzt.

1933 gründet Oberst Arthur Fonjallaz die Schweizerische Faschistische Bewegung (SFB/ FFS, Fédération fasciste suisse, Federazione fascista svizzera), die sich am Vorbild des italienischen Faschismus orientiert und von Mussolini finanziell unterstützt wird. SFB und Heimatwehr, in der faschistische Kräfte unterdessen die Führung übernommen hatten, arbeiten zeitweise zusammen. Ein geplanter „Marsch auf Bellinzona" wird im Januar 1934 von den Tessiner Behörden verhindert.

1934 schließen sich Heimatwehr und SFB zur Helvetischen Aktion zusammen, die wegen Erfolglosigkeit und Geldmangels 1936 allerdings wieder aufgelöst werden muss.

Ebenfalls von Italien inspiriert, organisieren sich 1930 zwei Hochschulgruppen an der Universität Zürich, die akademisch geprägte Neue Front des Juristen Robert Tobler, und die proletarische Nationale Front des Anwalts Rolf Henne, die sich 1933 zum Kampfbund Neue und Nationale Front zusammenschließen, der kurz darauf in Nationale Front (NF) umbenannt wird. Ideologisch lehnt sich die Nationale Front deutlich an das nationalsozialistische Deutschland an, was in der nicht-deutschsprachigen Schweiz auf nur wenig Gegenliebe stößt. Ihren größten Erfolg erzielt die Nationale Front im Herbst 1933, als sie in Zürich den Sprung in den Schweizer Nationalrat schafft.

Nach Kriegsausbruch wird die Nationale Front von den Behörden überwacht, ihr „Führer" Tobler im Frühjahr 1940 verhaftet, die Partei aufgelöst. Die meisten ihrer Mitglieder setzen ihre Aktivitäten unter dem Namen Eidgenössische Sammlung fort.

In der französischsprachigen Schweiz entsteht etwa zur selben Zeit die hierarchisch-militärisch organisierte Union nationale, deren Devise „Eine Lehre, ein Glaube, ein Führer" lautet und die 1936 in Genf mehrere Gemeinderatssitze erringen kann. Auch sie und ihr „Führer" Georges Oltramare werden anfangs von Mussolini unterstützt, der sich Verbündete gegen den in Genf angesiedelten Völkerbund erhofft.

Der rechte Populismus kann in der Schweiz ebenfalls auf eine lange Tradition zurückblicken. 1961 wird die Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat (NA) gegründet; 1967 beteiligt sich die Partei zum ersten Mal an den Nationalratswahlen und erringt einen Sitz. 1969 lanciert die NA die nach ihrem Parteivorsitzenden benannte „Schwarzenbach-Initiative", die eine Begrenzung des Ausländeranteils auf maximal 10% zum Ziel hat. Die Volksinitiative scheitert, kann aber mit einem Anteil von 46% Ja-Stimmen einen in dieser Höhe unerwarteten Erfolg verbuchen.

1990 kommt es zur (Wieder)vereinigung der NA mit der Republikanischen Bewegung, die sich vorübergehend von ihr abgespalten hatte. Die neue Partei ändert ihren Namen in Schweizer Demokraten (SD) und erreicht 1991 bei den Nationalratswahlen erstmals Fraktionsstärke. Mit dem Aufstieg der Schweizerischen Volkspartei werden die Schweizer Demokraten allerdings bedeutungslos.

---

[272] Für eine ausführliche Darstellung der Geschichte der Schweiz und weitere Literaturverweise siehe: Glaus 1969; Wolf 1969.

Die Schweizerische Volkspartei[273]

Die Schweizerische Volkspartei (SVP; franz. Union démocratique du centre, UDC; ital. Unione Democratica del Centro, UDC; rätoroman. Partida populara Svizra, PPS) geht auf die bereits 1936 als gesamtschweizerische Partei gegründete Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) mit Zentrum Bern und die 1942 gegründete Demokratische Partei (DP), einem Zusammenschluss mehrerer kantonaler Parteien, die ebenfalls Bauern, Kleingewerbetreibende und Vertreter freier Berufe vertrat und vor allem in den Kantonen Graubünden und Glarus aktiv war, zurück.

1971 schließen sich die DP-Kantonalsektionen Glarus und Graubünden mit der BGB zur Schweizerischen Volkspartei (SVP) zusammen. Die SVP versteht sich als Mittepartei mit sozialliberalen Elementen und erreicht in den 1980er-Jahren einen regelmäßigen Wähleranteil von 10 bis 12%.

Mit dem Erstarken nationalkonservativer Kräfte innerhalb der Partei setzt in den frühen 1990er-Jahren ein kontinuierlicher Aufschwung ein. Es ist der Wortführer der SVP, der Unternehmer und damalige Zürcher Kantonalpräsident CHRISTOPH BLOCHER (*1940), der die behäbige Mittelstandspartei in eine schlagkräftige rechte Partei verwandelt.

Zu diesem Zeitpunkt existieren in der Schweiz bereits zwei rechtspopulistische Parteien, die Autopartei (ab 1994: Freiheitspartei, FPS) und die Lega dei Ticinesi. Die Autopartei wird 1985 vom Zürcher Rechtsanwalt Michael Dreher gegründet und mobilisiert viele ehemalige Freisinnige. Bei den Nationalratswahlen 1987 erzielt sie 2,6%, in der Ostschweiz erreicht sie bei Kantonal- und Kommunalwahlen z.T. 10%. Trotz interner Querelen kann sie bei den folgenden Parlamentswahlen ihren Stimmenanteil auf über 5% steigern, was zweifellos auch mit der programmatischen Erweiterung (Drogen und Ausländer) einhergeht. Nachdem die SVP jedoch das rechte Protestpotential komplett absorbiert, fällt die Freiheitspartei 1999 wieder auf das Niveau einer Splitterpartei zurück.

Die kurz zuvor vom Bauunternehmer Guiliano Bignasca und dem Journalisten Flavio Maspoli gegründete Lega dei Ticinesi erreicht 1991 im Tessin 23,6%. Die Namensgleichheit mit der italienischen Lega Nord ist kein Zufall, auch wenn die Schweiz bereits föderalisiert und die politischen Ziele demzufolge ganz andere sind. Allerdings muss die Lega bereits 1995 und 1999 Verluste hinnehmen und erlebt bei den Kantonalwahlen 2003 ihren Absturz in die völlige Bedeutungslosigkeit.

Der populistische Protest wird mehr und mehr von der SVP monopolisiert, die nach der 1959 fixierten „Zauberformel" an allen Regierungen beteiligt ist; diese setzen sich aus je zwei Mitgliedern der FdP, der christlichdemokratischen CVP, der Sozialdemokraten und einem Vertreter der SVP zusammen. *The SVP represents one of the rare cases of a party remai-*

[273] Für zusätzliche Informationen siehe: Hartmann / Horvath 1995; Hennecke 2003; Geden 2005; Geden 2006; Mazzoleni 2013.
Offizielle Website: http://www.svp.ch/ (Deutsch).

ning within the governing coalition while maintaining a populist style.[274] 1992 wendet sich die SVP als einzige Regierungspartei innerhalb der Schweizer Konkordanzregierung gegen den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). In einer Volksabstimmung mit Rekordbeteiligung bringt die SVP eine knappe Mehrheit der Schweizer Bevölkerung hinter sich – ein enormer Prestigeerfolg für Blocher. Durch ihre pointierten Positionen in Fragen des Asylrechts und der Kriminalitätsbekämpfung wird die SVP für bisherige Wähler der FdP und für konservative CVP-Wähler interessant, die sich durch ihre Parteien nicht mehr vertreten fühlen.

Die SVP, die 1995 noch 14,9% der Stimmen erreicht, erzielt bei den Nationalratswahlen 1999 mit 22,5% einen überzeugenden Sieg und kann ihre Mandatszahl von 29 auf 44 erhöhen. Bereits damals stellt Blocher die „Zauberformel" in Frage und fordert die Bildung einer Mitte-Rechts-Regierung.

Aus den Nationalratswahlen von 2003 geht die SVP erstmals als stärkste Partei hervor (26,7%, 55 von 200 Mandaten im Nationalrat, 8 von 46 Sitzen im Ständerat) und kann in der Folge zulasten der CVP ihren Anspruch auf einen zweiten Sitz in der siebenköpfigen Schweizer Regierung, dem Bundesrat, durchsetzen. Die damit verbundene Abwahl eines amtierenden Bundesrats ist ein Novum und bedeutet eigentlich das Ende der Schweizer Konkordanzregierung. Die SVP scheut sich auch nicht, vom Kollegialitätsprinzip der Regierung abzuweichen, vor allem bei Volksinitiativen und Referenden; sie spielt erfolgreich Opposition innerhalb der Regierung und versteht es auch als Regierungspartei, die direktdemokratischen Beteiligungsinstrumente für ihre eigenen Interessen zu missbrauchen.

Ihr bis dato bestes Wahlergebnis auf nationaler Ebene erzielt die SVP 2007 mit 29%; mit 62 Nationalräten stellt sie auch die mit Abstand größte Fraktion im Parlament. Dieser Erfolg ist u.a. auch auf Zugewinne in den nicht-deutschsprachigen Landesteilen zurückzuführen. Bei der Wahl der Bundesräte, der Schweizer Proporzregierung, wird Blocher allerdings nicht mehr in den Bundesrat gewählt; die Wahl fällt auf seine Parteikollegin Eveline Widmer-Schlumpf. Die SVP schließt daraufhin ihre beiden Bundesräte Samuel Schmid und Eveline Widmer-Schlumpf aus der Fraktion, nicht jedoch aus der Partei aus und erklärt, von nun an als Oppositionspartei agieren zu wollen.

Bis zu diesem Zeitpunkt dominieren innerhalb der SVP zwei Lager: Der „Berner Flügel", dessen Vertreter vorwiegend aus den traditionellen SVP-Hochburgen Bern und Graubünden stammen, vertritt bürgerlich-konservative Inhalte und gibt sich auf Kantons- und Gemeindeebene als stets kooperativer Regierungspartner. Der „Zürcher Flügel" hingegen sieht die SVP in erster Linie als oppositionelle Protestpartei – auch dort, wo sie in der Kantons-, Gemeinde- und (zeitweilig) Bundesexekutive vertreten ist. Mit den zunehmenden Erfolgen der populistischen Agitation verliert der moderate Flügel an Einfluss. Die Politik und das Auftreten der Partei prägt fortan der „Zürcher Flügel".

Nachdem Blocher nicht mehr als Bundesrat wiedergewählt und durch Widmer-Schlumpf aus der moderaten SVP-Graubünden ersetzt wird, kommt es 2008 zum Bruch zwischen dem gemäßigten Berner und dem kompromisslosen Zürcher Flügel in Form von Abspaltungen in den Kantonen Graubünden, Bern und Glarus.

[274] Mazzoleni 2013:243

Widmer-Schlumpf wird von den Vertretern des Zürcher Flügels aufgefordert, die Partei und den Bundesrat freiwillig zu verlassen. Als sie sich weigert, beschließt der Zentralvorstand der SVP die Eröffnung eines Ausschlussverfahrens gegen die Graubündner Kantonalpartei, die dem Ausschluss zuvorkommt und sich durch Namenswechsel als Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) von der Mutterpartei abkoppelt. Einige Graubündner Kreis- und Ortsparteien nehmen dies zum Anlass, sich ihrerseits abzuspalten und eine neue SVP-Graubünden zu gründen. Ähnliche Spaltungsprozesse folgen in Bern und in Glarus. Die neuen BDP-Kantonalparteien streben nun den Aufbau einer gesamtschweizerischen BDP mit eigener Bundesratsfraktion an.

Obwohl sich innerhalb der SVP der Blocher-treue „Zürcher-Flügel" gegen den moderaten „Berner-Flügel" durchsetzt, verliert die SVP infolge dieser Turbulenzen etwa ein Fünftel ihrer Wähler und büßt bei den Parlamentswahlen 2011 acht Sitze im Nationalrat und zwei im Ständerat ein.

Die ehemalige Mittelstandspartei SVP positioniert sich heute eindeutig rechts. Mazzoleni beschreibt sie als *a mainstream party that went through a profound radicalisation*.[275] Trotz jahrelanger offizieller Regierungsbeteiligung, und obwohl die Bedingungen für populistische Bewegungen in der Schweiz nicht die besten sind, weil sich Protest bei den regelmäßig abgehaltenen Volksabstimmungen äußern kann, punktet sie mit einem harten Oppositionskurs und einer rechtspopulistischen Rhetorik, die ihr im In- und Ausland bereits mehrfach den Vorwurf des Extremismus eingetragen haben.

Die SVP vertritt einerseits nationalkonservative, andererseits radikal-liberale und wohlfahrtsstaatskritische Positionen. Sie bekämpft die Einbindung der Schweiz in supranationale Strukturen (UNO, EWR, EU, Schengen-Abkommen) und tritt für eine strikte Auslegung der Neutralität und Paktfreiheit des Landes ein.

Kernstück der SVP-Politik ist die Einwanderungs- und Asylpolitik, vor allem nachdem die Schweiz Mitte der 1990er-Jahre wegen ihrer Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg in die Kritik geraten und die Ausländer- und Asylfrage zu einem hochemotionalisierten innenpolitischen Thema geworden ist. Hier setzt sich die Partei für eine Verschärfung des Asylrechts und für die Eindämmung der Zuwanderung ein. Zahlreiche SVP-Exponenten engagieren sich auch in lokalen Kampagnen für ein Verbot der Errichtung von Minaretten.

Ein weiteres Kernanliegen der SVP ist die Stärkung der plebiszitären Demokratie. Es zeigt sich, dass die SVP – ähnlich wie andere rechtspopulistische Parteien – „antimoderne Reflexe" und „Hyperdemokratismus" problemlos verbinden kann. So etwa fordert sie das Festhalten an den Abstimmungen über die Einbürgerung von Ausländern, obwohl diese in vielen Gemeinden geübte Praxis bereits vom Bundesgericht wegen der fehlenden Begründungsmöglichkeit solcher Entscheide als verfassungswidrig beurteilt worden ist. Im Interesse der Meinungsäußerungsfreiheit sollen nach Ansicht der SVP außerdem die Rassismusstrafnorm und die Rassismuskommission abgeschafft werden.

In Wirtschaftsfragen vertritt die SVP wirtschaftsliberale und antietatistische Positionen (Sparkurs, Senkungen der Staatsausgaben „auf das Wesentliche", Steuersenkungen); Ausnahme bildet hier die Landwirtschaftspolitik, da die Bauern weiterhin eine wichtige Wählergruppe darstellen. Ökonomisch steht die SVP also für Marktwirtschaft und Neoliberalismus, in der Agrarpolitik jedoch für Staatsinterventionismus.

[275] Mazzoleni 2013:237

In gesellschaftspolitischen Fragen gibt sich die SVP dagegen strikt wertkonservativ, betont die traditionelle Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter und spricht sich gegen einen bezahlten Mutterschaftsurlaub und staatliche Kinderkrippen aus.

In der Öffentlichkeitsarbeit, die den Charakter eines Dauerwahlkampfes trägt, fällt die SVP durch ihren aggressiven, plakativ-populistischen Stil auf. Politische Gegner werden als „Linke und Nette", „Heimatmüde" oder „Weichsinnige" diffamiert, unliebsame Gruppen als „Scheininvalide" oder „schwarze Schafe". 2019 stellt ein Wahlplakat die „Linken und Netten" als Würmer und Maden dar, die einen Schweizer Apfel anfressen.

Blocher, der ähnlich wie Berlusconi ein erfolgreicher Selfmade-Unternehmer ist, zeichnet sich im Gegensatz zu diesem durch einen betont bescheidenen Lebensstil aus, der auch keine Konzessionen an den Zeitgeist kennt. Im Zuge ihrer Erfolgswelle kann die SVP als selbsternannte „Anwältin der Bürger" ihre Wählerschaft nicht nur auf alle Landesteile, sondern auch auf alle sozialen Schichten erweitern; es gelingt ihr, in die unteren Schichten, gleichzeitig aber auch tief in die bürgerlichen Wählerschichten der FdP und CVP einzudringen und damit Modernisierungsverlierer und -gewinner, Unterschicht- und Mittelschichtwähler zu vereinen.

Gefahr droht der SVP durch die innerparteiliche Spaltung, die sich im Widerstand einiger Kantonalsparteien gegen den fundamental-oppositionellen Kurs der Zürcher Zentrale bereits seit längerem abgezeichnet hat.

2014 erzielt die SVP mit der Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung" einen in dieser Form nicht erwarteten Erfolg. Die Volksinitiative beauftragt den Gesetzgeber, die Zuwanderung von Ausländern durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente, die sich nach den gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz richten, zu begrenzen. Dazu ist allerdings auch eine folgenschwere Änderung bestehender Staatsverträge, namentlich der bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU, welche die „Personenfreizügigkeit" vorsehen, nötig.

Obwohl die Volksinitiative nur durch die SVP unterstützt wird und alle übrigen Parteien sowie die Mehrheiten des Nationalrates, des Ständerates und des Bundesrates ihre Ablehnung empfehlen, nehmen Volk und Stände die Initiative an. Bei einer überdurchschnittlich hohen Wahlbeteiligung erzielt das Begehren ein Volksmehr von 50,3% und ein Ständemehr von 12 $^{5}/_{2}$ zu 8 ½ Ständen.

Bei den Nationalratswahlen 2015 wird die SVP mit fast 30% (+ 2,8%) wieder stärkste Partei. Präsident der Schweizerischen Volkspartei ist von 2016 bis 2020 der Unternehmer ALBERT RÖSTI (*1967), seit 2020 der aus Lugano stammende MARCO CHIESA (*1974).

Slowakei

Ein klerikaler Nationalismus

In der Slowakei spielt, ähnlich wie in Polen, der klerikale und antisemitische Nationalismus bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bei der Entwicklung einer slowakischen Nationalbewegung die entscheidende Rolle.

Noch vor dem Ersten Weltkrieg entsteht die „Slowakische Volkspartei" (Slovenská ľudová strana, SĽS) von ANDREJ HLINKA (1864–1938) als Abspaltung der 1895 gegründeten ungarischen Volkspartei. Die Slovenská ľudová strana tritt in erster Linie gegen die Magyarisierung der Slowakei im öffentlichen Leben auf. Ihre Anhänger werden als „Ludaken" bezeichnet (Ľudáci, „Volksparteiler").[276]

Nach 1918 richtet sich der Widerstand der slowakischen Nationalisten gegen die Idee einer „tschechoslowakischen Nation". Obwohl den Slowaken vor der Gründung der tschechoslowakischen Republik ein umfangreicher Autonomiestatus zugesagt worden war, wird dieser nicht verwirklicht. Die Autonomie der Slowakei hat für die Ludaken deshalb oberste Priorität.

Die Hauptwählerschaft der Slovenská ľudová strana besteht aus slowakischen Landwirten. 1920 wird sie mit 17,5% der in der Slowakei abgegebenen Stimmen drittgrößte Partei, ab 1925 ist sie mit über 30% die größte Partei des Landesteils.

Seit 1925 heißt die Partei, die sich vehement gegen Sozialismus, Atheismus und (tschechischen) Protestantismus wendet, offiziell „Hlinkas Slowakische Volkspartei" (Hlinkova slovenská ľudová strana, HSĽS). Die Partei, die von 1927 bis 1929 auch an der tschechoslowakischen Regierung beteiligt ist, radikalisiert sich in den 1930er-Jahren und gibt sich auf ihrem Parteitag 1936 das Motto „Eine Nation, eine Partei, ein Führer!".

Nach dem Tod Andrej Hlinkas am 16. August 1938 bleibt der Posten des Parteichefs längere Zeit unbesetzt. Im Machtkampf um die Nachfolge setzt sich 1939 schließlich der Priester und Theologe JOZEF TISO (1887–1947) als Repräsentant des klerikal-nationalistischen Parteiflügels durch.

Im Rahmen von Hitlers expansiver Außenpolitik gegenüber der Tschechoslowakei erlangen die Radikalen zunehmend an Bedeutung. Nachdem das Sudetenland infolge des Münchner Abkommens an Deutschland abgetreten werden muss, erklärt das Exekutivkomitee der Hlinka-Partei am 6. Oktober 1938 die Autonomie der Slowakei innerhalb des Tschechoslowakischen Staates. Premierminister der autonomen Slowakei wird Jozef Tiso.

Im November 1938 muss die Slowakei rund ein Drittel seiner Gebiete im Süden des Landes an Ungarn abtreten. Die Mitglieder sämtlicher slowakischer Mitte-Rechts-Parteien werden zur Vereinigung mit der Hlinka-Partei gezwungen und bilden die „Slowakische Volkspartei Hlinkas – Partei der Slowakischen Nationalen Einheit" (Hlinkova slovenská ľudová strana – Strana slovenskej národnej jednoty, HSĽS-SSNJ).

Unmittelbar darauf erfolgt das Verbot der sozialdemokratischen, kommunistischen und jüdischen Parteien. Bei der Wahl zum slowakischen Landtag gewinnt die slowakische Einheitspartei im Dezember 1938 97,3% der Stimmen. Wenig später werden alle übrigen Parteien, mit Ausnahme der Deutschen und der Vereinigten Ungarischen Partei, verboten.

[276] Siehe: Hegenscheidt-Nozdrovická 2012.

Die Slowakei wird am 14. März 1939 formal unabhängig. Innerhalb der slowakischen Nationalisten bilden sich zwei Lager: Der klerikal-nationalistische Parteiflügel um die rechtsradikale Intellektuellengruppe Nástup und Staatspräsident Jozef Tiso, die dem deutschen Nationalsozialismus skeptisch gegenüberstehen und einen „slowakisch-christlichen Totalitarismus" befürworten, und der deutschfreundliche Flügel um VOJTECH TUKA (1880–1946), der die revolutionäre Umgestaltung der Slowakei nach dem Vorbild der Nationalsozialisten fordert.

Tisos „christlicher Totalitarismus" setzt sich schließlich durch, die neue Verfassung des Slowakischen Staates orientiert sich an den autoritären Verfassungen von Salazar, Franco und Dollfuß. Die klerikal-faschistische Staatsideologie wird nun auf alle gesellschaftlichen Bereiche, Kultur, Schulwesen, Wissenschaft usw., angewandt. Gleichzeitig wird die „sozialrevolutionäre" Hlinka-Garde weitgehend entmachtet.

Dass sich schlussendlich doch der slowakische Nationalsozialismus durchsetzt, ist der Intervention der deutschen Regierung geschuldet, die im sogenannten Salzburger Diktat von 1940 ultimativ die Umbildung der slowakischen Regierung fordert. Der nationalsozialistische Parteiflügel wird gestärkt, Vojtech Tuka übernimmt das Amt des Ministerpräsidenten und auch das Außenministerium.

Einig sind sich die beiden konkurrierenden Flügel in ihrer Ablehnung der parlamentarischen Demokratie, aber auch in ihrem militanten Antisemitismus und ihrer Tschechenfeindlichkeit. Der Tuka-Flügel setzt sich auch mit der Forderung nach einer „radikalen Lösung der Judenfrage" durch. Bereits 1942 werden etwa 58.000 slowakische Juden in deutsche Vernichtungslager deportiert.

Ob Tisos Staatsdoktrin als „slowakischer Faschismus" definiert werden kann, ist in der Wissenschaft ebenso umstritten, wie die Einordnung zum „Klerikalfaschismus". In wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Fragen propagiert das Regime einen sozialen Ausgleich, der in Anknüpfung an die christliche Ordnung des Mittelalters durch ein korporatives System erreicht werden soll, bei dem Jedermanns Platz in der Gesellschaft durch seinen Beruf bestimmt wird. Bestehende Klassenunterschiede sollen im Rahmen einer ständischen Ordnung überwunden werden. Die Einstellung zum „Kapitalismus" bleibt ambivalent.

Mit der Einnahme der Slowakei durch die Rote Armee im Mai 1945 löst sich die Partei auf. Zahlreiche Angehörige der Führungselite fliehen ins Exil, andere verlassen das Land nach der kommunistischen Machtübernahme 1948. Sowohl Tiso als auch Tuka werden nach Kriegsende hingerichtet.

Nach dem Kollaps des kommunistischen Systems im Jahr 1989 kehren viele Exilanten oder ihre Nachkommen in die Slowakei zurück, und bereits kurz nach der Wende treten die ersten rechtsradikalen und neofaschistischen Bewegungen wieder in Erscheinung. Ihre Weltanschauung ist von Anfang an auf die Rehabilitierung (und Wiederherstellung) des slowakischen Staates von 1939 ausgerichtet und sticht durch eine radikale Roma-Feindlichkeit hervor.

Die „Slowakische Nationalpartei"[277]

Die „Slowakische Nationalpartei" (Slovenská národná strana, SNS) wird nach der Wende von 1989 (neu) gegründet; ihre Wurzeln reichen jedoch bis in das Jahr 1871 zurück. Bereits nach der Gründung der Tschechoslowakischen Republik im Oktober 1918 gehört SNS zu jenen Kräften, die sich vehement für eine Autonomie der Slowakei einsetzen. 1932 bildet sie gemeinsam mit der „Volkspartei" Andrej Hlinkas den Autonomistischen Block, der nach der Münchner Konferenz im September 1938 eine autonome Slowakei erkämpfen kann, die 1939 schließlich als Slowakische Republik ein Satellitenstaat des Dritten Reiches wird.

Der langjährige Vorsitzende der SNS, JÁN SLOTA (*1953), von Beruf Bergbautechniker, ist von 1990 bis 2006 Bürgermeister der nordslowakischen Stadt Žilina (Sillein) und bereits zwischen 1994 und 1999 Vorsitzender der SNS. Wegen innerparteilicher Konflikte verlässt er die SNS und gründet 2001 eine nationalistische Partei namens „Die Wahre Slowakische Nationalpartei" (Pravá Slovenská národná strana). Nachdem beide Parteien bei den Parlamentswahlen 2002 schlecht abschneiden, kommt es zur Wiedervereinigung unter dem Vorsitz Slotas.

2006 erzielt die SNS 11,7% der Stimmen und kann mit 20 Mandaten in das Parlament einziehen. Die „Slowakische Nationalpartei" bildet mit der linkspopulistischen SMER und der HZDS des früheren Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar eine Koalitionsregierung (ohne Slota). Doch bereits bei den Europawahlen 2009 schneiden die mitregierenden Nationalisten erstaunlich schwach ab und kommen auf nur 5,5%. Bei den Parlamentswahlen 2010 verliert die SNS beträchtliche Teile ihrer früheren Wähler und erreicht nur noch 5,1% der Stimmen und 9 Mandate; sie entgeht damit nur knapp dem Schicksal ihres Koalitionspartners HZDS, der nur 4,3% der Stimmen erhält und erstmals den Einzug in das slowakische Parlament verpasst. Hauptnutznießer des schlechten Abschneidens der SNS ist die „sozialdemokratische" und nationalpopulistische Smer, der es gelingt, zahlreiche SNS-Wähler abzuwerben.

Bei der vorgezogenen Parlamentswahl im März 2012 scheitert die SNS mit 4,6% an der Fünfprozenthürde. Neuer Parteivorsitzender wird ANDREJ DANKO (*1974). Der langjährige Vorsitzende Jan Slota wird im Jahr darauf wegen Unregelmäßigkeiten im Umgang mit dem Parteivermögen aus der Partei ausgeschlossen. Schon davor waren gegen Slota des Öfteren Vorwürfe krimineller Handlungen (Überfälle, Autodiebstahl) laut geworden.

Die SNS, die sich unter ihrem neuen Vorsitzenden deutlich gemäßigter gibt, schafft bei der Parlamentswahl 2016 mit 8,6 % den Wiedereinzug, erringt 15 Sitze und ist bis Anfang 2020 an der aus vier Parteien bestehenden Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Fico (ab 2018 Pellegrini) beteiligt. Die Zusammenarbeit mit der Interessensvertretung der ungarischen Minderheit (Most-Híd) unterstreicht die etwas gemäßigtere Haltung der Partei.

[277] Siehe: Mesežnikov / Gyárfášová 2013.

Die SNS versteht die heutige Slowakische Republik als einen Nationalstaat der ethnischen Slowaken und propagiert ein Konzept der Assimilation der in der Slowakei lebenden Minderheiten. Sie zeichnet sich durch eine besondere Ungarn-Feindlichkeit aus; ihr Ziel ist es, die ungarische Minderheit der Slowakei aus dem Erziehungswesen, der öffentlichen Verwaltung und dem Wirtschaftsleben zu drängen. Auf Antrag der SNS erklärt das slowakische Parlament die Beneš-Dekrete, in denen auch die Konfiszierung ungarischen Eigentums verfügt wurde, für „unantastbar".

Zu den Feindbildern der SNS zählen darüber hinaus auch Roma und Homosexuelle. In Žilina lässt Slota im Jahr 2000 für den wegen NS-Verbrechen verurteilten und 1947 hingerichteten Präsidenten des Slowakischen Staates Jozef Tiso eine Gedenktafel errichten.

2020 landet die SNS bei nur noch 3,2% (kein Mandat). Die rechtsradikale L'SNS erreicht hingegen 8% und 17 Mandate.

Die gespaltenen Rechtsextremisten

Die 1995 entstandene „Slowakische Gemeinschaft" (Slovenská pospolitosť, SP), die sich offen gegen die parlamentarische Demokratie wendet und durch radikalen Antisemitismus, extremen Nationalismus und eine antiungarische Rhetorik gekennzeichnet ist, stellt über lange Zeit die bedeutendste neonazistische Gruppierung der Slowakei dar.

2003 tritt der Pädagoge MARIAN KOTLEBA (*1977) in die Bewegung ein und avanciert bald zu deren Führer. Die „Slowakische Gemeinschaft" organisiert Fackelzüge, bei denen ihre Mitglieder in schwarzen Uniformen auftreten, die jenen der faschistischen Hlinka-Garde ähneln. Ähnlich wie Jobbik benutzt die SP die Romafrage für ihre rassistische Politik und für ihre martialischen öffentlichen Auftritte. 2005 wird die Bewegung unter neuem Namen als politische Partei registriert.

Kotlebas „Slowakische Gemeinschaft – Nationalpartei" (Slovenská pospolitosť – Národná strana, SP-NS) fordert in ihrem „Völkischen Programm", das sie am 13. März 2005 bei einer Kranzniederlegung am Grab Jozef Tisos vorstellt, die Auflösung aller politischen Parteien und die Errichtung eines „neuen slowakischen Ständestaates auf nationaler, christlicher und sozialer Basis", sowie den Austritt der Slowakei aus der NATO.

2006 wird die SP-NS vom slowakischen Höchstgericht aufgelöst; als Begründung gibt der slowakische Generalstaatsanwalt neben der antidemokratischen Zielsetzung vor allem jene Programmpunkte an, die sich offen gegen Juden, Roma und Ungarn richten. Es ist das erste Mal, dass eine politische Partei in der Slowakei vom Höchstgericht aufgelöst wird. Zur Nationalratswahl 2006 treten Kotleba und seine Mitstreiter auf der Liste einer anderen Kleinpartei an, diese erhält allerdings nur 0,16% der Stimmen.

2009 übernehmen Kotlebas Gefolgsleute eine andere bereits bestehende Partei und benennen sie in „Volkspartei Unsere Slowakei" (L'udová strana Naše Slovensko, ĽSNS) um. Zur Nationalratswahl 2010 tritt Kotlebas ĽSNS mit einem Manifest unter dem Namen „14 Schritte für die Zukunft der Slowakei" an. Die Partei erhält erneut nur 1,3% der Stimmen und verpasst auch bei der Nationalratswahl 2012 mit 1,6% den Einzug ins Parlament.

Kurz darauf aber beginnt ihr Aufstieg, der zweifellos mit dem Sympathieverlust des bisherigen rechtspopulistischen Platzhirsches, der SNS, zusammenhängt, die von den Wählern für ihre Regierungsbeteiligung abgestraft wird. Zum Wendepunkt werden die Wahlen zum Regionalpräsidenten des Landesbezirks Banská Bystrica im Jahr 2013. Kotleba setzt sich dabei überraschend gegen den Kandidaten der regierenden Smer-SD durch und wird neuer Regionalpräsident.

Bei der Nationalratswahl 2016 kann Kotlebas ĽSNS mit 8% erstmals in den Nationalrat einziehen. 2019 entscheidet das slowakische Höchstgericht über die Forderung der Staatsanwaltschaft nach einem Verbot von Kotlebas Partei, dass deren Programm und Tätigkeit nicht im Widerspruch zur Verfassung und zur demokratischen Ordnung stünden. Demgegenüber bezeichnen slowakische Historiker Kotlebas Partei wegen ihres Antisemitismus, der ein konstitutives Element der ĽSNS sei, als eine „in ihrem Kern neonazistische Partei".

Auch der britische Faschismusforscher Roger Griffin zählt die ĽSNS zu den „faschistischen Parteien". Sie sei neben der Goldenen Morgenröte in Griechenland und Jobbik in Ungarn eine von drei Parteien dieses politischen Spektrums, denen es gelungen sei, ein integraler Bestandteil des politischen Systems zu werden, „ohne dafür ihre extremistische Identität völlig geopfert zu haben".[278] Bei der Europawahl 2019 erhält ĽSNS 12% der Stimmen – was den dritten Platz bedeutet! – und gewinnt zwei der 13 slowakischen Sitze. Bei den Parlamentswahlen 2020 kann sie ihr Ergebnis halten und gewinnt drei Parlamentssitze hinzu.

Die Partei „Wir sind eine Familie" (Sme rodina, SR) wird 2011 vom früheren HZD-Mitglied Peter Marček unter dem Namen „Slowakische Bürgerpartei" (Strana občanov Slovenska, SOS) gegründet. 2015 bietet Marček dem Unternehmer Boris Kollár die Partei zum Kauf an, nachdem dieser seinen Einstieg in die Politik angekündigt hatte. Die als russlandfreundlich geltende SR wird von politischen Beobachtern als populistische und z.T. auch ausländerfeindliche Protestpartei eingestuft. Bei der Nationalratswahl 2020 erreicht sie 8,2%, zieht mit 17 Abgeordneten in den Nationalrat ein und beteiligt sich an der Regierung Matovič.

„Bewegung Republik" (Hnutie Republika) ist der Name einer weiteren Partei, die zuvor bereits unter anderen Namen bestand: Von 2002 bis 2018 als „Bewegung für eine demokratische Slowakei" (Hnutie za demokraciu, HZDS), von 2018 bis 2021 als „Volksstimme" (Hlas ľudu) unter Peter Marček, der zuvor für Sme rodina ins Parlament gewählt worden war. Bei der Europawahl 2019 erreicht die Partei nur 0,21%, ähnlich erfolglos verläuft die Parlamentswahl 2020. Im März 2021 übernimmt der frühere EU-Abgeordnete Milan Uhrík den Vorsitz, nachdem er und fünf weitere Abgeordnete die ĽSNS aus Protest gegen Kotlebas autoritären Führungsstil verlassen hatten. Uhrík bezeichnet die neue Partei als konservativ und präsentiert sie als „Bewegung für alle Bürger, die mit der Liquidationspolitik dieser Regierungskoalition unzufrieden und gleichzeitig frustriert über die Skandale der kompromittierten und korrupten Opposition sind."[279]

---

[278] Griffin 2020:162ff

[279] https://www.trend.sk/spravy/odidenec-lsns-uhrik-zalozil-hnutie-republika-prebral-ho-exposlanca-marceka

Slowenien

Ein „politisches Durchzugsgebiet“

Am 29. Oktober 1918 wird die offizielle Abspaltung des heutigen Slowenien von der Habsburger Monarchie und die „Zugehörigkeit der Slowenen und ihres Territoriums zum Staat der Slowenen, Kroaten und Serben“ verkündet. Ein spezieller slowenischer Nationalismus entwickelt sich in der Folgezeit kaum, zumal das politische Ziel einer Einheit der Südslawen im neuen SHS-Staat verwirklicht zu sein scheint. Größere politische Autonomie fordert, vor allem angesichts der serbischen Dominanz im SHS-Staat, der Führer der konservativ-klerikalen „Slowenischen Volkspartei“ Anton Korošec, dessen Ziel die Errichtung eines selbständigen Staates innerhalb Jugoslawiens ist.

Nach der deutschen Besetzung Italiens wird im Herbst 1943 im Gebiet von Ljubljana die „Slowenische Land-” oder „Heimwehr” (Slovensko domobranstvo[280]) als antikommunistische und konservativ-katholische Organisation aufgestellt, die die deutsche Wehrmacht und die Waffen-SS in ihrem Kampf gegen die Partisanen der „Befreiungsfront” (Osvobodilna Fronta) unterstützen soll. Mitglieder dieser faschistischen Organisation sind überlebende Angehörige der Dorfwachen/MVAC und slowenische Tschetniks der „Jugoslawischen Armee in der Heimat”. Bei Kriegsende beträgt die Zahl der Domobranzen etwa 15.000 Kämpfer.

Nach Kriegsende flüchten etwa 17.000 slowenische Landwehrsoldaten und Zivilisten vor den kommunistischen Tito-Partisanen nach Österreich, wo sie sich den britischen Truppen ergeben. Diese liefern jedoch, neben kroatischen und serbischen Gefangenen, auch etwa 11.000 Angehörige der Slowenischen Heimwehr an die Jugoslawische Volksbefreiungsarmee aus. Viele der übergebenen Kämpfer werden bereits auf dem Weg in die Internierungslager bzw. in diesen ermordet. In Slowenien werden diese Massaker heute als „Tragödie von Viktring” bezeichnet, in Kroatien als „Massaker von Bleiburg”.

Die „Slowenische Nationale Partei”

Die „Slowenische Nationale Partei” (Slovenska nacionalna stranka, SNS,) wird 1991 gegründet. Ihr Vorsitzender ZMAGO JELINČIČ (*1948) ist als Abgeordneter des slowenischen Parlaments bereits an der Gründung beteiligt.[281]

Bereits im darauf folgenden Jahr gelingt der SNS mit neun Mandaten der Einzug in das slowenische Parlament, wo sie bis 2011 ohne Unterbrechung vertreten ist – zwischen 1996 und 2004 mit vier Abgeordneten, seit der Parlamentswahl im Herbst 2004, bei der die SNS mehr als 8% der Stimmen gewinnt, mit sechs.

---

[280] Siehe: Griesser-Pečar 2003.
[281] Vgl. Havlík / Pinková et al. 2012
Offizielle Website: https://www.sns.si/ (Slowenisch).

2007 erreicht der SNS-Führer Jelinčič im ersten Durchgang der slowenischen Präsidentschaftswahl mit 19,2% überraschend den dritten Platz. Bei der Parlamentswahl 2008 verliert die SNS geringfügig und erreicht 5,5% und fünf Mandate. 2011 verfehlt die Partei mit nur noch 1,8% den Einzug ins Parlament allerdings klar.

Nachdem es bereits 1993 zur Abspaltung der „Slowenischen Nationalen Rechten" (Slovenska Nacionalna Desnica) gekommen war, treten 2008 wiederum drei der sechs Abgeordneten aus der Partei aus und gründen eine eigene Parlamentsfraktion mit dem Namen Lipa („Linde"). Die Dissidenten werfen dem SNS-Parteichef Jelinčič vor, mit der Regierung „gepackelt" zu haben. Obmann der neuen Partei wird der frühere Vizechef der SNS Sašo Peče. Lipa erreicht bei den Parlamentswahlen im Herbst 2008 1,8%, bei den Europawahlen 2009 2,9%.

Nach mehreren Jahren der Bedeutungslosigkeit gelingt es der SNS im Jahr 2018, 4,2% der Stimmen und vier der 90 Abgeordnetensitze im slowenischen Parlament zu erringen.

Die SNS vertritt einen eigenständig slowenischen Nationalismus mit gewissen panslawischen Tendenzen, von denen allerdings die Kroaten, die – auch wegen der Grenzstreitigkeiten zwischen den beiden jungen Staaten – in Slowenien ein beliebtes Feindbild darstellen, ausgenommen sind. Das Parteiprogramm bezieht sich dabei explizit auch auf Karantanien und das frühere Herzogtum Krain.

Eine geschichtsrevisionistische Glorifizierung des Nationalsozialismus und seiner slowenischen Kollaborateure (Slovensko domobranstvo) ist jedoch nicht festzustellen. Ganz im Gegenteil: Die SNS hält den antifaschistischen Befreiungskampf der Slowenen gegen den deutschen Nationalsozialismus und dessen Verbündete hoch.

Nach Ansicht der SNS seien die Roma in Slowenien zu „privilegiert"; die SNS fordert deshalb die Abschaffung der „Sonderrechte der Roma" in der Kommunalverwaltung. Auf Grund dieser Positionen wird die SNS von politischen Beobachtern dem rechtsextremen Parteienspektrum zugeordnet.

Jelinčič tritt dabei nicht nur gegen den Beitritt Kroatiens zur EU, sondern auch gegen den Minderheitenstatus für die insgesamt 200.000 in Slowenien lebenden Serben, Kroaten und Bosniaken ein. Von der national-konservativ-klerikal ausgerichteten slowenischen Rechten trennt Jelinčič seine kritische Haltung zur katholischen Kirche. Er selbst positioniert sich und seine Partei folgendermaßen: *Was den Zweiten Weltkrieg und das Verhältnis zur katholischen Kirche betrifft, so sind wir absolut links; in der Frage der wirtschaftlichen Entwicklung sind wir liberal; in der Sozialpolitik würde ich uns als Sozialkonservative beschreiben; doch schwierig ist es, uns in dem Augenblick zu positionieren.* Der Parteivorsitzende bezeichnet seine Partei selbst als politisch links stehend.

2006 fordert die SNS vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte übrigens ein Verbot des BZÖ, da dieses die Rechte der Kärntner Slowenen missachte.

Spanien

National-Syndikalisten und Klerikalfaschisten[282]

Im Oktober 1931 werden in Spanien die „Vereinigungen der Nationalsyndikalistischen Offensive" (Juntas de Ofensiva Nacional Sindicalista, JONS) gegründet. Die JONS sind eine Fusion einer von RAMIRO LEDESMA (1905–1936) angeführten Gruppe rechter, vom französischen Sozialphilosophen Georges Sorel und dem italienischen Faschismus inspirierter Nationalsyndikalisten mit der „Kastilischen Vereinigung für Hispanische Aktion" (Junta Castellana de Actuación Hispánica). Ihre Anhänger und Mitglieder sind einerseits rechtsgerichtete Studenten und großbürgerliche Jugendliche, andererseits Arbeiter und Bauern in Kastilien und León.

Im Oktober 1933 gründet JOSÉ ANTONIO PRIMO DE RIVERA (1903–1936), der Sohn des Generals Miguel Primo de Rivera, welcher von 1923 bis 1930 mit Billigung des Königs Alfonso XIII. eine rechtsgerichtete Militärherrschaft in Spanien errichtet hatte, die faschistische Falange Española (FE). Der Name „Falange" bezieht sich auf die altgriechische Kampfformation der Phalanx.

Die Falange gewinnt rasch zahlreiche Mitglieder, vor allem Studenten und enttäuschte Anhänger der traditionellen Rechtsparteien, und wird von radikalen monarchistischen Politikern, später auch vom faschistischen Italien unterstützt. Bei den oftmals gewaltsamen Auseinandersetzungen mit linken Aktivisten und der Beseitigung der im April 1931 proklamierten Zweiten Republik kommt der Falange die Rolle des „Straßenfegers" zu.

1934 vereinigen sich FE und JONS unter der Führung Ramiro Ledesmas zur Falange Española de las JONS. In der neuen Partei, die sich 1935 ein nationalsoziales Programm gibt, kommt es allerdings bald zu persönlichen, aber auch inhaltlich-strategischen Differenzen zwischen Primo de Rivera und Ledesma.

Nach dem Erfolg der linken Volksfront bei den Wahlen von 1936 verschärfen sich die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der Falange und der linken Parteien. Die Schlägertrupps der Falange betreiben dabei eine systematische Terrorkampagne gegen linke und liberale Politiker, Gewerkschafter, aber auch gegen republiktreue Beamte. Das so geschaffene Klima der Unsicherheit und des Chaos soll als Vorwand für einen neuerlichen Militärputsch dienen.

Am 14. März 1936 lässt die demokratische Regierung Primo de Rivera und andere führende Falangisten verhaften und verbietet die Partei, die im Untergrund allerdings weiter bestehen bleibt. Ledesma wird nach Ausbruch des Bürgerkriegs am 29. Oktober 1936 hingerichtet, Primo de Rivera wegen seiner Unterstützung der militärischen Revolte am 20. November.

Der blutige Franquismus

Die im Juli 1936 ausgebrochene Militärrevolte in Spanisch-Marokko greift rasch auf die iberische Halbinsel und Teile des spanischen Militärs über. General FRANCISCO FRANCO (1892–1975), zunächst nur einer der Rädelsführer, setzt sich schließlich innerhalb des Triumvirats der Generäle durch. Am 19. April 1937 schließt sich die revolutionär-antimonarchistische Falange Española de las JONS mit der reaktionären Monarchistenpartei Comunión Tradicionalista zur Einheitspartei Falange Española Tradicionalista y de las JONS zusammen.

[282] Siehe: Bernecker 2018.

Bald darauf stoßen auch die legitimistischen Monarchisten hinzu, wodurch die konservativen und monarchistischen Zielsetzungen innerhalb der Partei die Oberhand gewinnen und die „sozialrevolutionären" Überbleibsel der Falange immer mehr in den Hintergrund treten. Es ist die Geburtsstunde des franquistischen Staates.

Franco erklärt sich selbst zum Führer der „Bewegung" *(movimiento)*, die Einheitspartei, die bis zum Ende der Franco-Diktatur die einzige zugelassene Partei in Spanien bleibt, wird 1970 offiziell in Movimiento Nacional umbenannt werden.

Auf den militärischen Sieg im Spanischen Bürgerkrieg im Frühjahr 1939 folgt eine mehrere Jahre dauernde Periode gewaltsamer „Säuberungen" und blutiger Rache am politischen Gegner. Neuere Schätzungen gehen von bis zu 200.000 Opfern durch politischen Mord und Justizverbrechen aus. Zeitweilig befinden sich über eine Million Menschen in den über das gesamte Land verteilten Konzentrations- und Straflagern. Mehrere Tausend „Rotspanier" kommen nach ihrer Flucht ins benachbarte Frankreich in deutschen Konzentrationslagern ums Leben.

Die Herrschaftsform des Franquismus ist ganz auf die Person des Diktators zugeschnitten. Franco besetzt alle wichtigen Ämter mit Vertrauensleuten und spielt die wichtigsten Institutionen, die Staatspartei, die katholische Kirche und das Militär, geschickt gegeneinander aus. Das öffentliche Leben wird ständestaatlich organisiert, an die Stelle von Gewerkschaften treten die *sindicatos verticales*, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in ein und derselben Organisation vereinen.

Der katholischen Kirche räumt Franco umfassende Privilegien ein. Sie ist in den Cortes, der ständestaatlichen Volksvertretung, repräsentiert, Kleriker nehmen politische Spitzenpositionen ein, das Bildungs- und Erziehungswesen wird im wesentlichen der Kirche übertragen; kirchliche Institutionen erhalten großzügige Steuerbefreiungen, die zivilrechtliche Scheidung wird abgeschafft, die „Mutter Gottes" erhält den Rang eines Ehrengenerals in der spanischen Armee. Kleinere Teile der Kirche werden allerdings auch, vor allem im Baskenland, zur Keimzelle für die politische Opposition, weshalb für unbotmäßige Geistliche eine eigene Haftanstalt eingerichtet wird.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist das Franco-Regime außenpolitisch und wirtschaftlich weitgehend isoliert. 1953 kann Franco vor dem Hintergrund des Kalten Krieges allerdings ein Truppenstationierungsabkommen mit den USA abschließen, zwei Jahre später tritt das Land der UNO bei. Mit der damit einhergehenden wirtschaftlichen Gesundung gelingt es Franco, seine Herrschaft für weitere Jahrzehnte zu konsolidieren.

Eine „Opposition von rechts" bilden die „Altfalangisten" *(camisas viejas)*, die von der zunehmenden Entmachtung der Falange durch den Staat enttäuscht sind und weiterhin auf die Durchsetzung der „ausstehenden Revolution" im Sinne einer faschistisch-nationalsyndikalistischen Neuordnung der spanischen Gesellschaft drängen. Der bekannteste Vertreter dieser Richtung ist der – grundsätzlich loyal zu Franco stehende – Notar BLAS PIÑAR (1918–2014), eine der wichtigsten Gruppen bildet die 1963 gegründete „Syndikalistische Studentenfront" (Frente de Estudiantes Sindicalistas, FES), der auch der spätere Vorsitzende des Partido Popular José María Aznar angehört.

Der späte Franquismus ist ein autoritärer Staat, der seine Bürger weitgehend unbehelligt lässt, ihnen allerdings auch keine demokratischen Rechte einräumt. Nach dem Tod des Diktators im Jahr 1975 wird das Land binnen weniger Jahre im Rahmen der *Transición* in eine

parlamentarische Monarchie umgewandelt. Ironie der Geschichte: Es ist ADOLFO SUÁREZ (1932–2014), der letzte Generalsekretär des Movimiento Nacional, der als Premierminister die entscheidenden Schritte zur Demokratisierung des Landes setzt. 1976 wird die Bildung von Parteien legalisiert und eine neue Verfassung implementiert.[283]

Während der Demokratisierung entstehen im rechtsextremen Spektrum mehrere Splitterparteien, von denen drei bei den ersten freien Wahlen am 15. Juni 1977 antreten, aber keine ins Parlament einziehen kann. Die wichtigste Nachfolgeorganisation der Falange, die von Blas Piñar geleitete Fuerza Nueva (später Frente Nacional) spielt seit den 1980er-Jahren keine politische Rolle mehr. Bis heute existieren in Spanien mehrere Gruppen und Parteien mit dem Namensbestandteil „Falange", die zum rechtsextremen Spektrum gehören.

Die nach Eigendefinition sozialpatriotische „Nationale Demokratie" (Democracia Nacional, DN), die 2002 als Plattform mehrerer kleiner rechter Organisationen gegründete Frente Español, die seit 1999 bestehende La Falange, die sich auf die Ideen des Faschistenführers José Antonio Primo de Rivera beruft, aber auch España 2000, das sich explizit am französischen Front National und an der FPÖ orientiert, bleiben bedeutungslose und überaus volatile Splitterparteien.

Vox – „Des Volkes Stimme"?[284]

Spanien verfügt lange Zeit über keine rechtspopulistische oder rechtsextreme Partei von Bedeutung – der Partido Popular (PP, Volkspartei), der 1989 aus der von einem früheren Franco-Minister gegründeten rechtskonservativen Alianza Popular („Volksallianz") hervorgegangen ist, kann das vorhandene Wählerpotential weitgehend abdecken.

Dies ändert sich mit dem Auftauchen von Vox. Vox (Latein für „Stimme") ist eine national- und rechtspopulistische Partei, die 2013 von früheren Mitgliedern des Partido Popular gegründet wird. Vox lehnt die seit 1978 bestehenden Autonomierechte der spanischen Regionen ab und strebt eine Rückkehr zu einer zentralistischen Staatsform an. Darüber hinaus wendet sich Vox vehement gegen Immigration, bekämpft feministische und multikulturalistische Positionen und vertritt eine ablehnende Haltung gegenüber Abtreibungen und gleichgeschlechtlichen Ehen.

Offiziell präsentiert wird Vox am 16. Januar 2014 bei einer Pressekonferenz in Madrid. Als Begründung für die Abspaltung von der rechten PP wird deren zu große „Nachgiebigkeit" gegenüber der baskischen ETA angegeben. Bald darauf gerät auch der Streit um die Unabhängigkeitsbestrebungen Kataloniens in den Fokus der neuen Partei, die sich darüber hinaus zunehmend islam- und immigrationskrisch (bis -feindlich) äußert.

[283] Vgl. Macher 2002
[284] Offizielle Website: www.voxespana.es/ (Spanisch).

Anders als in den meisten übrigen europäischen Ländern spielen wirtschaftspolitische Fragen und die (vorgebliche) Vertretung der von der Globalisierung benachteiligten Bevölkerungsgruppen bei Vox (noch) keine besondere Rolle. Vorsitzender der Partei ist seit September 2014 der frühere PP-Lokalpolitiker SANTIAGO ABASCAL CONDE (*1976).

Die Partei nimmt bei der Europawahl 2014 erstmals an Wahlen teil, gewinnt allerdings nur 1,5% der Stimmen. Auch bei den Parlamentswahlen 2015 und 2016 bleibt Vox unterhalb der Wahrnehmungsschwelle. Der Durchbruch gelingt bei den Regionalwahlen in Andalusien, wo die Partei 2018 einen Stimmenanteil von 11% erreicht und 12 Mandate erringt. Wenig später wird der Spitzenkandidat der PP mit den Stimmen von PP, der rechtsliberalen Ciudadanos und Vox zum Regionalpräsidenten der Region Andalusien gewählt. Die rechte Koalition beendet 36 Jahre linke Vorherrschaft in Andalusien.

Bei den Parlamentswahlen im April 2019 erreicht Vox 10,3% und 24 Mandate, bei der Wahl zum EU-Parlament 2019 sind es 6,2% und drei Abgeordnete, bei der Neuwahl des spanischen Parlaments 2019 bereits 15,1% und 52 Mandate. Zudem zieht Vox auch in die Regionalparlamente von Aragonien, Asturien, der Balearen, Kantabrien, Kastilien, León sowie Valencia ein. In den Regionen Madrid und Murcia wählen die Vox-Abgeordneten, gemeinsam mit Ciudadanos, die Kandidaten der PP zu den neuen Regionalpräsidenten.

Tschechische Republik

Der tschechische Faschismus

Nach Mussolinis Marsch auf Rom im Jahr 1922 entstehen auch in der Tschechoslowakei erste faschistische Gruppierungen. Gemeinsam sind ihnen die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie und der Nationalismus, im Fall der Tschechen mit einer starken panslawischen Komponente. Im Unterschied zu Italien ist der tschechische Faschismus von Anfang an stark antisemitisch ausgerichtet.

Durch den Zusammenschluss mehrerer kleiner Gruppierungen wird 1926 die „Faschistische Volksgemeinschaft" (Národní obec fašistická, NOF) gegründet. Vorsitzender ist ein Kommandant der „Tschechoslowakischen Legionen", die im Weltkrieg auf Seiten der Entente gekämpft hatten. NOF ist radikal antisemitisch, allerdings auch antideutsch. Bei den Parlamentswahlen 1929 erringt die Partei 0,9% der Stimmen, 1935 2%. Anfang 1933 scheitert ein Versuch der NOF, durch einen Putsch an die Macht zu gelangen. Die Aktion misslingt, die Urteile gegen die Rädelsführer fallen relativ milde aus.

Nach der Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren" im Jahr 1939 bildet NOF, in der Hoffnung, die Regierung übernehmen zu können, mit anderen rechten Gruppen den „Tschechischen Nationalausschuss" (Český národní výbor). Die deutschen Behörden zeigen allerdings wenig Interesse, eine einheimische faschistische Bewegung zu unterstützen und halten an der Regierung des 1938 von der Nationalversammlung gewählten Präsidenten Emil Hácha fest. Von den führenden Funktionären der NOF kollaborieren nur wenige mit den deutschen Besatzern.

Die einzige zugelassene Organisation nach der Bildung des Protektorats bleibt die „Nationale Gemeinschaft" (Národní souručenství, NS) unter Präsident Hácha. Dominiert wird sie von Angehörigen der früheren „Agrarpartei", einer christlich-nationalistischen und antisemitischen Gruppierung, die zeitweise die stärkste Partei im tschechischen Landesteil war. 1943 wird die „Nationale Gemeinschaft" in eine kultur- und bildungspolitische Organisation umgewandelt.

Rechts-extrem

„Freiheit und direkte Demokratie" (Svoboda a přímá demokracie, SPD)[285] wird 2015 von TOMIO OKAMURA (*1972), einem Unternehmer tschechisch-japanischer Abstammung gegründet. Okamura war 2012 in die Politik eingestiegen und hatte im Jahr darauf seine erste Partei („Morgendämmerung der direkten Demokratie" (Úsvit přímé demokracie) gegründet. Bereits damals fällt Okamura mit antiislamischen, antiziganischen und EU-skeptischen Äußerungen auf.

Úsvit přímé demokracie erreicht bei der Parlamentswahl 2013 6,9% und 14 der 200 Sitze im Abgeordnetenhaus. Bei den Europawahlen 2014 verfehlt die Partei mit 3,1 % der Stimmen den Einzug ins Europäische Parlament.

Bald darauf kommt es innerhalb der Úsvit přímé demokracie zu Streitigkeiten um den Kurs der Partei und um die Zusammenarbeit mit dem rassistischen „Block gegen den Islam" (Blok proti islámu, BPI) und anderen rechten Parteien auf europäischer Ebene. Okamura und seine Gefolgsleute treten aus der Partei aus und gründen die Svoboda a přímá demokracie.

[285] Offizielle Website: https://www.spd.cz/ (Tschechisch).

Bei der Parlamentswahl 2017 wird die SPD mit 10,6% der Stimmen auf Anhieb viertstärkste Kraft im tschechischen Parlament, bei der Europawahl 2019 erzielt sie 9,1%. Okamuras politisches Hauptziel ist es, den Islam in Tschechien verbieten zu lassen.

2017 klagt Okamura erfolglos gegen die Nennung der SPD im alljährlich vom tschechischen Innenministerium veröffentlichten Extremismusbericht. Allerdings wird die SPD nicht unter Rechtsextremismus aufgeführt, sondern unter der neuen Kategorie Antimigrantische und antimuslimische Bewegungen, die laut Definition nicht per se extremistisch seien.

2002 wird die „Nationalpartei" (Národní strana) gegründet. Die von Petra Edelmannová geführte rechtsextreme Gruppe erregt mit ihrer Forderung nach einer „Endlösung der Zigeunerfrage in den böhmischen Ländern" und mit der Gründung einer paramilitärischen „Nationalen Garde", die „weiße Schüler" vor den angeblichen Übergriffen der jugendlichen Roma schützen soll, einiges Aufsehen, und erreicht bei der Parlamentswahl 2006 0,17% der Stimmen. Im Sommer 2008 attackieren Anhänger der „Nationalpartei" eine Homosexuellenparade in Brno.

Die im Jahr 2003 von Tomáš Vandas gegründete „Arbeiterpartei" (Dělnická strana, DS) wird 2010 vom Obersten Verwaltungsgericht in Brno verboten. DS ist wiederholt durch rassistische Äußerungen und Übergriffe gegen Roma aufgefallen. Entscheidend für das Urteil ist jedoch, dass DS eng mit der neonazistischen und gerichtlich verbotenen Gruppierung „Nationaler Widerstand" (Národní odpor) zusammenarbeitet. Die Gruppe um Vandas setzt ihre politische Arbeit unter dem neuen Namen „Arbeiterpartei für soziale Gerechtigkeit" (Dělnická strana sociální spravedlnosti, DSSS) fort. Bei den tschechischen Parlamentswahlen 2010 erreicht sie 1,1%, 2013 0,8%.

Weitere rechtsextreme Parteien wie „Rechter Block" (Pravý Blok), „Volksdemokratie" (Národní Demokracie), „Tschechische Souveränität" (Česká Suverenita) und die Monarchisten der Koruna Česká („Tschechische Krone") bleiben bei Wahlen allesamt bedeutungslos. Darüber hinaus ist die tschechische Parteienlandschaft kurz- und schnelllebig – gerade auch innerhalb des rechten Spektrums.

Ungarn

Eine Brutstätte des Rechtsradikalismus

Laut dem US-amerikanischen Historiker Stanley Payne weist Ungarn, gemessen an seiner Bevölkerung, bereits in der Zwischenkriegszeit die meisten rechtsradikalen Bewegungen auf. Eine plausible Erklärung dafür lautet, dass Ungarn infolge des Vertrags von Trianon und der damit verbundenen territorialen und demographischen Verluste – etwa zwei Drittel seines Territoriums und 52% seiner Bevölkerung! – der am stärksten benachteiligte Staat Europas war. Als Reaktion darauf entstehen bereits während der krisenhaften 1920er-Jahre zahlreiche faschistische Kleingruppierungen.[286]

1931 gründet Zoltán Böszörmény die „Nationalsozialistische Ungarische Arbeiterpartei" (Nemzeti Szocialista Magyar Munkáspárt), deren Mitglieder nach ihrem Emblem als „Sensenkreuzler" *(kaszások)* bezeichnet werden und sich ganz besonders an landlose Landarbeiter wenden. Ein Umsturzversuch am 1. Mai 1936 scheitert kläglich.

Nachdem der ungarische Innenminister die Verwendung des Hakenkreuzes 1933 verboten hatte, verbreiten sich in der rechtsnationalen Parteienlandschaft Ungarns neue Symbole. Ein grünes Pfeilkreuz ist das Symbol der „Ungarischen Nationalsozialistischen Bauern- und Arbeiterpartei" (Magyar Nemzeti Szocialista Földmüves és Munkás Párt) von Zoltán Meskó, die umgangssprachlich bereits als Pfeilkreuzler *(nyilasok)* bezeichnet werden.

1935 gründet FERENC SZÁLASI (1897–1946) die „Partei des Willens der Nation" (Nemzet Akaratának Pártja, NAP), die sich auf die proletarische städtische Bevölkerung konzentriert, bei den Parlamentswahlen allerdings nur ein Mandat erringt. 1937 schließen sich mehrere kleine rechtsextreme Parteien Szálasi an und bilden die „Ungarische Nationalsozialistische Partei".

Die rasch aufeinanderfolgenden Regierungen unter dem konservativen Reichsverweser MIKLÓS HORTHY (1868–1957) verfolgen keine konsequente Linie gegenüber dem aufkommenden ungarischen Faschismus. Die rechten Parteien werden zwar wiederholt verboten, jedoch umgehend unter anderem Namen wiedergegründet.

Im Februar 1938 lässt die ungarische Regierung Szálasi und 77 weitere Aktivisten verhaften; Szálasi erreicht dadurch eine Art von Märtyrerstatus. Wenig später schließt sich eine weitere kleine Partei Szálasis „Nationalsozialistischer Ungarischer Partei – Hungaristische Bewegung" (Nemzeti Szocialista Magyar Part – Hungarista Mozgalom, NSZMP-HM) an. Ihre Anhänger werden jetzt allgemein als Pfeilkreuzler bezeichnet, ihr Parteigruß lautet *Kitartás!* („Durchhalten!").[287]

Szálasi bekennt sich offen zum deutschen Nationalsozialismus. Sein erträumtes Großungarn soll auf dem Christentum und einer Rassenhierarchie gründen. Von 1939 bis 1944 dient ein ehemals jüdisches Bürgerpalais den Pfeilkreuzlern als Parteizentrale. Bei der ungarischen Parlamentswahl im Jahre 1939 erreicht die Pfeilkreuzlerpartei mit rund 25% der Stimmen ihren größten Erfolg – an der Regierung wird sie jedoch nicht beteiligt.

Nach dem Sturz des Reichsverwesers Miklós Horthy wird Szálasi im Oktober 1944 Ministerpräsident im noch nicht von sowjetischen Truppen besetzten Landesteil. Noch im November wird die hier ansässige jüdische Bevölkerung als Arbeitssklaven für die deutsche Rüstungs-

[286] Vgl. Payne 2001:326ff
[287] Vgl. Szöllösi-Janze 1989:101ff

industrie deportiert. Insgesamt verlieren mehr als 70.000 ungarische Juden in diesen letzten Kriegsmonaten ihr Leben, entweder auf den Todesmärschen, in deutschen Konzentrationslagern oder bei den Schanzarbeiten am Südostwall. Tausende werden bereits in Budapest von den Mordkommandos des Szálasi-Regimes umgebracht.

Szálasi gelingt die Flucht aus der von der Roten Armee belagerten Hauptstadt Budapest; in Bayern stellt er sich schließlich der heranrückenden US-Armee und wird noch im selben Jahr an die ungarischen Behörden ausgeliefert. Am 12. März 1946 werden er und andere Vertreter des Regimes in Budapest öffentlich gehängt.

Unmittelbar nach der friedlichen Revolution von 1989 werden die ersten rechtsextremen Gruppen und Parteien in Ungarn wiedergegründet, so etwa die kurzlebige „Weltnationale Volksherrschaftspartei" (Világnemzeti Népuralmista Párt, VNP), die sich mit anderen rechtsextremen Gruppen zur „Ungarischen Hungaristenbewegung" (Magyar Hungarista Mozgalom, MHM) vereinigt und bald darauf verboten wird.

Auch bei den Wahlen zur Ungarischen Nationalversammlung treten rechte Splitterparteien an, ohne allerdings nennenswerte Ergebnisse zu erzielen. Viele von ihnen machen eher außerhalb der etablierten Politik von sich reden, etwa der „Verein der national gesinnten Motorradfahrer", der durch das Stören von Veranstaltungen linker Parteien bekannt wird, die „Gruppe Ungarische Zukunft" (Magyar Jövő Csoport) von Diána Bácsfi, die im Zentrum Budapests Plakate mit der Parole der Pfeilkreuzler, „Durchhalten", anbringen lässt, oder die „Organisation Hunnia" (Hunnia Mozgalom), deren Vorsitzender György Budaházy mehrfach wegen Gewalttaten verurteilt wird.

Besonderen Aufschwung erleben diese Gruppen durch die organisierten Massendemonstrationen gegen die linke Regierung Gyurcsány im Jahr 2006.

Orbanismus[288]

Die heutige Regierungspartei „Fidesz – Ungarischer Bürgerbund" (Fidesz – Magyar Polgári Szövetség) wird 1988 unter dem Namen **Fi**atal **De**mokraták **Sz**övetsége, daraus Fidesz („Bund Junger Demokraten") von einer Gruppe junger Intellektueller als liberale antikommunistische Protestbewegung gegründet. Fidesz-Aktivisten sind auch an den Demonstrationen gegen das bröckelnde Regime beteiligt und tragen zu dessen Fall bei.

1993 verlassen zahlreiche Mitglieder die Partei und treten dem mittlerweile aufgelösten liberalen „Bund Freier Demokraten" (Szabad Demokraták Szövetsége, SZDSZ) bei. 1996 benennt sich die Partei in „Fidesz – Ungarische Bürgerliche Partei" um und nähert sich stärker wertkonservativen und wirtschaftsliberalen Positionen an.

[288] Siehe: Havlík / Pinková et al. 2012; Juhász / Krekó / Szabados 2015.
Offizielle Website: http://www.fidesz.hu/ (Ungarisch).

Nach den Wahlen von 1998 bildet der Parteivorsitzende (und Mitbegründer) VIKTOR ORBÁN (*1963), der seine politische Karriere als Vorsitzender der Jugendorganisation der „Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei" begonnen hatte, eine rechtsliberale Koalitionsregierung mit dem „Ungarischen Demokratischen Forum" (Magyar Demokrata Fórum, MDF) und der „Partei der Kleinlandwirte, der Landarbeiter und des Bürgertums" (Független Kisgazdapárt, FKGP), die jedoch nach vier Jahren abgewählt wird.

2003 nimmt Fidesz den heutigen Namen Fidesz-MPSZ an. Bei den Parlamentswahlen 2006 bildet Fidesz eine Allianz mit der „Christlich-Demokratischen Volkspartei" (Keresztényde-mokrata Néppárt, KDNP), muss sich jedoch dem sozialistisch-liberalen Bündnis von MSZP und SZDSZ geschlagen geben. Die z.T. gewaltsamen Proteste gegen die Regierung Gyurcsány werden von Fidesz nur halbherzig kritisiert.

Bei der Parlamentswahl 2010 erhält Fidesz im ersten Durchgang 53% der Stimmen; nach dem zweiten Wahlgang erreicht sie sogar eine Zweidrittelmehrheit. Viktor Orbán wird neuerlich zum Ministerpräsidenten gewählt und kann nach vier Jahren betont EU-kritischer und populistischer Politik den Wahlerfolg im Frühjahr 2014 wiederholen. 2018 fällt der Sieg Viktor Orbáns, der mit einer prononcierten Anti-EU-Politik (v.a. in der Migrationsfrage) innenpolitisch punkten kann, sogar noch deutlicher aus.

Politische Beobachter sehen Fidesz heute als national- oder rechtskonservative Partei. In den letzten Jahren lösen zahlreiche Maßnahmen der Regierung wegen des schleichenden Abbaus von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie Presse- und Meinungsfreiheit heftige Kritik aus. So etwa lässt Orbán die Kompetenzen des ungarischen Verfassungsgerichtshofes stark beschneiden und die Medienfreiheit einschränken. In gesellschaftlichen Fragen – etwa bei den Themen Familie, Religion oder ungarische Nation – vertritt Fidesz betont rechtskonservative und nationalistische Positionen, in sozialen Fragen gibt sich Fidesz hingegen gerne sozialpopulistisch.

Fidesz' Verhältnis zum rechten Rand, insbesonders zur rechtsextremen Jobbik, ist nicht immer eindeutig. Einerseits werden rechte Übergriffe bagatellisiert, wenn nicht sogar toleriert, andererseits ist die Regierung Orbán die erste ungarische Regierung, die – möglicherweise aus opportunistischen Gründen – eine Mitverantwortung des Landes am Holocaust eingestanden hat.

Im Zuge der „Coronakrise" sichert sich der zunehmend autoritär auftretende Viktor Orbán auch formal sehr weitreichende Machtbefugnisse. Das ungarische Parlament stimmt Ende März 2020 mit großer Mehrheit einem Gesetz zu, das den wenige Wochen zuvor ausgerufenen Notstand auf unbestimmte Zeit verlängert, wodurch Orbán monatelang ohne parlamentarische Kontrolle und ausschließlich per Dekret regieren kann. Gegen diese unbefristeten Notstandsregeln kommt scharfer Protest von Ungarns Opposition sowie von der Europäischen Union.

MIÉP und Jobbik[289]

Die „Partei für ungarisches Recht und Leben" (Magyar Igazság és Élet Pártja, MIÉP) wird 1993 vom Journalisten und Autor ISTVÁN CSURKA (1934–2012) gegründet. Csurka gehört bis dahin als stellvertretender Vorsitzender dem bürgerlich-konservativen „Ungarischen Demokratischen Forum" (Magyar Demokrata Fórum, MDF) von Ministerpräsident József Antall an, fällt jedoch immer wieder durch verbalen Antisemitismus auf und unterliegt Antall schließlich im Kampf um den Parteivorsitz. Csurka geriert sich gerne als Volkstribun, sieht sich als Vertreter jener rund drei Millionen Ungarn, die durch den Friedensvertrag von Trianon (1920) vom ungarischen Staat abgetrennt wurden und fordert die Wiedererrichtung eines großungarischen Staates, der auch Siebenbürgen sowie Teile der Slowakei, Serbiens (Vojvodina) und Kroatiens umfassen soll.

Bei den Parlamentswahlen 1994 erhält MIÉP 1,6% der Wählerstimmen; 1998 sind es bereits 5,5%, was den Einzug ins Parlament bedeutet. 2002 schafft MIÉP mit 4,4% den Einzug allerdings nicht mehr. 2006 kandidiert sie zusammen mit der rechtsradikalen Partei Jobbik im Wahlbündnis „Dritter Weg" (Harmadik út), scheitert mit 2,9% jedoch an der Fünfprozenthürde.

MIÉP definiert sich selbst als „radikal national-konservativ"; in- und ausländische Beobachter ordnen sie hingegen dem Rechtsextremismus zu. Die Partei ist entschieden nationalistisch, fremdenfeindlich und antisemitisch, wobei die „jüdische Verschwörung" vielgestaltig in Form der Kommunisten, der Kapitalisten, des Währungsfonds, der NATO oder der EU auftritt. Beliebtes Feindbild der ungarischen Rechten, die sich durch extreme Gewalttätigkeit auszeichnet, wie die von schweren Ausschreitungen begleiteten Demonstrationen gegen die linke Regierung im Herbst 2006 zeigen, sind neben den Roma auch die Homosexuellen. So etwa stören mehrere hundert Skinheads und Rechtsextremisten im Juli 2007 die Homosexuellenparade in Budapest. Dennoch kommt es im ungarischen Parlament immer wieder zur Zusammenarbeit mit der Mitte-Rechts-Partei Fidesz unter Ministerpräsident Orbán.

Als Reaktion auf den zunehmenden Verlust an politischem Gewicht schließt sich MIÉP für die Wahlen 2006 mit der 2003 gegründeten Jobbik und der „Unabhängigen Partei der Kleinlandwirte" (Független Kisgazda-, Földmunkás és Polgári Párt, FKgP) zusammen, um bei den Wahlen als MIÉP – Jobbik a Harmadik Út anzutreten. Zwar scheitert das Wahlbündnis auch diesmal an der Fünfprozenthürde, Jobbik erhält jedoch die Möglichkeit, erstmals an nationalen Wahlen teilzunehmen und Erfahrungen zu sammeln. Während MIÉP nach dem Tod Csurkás in der Bedeutungslosigkeit verschwindet, steigt Jobbik zur neuen rechten Kraft in Ungarn auf.

[289] Siehe: Barlai / Hartleb 2010; Bayer 2012; Havlík / Pinková et al. 2012; Nagy / Boros / Varga 2012.

Die „Bewegung für ein besseres Ungarn" (Jobbik Magyarországért Mozgalom)[290], meist nur Jobbik genannt, wird 2003 von einer Hochschulgemeinschaft antikommunistischer Studenten gegründet. Der Name „Jobbik" bedeutet im Ungarischen (ähnlich wie „richtig", „recht" und „rechts" in anderen Sprachen) sowohl „die Besseren" als auch „die Rechteren".

Jobbik definiert sich selbst als werteorientierte, christliche, patriotische und konservative Partei, agiert aber überaus radikal. Die Partei knüpft dabei direkt und unverblümt an die faschistischen Pfeilkreuzler der 1940er-Jahre an, propagiert die Aufhebung des Vertrages von Trianon und damit die Wiederherstellung von „Großungarn" – d.h. sie erhebt revisionistischen Anspruch auf Teile der Slowakei, Rumäniens, Serbiens und der Ukraine –, vor allem aber verfolgt sie einen ungeschminkten Antisemitismus und gewaltsamen Antiziganismus. Die Partei ist grundsätzlich prorussisch eingestellt und plädiert für eine stärkere Ostorientierung Ungarns („Turanismus"). Die Islamfeindlichkeit der meisten rechten Bewegungen in Europa teilt Jobbik nicht.

Jobbik besitzt eine paramilitärische Formation, die 2007 gegründete „Ungarische Garde". Die schwarzen Uniformen der Truppe, die an jene der deutschen SS erinnern, tragen das Emblem der rot-weiß-gestreiften Arpad-Fahne der nationalsozialistischen Pfeilkreuzler. Der Parteivorsitzende GÁBOR VONA (*1978) ist gleichzeitig auch Chef dieser Garde, die nach ihrer rechtskräftigen Auflösung durch das Budapester Stadtgericht am 2. Juli 2009 als „Neue Ungarische Garde" wiederbegründet wird. Nach außen hin dient die Garde der Partei als Saalschutz und Ordnerdienst bei Veranstaltungen. Darüber hinaus tritt sie allerdings verstärkt als ländliche Ordnungstruppe auf und veranstaltet regelmäßige Aufmärsche, besonders in von Roma bewohnten Ortschaften oder Stadtvierteln.

2006 tritt die Partei im Wahlbündnis mit der rechtsradikalen MIÉP an, verpasst aber den Einzug in das ungarische Parlament klar. Trotz dieses Misserfolges kann Jobbik bei den Kommunalwahlen im Oktober 2006 in einige Rathäuser einziehen, darunter auch in Debrecen, der drittgrößten Stadt des Landes. Bei den Europawahlen 2009 wird Jobbik mit sensationellen 14,8% drittstärkste politische Kraft des Landes und beinahe so stark wie die „Ungarische Sozialistische Partei" (MSZP). In einigen Komitaten Ost- und Südostungarns überholt sie die MSZP sogar – mit Ergebnissen von bis zu 22,8%.

Bei den Parlamentswahlen 2010 wird Jobbik mit insgesamt 47 Mandaten (12,18%) die drittstärkste Partei im ungarischen Parlament, nur unwesentlich schwächer als die Sozialistische Partei. Trotz – oder vielleicht auch wegen – der politischen Hegemonie des nationalpopulistischen und rechtskonservativen Premiers Viktor Orbán gelingt Jobbik bei den Parlamentswahlen 2014 mit 20,5% der Stimmen ein noch größerer Erfolg.

[290] Offizielle Website: http://jobbik.hu/ (Ungarisch)

Dennoch verlassen einige Jobbik-Mitglieder, denen Jobbik nicht mehr radikal genug ist, die Partei und gründen die „Ungarische Morgenröte" (Magyar Hajnal); Vorbild ist die griechische „Goldene Morgenröte".

2018 kann Jobbik zwar das Wahlziel, stärkste Oppositionskraft zu werden, erreichen, verliert aber leicht und fällt auf 19,5% und 26 Mandate. Parteichef Gábor Vona, der sich zuletzt bemüht hatte, die martialisch auftretende Partei stärker ins Zentrum zu rücken, erklärt seinen Rücktritt. Nachfolger wird der ebenfalls moderater auftretende TAMÁS SNEIDER (*1972). Nun spaltet sich der radikale Parteiflügel zur Gänze ab und gründet „Unsere-Heimat-Bewegung" (Mi Hazánk Mozgalom, MHM). 2022 tritt MHM mit László Toroczkai als Spitzenkandidat erstmals zu Parlamentswahlen an und zieht mit 5,9 % der Stimmen und sechs Abgeordneten auf Anhieb in das ungarische Parlament ein.

Eine weitere Abspaltung ist die Partei MERT (das Kürzel steht für „Lösungen, Gleichgewicht, Ordnung und Bereitschaft"), deren Mitglieder aus der verbotenen paramilitärischen „Ungarischen Garde" und anderen rechtsradikalen Organisationen kommen.

Jobbik verbündet sich in der Folge mit liberalen und linken Parteien gegen Viktor Orbán und tritt bei der Wahl 2022 als Teil des gemeinsamen Oppositionsbündnisses „Vereint für Ungarn" (Egységben Magyarországért, EM) an, das 34,5% der Stimmen erhält.

Im Gegensatz zu den meisten rechten und rechtspopulistischen Parteien in Europa weist ein großer Teil der Jobbik-Wählerschaft ein überdurchschnittliches Bildungsniveau auf. Laut einer repräsentativen Umfrage des Instituts Belvedere Meridionale ist Jobbik die mit Abstand beliebteste Partei unter den ungarischen Studenten.[291]

[291] http://derstandard.at/1360681747782/Ungarn-Rechtsradikale-Jobbik-unter-Studenten-beliebteste-Partei

Eine Internationale der Nationalisten?

Rechte Parteien im Europaparlament

Fraktion der Europäischen Rechten (1984–1989)

Die Fraktion der Europäischen Rechten (ER oder GDE, Group of the European Right, Groupe des droites européennes) entsteht 1984, fünf Jahre nach der ersten Europawahl 1979, als erste rechtsextreme Fraktion im Europäischen Parlament und besteht bis 1989.

Zunächst gehören ihr die zehn Abgeordneten des Front National, die fünf Abgeordneten des Movimento Sociale Italiano und der Abgeordnete der griechischen Ethniki Politiki Enosis an. 1985 schließt sich ein Abgeordneter der nordirischen Ulster Unionist Party, der die konservative Fraktion der Europäischen Demokraten aus Protest gegen das Anglo-Irische Abkommen verlassen hatte, der rechten Fraktion an, die damit 17 Abgeordnete zählt. Vorsitzender der Fraktion ist der Front National-Vorsitzende Jean-Marie Le Pen.

Technische Fraktion der Europäischen Rechten (1989–1994)

Die Technische Fraktion der Europäischen Rechten (DR, Technical Group of the European Right, Groupe technique des droites européennes) ist die Nachfolgerin der von 1984 bis 1989 bestehenden Fraktion der Europäischen Rechten.

Wegen des Ausscheidens der griechischen EPEN haben die Rechtsextremen zunächst erhebliche Schwierigkeiten, eine eigene Fraktion zu bilden. Die deutschen Republikaner wollen wegen der Südtirolfrage nicht mit dem postfaschistischen italienischen MSI zusammenarbeiten, und dieser wiederum lehnt den Führungsanspruch Le Pens ab. Schließlich einigt sich der Front National mit den Republikanern und dem belgischen Vlaams Blok auf die Bildung einer „technischen Fraktion". Der MSI bleibt fraktionslos.

Die gesamte Legislaturperiode ist von Differenzen zwischen, aber auch innerhalb der rechten Parteien gekennzeichnet. Die regionalistischen Republikaner und der separatistische Vlaams Blok können sich nur schwer auf eine gemeinsame Linie mit dem etatistischen und zentralistischen Front National verständigen. Zwist gibt es auch innerhalb der Republikaner. Nach dem vorzeitigen Ausscheiden von vier deutschen und einem französischen Abgeordneten zählt die Fraktion schließlich nur noch zwölf Mitglieder.

Forza Europa (1994–1995) – Fraktion Union für Europa (1995–1999)

Bei der Europawahl 1994 wird Silvio Berlusconis gerade erst gegründete Forza Italia mit 30,6% der Stimmen und 24 Abgeordneten stärkste Kraft in Italien und gründet gemeinsam mit drei italienischen Zentrumsabgeordneten die Fraktion Forza Europa.

1995 vereinigt sich Forza Europa mit der Fraktion der Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten, in der hauptsächlich Abgeordnete der irischen Fianna Fáil und des neogaullistischen Rassemblement pour la République vertreten sind, zur Fraktion Union für Europa, die bis 1999 besteht und daneben noch die Abgeordneten der portugiesischen CDS-PP und der Lega Nord umfasst.

Europa der Nationen (1994–1996) – Fraktion der Unabhängigen für das Europa der Nationen (1997–1999)

1994 scheitern die Republikaner bei der Europawahl an der damals noch gültigen Fünfprozentklausel. Der Front National und der Vlaams Blok bleiben mangels Partnern ab 1994 fraktionslos. Dennoch wird 1994 die erste dezidiert EU-kritische Fraktion unter dem Namen Europa der Nationen (Koordinierungsgruppe) gegründet. Dominiert wird die Gruppe vom Mouvement pour la France, einer von Philippe de Villiers gegründeten EU-skeptischen Partei, die sich vom rechtsextremen Front National distanziert. Die Fraktion zählt ursprünglich 19 Mitglieder, fällt aber 1996 nach dem Übertritt zweier Abgeordneter zur Union für Europa unter die Mindestzahl von 18 Abgeordneten (aus drei Ländern) und löst sich auf.

Erst nachdem der Abgeordnete der Ulster Unionist Party als Mitglied gewonnen werden kann, entsteht die Fraktion 1997 erneut unter dem Namen Fraktion der Unabhängigen für das Europa der Nationen (I-EDN).

Union für das Europa der Nationen (1999–2009)

Nach der EU-Wahl 1999 verlassen die Abgeordneten der Forza Italia und des Rassemblement pour la République die Fraktion Union für Europa. Die verbliebenen Parteien Fianna Fáil und CDS-PP schließen sich mit den französischen Abgeordneten des Rassemblement pour la France und Philippe de Villiers Mouvement pour la France sowie dem Abgeordneten der Dansk Folkeparti in der neuen Union für das Europa der Nationen zusammen. Als wenig später auch die Abgeordneten der Alleanza Nazionale zur UEN wechseln, ist diese mit 30 Abgeordneten die sechststärkste Fraktion im EU-Parlament.

2001 verlässt der Großteil der französischen Abgeordneten die Fraktion. Nach der EU-Ost-Erweiterung 2004 treten sechs Abgeordnete aus Polen, Estland und der Slowakei der Fraktion bei, die nunmehr wieder 30 Mitglieder zählt. Die polnische PiS wird neben der Alleanza Nazionale zur zweitstärksten Kraft in der Fraktion.

2006 tritt die Lega Nord, die aus der Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie ausgeschlossen wird, ebenfalls der Union für das Europa der Nationen bei, dazu gesellen sich noch 13 weitere polnische Abgeordnete. Mit 44 Abgeordneten aus sechs Ländern ist die UEN hinter den Christdemokraten, den Sozialdemokraten und den Liberalen die viertgrößte Fraktion im Europäischen Parlament. Die Fraktion löst sich nach der Europawahl 2009 auf.

Europa der Demokratien und der Unterschiede (1999–2004)

1999 entsteht noch eine zweite europakritische Fraktion, das Europa der Demokratien und der Unterschiede (EDU oder EDD, Europe of Democracies and Diversities, Europe des démocraties et des différences), die allerdings nur bis 2004 besteht. Sie wird von der britischen UKIP, der französischen „Jägerpartei" (Chasse, Pêche, Nature, Traditions, CPNT; „Jagen, Fischen, Natur, Traditionen") und dem Rassemblement pour la France dominiert. Die EDU wird 2004 von der neu gegründeten Fraktion Unabhängigkeit / Demokratie abgelöst.

Technische Fraktion der Unabhängigen Abgeordneten – Gemischte Fraktion (1999)

Die ebenfalls 1999 entstandene Technische Fraktion der Unabhängigen Abgeordneten – Gemischte Fraktion (TGI, Technical Group of Independent Members, Groupe technique des députés indépendants) versammelt die Abgeordneten der Alleanza Nazionale, der Lega Nord, der rechtsextremen Fiamma Tricolore sowie des Front National und des Vlaams Blok. Mit der Lista Emma Bonino der früheren Europakommissarin für Verbraucherschutz und der bas-

kischen Euskal Herritarrok gehören ihr allerdings auch eine liberale und eine linke Gruppierung an.

Folgerichtig wird die Fraktion noch 1999 wegen „fehlender politischer Zugehörigkeit" in Bezug auf Artikel 29 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments aufgelöst; das Urteil wird nach Revision 2001 vom Europäischen Gericht bestätigt. Die Abgeordneten der Alleanza Nazionale wechseln daraufhin zur UEN-Fraktion, andere, wie die Lega Nord, bleiben fraktionslos. 2009 geht die Alleanza Nazionale in Berlusconis Partei Popolo della Libertà auf und wird Teil der christdemokratischen EVP.

Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie (2004–2009)

Die Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie (Ind/Dem, Independence/Democracy Group) konstituiert sich nach der EU-Wahl 2004 als Nachfolgerin der Fraktion Europa der Demokratien und der Unterschiede (EDU). Der Ind/Dem gehören Mitglieder von zehn Parteien aus neun verschiedenen Ländern an, allen voran die britische UKIP, die griechische LAOS und die „Liga Polnischer Familien". Bis zu ihrem Ausschluss im Jahr 2006 sind auch die vier Parlamentarier der Lega Nord Mitglieder der Ind/Dem.

Die Ind/Dem ist mit 37 Mitgliedern die kleinste Fraktion im Europäischen Parlament; bis zum Ende der Legislaturperiode schrumpft ihre Zahl auf nur noch 22.

Identität, Tradition, Souveränität (2007)

Einige Mitglieder rechtsextremer Parteien planten bereits seit längerem die Gründung einer gemeinsamen Fraktion, allerdings scheiterte das Vorhaben u.a. an formalen Voraussetzungen, wie etwa der Mindestanzahl an Parlamentariern. Durch den EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens im Jahr 2007 verfügt die Gruppe nunmehr über die notwendige Mindestanzahl von 20 Mitgliedern aus sechs Ländern.

Die Fraktion ITS wird im Januar 2007, mitten während der sechsten Legislaturperiode des EU-Parlaments, angemeldet. Ihr gehören der Vlaams Belang, der Front National, die neofaschistische Alternativa Sociale von Alessandra Mussolini sowie die ähnlich weit rechts stehende Fiamma Tricolore, die FPÖ, die UKIP sowie die bulgarische Ataka und der großrumänische Partidul România Mare an. Fraktionsvorsitzender ist Bruno Gollnisch vom Front National. Versuche von Vertretern liberaler, linker und grüner, aber auch konservativer Parteien, diese Fraktionsgründung zu verhindern, scheitern am Widerstand des Parlamentspräsidenten Hans-Gert Pöttering von der CDU.

In ihrer bereits 2005 verabschiedeten „Wiener Erklärung der europäischen patriotischen und nationalen Parteien und Bewegungen" berufen sich die damaligen Unterzeichner auf die *unveräußerlichen Werte des Christentums und des Naturrechts*, die sie durch *Globalisierung, Masseneinwanderung und [die] Realitätsverweigerung durch Vertreter der Political Correctness* bedroht sehen.

Die neue Fraktion ist von Anfang an von Spannungen und Streitigkeiten geprägt, etwa zwischen der FPÖ und der Alternativa Sociale in der Frage Südtirols. Das unerwartet rasche Ende kommt im November 2007, als die Abgeordneten der rumänischen Partidul România Mare wegen fremdenfeindlicher und „gegen das rumänische Volk" gerichteter Anschuldigungen der Abgeordneten Alessandra Mussolini aus dem Bündnis austreten und die Gruppe damit ihren Fraktionsstatus verliert.

Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (seit 2009)

Nach den EU-Wahlen 2009 gründet sich die (national)-konservative und EU-kritische, in Teilen auch rechtspopulistische Fraktion Europäische Konservative und Reformisten, ab 2014 Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR).

Ein Teil ihrer Mitglieder – die britischen Tories, die nordirische UUP, die tschechische Občanská demokratická strana (ODS) von Václav Klaus und das „Ungarische Demokratische Forum" (MDF) – gehörte zuvor der Gruppe Europäische Demokraten in der christdemokratisch-konservativen Fraktion EVP-ED an. Die polnische PiS und die lettische TB/LNNK waren Mitglieder der Fraktion Union für das Europa der Nationen (UEN), die niederländische Christen Unie (CU) gehörte der Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie (Ind/Dem) an.

Die verbliebenen Mitglieder der Ind/Dem-Fraktion und der UEN sowie neu ins Parlament gewählte Parteien bilden parallel dazu die neue Fraktion Europa der Freiheit und Demokratie (EFD).

Bei den EU-Wahlen 2014 verliert die EKR-Fraktion 11 Sitze, dennoch vergrößert sie sich durch den Beitritt der Dansk Folkeparti, der „Finnen", der „Unabhängigen Griechen" (ANEL), der Alternative für Deutschland und weiterer Kleinparteien auf stattliche 70 Mitglieder aus 15 Ländern und wird damit die drittstärkste Kraft im EU-Parlament.

Fünf der sieben AfD-Mitglieder wechseln allerdings zur neuen Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA), die schließlich in die Allianz der Europäischen Konservativen und Reformer (AECR) aufgenommen wird. Die beiden verbliebenen AfD-Mitglieder müssen die Fraktion wenig später wegen heftig kritisierter Äußerungen zum Schusswaffengebrauch an der Grenze ebenfalls verlassen.

2018 werden auch die beiden Abgeordneten der „Schwedendemokraten" in die EKR aufgenommen. Zum Ende der achten Legislaturperiode besteht die Fraktion aus 77 Abgeordneten aus 19 Ländern. Stärkste Landesgruppe ist die polnische PiS mit 26 Mandaten.

Bei den EU-Wahlen 2019 verlieren die britischen Konservativen 14 Mandate. Die Dansk Folkeparti und die „Finnen" wechseln zur neuen Fraktion Identität und Demokratie, an ihrer Stelle werden das niederländische Forum voor Democratie, die spanische Vox und die griechische Elliniki Lysi aufgenommen. Die britischen Konservativen scheiden mit dem EU-Austritt ihres Landes aus dem Parlament aus. Die „Finnen" kehren 2023, ein Jahr nach Beginn der russischen Invasion in der Ukraine, aus der Fraktion Identität und Demokratie in die EKR zurück.

Wichtige Mitgliedsparteien der EKR sind die dominierende PiS, die belgische Nieuw-Vlaamse Alliantie, die bulgarische „IMRO – Bulgarische Nationale Bewegung", die „Finnen", die Fratelli d'Italia, die „Schwedendemokraten", die spanische Vox und die tschechische ODS.

Europa der Freiheit und der Demokratie (2009–2014)

2009 werden nur vier Parteien der bisherigen Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie (Ind/Dem) wieder in das Europaparlament gewählt. Auch die Fraktion Union für das Europa der Nationen (UEN) kann die notwendigen formalen Voraussetzungen nicht mehr erfüllen, nachdem einige ihrer Mitglieder sich der neu gegründeten Fraktion Europäische Konservative und Reformer anschließen.

Der britischen UKIP (zuvor Ind/Dem) und der Lega Nord (zuvor UEN) gelingt es schließlich, die Reste der beiden Fraktionen gemeinsam mit weiteren EU-skeptischen und national-

konservativen Parteien zu vereinen. Der FPÖ wird die Teilnahme wegen des Einspruchs mehrerer Mitgliedsparteien verwehrt.

Die Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie (EFD) ist die kleinste Fraktion des Parlaments. Sie umfasst zunächst 32 Mitglieder, im Sommer 2011 sind es nur noch 27, am Ende der Legislaturperiode 31 Abgeordnete aus zwölf Ländern.

Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (2014–2019)

Nach der Europawahl 2014 wechseln einige Mitglieder der EFD, wie die Dansk Folkeparti und die „Finnen", zur EKR-Fraktion, während die Lega Nord ankündigt, gemeinsam mit dem Front National und der FPÖ eine neue Fraktion bilden zu wollen. Die verbleibende UKIP kann schließlich den italienischen MoVimento 5 Stelle mit 17 Abgeordneten sowie weitere kleinere Parteien für die Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD) gewinnen.

Nach einer Reihe von Aus- und Übertritten können die Parteien der EFD 2019 zwar 54 Mandate erringen, die Gruppe erfüllt die Voraussetzung zur Fraktionsbildung (Mitglieder aus sieben Ländern) allerdings nicht mehr. Sowohl UKIP/Brexit Party als auch M5S bleiben in der Folge fraktionslos.

Europa der Nationen und der Freiheit (2015–2019)

Seit dem blamablen Ende der kurzlebigen Fraktion Identität, Tradition, Souveränität im November 2007 sind die Abgeordneten des Front National, der FPÖ und des Vlaams Belang fraktionslos, arbeiten jedoch innerhalb der Europäischen Allianz für Freiheit (EAF) zusammen.

Noch vor der Europawahl 2014 kündigen Front National, FPÖ und Vlaams Belang an, gemeinsam mit der niederländischen Partij voor de Vrijheid und der Lega Nord eine Fraktion gründen zu wollen. Nachdem die slowakische SNS den Einzug in das EU-Parlament verpasst und sich die „Schwedendemokraten" der EFD-Fraktion anschließen, erfüllt die Gruppe die formale Voraussetzung von Mitgliedern aus sieben Ländern erneut nicht. Erst als 2015 die britische Abgeordnete Janice Atkinson gewonnen wird, kann auch die neue Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF, Europe of Nations and Freedom; Europe des nations et des libertés) mit 36 Abgeordneten gegründet werden.

Den größten Teil der Mitglieder stellt das Rassemblement National (ehemals Front National), weitere wichtige Parteien sind die FPÖ, die Lega Nord und die Partij voor de Vrijheid. Im Laufe der Legislaturperiode kommt es auch in der ENF zu zahlreichen Wechseln, Parteiabspaltungen, Aus- und Übertritten sowie Ausschlüssen. Anfang 2018 stellt der Haushaltskontrollausschuss des EU-Parlaments übermäßige Ausgaben der ENF fest, das sogenannte Champagnergate.

Fraktion Identität und Demokratie (seit 2019)

Nach der Europawahl 2019 entsteht als Nachfolgerin der Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit die Fraktion Identität und Demokratie (ID), der sich neben den bisherigen Parteien auch Abgeordnete der Alternative für Deutschland, der Dansk Folkeparti und der „Finnen" anschließen. Die ID versammelt damit erstmals eine größere Anzahl stimmenstarker rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien und stellt mit 62 Mitgliedern die fünftgrößte Fraktion des Parlaments. Beim Gründungstreffen erklärt Matteo Salvini von der Lega Nord, dass ihm, selbst bei unterschiedlicher Haltung der Parteien in manchen Fragen, eine „nationalistische Internationale" vorschwebe.

Die größten Landesgruppen stammen aus Italien (25) und Frankreich (18). Aus Deutschland ist die AfD mit neun Abgeordneten, aus Österreich die FPÖ mit drei vertreten. Der geplante „große Zusammenschluss" kommt allerdings wieder nicht zustande, weil die polnische PiS und die ungarische Fidesz in ihren bisherigen Fraktionen bleiben, und andere, wie die spanische Vox, die „Schwedendemokraten" oder das niederländische Forum voor Democratie den Beitritt zur ID ablehnen und sich der EKR-Fraktion anschließen.

Im Laufe der Legislaturperiode schließt sich auch die Partij voor de Vrijheid der Fraktion an, gleichzeitig treten andere aus ihr aus. Die Lega Nord verliert fünf Abgeordnete an die Forza Italia und die Fratelli d'Italia. Im April 2023 kehren die „Finnen" zur EKR zurück; Hintergrund soll das ambivalente Verhältnis einiger ID-Mitglieder gegenüber dem russischen Machthaber Vladimir Putin gewesen sein.

Mitglieder der ID sind: Vlaams Belang, Dansk Folkeparti, Alternative für Deutschland, Eesti Konservatiivne Rahvaerakond (EKRE), Perussuomalaiset (Finnen), Rassemblement National, Lega Nord, Partij voor de Vrijheid, Forum voor Democratie, FPÖ und Svoboda a přímá demokracie (SPD).

Literatur

Ackermann, Robert (2012): Warum die NPD keinen Erfolg haben kann – Organisation, Programm und Kommunikation einer rechtsextremen Partei, Opladen.

Allard, Jean (1929/1930): *Die politische Lage in Belgien*. Rote Revue. Sozialistische Monatsschrift Band 9 Heft 8, Zürich.

Angenendt, Steffen (2003): *Einwanderung und Rechtspopulismus. Eine Analyse im europäischen Vergleich.* Internationale Politik 58/4, Berlin, 3–12.

Auers, Daunis / Kasekamp, Andres (2013): *Comparing Radical-Right Populism in Estonia and Latvia,* in: Ruth Wodak et al. (Hrsg.), Right-Wing Populism in Europe. Politics and Discourse, London, 235–248.

Bachmann, Klaus (2002): *Andrzej Lepper. Das blau geschlagene Auge der Demokratie*, in: Michael Jungwirth (Hrsg.), Haider, Le Pen und Co., Graz, 238–257.

Bachmann, Klaus (2006): *Populistische Parteien und Bewegungen in Mittelosteuropa*, in: Frank Decker, Populismus, Wiesbaden, 216–232.

Backes, Uwe (1991): *Nationalpopulistische Protestparteien in Europa. Vergleichende Betrachtungen zur phänomenologischen und demokratietheoretischen Einordnung*. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 1, 7–17.

Backes, Uwe / Steglich, Henrik (Hrsg.) (2007): Die NPD: Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden.

Bailer-Galanda, Brigitte (1995): Haider wörtlich – Führer in die Dritte Republik, Wien.

Bailer-Galanda, Brigitte / Neugebauer, Wolfgang (1997): Haider und die Freiheitlichen in Österreich, Berlin.

Bale, Tim / Szcerbiak, Aleks (2006): *Why is there no Christian Democracy in Poland (and why does this matter)?* SEI Working Paper 91, 19–21.

Bale, Tim / Green-Pedersen, Christoffer / Krouwel, André / Luther, Kurt R. / Sitter, Nick (2010): *If You Can't Beat Them, Join Them? Explaining Social Democratic Responses to the Challenge from the Populist Radical Right in Western Europe*. Political Studies 58, 410–426.

Balent, Magali (2013): *The French National Front from Jean-Marie to Marine Le Pen: Between Change and Continuity*, in: Karsten Grabow / Florian Hartleb (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 161–186.

Barlai, Melani / Hartleb, Florian (2010): *Rechtsextremismus als Posttransformationsphänomen – der Fall Ungarn.* Totalitarismus und Demokratie 7/1, 83–104.

Barth, Else M. (1996): A Nazi Interior. Quisling's Hidden Philosophy, Frankfurt am Main.

Barthes, Roland (1957): *Quelques paroles de M. Poujade*, in: Mythologies, Paris.
http://www.litt-and-co.org/citations_SH/a-f_SH/R-Barthes_Poujade.htm

Bathke, Peter / Spindler, Susanne (Hrsg.) (2006): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien, Berlin.
http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte_29.pdf

Bauer, Werner T. (2004): Wenn die Wähler weniger werden. Überlegungen zum Problem der sinkenden Wahlbeteiligung, ÖGPP, Wien.
http://www.politikberatung.or.at/uploads/media/wahlbeteiligung.pdf

Bauer, Werner T. (2009): H.C. Strache. Sein Populismus – sein Leben, ÖGPP, Wien.

Bauer, Werner T. (2010a): Rechtspopulismus in Europa – vergängliches Phänomen oder auf dem Weg zum politischen Mainstream?, FES Berlin.
http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07293.pdf

Bauer, Werner T. (2010b): Willkommen in der Normalität? Anmerkungen zum Wahlerfolg der rechten Schwedendemokraten, FES Berlin.
http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07502.pdf

Bauer Werner T. (2012): *Rechtspopulismus in Europa – unter besonderer Berücksichtigung von Ost- und Südosteuropa.* Südosteuropa Mitteilungen Heft 4, München, 58–69.

Bauerkämper, Arnd (1991): Die radikale Rechte in Großbritannien. Nationalistische, antisemitische und faschistische Bewegungen vom späten 19. Jahrhundert bis 1945, Göttingen.

Baumann, Birgit (2002): *Ronald B. Schill. Ein gnadenloser Scharfmacher*, in: Michael Jungwirth (Hrsg.), Haider, Le Pen & Co., Graz, 62–73.

Bayer, József (2002): *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa*. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 31 (2), 265–280.

Bayer, József (2012): *Ist Rechtspopulismus gleich Rechtsextremismus? Der Aufstieg der ungarischen Partei Jobbik*, in: Anton Pelinka / Birgitt Haller (Hrsg.), Populismus. Herausforderung oder Gefahr für die Demokratie?, Wien, 127–140.

Bebnowski, David (2015): Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei, Wiesbaden.

Bericht von Martti Ahtisaari, Jochen Frowein, Marcelino Oreja, Deutsche Übersetzung (2000). https://web.archive.org/web/20071001002742/http://derstandard.at/upload/images/bericht.pdf

Bernecker, Walter L. (2018): Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg, München.

Betz, Hans-Georg (1994): Radical Right-Wing Populism in Western Europe, London.

Betz, Hans-Georg (1996): *Radikaler Rechtspopulismus in Westeuropa*, in: Jürgen W. Falter et al. (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 27, 363–375.

Betz, Hans-Georg (2002): *Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung*. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 31 (3), 251–264. file:///D:/downloads/1093-1085-1-PB.pdf

Beylin, Marek (2015): *PiS: Vom sozialen zum national-katholischen Populismus in Polen*, in: Ernst Hillebrand (Hrsg.): Rechtspopulismus in Europa: Gefahr für die Demokratie? Bonn, 69–77.

Beyme, Klaus von (1996): *Rechtsextremismus in Osteuropa*, in: Jürgen W. Falter et al. (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 27, 423–442.

Beyme, Klaus von (2018): Rechtspopulismus. Ein Element der Neodemokratie?, Wiesbaden.

Biorcio, Roberto (2001): *Separatistischer Regionalismus in einer reichen Region: Die Lega Nord*, in: Dietmar Loch / Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main, 246–273.

Bischof, Günter J. / Pelinka, Anton / Lassner, Alexander (2003): The Dollfuss/Schuschnigg Era in Austria. A Reassessment, New Brunswick.

Bjorklund, Tor / Andersen, Jorgen Goul (2002): *Anti-Immigration Parties in Denmark and Norway: The Progress Parties and the Danish People's Party*, in: Martin Schain / Aristide Zolberg / Patrick Hossay (Hrsg.), Shadows over Europe: The Development and Impact of the Extreme Right in Western Europe, New York, 107–136.

Brandstetter, Marc (2012): Die „neue" NPD: Zwischen Systemfeindschaft und bürgerlicher Fassade, Bonn. http://www.kas.de/wf/doc/kas_30034-544-1-30.pdf?120213132509

Braun, Michael (2015): *Die Lega Nord: Vom Wohlstandssezessionismus zum Anti-Euro-Nationalismus,* in: Ernst Hillebrand (Hrsg.), Rechtspopulismus in Europa: Gefahr für die Demokratie? Bonn, 41–49.

Bréchon, Pierre (Hrsg.) (2011): Les partis politiques français, Paris, 15–44.

Broszat, Martin (1966): *Faschismus und Kollaboration in Ostmitteleuropa zwischen den Weltkriegen.* Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 14. Jg. / 3, 225–251.

Bruns, Julian / Glösel, Kathrin / Strobl, Natascha (2014): Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa, Münster.

Bulli, Giorgia / Tronconi, Filippo (2012): *Regionalism, Right-wing Extremism, Populism. The Elusive Nature of the Lega Nord*, in: Andrea Mammone / Emmanuel Godin / Brian Jenkins, (Hrsg.), Mapping the extreme right in contemporary Europe, London, 78–92.

Bundschuh, Stephan (2001): Rassismus und Rechtsextremismus in Europa, unter besonderer Berücksichtigung der Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland, Vortrag. https://www.idaev.de/fileadmin/user_upload/pdf/download/Bundschuh_Rassismus_und_Rechtsextremismus_in_Europa.pdf

Busch, Christoph (2008): *Rheinischer Rechtsradikalismus*. Blätter für deutsche und internationale Politik 9, Berlin, 17–20.

Butterwegge, Christoph (2006): *Globalisierung, Neoliberalismus und Rechtsextremismus*, in: Peter Bathke / Susanne Spindler (Hrsg.), Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien, Berlin, 15–33.

Caballero, Luis (2016): Rechtspopulismus. Inhalte, Funktionen und Akteure, Heinrich Böll Stiftung Rheinland-Pfalz e.V. https://www.boell-rlp.de/fileadmin/dokumente/FG_Repop/fb1-rp-allg-begriff.pdf

Camus, Jean-Yves (1998): Front national. Eine Gefahr für die französische Demokratie?, Bonn.

Camus, Jean-Yves (2002): *Die radikale Rechte in Westeuropa. Vom nostalgischen Aktionismus zum fremdenfeindlichen Populismus*, in: Wolfgang Eismann (Hrsg.), Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?, Wien, 40–55.

Cippitelli, Claudia / Schwanebeck, Axel (Hrsg.) (2004): Die neuen Verführer? Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in den Medien, Dokumentation der 22. Tutzinger Medientage 2003, München.

Conway, Martin (1993): Collaboration in Belgium. Leon Degrelle and the Rexist Movement, 1940–1944, New Haven.

Copsey, Nigel (2004): Contemporary British Fascism: The British National Party and its Quest for Legitimacy, New York.

Cuperus, René (2004): *Vom Poldermodell zum postmodernen Populismus. Die Fortuyn-Revolte in den Niederlanden.* Zentrum für Niederlande-Studien, Jahrbuch 14, 43–63.

Cuperus, René (2017): *Wie die Volksparteien (fast) das Volk einbüßten – Warum wir den Weckruf des Populismus erhören* sollten, in: Ernst Hillebrand (Hrsg.): Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie? Bonn, 151–160.

Czernin, Hubertus (Hrsg.) (2000): „Wofür ich mich meinetwegen entschuldige.“ Haider, beim Wort genommen. Wien.

Decker, Frank (2000): Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, Wiesbaden.

Decker, Frank (2003): *Rechtspopulismus in der Bundesrepublik Deutschland. Die Schill-Partei*, in: Nikolaus Werz (Hrsg.), Populismus, Opladen, 223–242.

Decker, Frank (2004): Der neue Rechtspopulismus, Opladen.

Decker, Frank (Hrsg.) (2006): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden.

Decker, Frank (2006): *Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven*, in: Frank Decker, Populismus, Wiesbaden, 9–32.

Decker, Frank (2015): *Alternative für Deutschland und Pegida: Die Ankunft des neuen Rechtspopulismus in der Bundesrepublik*, in: Frank Decker / Bernd Henningsen / Kjetil Jakobsen (Hrsg.), Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa, Baden-Baden, 75–90.

Decker, Frank (2015): *Zur Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems vor und nach der Bundestagswahl 2013: Überwindung der koalitionspolitischen Segmentierung*, in: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2013, Wiesbaden, 151–154.

Decker, Frank / Hartleb, Florian (2005): *Das Scheitern der Schill-Partei als regionaler Machtfaktor: Typisch für Rechtspopulismus in Deutschland?*, in: Susanne Frölich-Steffen et al. (Hrsg.), Populisten an der Macht, Wien, 105–119.

Decker, Frank / Hartleb, Florian (2006): *Populismus auf schwierigem Terrain. Die rechten und linken Herausfordererparteien in der Bundesrepublik*, in: Frank Decker, Populismus, Wiesbaden, 191–215.

Decker, Frank / Henningsen, Bernd / Jakobsen, Kjetil (Hrsg.) (2015): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien, Baden-Baden.

Decker, Frank / Henningsen, Bernd / Lewandowsky, Marcel / Adorf, Philipp (Hrsg.) (2022): Aufstand der Außenseiter. Die Herausforderung der europäischen Politik durch den neuen Populismus, Baden-Baden.

Dehmel, Niels / Reetz Axel (2011): *Extremismus in* Lettland, in: Eckhard Jesse / Tom Thieme (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden, 213–228.
http://www.infobalt.de/reetz/114-Extremismus%20in%20Lettland.pdf

Dinu, Radu Harald (2013): Faschismus, Religion und Gewalt in Südosteuropa: Die Legion Erzengel Michael und die Ustaša im historischen Vergleich, Wiesbaden.

Dorril, Stephen (2007): Blackshirt: Sir Oswald Mosley and British Fascism, London.

Dreidemy, Lucile (2014): Der Dollfuß-Mythos. Eine Biographie des Posthumen, Wien.

Druwe, Ulrich / Mantino, Susanne (1996): *„Rechtsextremismus“. Methodologische Bemerkungen zu einem politikwissenschaftlichen Begriff*, Politische Vierteljahresschrift 27, Opladen, 66–80.

Ebner, Julia (2019): Radikalisierungsmaschinen. Wie Extremisten die neuen Technologien nutzen und uns manipulieren, Berlin.

Eckardt, Frank (2003): Pim Fortuyn und die Niederlande. Populismus als Reaktion auf die Globalisierung, Marburg.

Edathy, Sebastian / Sommer, Bernd (2009): *Die zwei Gesichter des Rechtsextremismus in Deutschland – Themen, Machtressourcen und Mobilisierungspotentiale der extremen Rechten*, in: Stephan Braun / Alexander Geisler / Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden, 45–57.

Eismann, Wolfgang (Hrsg.) (2002): Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?, Wien.

Ender, Berndt (2004): Der Jörg-Haider-Faktor und das Ende der Blauen, Wien.

Falkenberg, Susanne (1997): Populismus und Populistischer Moment im Vergleich zwischen Frankreich, Italien und Österreich. Elektronische Dissertationen der Universitätsbibliothek Duisburg.
http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-5116/diss9705.pdf

Falter, Jürgen W. / Jaschke, Hans-Gerd / Winkler, Jürgen R. (Hrsg.) (1996): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 27, Opladen.

Fasser, Manuel (2017): Rechtspopulismus in Europa: Halten die Parteien einer Regierungsbeteiligung stand? Innsbruck.
https://diglib.uibk.ac.at/ulbtirolhs/content/titleinfo/2124991/full.pdf

Feldbauer, Gerhard (1996): Von Mussolini bis Fini – Die extreme Rechte in Italien, Berlin.
http://www.nadir.org/nadir/kampagnen/owl/books-einzel/feldbauer-download/1feldbauer.pdf

Flecker, Jörg / Kirschenhofer, Sabine (2007): Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs, Berlin.

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2006): Neue Entwicklung des Rechtsextremismus: Internationalisierung und Entdeckung der sozialen Frage. Konferenz der FES, 9.12.2005, Berlin.
http://library.fes.de/pdf-files/bueros/berlin/03632.pdf

Frölich-Steffen, Susanne (2006): *Rechtspopulistische Herausforderer in Konkordanzdemokratien. Erfahrungen aus Österreich, der Schweiz und den Niederlanden*, in: Frank Decker, Populismus, Wiesbaden, 144–164.

Frölich-Steffen, Susanne / Rensmann, Lars (Hrsg.) (2005): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa, Wien.

Frölich-Steffen, Susanne / Rensmann, Lars (2005): *Populistische Regierungsparteien in Ost- und Westeuropa: Vergleichende Perspektiven der Politikwissenschaftlichen Forschung*, in: Susanne Frölich-Steffen et al. (Hrsg.), Populisten an der Macht, Wien, 3–34.

Gallagher, Tom (2022): Salazar. The Dictator Who Refused to Die. London.

Garleff, Michael (2001): Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Regensburg.

Gärtner, Reinhold (1996): Die ordentlichen Rechten. Die „Aula“, die Freiheitlichen und der Rechtsextremismus, Wien.

Geden, Oliver (2004): Männlichkeitskonstruktionen in der Freiheitlichen Partei Österreichs. Eine qualitativ-empirische Untersuchung, Opladen.

Geden, Oliver (2005): *Identitätsdiskurs und politische Macht. Die rechtspopulistische Mobilisierung von Ethnozentrismus im Spannungsfeld von Oppositionspolitik und Regierung am Beispiel von FPÖ und SVP*, in: Susanne Frölich-Steffen et al. (Hrsg.), Populisten an der Macht. Wien, 69–83.

Geden, Oliver (2006): Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung, Wiesbaden.

Geden, Oliver (2007): Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.

Glaus, Beat (1969): Die Nationale Front. Eine Schweizer faschistische Bewegung 1930–1940, Zürich.

Goodwin, Matthew (2011): Right Response. Understanding and Countering Populist Extremism in Europe.
https://www.chathamhouse.org/sites/default/files/r0911_goodwin.pdf

Goodwin, Matthew (2015): *Der Aufstieg der UK Independence Party (UKIP): Ein Erklärungsversuch*, in: Ernst Hillebrand (Hrsg.): Rechtspopulismus in Europa: Gefahr für die Demokratie?, Bonn.

Goodwyn, Lawrence (1978): The Populist Moment. A Short History of the Agrarian Revolt in America, Oxford.

Goetz, Judith / Sedlacek, Joseph Maria / Winkler, Alexander (Hrsg.) (2018): Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen „Identitären“, Hamburg.

Grabow, Karsten / Hartleb, Florian (Hrsg.) (2013): Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin.

Gräfe, Karl Heinz (2010): Vom Donnerkreuz zum Hakenkreuz. Die baltischen Staaten zwischen Diktatur und Okkupation, Berlin.

Greven, Thomas / Grumke, Thomas (Hrsg.) (2006): Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden.

Griesser-Pečar, Tamara (2003): Das zerrissene Volk. Slowenien 1941–1946. Okkupation, Kollaboration, Bürgerkrieg, Revolution, daraus: *Die Slowenische Landeswehr (Slovensko domobranstvo): Mit deutscher Hilfe gegen die Kommunisten*, Wien, 296–330.

Griffin, Roger (2002): *„No Racism, Thanks, we're British“. Manifestationen von Rechtspopulismus im zeitgenössischen Großbritannien*, in: Wolfgang Eismann (Hrsg.), Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?, Wien, 90–111.

Griffin Roger (2020): Faschismus. Eine Einführung in die vergleichende Faschismusforschung. Stuttgart.

Grossalber, Tanja (2012): Rechtspopulismus in der Sprache von H.C. Strache – eine sprachwissenschaftliche Analyse, Wien.

Grumke, Thomas / Klärner, Andreas (2006): Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik – Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990, Berlin.
https://library.fes.de/pdf-files/do/04233.pdf

Guggemos, Peter (2000): Politische Einstellungen von Republikaner-WählerInnen: Das Angebot der Partei und die politische Nachfrage, Würzburg.

Habermas, Jürgen (2019): Die Neue Unübersichtlichkeit, Berlin.

Hahn, Andreas (2002): Der Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider – Über den Erfolg einer rechtspopulistischen Partei und ihres Vorsitzenden, Berlin.

Haider, Jörg (1993): Die Freiheit, die ich meine, Wien.

Hartleb, Florian (2005), Rechtspopulistische Parteien. KAS, Arbeitspapier / Dokumentation Nr. 143, Sankt Augustin.

Hartleb, Florian (2013): *Populism in Western and Eastern Europe Compared*, in: Karsten Grabow / Florian Hartleb (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 353–372.

Hartleb, Florian (2017): Die Stunde der Populisten. Wie sich unsere Politik trumpetisiert und was wir dagegen tun können, Frankfurt am Main.

Hartmann, Hans / Horvath, Franz (1995): Zivilgesellschaft von rechts. Die unheimliche Erfolgsstory der Zürcher SVP, Zürich.

Häusler, Alexander (2010) (Hrsg.): Rechtspopulismus in Gestalt einer „Bürgerbewegung“, Düsseldorf.

Häusler, Alexander (2013): Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung, Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

Häusler, Alexander (2015): *Zerfall oder Etablierung? Die Alternative für Deutschland (AfD) als Partei des Rechtspopulismus.* Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 63, 741–758.

Häusler, Alexander (2016): *Die AfD – eine rechtspopulistische „Bewegungspartei“?*, in: Alexander Häusler / Fabian Virchow, Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste. Abstieg der Mitte. Ressentiments – Eine Flugschrift, Hamburg.

Häusler, Alexander / Roeser, Rainer (2015): Die rechten „Mut“-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der „Alternative für Deutschland“, Hamburg.

Havlík, Vlastimil / Pinková, Aneta et al. (Hrsg.) (2012): Populist Political Parties in East-Central Europa, Brno.

Hegenscheidt-Nozdrovická, Eliška (2012): Die „Slowakei den Slowaken!“ Die separatistischen Strömungen in der Slowakei zwischen 1918 und 1939, Hamburg.

Hehn, Jürgen von (1957): *Lettland zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Geschichte des lettländischen Staatsstreiches vom 15. Mai 1934*. Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas Beiheft 3.

Heimberger, Daniela (2001): Der Front National im Elsaß. Rechtsextremismus in Frankreich – eine regionale Wahlanalyse, Wiesbaden.

Heinen, Armin / Schmitt, Oliver Jens (Hrsg.) (2013): Inszenierte Gegenmacht von Rechts. Die „Legion Erzengel Michael“ in Rumänien 1918–1938, Oldenbourg.

Heinisch, Reinhard (2004): *Die FPÖ – Ein Phänomen im internationalen Vergleich*. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 3, Wien, 247–262.

Heinisch, Reinhard (2008): *Right-Wing Populism in Austria: A Case for Comparison*. Problems of Post-Communism 55/3, Oxfordshire, 40–56.

Heinisch, Reinhard (2013): *Austrian Right-wing Populism: A Sursprising Comeback under a New Leader*, in: Karsten Grabow / Florian Hartleb (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 47–79.

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg (Hrsg.) (2012): Rechtspopulismus in Ostmitteleuropa. Demokratien im Umbruch?
https://www.researchgate.net/publication/278785316_Rechtspopulismus_in_Ostmitteleuropa_Demokratien_im_Umbruch

Hennecke, Hans-Jörg (2003): *Das Salz in den Wunden der Konkordanz. Christoph Blocher und die Schweizer Politik,* in: Nikolaus Werz (Hrsg.), Populismus, Opladen, 145–162.

Hillebrand, Ernst (Hrsg.) (2015): Rechtspopulismus in Europa: Gefahr für die Demokratie?, Bonn.

Hoffmann, Uwe (1999): Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt am Main.

Hokovský, Radko / Kopal, Jiří (2013): *Final Recommendations,* in: Radko Hokovský / Jiří Kopal (Hrsg.), Politics and Policies of Integration in Austria, Hungary, Czechia, Denmark and at the EU Level, Brno & Praha, 392–396.

Holtmann, Everhard (2001): Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts, Opladen.

Horaczek, Nina / Reiterer, Claudia (2009): HC Strache: Sein Aufstieg, seine Hintermänner, seine Feinde, Wien.

Hory, Ladislaus / Broszat, Martin (1965): Der kroatische Ustascha-Staat 1941–1945, Stuttgart.

Höbelt, Lothar (1999): Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz.

Höhne, Roland (2008): *Der Sieg der Demokratie. Die Transformation der neofaschistischen italienischen Sozialbewegung MSI in die rechtsnationale Alleanza Nazionale*, in: Uwe Backes / Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie 19. Jg., Baden-Baden, 89–114.

Ignazi, Piero (1992): *The silent counter-revolution: Hypotheses on the emergence of extreme right-wing parties in Europe*. European Journal of Political Research 22/1, 3–34.

Ivaldi, Gilles (2005): *Les formations d'extrème-droite: Front national et Mouvement national républicain,* in: Pierre Bréchon (Hrsg.), Les partis politiques français, Paris, 15–44.

Ivaldi, Gilles / Swyngedouw, Marc (2006): *Rechtsextremismus in populistischer Gestalt: Front National und Vlaams Blok,* in: Frank Decker, Populismus, Wiesbaden, 121–143.

Ivanov, Christo / Ilieva, Margarita (2005): *Bulgaria*, in: Cas Mudde, Racist Extremism in Central and Eastern Europe, New York, 1–27.

Jaschke, Hans-Gerd (1994): Die Republikaner. Profile einer Rechtsaußen-Partei, Bonn.

Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe – Positionen – Praxisfelder, Wiesbaden.

Jasiecki, Krzysztof (2018), *Polnischer Staatskapitalismus. Zur Wirtschaftspolitik der PiS*. Osteuropa 3–5, Berlin, 247–252.

Juhász, Attila / Krekó, Péter / Szabados, Krisztián (2015): *Fidesz und der Nationalpopulismus in Ungarn*, in: Ernst Hillebrand (Hrsg.), Rechtspopulismus in Europa: Gefahr für die Demokratie?, Bonn, 96–106.

Jungwirth, Michael (Hrsg.) (2002): Haider, Le Pen & Co. Europas Rechtspopulisten, Graz.

Jungwirth, Michael (2002): *Rebellen und Rattenfänger*, in: Michael Jungwirth (Hrsg.), Haider, Le Pen & Co., Graz, 7–23.

Jupskås, Anders Ravik (2013): *The Progress Party: A Fairly Integrated Part of the Norwegian Party System?*, in: Karsten Grabow / Florian Hartleb (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 205–236.

Kaindl, Christina (2006): *Antikapitalismus und Globalisierungskritik von rechts – Erfolgskonzepte für die extreme Rechte?,* in: Peter Bathke / Susanne Spindler (Hrsg.), Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien, Berlin, 60–75.

Kas, Onur (2014): Rechtspopulismus in Österreich: Die FPÖ als Oppositions- und Regierungspartei, Hamburg.

Kasekamp, Andreas (2010): A History of the Baltic States, Basingstoke. https://prussia.online/Data/Book/a-/a-history-of-the-baltic-states/Kasekamp%20A.%20A%20history%20of%20the%20Baltic%20States%20(2010),%20OCR.pdf

Kemper, Andreas (2013): Rechte Euro-Rebellion: Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e. V., Münster.

Kitschelt, Herbert (2001): *Politische Konfliklinien in westlichen Demokratien: Ethnisch-kulturelle und wirtschaftliche Verteilungskonflikte*, in: Wilhelm Heidtmeyer (Hrsg.), Autoritäre Entwicklungen im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt am Main, 418–441.

Klammer, Carina (2013): Imaginationen des Untergangs. Zur Konstruktion antimuslimischer Fremdbilder im Rahmen der Identitätspolitik der FPÖ, Wien.

Klein, Andreas M. (2013): *The End of Solidarity? On the Development of Right-wing Populist Parties in Denmark and Sweden,* in: Karsten Grabow / Florian Hartleb (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 105–131.

Kleinlercher, Daniel (2010): Komplizenschaft zweier Systeme. Medien und Rechtspopulismus, Innsbruck.

Koppetsch, Cornelia (2020): Rechtspopulismus als Protest. Die gefährdete Mitte in der globalen Moderne, Hamburg.

Korb, Alexander (2013): Im Schatten des Weltkriegs. Massengewalt der Ustaša gegen Serben, Juden und Roma in Kroatien 1941–1945, Hamburg.

Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.) (2015): Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden.

Kostrzebski, Karol (2005): *Die Mobilisierung von Euroskepsis: Basis des Populismus in Ostmitteleuropa am Beispiel Polens*, in: Susanne Frölich-Steffen et al. (Hrsg.), Populisten an der Macht, Wien, 209–225.

Kotowski, Christoph (2011): Die „moralische Diktatur“ in Polen 1926 bis 1939. Faschismus oder autoritäres Militärregime?, München.

Kösemen, Orkan (2009): Strategien gegen die radikale Rechte in Europa, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Kurtenbach, Sebastian (2019): Räumliche Aspekte des Rechtspopulismus, Düsseldorf.

Langenbacher, Nora (Hrsg.) (2011): Ist Europa auf dem „rechten" Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa, Berlin.

Lampe, Thomas (1992): Der Aufstieg des „Front National“ in Frankreich. Extremismus und Populismus von rechts. Frankfurt am Main.

Larch, Johannes (2011): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Ein Dreiländervergleich über die Gründe für den Erfolg, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieser Politikgestaltung in Ungarn, Rumänien und Bulgarien, Innsbruck.

Leggewie, Claus (Hrsg.) (1990): Die Republikaner. Ein Phantom nimmt Gestalt an, Berlin.

Leggewie, Claus (1992): *„Nationalpopulismus“ – der neue Rechtspopulismus*, in: Theo Schiller (Hrsg.), Parteien und Gesellschaft, Stuttgart, 61–70.

Leschke, Julia (2015/16): Rechtspopulismus in Europa. Was definiert ihn und wie funktioniert er? Die Entwicklung einer interdisziplinären Theorie, Berlin.

Lewandowsky, Marcel (2015): *Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte*. Zeitschrift für Politikwissenschaft 25/1, 119–134.

Lewis, Paul H. (2002): Latin fascist elites. The Mussolini, Franco, and Salazar regimes, Westport.

Linke, Annette (1994): Der Multimillionär Frey und die DVU. Daten, Fakten, Hintergründe, Essen.

Loch, Dietmar / Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2001): Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt am Main.

Lucardie, Paul / Voerman, Gerrit (2013): *Geert Wilders and the Party for Freedom in the Netherlands: A Political Entrepreneur in the Polder*, in: Karsten Grabow / Florian Hartleb (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 187–203.

Macher, Julia (2002): Verdrängung um der Versöhnung willen? Die geschichtspolitische Auseinandersetzung mit Bürgerkrieg und Franco-Diktatur in den ersten Jahren des friedlichen Übergangs von der Diktatur zur Demokratie in Spanien (1975–1978), FES Bonn.

Maderthaner, Wolfgang / Maier, Michaela (2004): „Der Führer bin ich selbst“: Engelbert Dollfuss – Benito Mussolini Briefwechsel, Wien.

Maistre, Joseph de (1796/1829): Considérations sur la France, Paris.

Mareš, Miroslav (2012): Right-Wing Extremism in the Czech Republic, FES Berlin.

Mazzoleni, Oscar (2013): *Between Opposition and Government: The Swiss People's Party,* in: Karsten Grabow / Florian Hartleb (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 237–259.

Mayer, Nonna (1996): *Rechtsextremismus in Frankreich: Die Wähler des Front National*, in: Jürgen W. Falter et al. (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 27, Opladen, 388–405.

Melzer, Ralf / Serafin, Sebastian (Hrsg.) (2013): Rechtsextremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit, Berlin.

Mény, Yves / Surel, Yves (Hrsg.) (2002): Populism in Western Democracy, Oxford.

Merkel, Wolfgang (1996): *Rechtsextremismus in Italien: Von der neofaschistischen Systemopposition zur postfaschistischen Regierungspartei: Der Aufstieg der Alleanza Nazionale,* in: Jürgen W. Falter et al. (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 27, Opladen, 406–422.

Mesežnikov, Grigorij / Gyárfášová, Oľga (2013): *The Slovak National Party: A Fading Comet? On the Ups and Downs of Right-wing and National Populism in Slovakia*, in: Karsten Grabow / Florian Hartleb (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 323–350.

Messina, Anthony M. (2007): The Logics and Politics of Post-WWII Migration to Western Europe, Indiana.

Meyer, Thomas (2006): *Populismus und Medien,* in: Frank Decker (Hrsg.), Populismus, Wiesbaden, 81–96.

Meznik, Michael (2011): *Extremismus in Bulgarien*, in: Eckhard Jesse / Tom Thieme (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden, 51–64.

Migration & Integration (2014): Zahlen. Daten. Indikatoren.
https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Integrationsbericht_2014/migration_integration2014-web.pdf

Minich, Oliver (2003): Die Freiheitliche Partei Österreichs als Oppositionspartei in der Ära Haider – Strategie, Programmatik und innere Struktur, Blieskastel.

Minkenberg, Michael (1998): *Die Erneuerung der radikalen Rechten in westlichen Demokratien*, in: Wolfgang Gessenharter / Helmut Fröchling (Hrsg.), Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland, Opladen, 253–279.

Mišković, Eduard (2010): Rechtspopulismus in Konkordanzdemokratien. Österreich, Schweiz und die Niederlande im Vergleich, Innsbruck.

Moos, Carlo (Hrsg.) (2021): (K)ein Austrofaschismus? Studien zum Herrschaftssystem 1933–1938, Wien.

Morgenthaler, Jonas (2002): Rechtspopulistische und rechtsextreme Bewegungen in den Niederlanden 1945 – heute, München.

Moschner, Meinhard (2000): Fremdenfeindlichkeit als Schwerpunkt im Eurobarometer 53: Trendfragen seit 1988. Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung 47, Köln, 69–72. https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/19928/ssoar-zarchiv-2000-47-moschner-fremdenfeindlichkeit_als_schwerpunkt_im_eurobarometer.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-zarchiv-2000-47-moschner-fremdenfeindlichkeit_als_schwerpunkt_im_eurobarometer.pdf

Mudde, Cas (2004): *The Populist Zeitgeist*. Government and Opposition 39 (4), 541–563. https://www.cambridge.org/core/services/aop-cambridge-core/content/view/2CD34F8B25C4FFF4F322316833DB94B7/S0017257X00002372a.pdf/div-class-title-the-populist-zeitgeist-div.pdf

Mudde, Cas (2007): Populist radical right parties in Europe, Cambridge.

Mudde, Cas / Kaltwasser, Cristobal R. (2017): Populism. A Very Short Introduction, Oxford.

Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin.

Müller, Jan-Werner (2018): *Guten Populismus gibt es nicht*. IPG Journal. https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/detail/guten-populismus-gibt-es-nicht-2513/

Nagy, András Bíró / Boros, Tamás / Varga, Áron (2012): Right-wing Extremism in Hungary, Berlin.

Nauenburg, Ricarda (2005): Globalisierung und rechtspopulistische Wahlerfolge, WZB, Berlin. http://skylla.wzb.eu/pdf/2005/i05-201.pdf

Neubacher, Bernd (2001): Die Republikaner im baden-württembergischen Landtag – von einer rechtsextremen zu einer rechtsradikalen, etablierten Partei?, Stuttgart. http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2002/1139/pdf/Dissertation_Bernd_Neubacher.pdf

Neuhäuser, Stephan (Hrsg.) (2004): „Wir werden ganze Arbeit leisten“. Der austrofaschistische Staatsstreich 1934, Norderstedt.

Niedermayer, Oskar / Stöss, Richard / Haas, Melanie (Hrsg.) (2006): Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden.

Oancea, Daniela (2005): Mythen und Vergangenheit. Rumänien nach der Wende, München. https://edoc.ub.uni-muenchen.de/4577/1/Oancea_Daniela.pdf

Obszerninks, Britta (1999): Nachbarn am rechten Rand: Republikaner und Freiheitliche Partei Österreichs im Vergleich, Münster.

Ottomeyer, Klaus (2000): Die Haider-Show – Zur Psychopolitik der FPÖ, Klagenfurt.

Ötsch, Walter (2000): Haider Light – Handbuch für Demagogie, Wien.

Painter, Anthony (2013): Democratic Stress, the Populist Signal and Extremist Threat, London.

Pallaver, Günther / Gärtner, Reinhold (2006): *Populistische Parteien an der Regierung – zum Scheitern verdammt? Italien und Österreich im Vergleich*, in: Frank Decker (Hrsg.), Populismus, Wiesbaden, 99–120.

Pankowski, Rafal (2012), Right Wing Extremism in Poland, FES Berlin. https://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09409-20121029.pdf

Pankowski, Rafal (2013), Rechtsextremismus in Polen – Gruppierungen, Narrationen, Gegenbewegungen, Darmstadt. http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen131.pdf

Papez, Anika (2003): Rechtspopulismus in Europa am Beispiel der niederländischen Partei List Pim Fortuyn, München.

Pauly, Michel (2011): Geschichte Luxemburgs, München.

Pauwels, Teun (2013): *Belgium: Decline of National Populism?*, in: Karsten Grabow / Florian Hartleb (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 81–104.

Payne, Stanley G. (2001): Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung, Berlin.

Pelinka, Anton (2002): *Die FPÖ im internationalen Vergleich. Zwischen Rechtspopulismus, Deutschnationalismus und Österreich-Patriotismus*. conflict & communication online, 1,1. https://regener-online.de/journalcco/2002_1/pdf_2002_1/pelinka.pdf

Pelinka, Anton (2002): *Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs*. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 3, 281–299.

Pelinka, Anton (2005): *Die FPÖ: Eine rechtspopulistische Regierungspartei zwischen Adaption und Opposition,* in: Susanne Frölich-Steffen et al. (Hrsg.), Populisten an der Macht, Wien, 87–104.

Pelinka, Anton (2015): *Extremisten gegen Europa: Die Europäische Union als „Defining Other"*, EurActiv, Berlin.
http://www.euractiv.de/sections/eu-innenpolitik/extremisten-gegen-europa-die-europaeische-union-als-defining-other-315256

Pelinka, Anton / Wodak, Ruth (2002): Dreck am Stecken. Politik der Ausgrenzung, Wien.

Perger, Werner A. (2015): Was tun? Europas Sozialdemokratie in der Krise.
https://www.deutschlandfunk.de/europas-sozialdemokratie-in-der-krise-pdf.media.5ebe4d6c3a67b76ef35ea3d5eb53d51a.pdf

Pfahl-Traughber, Armin (1994): Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa, Bonn.

Pfahl-Traughber, Armin (1998): Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Wiesbaden.

Pfahl-Traughber, Armin (2006): *Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland. Eine Analyse zu inhaltlicher Bedeutung und ideologischen Hintergründen,* in: Thomas Greven et al. (Hrsg.), Globalisierter Rechtsextremismus?, Wiesbaden, 30–51.

Pfahl-Traughber, Armin (2020): *Die AfD ist (mittlerweile) eine rechtsextremistische Partei – Eine Einschätzung aus demokratietheoretischer Sicht*. Sozial Extra Nr. 44, 87–91
file:///D:/downloads/s12054-020-00264-9.pdf

Philippsberg, Robert (2009): Die Strategie der NPD: Regionale Umsetzung in Ost- und Westdeutschland, Baden-Baden.

Pichler, Daniela (2019): Was Linkspopulismus nicht ist. Eine Abgrenzung gegenüber Rechtspopulismus, Linksextremismus und Sozialdemokratie, Graz.
https://unipub.uni-graz.at/obvugrhs/download/pdf/4680578?originalFilename=true

Plasser, Fritz Ulram, Peter A. (2000): *Rechtspopulistische Resonanzen. Die Wählerschaft der FPÖ,* in: Fritz Plasser et al. (Hrsg.), Das österreichische Wahlverhalten, Wien, 225–242.

Plasser, Fritz / Ulram, Peter A. / Sommer, Franz (Hrsg.) (2000): Das österreichische Wahlverhalten, Wien.

Poier, Klaus / Saywald-Wedl, Sandra / Unger, Hedwig (2017): Die Themen der „Populisten", Baden-Baden.

Policy Network and Barrow Cadbury Trust project.
http://www.barrowcadbury.org.uk/migration-case-studies/populism-and-the-party-of-the-future/

Psarras, Dimitris (2013): Neonazistische Mobilmachung im Zeichen der Krise – Der Aufstieg der Nazipartei Goldene Morgenröte in Griechenland, Berlin.
http://www.bayern.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen_Neonazistische_Mobilmachung.pdf

Pugh, Martin (2006). Hurrah For The Blackshirts! Fascists and Fascism in Britain Between the Wars, London.

Purtscheller, Wolfgang (1993): Aufbruch der Völkischen. Das braune Netzwerk, Wien.

Purtscheller, Wolfgang (Hrsg.) (1995): Die Ordnung, die sie meinen: „Neue Rechte" in Österreich, Wien.

Raunio, Tapio (2013): *The Finns: Filling a Gap in the Party System*, in: Karsten Grabow / Florian Hartleb (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 133–160.

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus
https://epub.sub.uni-hamburg.de/epub/volltexte/2013/24081/pdf/D170796197.pdf

Rees, Philip (1991): Biographical Dictionary of the Extreme Right Since 1890, New York.

Reinfeldt, Sebastian (2000): Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Populismus, Wien.

Reisigl, Martin (2005): *Oppositioneller und regierender Rechtspopulismus: Rhethorische Strategien und diskursive Dynamiken in der Demokratie,* in: Susanne Frölich-Steffen et al. (Hrsg.), Populisten an der Macht, Wien, 51–68.

Rensmann, Lars (2006): *Populismus und Ideologie*, in: Frank Decker (Hrsg.), Populismus, Wiesbaden, 59–80.

Reuter, Gerd (2009): Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden. Unterschiede im niederländischsprachigen Raum, Wiesbaden.

Roepert, Leo (2022): Die konformistische Revolte. Zur Mythologie des Rechtspopulismus, Bielefeld.

Rollat, Alain (1985): Les Hommes de l'extrême-droite: Le Pen, Marie, Ortiz et les autres, Paris.

Rosenberger, Sieglinde Katharina (2005): *Rechtspopulismus: Kurzfristige Mobilisierung der vox populi oder anhaltende Herausforderung der repräsentativen Demokratie?*, in: Susanne Frölich-Steffen et al. (Hrsg.), Populisten an der Macht, Wien, 35–49.

Rösslhumer, Maria (1999): Die FPÖ und die Frauen, Wien.

Rydgren, Jens (2006): *Vom Wohlfahrtschauvinismus zur ideologisch begründeten Fremdenfeindlichkeit. Rechtspopulismus in Schweden und Dänemark*, in: Frank Decker (Hrsg.), Populismus, Wiesbaden, 165–190.

Scharenberg, Albert (2006): *Brücke zum Mainstream – Mainstream als Brücke. Europäische Rechtsparteien und ihre Politik gegen Einwanderung,* in: Thomas Greven et al. (Hrsg.), Globalisierter Rechtsextremismus?, Wiesbaden, 70–111.

Scharsach, Hans-Henning (1992): Haiders Kampf, Wien.

Scharsach, Hans-Henning (Hrsg.) (2000): Haider. Österreich und die rechte Versuchung.

Scharsach, Hans-Henning (2012): Strache. Im braunen Sumpf, Wien.

Scharsach, Hans-Henning / Kuch, Kurt (2000): Haider: Schatten über Europa, Köln.

Scheuch, Erwin K. / Klingemann, Hans Dieter (1967): *Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften.* Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik 12, 11–29.

Scheuch, Manfred (2005): Der Weg zum Heldenplatz. Eine Geschichte der österreichischen Diktatur 1933–1938, Wien.

Schiedel, Heribert (2001): Die FPÖ und der Antisemitismus – Ein lange verdrängter Aspekt, Wien.
http://www.doew.at/cms/download/dhm5v/schiedel_fpoe.pdf

Schlussbericht: Agrarismus in Ostmitteleuropa 1880–1960.
https://opus4.kobv.de/opus4-euv/frontdoor/deliver/index/docId/37/file/Schlussbericht_Projekt_Agrarismus_in_Ostmitteleuropa_1890_1960.pdf

Schmid, Bernhard (1998): Die Rechten in Frankreich. Von der Französischen Revolution zum Front National, Berlin.

Schmidt, Alexander (1999): Geschichte des Baltikums, München.

Schmidt, Volker (2013): Aufstand der Pfennigfuchser. Das vorprogrammierte Scheitern der „Alternative für Deutschland“, Frankfurt am Main.

Schmitt, Oliver Jens (2016): Căpitan Codreanu. Aufstieg und Fall des rumänischen Faschistenführers, Wien.

Schmitz, Michael (2002): Die „Schill-Partei“ – Analyse der „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ nach den Landtagswahlen in Hamburg und Sachsen-Anhalt, St. Augustin.

Sloterdijk, Peter (2008): Zorn und Zeit. Politisch-psychologischer Versuch, Frankfurt am Main.

Sontheimer, Kurt (1962): Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München.

Souillac, Romain (2007): Le mouvement Poujade. De la défense professionnelle au populisme nationaliste 1953–1962, Paris.

Spier, Tim (2006): *Populismus und Modernisierung*, in: Frank Decker (Hrsg.), Populismus, Wiesbaden, 33–58.

Spier, Tim (2010): Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, Wiesbaden.

Stöss, Richard (2006): *Rechtsextreme Parteien in Westeuropa*, in: Oskar Niedermayer et al. (Hrsg.), Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden, 521–563.

Sturm, Michael (2007): *Die antikapitalistische Sehnsucht. Nationalsozialistischer Antikapitalismus – eine historische Betrachtung.* analyse & kritik Nr. 517.
https://archiv.akweb.de/ak_s/ak517/28.htm

Swyngedouw, Marc (2000): *Belgium: Explaining the Vlaams Blok – City of Antwerp Relationship,* in: Paul Hainsworth (Hrsg.), The Politics of the Extreme Right, London/New York, 121–143.

Sykes, Alan (2005): The Radical Right in Britain: From Social Imperialism to the British National Party, New York.

Szöllösi-Janze, Margit (1989): Die Pfeilkreuzlerbewegung in Ungarn. Historischer Kontext, Entwicklung und Herrschaft. Studien zur Zeitgeschichte Bd. 35, München.

Taggart, Paul A. (2000): Populism, Philadelphia.

Taguieff, Pierre-André (1994): Sur la Nouvelle Droite. Jalons d'une analyse critique, Paris.

Tálos, Emmerich (2013): Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933–1938, Wien.

Tálos, Emmerich (2017): Das austrofaschistische Österreich 1933–1938, Wien.

Tálos, Emmerich / Neugebauer, Wolfgang (Hrsg.) (2005): Austrofaschismus – Politik, Ökonomie, Kultur 1933–1938, Wien.

Thompson, Grahame F. (2017): *Populisms and liberal democracy – business as usual?* Economy and Society 46/1, 43–59.

Thurlow, Richard C. (1987): Fascism in Britain: A History 1918–1985, Oxford.

Todorov, Antoniy (2013): The Extreme Right Wing in Bulgaria, FES Berlin.

Tristan, Anne (1988): Von innen. Als Mitglied der Front National in der Hochburg Le Pens, Köln.

Tzermias, Pavlos (1999): Neugriechische Geschichte. Eine Einführung, Tübingen.

Überall, Frank (2010): „Ich bin die Strafe…“ – Rechtspopulismus der „Pro-Bewegung“ am Beispiel ihres Antragsverhaltens im Kölner Stadtrat. Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen, Köln.

Van Spanje, Joost / Van der Brug, Wouter (2007): *The Party as Pariah. The Exclusion of Antiimmigration Parties and Its Effect on their Ideological Positions.* West European Politics 30/5, 1022–1040.

Van Spanje, Joost / Van der Brug, Wouter (2009): *Being intolerant of the intolerant. The exclusion of Western European anti-immigration parties and its consequences for party choice*. Acta Politica 44/4, 353–384.

Ventura, Sofia (2022): Giorgia Meloni und ihre Partei Fratelli d'Italia. Eine personalisierte Partei zwischen rechtsextrem und rechtsradikal, FES Rom.
https://library.fes.de/pdf-files/bueros/rom/19451.pdf

Vigenin, Kristian (2011): *Die radikale Rechte in Bulgarien. ATAKA – Aufstieg, Fall und Nachspiel*, in: Nora Langenbacher / Britta Schellenberg (Hrsg.), Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa, FES Berlin, 209–215.

Weber, Hermann (1996): *Herausbildung und Entwicklung des Parteiensystems der SBZ/DDR*. Aus Politik und Zeitgeschichte 16/17, Bonn, 3–11.

Werz, Nikolaus (Hrsg.) (2003): Populismus. Populisten in Übersee und Europa, Opladen.

Whiteside, Andrew G. (1961): *Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918*. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 9/4, 333-359.
https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1961_4.pdf

Wirries, Clemens (2015): *Populismus und Pragmatismus. Genese und Etablierung der Dänischen Volkspartei*, in: Frank Decker / Bernd Henningsen / Kjetil Jakobsen (Hrsg.): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien, Baden-Baden, 129–146.

Wodak, Ruth / Pelinka, Anton (Hrsg.) (2002): The Haider Phenomenon in Austria, New Brunswick.

Woschitz, Tanja Maria (2011): Die Rhetorik des Rechtspopulismus – mit besonderem Augenmerk auf die Sprache Jörg Haiders, Wien.

Wolf, Tanja (2019): Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. Typologisierung und Vergleich, Wiesbaden.

Wolf, Walter (1969): Faschismus in der Schweiz. Die Geschichte der Frontenbewegungen in der deutschen Schweiz 1930–1945, Zürich.

Wysocka, Olga (2013): *Polish Populism: Time for Settlement,* in: Karsten Grabow / Florian Hartleb (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 293–321.

Zelepos, Ioannis (2014): Kleine Geschichte Griechenlands. Von der Staatsgründung bis heute, München.

Zick, Andreas / Küpper, Beate / Hövermann, Andreas (2011): Intolerance, Prejudice and Discrimination. A European Report, FES Berlin.

Zilian, Hans Georg (2002): *Der „Populismus“ und das Ende der Gleichheit*, in: Wolfgang Eismann (Hrsg.), Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?, Wien, 56–73.

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

Die „Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung" (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der Politikberatung und Politikentwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Die ÖGPP veröffentlicht sämtliche Arbeiten kostenlos auf ihrer Internet-Homepage www.politikberatung.or.at.

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit.

Der Autor der Studie

Dr. Werner T. Bauer
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Kontakt: werner.bauer@politikberatung.or.at